



universität
wien

MASTERARBEIT / MASTER'S THESIS

Titel der Masterarbeit / Title of the Master's Thesis

„Demokratisierung von unten?“

**Der Beitrag von Protesten – insbesondere der ‚1od5miliona‘-
Bewegung – zu einer demokratischen Transformation Serbiens“**

verfasst von /submitted by

Leah Rohmann, B.A.

Angestrebter akademischer Grad / in partial fulfilment of the requirements for the degree of

Master of Arts (MA)

Wien, 2020 / Vienna 2020

Studienkennzahl lt. Studienblatt /

Degree programme code as it appears

On the student record sheet:

UA 066 824

Studienrichtung lt. Studienblatt /

Degree programme as it appears

On the student record sheet:

Masterstudium

Politikwissenschaft

Betreut von / Supervisor:

ao. Univ.-Prof. Dr.

Walter Manoschek

Ich danke meinen Eltern, meinen Geschwistern und Max für die Unterstützung während des Studiums und insbesondere während der letzten Monate.

Inhaltsverzeichnis

I.	Einleitung.....	1
II.	Theoretischer Zugang.....	3
II.1	Demokratisierungs- und Transformationstheorien – Ein Überblick.....	3
II.2	Die Besonderheiten der staatlichen Transformationen Ost- und Südosteuropas.....	7
II.3	Demokratie als „Endprodukt“? – Staatliche Transformation und „Hybride Regime“	10
II.4	Die Rolle sozialer Bewegungen und Proteste im Demokratisierungsprozess: <i>Contentious Politics</i>	13
II.4.1	Einführung und Definition des Begriffs soziale Bewegung	13
II.4.2	Die drei Merkmale sozialer Bewegungen nach Tilly und Tarrow.....	18
II.5	Demokratisierung <i>von unten</i>	21
III.	Methodischer Zugang.....	27
III.1	Operationalisierung der Forschungsfrage und Fallauswahl.....	27
III.2	Literaturanalyse	27
III.3	Qualitative Inhaltsanalyse.....	28
III.3.1	Methode nach Mayring.....	28
III.3.2	Die Durchführung der Interviews.....	29
III.3.3	Die Analyse der Interviews.....	30
IV.	Empirischer Teil	32
IV.1.1	Demokratisierungsprozesse in Serbien – Chronologie einer verspäteten demokratischen Transformation	32
IV.1.2	Serbien 1987-2000: Vom Aufstieg bis zum Fall Miloševićs	32
IV.1.3	Serbien nach 2000 – Eine Transformation mit vielen Hindernissen	35
IV.1.3.1	Die serbischen Regierungen zwischen EU, Kosovo und ICTY	35
IV.1.3.2	Weitere strukturelle Probleme der Transformation	41
IV.1.4	Serbien seit 2012 – Demokratie oder kompetitiv autoritäres System?.....	43
IV.1.5	Die Rolle der Europäischen Union als externer Akteur im Demokratisierungsprozess ..	48
IV.2	Proteste in Serbien.....	52
IV.2.1	Die Protestbewegungen 1991 und 1992.....	53
IV.2.2	Die Protestbewegungen 1996 bis 1997	56
IV.2.3	Die Proteste 1999 bis 2000 und der Sturz Miloševićs	58
IV.2.4	Die Protestbewegungen 2016 und 2017.....	62
IV.3	Die „1od5miliona“- Proteste 2018 bis 2019	67
IV.3.1	Chronologie der Proteste	67

IV.3.2	Teilnehmer*innen, Protestformen und theoretische Einordnung	69
IV.3.3	Forderungen der „1od5milion“-Protestbewegung	71
IV.3.4	Wahrnehmung der Proteste durch die Teilnehmer*innen.....	74
IV.3.4.1	Hauptforderungen aus Sicht der Teilnehmer*innen.....	75
IV.3.4.1.a	Persönliche Motivation zum Protest.....	76
IV.3.4.1.b	Rücktritt der Regierung und Neuwahlen.....	77
IV.3.4.1.c	Ende der politisch motivierten Gewalt.....	78
IV.3.4.1.d	Meinungs- und Medienfreiheit	80
IV.3.4.1.e	Kosovo	81
IV.3.4.2	Organisation, Akteure sowie Potenzial der Proteste aus Sicht der Teilnehmer*innen.....	82
IV.3.4.2.a	Organisation und Dynamik der Proteste	82
IV.3.4.2.b	Erfolge, Schwächen und Einfluss der Bewegung.....	90
IV.3.4.2.c	Die Rolle der Zivilgesellschaft.....	96
IV.3.4.2.d	Die Rolle der Opposition	98
IV.3.4.2.e	Vergleich mit früheren Protesten.....	99
IV.3.4.3	Die politische Situation aus Sicht der Teilnehmer*innen.....	100
IV.3.4.3.a	Politisches Klima und Repressionen.....	101
IV.3.4.3.b	Lage der Medien und Medienfreiheit	105
IV.3.4.3.c	State Capture.....	107
IV.3.4.3.d	Aushöhlung demokratischer Institutionen.....	109
IV.3.4.3.e	Die Rolle der Europäischen Union	111
IV.4	Proteste in Serbien: Resümee des empirischen Teils	113
V.	Conclusio und Ausblick.....	117
Literaturverzeichnis		121
Primärquellen		126
Anhang		133
Interviewleitfaden		133
Abstract		139
Deutsch		139
Englisch		139
Eidesstattliche Erklärung.....		141

Abkürzungsverzeichnis

ATM	= Autonomous Trade Measures
bzw.	= beziehungsweise
BIRN	= Balkan Investigative Reporting Network
CeSID	= Centar za slobodne Izbore I Demokratiju (Center for Free Elections and Democracy)
CINS	= Centar za istraživačko novinarstvo Srbije (Center for Investigative Journalism)
DEPOS	= Demokratski Pokret Srbije (Demokratische Bewegung Serbiens)
DOS	= Demokratska Opozicija Srbije (Demokratische Opposition Serbiens)
DS	= Demokratska Stranka (Demokratische Partei)
DSS	= Demokratska Stranka Srbije (Demokratische Partei Serbiens)
EU	= Europäische Union
FES	= Friedrich-Ebert-Stiftung
ICTY	= International Criminal Tribunal for the former Yugoslavia (Internationaler Strafgerichtshof für das ehemalige Jugoslawien)
insbes.	= insbesondere
IWF/IMF	= Internationaler Währungs-Fonds (International Monetary Fund)
NGO	= Non-governmental Organization (Nichtregierungsorganisation)
NS	= Nova Srbija (Neues Serbien)
o.ä.	= oder ähnliches
REM	= Regulatorno Telo za Elektronske Medije (Aufsichtsbehörde für elektronische Medien)
RSF	= Reporters Sans Frontières (Reporter ohne Grenzen)
RTS	= Radio-Televizija Srbije (Radio-Television Serbien)
SAA	= Stabilisierungs- und Assoziierungsabkommen
SAP	= Stabilisierungs- und Assoziierungsprozess
SFRJ	= Sozialistische Föderative Republik Jugoslawien
SNS	= Srpska Napredna Stranka (Serbische Fortschrittspartei)
SPO	= Srpski Pokret Obnove (Serbische Erneuerungsbewegung)
SPS	= Socijalistička Partija Srbije (Sozialistische Partei Serbiens)
SRS	= Srpska Radikalna Stranka (Serbische Radikale Partei)
SzS	= Savez za Srbiju (Allianz für Serbien)
u.a.	= unter anderem
usw.	= und so weiter

Übers. d. A. = Übersetzung der Autorin

v.a. = vor allem

VOA = Voice of America

z.B. = zum Beispiel

z.T. = zum Teil

Abbildungsverzeichnis

Abbildung 1: Typologie der Mobilisierung von Demokratisierungsepisoden	S. 22
Abbildung 2: Demokratisierung von unten – Theoretisches Modell	S. 23

I. Einleitung

Seit Dezember 2018 bis zur Corona-Krise demonstrierten Menschen in Serbien wöchentlich gegen die Regierung und den Staatspräsidenten Aleksandar Vučić. In den ersten Monaten fanden die Proteste landesweit- auch in kleineren Städten statt, nach und nach ebten diese jedoch ab und ab Mai 2019 gingen die Protestierenden lediglich in Belgrad auf die Straße. Schon im Jahr 2017 gab es über mehrere Wochen Demonstrationen gegen den damals neu gewählten Präsidenten Vučić. Dies deutet auf eine große Frustration der Menschen in Serbien aufgrund der wirtschaftlichen und politischen Lage des Staates hin.

In der vorliegenden Arbeit wird daher die Frage untersucht, inwiefern Proteste, insbesondere die „1od5miliona“-Bewegung, zu einer demokratischen Transformation Serbiens beitragen.

In diesem Zusammenhang stellen sich folgende Leitfragen:

- Aus welchen Gründen und mit welchen Zielen protestieren die Teilnehmer*innen? Wie sehen die Organisationsstrukturen und Protestformen der Bewegung aus?
- Welche Rolle spielten Proteste im Transformationsprozess seit den 1990er Jahren? Ist Serbien noch als Demokratie einzustufen, oder lässt sich der Staat als autoritäres System einordnen?

Die Forschungsfrage wird aus der Perspektive der Demokratisierungs- und Transformationstheorien betrachtet. Dabei wird allerdings ein wesentlicher Schwachpunkt vieler Theorien identifiziert, nämlich der Fokus auf die Rolle von Eliten in diesem Prozess. Ergänzend stützt sich die Arbeit daher auf Theorien, die sich mit der Bedeutung von sozialen Bewegungen, Protesten und der Zivilgesellschaft im Transformationsprozess auseinandersetzen.

Um die Demonstrationen analysieren zu können, stützt sich die Arbeit zum einen auf relevante Sekundärliteratur sowie Primärquellen, wie z.B. Medienberichte über die - und den Internetauftritt der - Protestbewegung. Zum anderen wurden mit der Durchführung von zehn teilstrukturierten qualitativen Interviews im Zeitraum vom 31. Mai bis 03. Juni sowie einmalig im Juli 2019 selbst Daten generiert. Die Interviewteilnehmer*innen sind Aktivist*innen, Protestteilnehmer*innen, sowie eine Journalistin.

Auch wenn der Fokus der Arbeit auf den Protesten liegt, können Schlüsse über den „Zustand der Demokratie“ gezogen werden. Dies wird mithilfe theoretischer Konzepte vorgenommen, welche von Politikwissenschaftler*innen als Kompetitiver Autoritarismus, Elektoraler Autoritarismus oder auch Neuer Autoritarismus bezeichnet werden.

Die Arbeit ist wie folgt gegliedert:

Im Abschnitt II. wird zunächst ein Überblick über die relevanten Publikationen der Transformations- und Demokratisierungstheorien gegeben. Daran anschließend werden die theoretischen Konzepte, auf

denen die nachfolgende Analyse basiert, dargestellt. Diese konzentrieren sich auf die Rolle von Protesten und der Zivilgesellschaft in Demokratisierungsprozessen.

Der methodische Zugang der Arbeit wird in Abschnitt III. erläutert.

Danach schließt mit Abschnitt IV. der empirische Teil der Arbeit an. Zunächst wird kurz auf das Milošević-Regime eingegangen und daran anknüpfend werden die Demokratisierungsprozesse Serbiens nach 2000 dargestellt. Beleuchtet wird auch die Bedeutung der EU als externer Akteur im Transformationsprozess. Schließlich werden die Protestbewegungen in Serbien im Fokus der Analyse stehen. Besonders erörtert wird der Einfluss der aktuellen „1od5miliona“-Protestbewegung auf die demokratische Transformation Serbiens. In einem Resümee am Ende dieses Abschnitts wird ein Vergleich zwischen den aktuellen und früheren Protesten gezogen.

Abschließend werden in der Conclusio (Abschnitt V.) die zentralen Ergebnisse der Arbeit zusammengefasst und ein Ausblick über die weiteren Entwicklungen in Serbien in Form zweier Szenarien gegeben.

Die Relevanz des Themas liegt darin, dass Serbien in (naher) Zukunft Mitglied der Europäischen Union werden möchte und schon in Beitrittsverhandlungen steht. Gleichzeitig wird evident, dass der Präsident und die Regierung in den letzten Jahren einen autoritären Umbau des südosteuropäischen Staates vornehmen. Für die Union bedeutet das, einen Staat aufzunehmen, der starke Defizite in Sachen Rechtsstaatlichkeit, Einhaltung demokratischer Prozesse, Respekt vor demokratischen Institutionen, der Medienfreiheit und der Zivilgesellschaft hat.

Zusätzlich ist die „1od5miliona“-Bewegung ein aktuelles Beispiel für Protestbewegungen, die im Jahr 2019 weltweit ausgebrochen sind, u.a. in Hong Kong, Libanon und Chile. Zwar waren die Auslöser dieser Proteste jeweils unterschiedlich, Beobachter*innen sehen jedoch eine Gemeinsamkeit in der Frustration der – vor allem jungen – Bevölkerung angesichts sozialer Ungleichheit, Autoritarismus, klientelistischer Politik und Korruption. Insofern sind die Proteste, die in der vorliegenden Arbeit untersucht werden, als ein Phänomen zu verstehen, das nicht allein auf Serbien beschränkt ist.

II. Theoretischer Zugang

Die Literatur zu demokratischer Transformation von Staaten ist breit gefächert und fußt auf verschiedenen Grundprämissen. In diesem Abschnitt sollen die wichtigsten Strömungen und Publikationen besprochen werden, um aufzuzeigen, wie sich die politikwissenschaftliche Debatte entwickelt hat. Anschließend werden die Kritikpunkte innerhalb der Demokratisierungsforschung aufgegriffen, sowie die theoretische Grundlage der vorliegenden Arbeit erörtert, welche sich auf Ansätze einer *Demokratisierung von unten* stützt. Diese umfassen insbesondere Konzepte Charles Tillys und Sidney Tarrow's aus dem Bereich der Social Movement Studies. Mithilfe Donatella della Porta's Konzept der *Eventful Democratization* wird im empirischen Teil der Arbeit die Rolle der Protestbewegung „10d5miliona“ bei der Transformation und Demokratisierung Serbiens untersucht.

II.1 Demokratisierungs- und Transformationstheorien – Ein Überblick

Die Demokratisierungsforschung beschreibt das Feld, welches sich mit der Transformation autoritärer und totalitärer Regime zu demokratischen Systemen beschäftigt und diese Prozesse untersucht.

Samuel Huntington hat mit seinem 1991 publizierten wegweisenden Artikel „How Countries Democratize“ eine Einteilung verschiedener staatlicher Transformationen zu Demokratien vorgenommen und aufgezeigt, dass sich Demokratisierung in *Wellen* ereignet. Er erörtert in seinem Artikel die *dritte Demokratisierungswelle*. Diese umfasst Transformationen von Staaten in Südeuropa, Lateinamerika, Ostasien und Osteuropa ab 1974 bis Ende der 1990er Jahre. Die Staaten lassen sich in drei distinktive Systemgruppen untergliedern: Einparteiensysteme, Militärdiktaturen sowie „Personal dictatorships“ (Huntington 1991). Die Fälle der „global democratic revolution“ transformieren sich nach verschiedenen Mustern, welche Huntington *Transformation*, *Replacement* und *Transplacement* nennt. Ersteres ist ein Systemwandel, in welchem die politische Führung selbst den Wechsel zur Demokratie vollzieht. In *Replacements* dagegen sind Oppositionsgruppen die relevanten Akteure für den Wandel. Das autoritäre Regime wird gestürzt oder zerbricht von selbst. Letzteres ist der Fall, wenn die Regierung sowie oppositionelle Gruppen zusammen die Demokratisierung vorantreiben (Huntington 1991, S. 583). Samuel Huntington setzt den Fokus seiner Analyse jedoch hauptsächlich auf die politische Führung, die Rolle anderer Akteursgruppen außerhalb der Institutionen, wie z.B. zivilgesellschaftliche Gruppen wird nur marginal einbezogen. Auch Vertreter*innen der „Transition-to-Democracy“-Schule fokussieren ihre Analysen auf die Rolle politischer Eliten und Institutionen im Transformationsprozess. So stehen „starke“ Akteure im Mittelpunkt, erst durch ihr Handeln und ihre Strategien kommt der Anstoß zur Demokratisierung und das Entwickeln demokratischer Institutionen und Strukturen. Ausgangspunkt und Auslöser des Wandels ist nach Guillermo O'Donnell und Philippe C. Schmitter eine Spaltung in der politischen Führung zwischen sogenannten „Softlinern“ und der

Gruppe der „Hardliner“. Ohne dieses Zerwürfnis auf oberster Ebene des Regimes kommt keine Transformation zustande, so ihre These. Die „Softliner“ sind solche, die -oftmals nicht aus ideologischen, sondern pragmatischen, opportunen Gründen- versuchen, das Regime zu einem gewissen Grad zu liberalisieren, um es in seinem autoritären Kern zu erhalten und in den Augen der internationalen Öffentlichkeit zu legitimieren. Die Gruppe der „Hardliner“ besteht aus Individuen, welche am autoritären Regime festhalten- aus Überzeugung dem System gegenüber, oder aus Opportunismus- und sich auf keinerlei Öffnung einlassen (O'Donnell und Schmitter 1986, 16, 18-20.). Die „Transition-to-Democracy“- Strömung zeichnet demnach eine Akteurs-Zentriertheit aus, sie analysiert Transformationsprozesse als Konsequenz von Entscheidungen der politischen Elite. In diesem Sinne messen die Wissenschaftler*innen strukturellen Faktoren zur Entscheidung der autoritären Führung, das System zu öffnen, kaum Bedeutung bei. O'Donnell und Schmitter sprechen in diesem Kontext von einer „strukturellen Unbestimmtheit“ (O'Donnell und Schmitter 1986, S. 19) und verdeutlichen zusätzlich die Unsicherheit sowie Ungewissheit über Beginn, Verlauf und Erfolg der Transformation. Auch Adam Przeworski sieht in der Ungewissheit über das Ergebnis kompetitiver Wahlen ein zentrales Element der liberalen Demokratie. Diese Ungewissheit ist der Demokratie inhärent: Politische Parteien kämpfen um politische Ämter, um Macht. Sie können strategisch handeln um Wähler*innenstimmen zu erhalten, jedoch liegt das Wahlergebnis letztendlich bei den Handlungen der wahlberechtigten Bürger*innen (Przeworski 1991, S. 10–12).

Der entscheidende Prozess der Demokratisierung liegt nach Przeworski in einer Institutionalisierung von Macht, welche vormals in den Händen einer Herrschaftselite lag und nun übergeht zu einem Set an Regeln und Gesetzen, an welche alle Bürger*innen des Staates gebunden sind:

„Democratization is an act of subjecting all interests to competition, of institutionalizing uncertainty. The decisive step toward democracy is the devolution of power from a group of people to a set of rules.“ (Przeworski 1991, S. 14)

Obwohl in der Publikation „Transitions from Authoritarian Rule“ eine deutliche Fokussierung auf der politischen Elite als Anstoßgeberin und maßgeblichen Kraft der Transformation liegt, widmen Guillermo O'Donnell und Philippe C. Schmitter ein Kapitel der Rolle der Zivilgesellschaft. Sie beschreiben darin, dass sobald eine Öffnung durch „Softliner“ des autoritären Regimes eingeleitet, bürgerliche Rechte ausgeweitet und Verhandlungen mit oppositionellen Kräften begonnen wurden, auch eine politische Mobilisierung der Bevölkerung wahrscheinlich wird. Sie nennen dies die „Auferstehung der Zivilgesellschaft“ (O'Donnell und Schmitter 1986, S. 48). Der Ausgangspunkt des Wiedererstarkens einer aktiven Zivilgesellschaft ist eine (graduelle) Öffnung des Regimes. Dem gehen De-Politisierung sowie Atomisierung der Gesellschaft durch ideologische Manipulation und Repressionen voraus. Durch die „hohen Kosten“, die mit Kritik an der Politik verbunden sind, ziehen

sich die Menschen in autoritären Systemen ins Private zurück. Die beiden Wissenschaftler beschreiben die De-Politisierung der Gesellschaft wie folgt:

„In effect, they tend to withdraw into private pursuits and set aside, prudently ignore, or even forget their public and political identities. Citizenship becomes a matter of holding a passport, obeying national laws, cheering for the country's team, and, occasionally, voting in choreographed elections or plebiscites.“ (O'Donnell und Schmitter 1986, S. 48)

Das *Öffentliche* wird zu einem staatlich kontrollierten Raum, Diskussionen werden nach den Regeln und in der Sprache des Regimes geführt. Mit der eintretenden Liberalisierung gestehen O' Donnell und Schmitter der Bevölkerung schließlich als aktiven Akteuren und Akteurinnen eine -wenn auch begrenzte- Rolle im Transformationsprozess zu. Sie zeichnen nach, welche Gesellschaftsgruppen sich organisieren und Demokratisierung, Rechtsstaatlichkeit, Aufklärung der Verbrechen an Angehörigen und Aktivist*innen einfordern. In einigen Fällen, so die These, tun sich die verschiedenen Gruppen¹ zusammen und maximieren den Druck auf die politische Elite zu größeren Zugeständnissen als einer bloß *teilweise durchgesetzten* Demokratisierung einzelner Bereiche. Sie identifizieren sich selbst – und agieren in diesem Kontext - als „das Volk“ und nehmen politische Identitäten an, welche unter dem Autoritarismus unterdrückt waren (O'Donnell und Schmitter 1986, S. 53–54). Jedoch sehen die Autoren in dieser zivilgesellschaftlichen Mobilisierung nur einen flüchtigen Moment im Demokratisierungsprozess, welcher vor allem von der politischen Elite und Institutionen getragen wird und durch Verhandlungen und „pact-making“ voranschreitet. Die Bevölkerung als Faktor einer Demokratisierung wird vernachlässigt. Das „Außerachtlassen“ der Bevölkerung und Zivilgesellschaft greift Donatella della Porta in ihren Veröffentlichungen über Demokratisierung auf und übt Kritik an der Kurzsichtigkeit vieler Transformationstheorien bezüglich des Einflusses der Bürger*innen auf den Prozess (Della Porta 2014). Auch der Sammelband „Civil Society in Democratization“ stellt die Zivilgesellschaft in den Fokus der Analyse. Die Beiträge kreisen um die Frage, welche Rolle die Zivilgesellschaft bei der Demokratisierung von Staaten einnimmt (Burnell und Calvert 2004).

In den Kapiteln II.4 und II.5 wird näher auf theoretische Ansätze eingegangen, die eine „bottom-up“-Perspektive von Demokratisierungsprozessen einnehmen. Sie stellen einen theoretischen Grundpfeiler der vorliegenden Arbeit dar.

Der Verlauf staatlicher Transformationsprozesse wird von Vertreter*innen der „Transition-to-Democracy“- Strömung in bestimmte Phasen gegliedert, beginnend mit der Liberalisierung, darauf folgt die Demokratisierung und schließlich die Konsolidierung (O'Donnell und Schmitter 1986, 7 ff;

¹ Siehe O' Donnell und Schmitter 1986, S.49-54: Mit diesen Gruppen sind Intellektuelle, Künstler*innen, Kirchenvertreter*innen, religiöse Gemeinschaften, Gewerkschaften, Grassroots-movements, Menschenrechtsorganisationen- und Aktivist*innen, Teile der privilegierten Oberschicht und Berufsverbände gemeint.

Przeworski 1991, 51 ff). Der Liberalisierung geht in dieser Typologie immer eine Krise des autoritären Regimes, eine Spaltung zwischen „Hardlinern“ und „Softlinern“ der politischen Elite voraus.

An dieser Einteilung entzündet sich Kritik: So argumentiert Wolfgang Merkel, dass in einigen Staaten der *dritten Demokratisierungswelle* kein dreistufiger Prozess stattgefunden hat, sondern sich in manchen Fällen keineswegs eine Liberalisierung vor der Demokratisierung ereignete. Er hält zudem fest, dass bei einem Kollaps des autoritären Regimes oftmals Liberalisierung und Demokratisierung zeitgleich ablaufen. In anderen Fällen ermöglichen die Demokratisierungsprozesse erst Liberalisierungen der Gesellschaft. Somit entspreche eine lineare Abhandlung bestimmter Phasen oftmals nicht der Realität staatlicher Transformationen. Als Beispiel nennt Merkel die Prozesse in Griechenland, Portugal und Argentinien (Merkel 1999, S. 135–136).

Die Festlegung darauf, was am Ende der Demokratisierung steht, namentlich eine liberale Demokratie, und wie sich diese definiert, fällt in der politikwissenschaftlichen Debatte sehr unterschiedlich aus. So ist Samuel Huntingtons Einordnung, was einen demokratischen Staat ausmacht, vergleichsweise kurzgehalten. Er setzt in „How Countries Democratize“ kompetitive Wahlen als wichtigsten – und einzigen- Parameter einer Demokratie an und unterscheidet autoritäre Systeme von Demokratien lediglich durch das Fehlen des institutionellen Kerns, der kompetitiven Wahlen (Huntington 1991, S. 580). Diese Einschätzung wird als nicht umfassend genug kritisiert. Verschiedene Politikwissenschaftler*innen haben die Konzeption eines demokratisierten Staates weitergeführt. Auch können, so eine Schlussfolgerung eines Aufsatzes von Vedran Džihic und Dieter Segert, verfrühte Wahlen einen gegenteiligen Effekt haben und die Entwicklung einer funktionierenden, stabilen Demokratie hemmen. Die beiden Autoren analysieren die Demokratisierung der Staaten des ehemaligen Jugoslawiens und kommen zu dem Fazit, dass (vor-)schnell abgehaltene Wahlen und die rasche Herausbildung demokratischer Institutionen in einem unsicheren staatlichen Kontext die Demokratisierung gefährden und ethnische Konflikte weiter anheizen können. Somit stellt sich statt eines stabilisierenden Effekts ein *destabilisierender* Effekt für die jungen Demokratien ein (Džihic und Segert 2012, S. 248).

Wolfgang Merkel arbeitet in seinem Aufsatz „Embedded and Defective Democracies“ ein Konzept der liberalen Demokratie heraus, welches aus fünf Teilbereichen besteht. Damit führt er die Einordnung eines demokratischen Gemeinwesens weiter als u.a. Adam Przeworski oder Samuel Huntington, welcher sich auf die Existenz von freien und kompetitiven Wahlen als Parameter einer Demokratie beschränkt. Merkel konstatiert, dass demokratisch abgehaltene Wahlen zwar ein notwendiges, aber kein ausreichendes Kriterium für eine liberale Demokratie ist (Merkel 2004, S. 38). Die fünf Bereiche sind folgende: Ein demokratisches Wahlsystem, politische Partizipationsrechte, Bürgerrechte, Gewaltenteilung und horizontale Verantwortlichkeit („horizontal accountability“), sowie die Garantie, dass die politische Macht bei demokratisch gewählten Repräsentant*innen liegt (Merkel 2004, S. 36).

Mit dem Begriff der „horizontalen Verantwortlichkeit“ ist die Kontrolle gewählter Repräsentant*innen durch autonome Institutionen gemeint, sowie, dass erstere sich in ihrem Handeln an die Verfassung und geltende Gesetze halten müssen. Erst wenn all diese Teilbereiche erfüllt sind, kann nach Merkels Typologie von einer liberalen, „eingebetteten“ Demokratie gesprochen werden. Die fünf Teilbereiche bedingen sich gegenseitig, sind also interdependent (Merkel 2004, S. 43).

Insgesamt zeigt sich, dass die Begriffe Transformation und Demokratisierung vielschichtig sind und zuweilen unterschiedlich definiert wurden. Ein bekanntes Bonmot unter Politikwissenschaftler*Innen lautet daher, der Versuch Demokratie zu definieren, gleiche dem Versuch einen Pudding an die Wand zu nageln.

II.2 Die Besonderheiten der staatlichen Transformationen Ost- und Südosteuropas

Mit den Regimewechseln der ehemals sozialistischen Staaten in Ost-, Mittel- und Südosteuropa seit Ende der 1980er Jahre reihten sich diese Staaten in die Reihe der *Third-wave-democratization* und die wissenschaftliche Debatte erweiterte ihre Analysen um die distinktiven Aspekte postsozialistischer Transformation. Prognosen vom „Ende der Geschichte“ (Fukuyama 1989) wurden jedoch mit der Zeit entkräftet: Mit dem Ende sozialistischer Regime „gewann“ nicht gleichbedeutend und gleichzeitig das westliche Modell der liberalen Demokratie und des kapitalistischen Wirtschaftssystems. Auch resultierte das Ende des Kalten Krieges und der ideologischen Blöcke nicht in einer konflikt- und geschichtsfreien Welt.

Der Soziologe Claus Offe argumentiert, dass sich die Transformationen in den „Nachkriegsdemokratien“ (Italien, Japan, Westdeutschland), sowie der 1970er bis 1980er Jahre in Südeuropa und Südamerika von den Transformationen in den Staaten Osteuropas unterscheiden. Letztere, so sein Argument, wandeln sich in dreifacher Hinsicht: Ein Nationalstaat wird etabliert, es kommt zu einer Neuordnung territorialer Grenzen, eine Demokratisierung von vormals autoritären sozialistischen Regimen, sowie eine Entwicklung zu einer Marktwirtschaft muss vollzogen werden (Offe und Adler 1991, S. 872–873). In Nord- und Westeuropa dagegen sind diese Prozesse nicht simultan, sondern nacheinander abgelaufen, sie haben sich über Jahrhunderte entwickelt. Aus dieser Gleichzeitigkeit ergeben sich, so sein Argument, gegenseitige Verhinderungseffekte in den postsozialistischen Staaten. Mögliche Szenarien gegenseitiger Hemmnisse sind z.B.: Wenn die Demokratisierung des Staates voranschreitet, könnte diese die Privatisierungen und Ausbildung einer Marktwirtschaft behindern. Im Falle einer erfolgreichen Privatisierungspolitik würden demokratische Reformen am Widerstand nationaler und internationaler Unternehmer*innen und Investor*innen scheitern. Bei der Bildung eines demokratischen Gemeinwesens könnte trotz allem die friedliche Lösung sozialer Konflikte, welche dominiert sind von ethnischen -, territorialen - und Minderheitenkonflikten, verfehlen. Eine andere Möglichkeit wäre die Ausbildung einer

Marktwirtschaft, welche jedoch nicht allen Bürger*innen zugutekommt und eine Verstärkung der Ungleichheit der Gesellschaft fördert. Als Konsequenz der Frustrationen, die dadurch in der Bevölkerung entstehen, könnte sich eine Abwendung der Bevölkerung von der liberalen Demokratie und eine Hinwendung zu autoritären Systemen wie z.B. einer populistischen Alleinherrschaft vollziehen (Offe und Adler 1991, S. 886–887).

Ein wichtiger Faktor für die Herausbildung der liberalen Demokratie und eine erfolgreiche Transformation sind die Erwartungen der Bevölkerung an die Demokratie und daraus resultierend die Unterstützung für diese. Das gilt insbesondere für die postsozialistischen Staaten nach 1989: Ihnen stand eine Transformation des Wirtschaftssystems, des politischen Gemeinwesens sowie z.T. eine Nationalstaatsbildung in veränderten Grenzen bevor. An diese fundamentalen Prozesse waren in der Bevölkerung hohe Erwartungen, aber auch Ungewissheiten geknüpft, wie sich der Staat entwickeln würde. Dieter Segert kommt in seiner Analyse der vollzogenen Transformationsprozesse in Russland, Serbien und Ungarn zu dem Fazit, dass demokratisch legitimierte Regierungen nach den Systemwechseln die Erwartungen der Bevölkerungen an ein demokratisches System verfehlten. Die Erwartung bestand insbesondere auch in der Erreichung eines „westlichen“ Lebensstandards. Als Konsequenz dessen konnten sich autoritäre Parteien leichter etablieren und schließlich Regierungsverantwortung übernehmen (Segert 2017).

Juan J. Linz und Alfred Stepan analysieren in ihrer Publikation die Transformationspfade verschiedener vormals autoritärer Systeme in Südeuropa, Südamerika und den postkommunistischen Staaten Europas. Sie arbeiten heraus, dass der jeweilige autoritäre Regimetyp den Transformationspfad beeinflusst (Linz und Stepan 1996).

Ebenfalls im Zuge der Transformationsprozesse in Ost-, Mittel- und Südosteuropa entstand das Konzept des *State Capture*. Aus stark wirtschaftswissenschaftlicher Perspektive wurden darunter Fälle systematischer „Grand corruption“ gefasst, welche in verschiedenen Staaten der Region nach dem Zusammenbruch der sozialistischen Regierungen und damit zusammenhängend der Planwirtschaften zwischen Unternehmen und dem Staat zu einem relevanten Faktor wurde. Joel Hellmann und Daniel Kaufmann, Wirtschaftswissenschaftler der Weltbank, definieren *State Capture* wie folgt:

„[...] as the efforts of firms to shape the laws, policies, and regulations of the state to their own advantage by providing illicit private gains to public officials“ (Hellman und Kaufmann Daniel 2001, S. 31). Das Konzept beschreibt Mechanismen, mit denen Unternehmen die Politik der Regierung beeinflussen, um eigene Vorteile zu erzielen. Die Praktiken beinhalten u.a. das Auferlegen wettbewerbsschädigender und -verzerrender Hürden für andere Firmen, sodass ausschließlich jene Unternehmen Gewinne erzielen, die Teil des korrupten Netzwerks sind. Politische Maßnahmen, die

den Interessen dieser Unternehmen und Oligarch*innen entgegenlaufen, werden blockiert. So werden politische Entscheidungen maßgeblich von einzelnen Unternehmen beeinflusst, Gesetze und Reformen nicht zugunsten der Gesamtgesellschaft gemacht. Das hat gravierende Auswirkungen sowohl auf das wirtschaftliche wie auch das politische System eines Staates. Hellmann und Kaufmann argumentieren, dass *State Capture* demnach nicht nur ein Symptom schwacher Regierungen, sondern eine direkte Ursache für diese ist (Hellman und Kaufmann Daniel 2001, S. 31). Lang- und mittelfristig verhindert es die politische wie auch wirtschaftliche Transformation des jeweiligen Staates. Die systematische und strukturverändernde Komponente des *State Capture* wird von Ivor Chipkin et al. hervorgehoben:

„The aim of state capture is not to bypass rules to get away with corrupt behaviour; [...] The aim of state capture is to change the formal and informal rules of the game, legitimise them and select the players who are allowed to participate.“ (Chipkin und Swilling 2018, Key terms, ix)

In der ursprünglichen Konzeption, so kritisiert Michal Klíma, werden die Unternehmen als aktiver Part, als „Geiselnehmer“ dieser „Beziehung“ dargestellt, staatliche Akteure wie z.B. Abgeordnete, Behörden, Regierungsangestellte, Richter*innen, Mitglieder von Zentralbanken und politischen Parteien nehmen hingegen eine passive Rolle als Objekte der Beeinflussung und Bestechung ein (Klíma 2019, S. 21–22). Er argumentiert, dass der Ansatz der Weltbank stark auf eine wirtschaftliche Perspektive verengt sei und den Staat weitgehend aus der Verantwortung lasse. Eine umfassendere Konzeption bietet sich bei Anna Grzymala-Busses Publikation an. Dort wird sowohl die wirtschaftliche als auch die politische Ebene berücksichtigt: Der Staat ist nicht passives Objekt von *State Capture*, sondern handelnder Akteur. Aus politischen Entscheidungen heraus kommt es zu korruptem Verhalten durch die politische Elite, die direkt über staatliche Ressourcen verfügt. Dabei hält die Politikwissenschaftlerin fest, dass mit der politischen Elite sowohl Individuen wie auch Oligarchien, Fraktionen, aber vor allem politische Parteien gemeint sind. Sie widerspricht Hellmann und Kaufmann, welche die Verantwortung in wirtschaftlichen Unternehmen und einzelnen Individuen des politischen Systems sehen (Grzymala-Busse 2008, S. 640). Grzymala-Busse betont im Gegenteil die strukturelle Komponente: Nicht Individuen in staatlichen Zusammenhängen sind korrupt, sondern das System ist durchlässig für *State Capture*, das durch die politische Elite *als Ganzes* betrieben wird. Ihr Verständnis von *State Capture* ist Folgendes:

„Elite state capture is the appropriation of state resources by political actors for their own ends: either private or political benefit. [...] Although some rulers will extract purely for themselves, others will obtain state resources for the sake of their political party or organization and may choose to share some of these gains with their supporters. State capture refers to this elite extraction from the state.“ (Grzymala-Busse 2008, S. 640)

Sie verdeutlicht, dass diese Form von Korruption eine systematische Entwendung staatlicher Ressourcen durch die Vertreter*innen und Institutionen ist, die eben jene schützen, sie verwalten und

gerecht und legal verteilen sollten. Obwohl nicht alle diese Ressourcen für private Zwecke nutzen, ist es doch eine Entwendung zu eigenen Vorteilen: Für den Machterhalt der Partei oder Organisation, und damit der eigenen Gruppe.

Zusammenfassend lässt sich festhalten, dass bei der Untersuchung von Transformations- und Demokratisierungsprozessen in Ost- und Südosteuropa zunehmend auch Rückschläge in den Fokus rückten, was sich an der Thematisierung von Korruption, Klientelismus und der enttäuschten Erwartung der Bevölkerung nach dem Systemwechsel zeigt.

II.3 Demokratie als „Endprodukt“? – Staatliche Transformation und „Hybride Regime“

Dass Transformation nicht zwangsläufig ein linearer Prozess mit dem abschließenden Ergebnis einer konsolidierten Demokratie ist, wurde im Laufe der 1990er und 2000er Jahre evident. Politikwissenschaftler*innen stellen die Gleichsetzung eines Regimewechsels mit einer Demokratisierung in Frage. So konstatiert Adam Przeworski 1991:

„Finally, even if democracy is established, it need not be consolidated. Under certain conditions, democratic institutions may systematically generate outcomes that cause some politically important forces to opt for authoritarianism. Hence, consolidated democracy is only one among the possible outcomes of breakdowns of authoritarian regimes.“ (Przeworski 1991, S. 51)

Er argumentiert, dass es unter bestimmten Umständen für die politische Elite vorteilhafter ist, ein autoritäres System zu installieren und somit die konsolidierte Demokratie nur *einer unter mehreren* möglichen Wegen nach dem Regimewechsel ist.

Die Beobachtung vieler Staaten, welche in den 1980er und 1990er- Jahren einen Systemwechsel vollzogen haben, legt das Konzept der „Grauzone“ nahe: Viele ehemals autoritäre Systeme wandeln – entgegen den politikwissenschaftlichen Prognosen- weder in Richtung einer stabilen Demokratie, noch entwickeln sie sich zu totalitären Diktaturen. Sie verharren in einer Grauzone zwischen Autoritarismus und Demokratie (Carothers 2002, S. 9–10). In dieser Hinsicht gibt es Deutungen, die einen „demokratischen Rollback“ in einigen Staaten der dritten Demokratisierungswelle verorten und nahelegen, dass anfängliche Liberalisierungen oftmals nicht zu demokratisch-konsolidierten Systemen und Gesellschaften führen (Diamond 2008).

So untersuchen Steven Levitsky und Lucan A. Way verschiedene politische Systeme in Afrika, Europa, Eurasien, Asien und Lateinamerika und konstatieren, dass viele der analysierten Staaten neben Elementen demokratischer Herrschaft autoritäre Führungsstile innehaben. Die Autoren plädieren dafür, die Staaten nicht als *unvollendet* in ihrer Transformation zur Demokratie, sondern als hybride Regime zu behandeln, welche sich nicht notwendigerweise in eine Richtung entwickeln (Levitsky und Way 2002, S. 51). Thomas Carothers spricht in dieser Hinsicht vom Ende des „Transitions-Paradigmas“,

welches bis in die 2000er Jahre in der wissenschaftlichen Debatte vorherrschte und die Annahme beschreibt, dass sich die „third wave countries“ ausnahmslos nach einem gewissen Muster zu liberalen Demokratien entwickeln (Carothers 2002, S. 9–10).

Die Bandbreite des „No-man’s land between democracy and authoritarianism“ (Krastev 2011, S. 12) reicht in der wissenschaftlichen Debatte von Kompetitivem Autoritarismus (Levitsky und Way 2002) , Neuem Autoritarismus (Krastev 2011), Autoritärem Neoliberalismus (Bruff 2014; Günay und Džihic 2016) bis hin zum Begriff des Elastischen Autoritarismus (Mujanović 2018). Die Autor*innen stellen in ihren Abhandlungen unterschiedliche Aspekte des Konzeptes in den Vordergrund, jedoch beschreiben sie im Kern eine bestimmte Form des Regierens, welche demokratische Prozesse und Institutionen imitieren beziehungsweise in ihre Regierungsform einbetten, gleichzeitig jedoch auf Repression und Kontrolle der Bevölkerung setzen (Krastev 2011; Günay und Džihic 2016, S. 530).

Steven Levitsky und Lucan A. Way definieren Kompetitiven Autoritarismus, wie folgt:

“Competitive authoritarian regimes are civilian regimes in which formal democratic institutions exist and are widely viewed as the primary means of gaining power, but in which incumbents’ abuse of the state places them at a significant advantage vis-à-vis their opponents. Such regimes are competitive in that opposition parties use democratic institutions to contest seriously for power, but they are not democratic because the playing field is heavily skewed in favor of incumbents.” (Levitsky und Way 2010, S. 5)

Maßgeblich ist bei dieser Einordnung, dass demokratische Prozesse und Institutionen *formal* eingehalten, jedoch in Realität von den Regierenden Regeln untergraben und verletzt werden. Das unterscheidet den kompetitiven Autoritarismus zum einen von Demokratien, zum anderen von umfassend autoritären Systemen. In demokratischen Systemen finden regelmäßig freie, faire Wahlen statt in welchen alle erwachsenen Bürger*innen wahlberechtigt sind; es gibt umfassende politische Rechte und bürgerliche Freiheiten. Alle Bürger*innen sind frei in ihrer Kritik am System und der Regierung. In kompetitiv-autoritären Regimen dagegen herrscht eine Schieflage zwischen der Regierung einerseits und Oppositionellen, Journalist*innen sowie Kritiker*innen des Systems andererseits, da die Regierenden Institutionen und staatliche Ressourcen in einem Umfang missbrauchen, dass Oppositionsparteien nicht die gleichen Chancen bei Wahlen, die gleiche Präsenz in der Medienberichterstattung und dergleichen haben (Levitsky und Way 2002, S. 53, 2010, S. 5). Die Möglichkeit, durch Wahlen einen Regierungswechsel zu erzielen, ist also für Oppositionsparteien formal gegeben. Jedoch ist sie aufgrund illiberaler Praktiken wie Wahlmanipulation, Klientelismus oder Einschüchterung durch die Regierenden nur gering.

Der Unterschied zu Regimen, welche als umfassend autoritär klassifiziert werden, ist das „Window-dressing“ und das *teilweise* Akzeptieren der demokratischen Prozesse und Institutionen in kompetitiv autoritären Systemen: Im Gegensatz zu gänzlich autoritären Regimen arbeiten kompetitiv- autoritäre Amtsinhaber*innen nur teilweise und zu einem gewissen Grad mit offenem Zwang und Repressionen.

Stattdessen bedient sich die Regierung vor allem indirekten Maßnahmen, wie z.B. Bestechung, oder stützt sich in ihrer Sanktionierung kritischen Verhaltens auf staatliche Agenturen und Behörden, um den Anschein der Legalität und Rechtmäßigkeit zu bewahren (Levitsky und Way 2002, S. 53). Kompetitiv-autoritäre Regierungen müssen ein Gleichgewicht zwischen demokratischen und autoritären Praktiken finden, auch um internationale Legitimation und Unterstützung durch andere Staaten aufrechtzuerhalten. Sie sind lediglich moderat repressiv.

Ein weiteres Charakteristikum kompetitiv-autoritärer Systeme ist die ihnen inhärente Instabilität: Dadurch, dass ein Regimewechsel durch Wahlen generell möglich ist, riskieren kompetitiv-autoritäre Regierungen einen solchen Wechsel. Gleichzeitig können sie durch massive Unterdrückung ihre aufgebaute Fassade einer Demokratie und somit ihre Legitimation verlieren (Levitsky und Way 2002, S. 59). So existiert ein ständiges Dilemma der Regierung über den Grad der Repressionen, aber auch der Liberalisierungen. Die Konsequenz der Spannungen zwischen demokratischen Regeln und autoritären Praktiken ist gleichzeitig die Erwartung der Bevölkerung, Aktivist*innen und Oppositionellen einer Liberalisierung und die Ernüchterung darüber, dass diese angesichts autoritärer Maßnahmen ausbleibt (Howard 2006, S. 369).

Am Beispiel der russischen Regierung unter Vladimir Putin zeichnet Ivan Krastev nach, was viele kompetitiv-autoritäre Systeme gemein haben: das Fehlen einer konsistenten Ideologie. Er hält fest, dass die russische Führung zwar versuche, eine kollektive Identität mithilfe von nationalistischen Diskursen und zum Teil Sowjet-nostalgischen Gefühlen zu schaffen. Trotzdem, so sein Argument, sei dies keine konsistente Ideologie, sondern eher eine öffentlichkeitswirksame Darstellung der Regierung vergleichbar mit einer Werbekampagne. Er sieht darin einen substanziellen Unterschied zu den autoritären sozialistischen Regimen: Diese stützten ihre Gesellschaft maßgeblich auf eine Ideologie. Die neuen kompetitiven Systeme dagegen fühlen sich keiner Ideologie verpflichtet; in ihrer Machtausübung berücksichtigen sie nicht das Wohl der Gesellschaft, sondern lediglich ihr Streben nach Machterhalt (Krastev 2011, 8, 12-13).

In vielen kompetitiv-autoritären Systemen wird neoliberale Wirtschaftspolitik mit autoritären Zwangsmaßnahmen verknüpft. Dies geschieht mittels massiver Privatisierungs- sowie Austeritätspolitik, Klientelismus und einer Umverteilung durch informelle Mechanismen zugunsten der wirtschaftlichen und politischen Eliten (Bruff 2014; Günay und Džihic 2016). *State Capture* spielt dabei eine entscheidende Rolle. Politikwissenschaftler*innen wie z.B. Ian Bruff, Cengiz Günay und Vedran Džihic erörtern anhand verschiedener Fallstudien, auf welche Weise neoliberale Wirtschaftspolitik in kompetitiv-autoritären Staaten zunehmend durch Zwang durchgesetzt und mit z.T. nationalistischen Frames legitimiert wird. Jasmin Mujanović argumentiert, dass in „Elastisch autoritären Regimen“ Staatsführungen durch oligarchische, korrupte Praktiken und organisierte Kriminalität regieren. Dabei, so Mujanović, spielt Ideologie kaum eine Rolle mehr, die Regime sind ideologisch „wandelbar“. Die

Bemühungen externer Akteure wie z.B. der EU in Demokratisierungsprozessen südosteuropäischer Staaten scheitern, so Mujanović, an deren Festhalten an der Unterstützung autoritärer und korrupter Regierungen vorort (Mujanović 2018, S. 2).

Die Ausführungen in diesem Kapitel zeigen, dass die fundamentale Kritik Carother's an der Vorstellung, dass sich Staaten stets zur Demokratie entwickeln, sobald der Transformationsprozess begonnen wurde, mittlerweile selbst Teil des Kanons der Demokratisierungstheorie geworden ist. Zahlreiche Autor*innen haben die Idee der „Grauzone“ zwischen Demokratie und autoritärem System aufgegriffen und eigene Klassifizierungen von Systemen entwickelt, die autoritäre und demokratische Elemente vereinen.

II.4 Die Rolle sozialer Bewegungen und Proteste im Demokratisierungsprozess: *Contentious Politics*

Nachdem in den vorherigen Kapiteln ein Überblick über die sozialwissenschaftliche Debatte zur staatlichen Transformation gegeben wurde, soll in den Kapiteln II.4 und II.5 der Fokus auf der Rolle der Bevölkerung in Demokratisierungsprozessen liegen. Dafür ist es zunächst notwendig, Definitionen und Erscheinungsformen sozialer Bewegungen darzustellen.

II.4.1 Einführung und Definition des Begriffs soziale Bewegung

Insbesondere in den letzten Jahrzehnten wurden viele staatliche Transformationen eingeleitet durch Massenproteste, so z.B. in den ehemaligen sozialistischen Staaten in Ost-, Mittel- und Südosteuropa sowie den Staaten des sogenannten „Arabischen Frühlings“ seit 2011. Entgegen der These der Vertreter*innen der „Transition to Democracy“-Schule, dass Proteste lediglich ein kurzzeitiges, eruptives Element der beginnenden Transformation sind und die Bevölkerung außerhalb der Institutionen schnell an Bedeutung für den Prozess verliert, argumentiert unter anderem die Politikwissenschaftlerin Donatella della Porta. Sie entfernt sich von den elitenfokussierten Ansätzen der Transformationsdebatte und entwickelt ein theoretisches Konzept, welches sich mit verschiedenen Pfaden einer Demokratisierung *von unten* beschäftigt (Della Porta 2014, 15 ff.). Der Kern ihrer Arbeiten dreht sich um die demokratisierenden und transformierenden Effekte, welche durch Protestereignisse hervorgerufen werden und Episoden einer Demokratisierung anstoßen. Unter anderem baut sie in ihren Analysen auf den Arbeiten von Wissenschaftler*innen wie Charles Tilly und Sidney Tarrow auf, welche das Forschungsfeld der *Social movement studies* und *Contentious Politics* maßgeblich geprägt haben. Della Porta verbindet Elemente dieser Richtung mit Erkenntnissen der Demokratisierungsforschung.

Charles Tilly und Sidney Tarrow analysieren verschiedene Fälle, in denen soziale Bewegungen sowie Proteste sich gegen bestimmte Politiken oder gesamte Regierungen entwickelt haben und verschiedene Bevölkerungsgruppen für den Protest mobilisieren konnten. Die Anliegen der Akteursgruppen werden in einem außer-institutionellen Rahmen vorgebracht, z.B. durch Demonstrationen oder Streiks. Ein signifikanter Punkt ist, dass Akteure diese unkonventionellen Formen der politischen Partizipation wählen, da sie keine anderen Ressourcen besitzen, um ihre Anliegen durchzusetzen. Aus diesem Grund entscheiden sie sich für ihre Präsenz im öffentlichen Raum, um von politischen Entscheidungsträger*innen gehört zu werden oder gegen diese zu protestieren. Diese außerinstitutionellen Praktiken werden unter der Bezeichnung der *Contentious Politics* zusammengefasst.

Der Begriff *Contentious Politics* kann in der deutschen Debatte am ehesten mit den Begriffen „Praktiken zivilen Ungehorsams“ sowie „widerständige kollektive Politik“ gefasst werden. Eine wörtliche Übersetzung aus dem Englischen ist nicht sinnerfassend.

Sidney Tarrow konstatiert, dass widerständige kollektive Praktiken die Grundlage aller sozialen Bewegungen, Revolutionen und Proteste sind. Der Grund dafür ist nicht, dass diese gewalttätig oder extrem, sondern dass die Aktionen der einzige Rückgriff seien, den bestimmte Gesellschaftsgruppen gegen mächtige Staaten oder politische Gegenspieler*innen haben (Tarrow 1998, S. 3). Der Politikwissenschaftler beschreibt das Zustandekommen von widerständiger kollektiver Politik wie folgt: „Contentious politics occurs when ordinary people, often in league with more influential citizens, join forces in confrontations with elites, authorities, and opponents.“ (Tarrow 1998, S. 2)

Hier werden die vorhandenen sowie fehlenden *Ressourcen* bestimmter Gruppen und Akteur*innen verdeutlicht: Auf der einen Seite stehen „ordinary people“, welche sich mit einflussreichen Bürger*innen zusammentun. Auf der anderen Seite stehen Menschen, die Teil der politischen Entscheidungsfindung sind. Damit wird auch der Rahmen der Konfrontation angedeutet: Die Gruppen, die ihre politischen Forderungen durchsetzen möchten, haben nicht den Zugang zu Institutionen. Aus diesem Grund nutzen sie unkonventionelle Partizipationsmöglichkeiten außerhalb des institutionellen Rahmens. Das Bilden von Allianzen ist ein weiteres zentrales Merkmal widerständiger Politik. Durch den Zusammenschluss verschiedener Kräfte bekommt die Bewegung eine größere Reichweite und kann mehr Bevölkerungsgruppen mobilisieren. Eine größere Masse an Menschen verstärkt den Druck auf Regierende und politische Gegenspieler*innen.

Ein zentrales Argument Tarrows ist, dass widerständige Politik ausgelöst wird durch Veränderungen in den politischen Rahmenbedingungen, welche vormals Widerstand unterbunden haben. Durch die Veränderungen der politischen Lage werden Möglichkeiten geschaffen für Akteursgruppen, die keine politische Macht und keinen Raum zur Verfügung haben, ihre Anliegen vorzubringen. Sie stehen, so Nebojša Vladislavljević, „außerhalb des politischen Prozesses“ (Vladislavljević 2014, S. 140). Diese

Verschiebungen bezeichnet Sidney Tarrow als „Political Opportunity Structures“. Wenn die Aktionen des Widerstands von gesellschaftlichen Netzwerken unterstützt und durch bestimmte kulturelle Symbole vermittelt werden, entwickeln sie sich zu anhaltenden und nachhaltigen Interaktionen mit politischen Gegenspieler*innen. Daraus entsteht die soziale Bewegung als eine Ausdrucksform widerständiger Politik (Tarrow 1998, S. 2, 1994, S. 6).

Die Auslöser für solche „Political Opportunity Structures“ variieren, es können politische Reformen, Konflikte innerhalb der politischen Elite, Veränderungen in politischen Bündnissen und Einstellungen, politische Instabilität, oder das Aufkommen neuer Bündnispartner*innen sein (Tarrow 1994, S. 81).

Widerständige kollektive Politik wird von Sidney Tarrow unterschieden von „dem Markt“, repräsentativer Politik sowie Lobbying. Er bringt in seine Abgrenzung auch eine Klassenkomponente ein:

„[...] [T]hey bring ordinary people into confrontation with opponents, elites, or authorities. They have power because they challenge powerholders, produce solidarities, and have meaning within particular population groups, situations, and national cultures.“ (Tarrow 1998, S. 4)

Auf der einen Seite steht die Ermächtigung der „ordinary people“. Diese suchen die Konfrontation mit (wirtschaftlichen und politischen) Eliten und Behörden. In diesem Ermächtigungsprozess fordern sie Amtsträger*innen und mächtige Akteursgruppen heraus, sie produzieren Solidaritäten mit anderen „Machtlosen“ und stellen gleichzeitig Bedeutungszusammenhänge her mit verschiedenen Gesellschaftsgruppen und kulturellen Traditionen. Es stellt sich die Frage, wie verschiedene Gruppen nachhaltig mobilisiert werden können. So wird einerseits festgehalten, dass ein Konsens über gemeinsame Ziele und Interessen zwar notwendig, aber nicht ausreichend ist. Es braucht darüber hinaus ein Gefühl der Solidarität oder der gemeinsamen Identität, um Menschen nachhaltig mobilisieren zu können. Die Kehrseite dieser Mobilisierung durch den Appell an Gefühle der Zugehörigkeit ist, dass Nationalismus, Religion und Ethnizität oftmals erfolgreichere Grundlagen der Organisation sozialer Bewegungen waren, als der Hinweis auf soziale Klassen und Klassengerechtigkeit (Tarrow 1998, S. 6).

Eine soziale Bewegung entsteht durch das Zusammenbringen von Menschen mit verschiedenen Forderungen und Identitäten an verschiedenen Orten zu einer verabredeten Kampagne. Dabei laufen drei Prozesse parallel zueinander ab: Das Bilden kollektiver Forderungen; das Einbinden von gesellschaftlichen Netzwerken, gemeinsamen Zielen und kulturellen Rahmen; sowie letztlich das Aufbauen von Solidarität durch verbindende Strukturen und gemeinsame Identitäten (Tarrow 1998, S. 4). In den drei Prozessen sind die wichtigsten Elemente sozialer Bewegungen genannt. Nach Sidney Tarrow und Charles Tilly ist eine soziale Bewegung:

„A sustained campaign of claim making, using repeated performances that advertise the claim, based on organizations, networks, traditions, and solidarities that sustain these activities.“ (Tilly und Tarrow 2015, S. 145)

Die Autoren betonen in ihrer Definition vor allem die Kombination von *Kampagnen*, *Performances* sowie *öffentlicher Darstellung*. Durch dauerhafte Kampagnen werden die Forderungen der Bewegung transparent gemacht. Dies geschieht durch verschiedene Formen öffentlicher Performances, wie z.B. Protestmärsche, Demonstrationen, öffentliche Reden, Petitionen und Lobbying. Die soziale Bewegung demonstriert mit ihrer Präsenz in der Öffentlichkeit Geschlossenheit, die Anzahl der Unterstützer*innen und Mitglieder, ihren Einsatz und vor allem die Legitimität ihrer Anliegen. Zu diesem Zweck werden Sprechchöre und Lieder gesungen, symbolische Farben und Anstecker getragen, Schilder mit Anliegen geschrieben, sowie öffentliche Gebäude und Plätze besetzt. Die Grundlage ihres Protestes sind Organisationen, Netzwerke verschiedener Gruppen, kulturelle Traditionen und Solidarität. Dadurch wird eine soziale Bewegung resilient und erhält sich auf längere Zeit (Tilly und Tarrow 2015, S. 11).

Donatella della Porta erweitert und präzisiert die Definition sozialer Bewegungen:

„Social movements are here defined as (1) informal networks of individuals and organizations, based on (2) shared beliefs and solidarity, which mobilize about (3) conflictual issues, through (4) the frequent use of various forms of protest.“ (Della Porta 2014, S. 19)

Sie bindet in ihrem ersten Punkt die Individuen an sich ein, welche die soziale Bewegung stützen und nicht in eine feste Organisationsstruktur integriert sein müssen. Die Verwendung des Wortes „informal“ verdeutlicht dies. Bei der Definition Tillys und Tarrows dagegen wird der Fokus auf Organisationen und festgelegte Organisationsstrukturen gelegt.

Im zweiten Element der Begriffsbezeichnung Della Portas werden gemeinsame Überzeugungen genannt. Der Punkt darf nicht verwechselt werden mit einer weltanschaulichen Homogenität innerhalb der sozialen Bewegungen. Vielmehr wird verdeutlicht, dass Teilnehmer*innen der Protestbewegungen übereinstimmen in ihren Forderungen bezüglich der Proteste. Daraus entsteht eine Solidarität: Die verschiedenen Gruppen stehen in ihren Anliegen zusammen und sind solidarisch miteinander – mitunter auch mit Menschen, mit denen sie ansonsten nicht viel gemein haben. Della Porta hebt explizit den Charakter der Protestthemen hervor, welche konfliktbeladen sind und nur im Rahmen widerständiger Politik durch Akteursgruppen vorgebracht werden, die darin ihre einzige Chance des Agenda-Setting sehen. Die Wichtigkeit der Wiederholung und somit der Nachhaltigkeit wird mit dem letzten Element angesprochen. Soziale Bewegungen zeigen durch wiederholte, häufige und verschieden ausformulierte Protestaktionen ihre Dauerhaftigkeit, ihre Resilienz, sowie die Legitimität ihrer Forderungen. In den folgenden Teilen der Arbeit wird aufgrund ihrer Begriffsschärfe die Definition Donatella della Portas verwendet.

In einem engen Zusammenhang zur sozialen Bewegung steht der Begriff der Zivilgesellschaft. Einige Autor*innen haben sich dabei insbesondere mit der Frage beschäftigt, wer dazu zu zählen ist.

Petr Kopecký argumentiert in seiner Publikation, dass eng gefasste Konzeptionen von Zivilgesellschaft, welche lediglich pro-demokratische und progressive Organisationen und Ziele enthalten, zu kurz greifen. Er plädiert für eine breitere Definition, die auch „unzivil“ Tendenzen mit einbezieht. Auch Florian Bieber konstatiert, dass ein kategorisches Ausschließen nationalistischer oder ultrakonservativer Gruppierungen aus der zivilgesellschaftlichen Sphäre nicht zielführend sein kann, da die Gesellschaft aus verschiedenen Gruppen, Ideologien und Perspektiven besteht und somit heterogen ist. Normative Ansprüche lediglich eines Teils der Gesellschaft sind demnach kein Maßstab für die Zugehörigkeit zur Zivilgesellschaft (Kopecký 2002, S. 14; Bieber 2002, S. 33). Trotzdem muss es nach der hier dargestellten Konzeption der Zivilgesellschaft eine Einschränkung geben: Zwar können in der Zivilgesellschaft auch nationalistische Tendenzen existieren. Jedoch ist die Limitation der Anerkennung des Staates, der Gesellschaft an sich hinzuzufügen: Zielen Gruppen auf die Auflösung der bestehenden Gesellschaft, des bestehenden Staates ab, können sie nicht mehr als zivilgesellschaftliche Akteure angesehen werden, weil sie das Gemeinwesen *per se* ablehnen.

Weiterhin argumentiert der Politikwissenschaftler Petr Kopecký, dass zur Zivilgesellschaft nicht nur feste und dauerhafte Organisationen und Vereine gehören, sondern auch Protestereignisse, kurz anhaltende Organisationen und lose organisierter Aktivismus dazuzuzählen sind (Kopecký 2002, 2, 13-15). Die Zivilgesellschaft ist demnach fluide und in Teilen auch wenig organisiert. Ein wichtiger Aspekt seines Verständnisses ist der politische Kontext, indem die Zivilgesellschaft existiert. Dieser müsse mitgedacht werden, um die Funktionsweisen zivilgesellschaftlicher Handlungen verstehen zu können. Die Strukturen und Diskurse, in denen eine Gesellschaft eingebettet sind, beeinflussen die Zivilgesellschaft, wie auch vice versa. Kopecký hält dazu fest:

„Moreover, instead of preoccupying ourselves with the overall weakness or strength of civil society, we should be studying the overall character of the political community within which civil society arises. Political context, be that nature of the state, prevailing organisational traditions, or the strength and reach of political parties, affect the functioning of civil society and are therefore absolutely crucial for our understanding of it.“ (Kopecký 2002, S. 14–15)

Daraus wird deutlich, dass es durchaus Überschneidungen zwischen den Begriffen sozialer Bewegung und Zivilgesellschaft gibt. Aufgrund ihrer begrifflichen Präzision stützt sich die vorliegende Arbeit in erster Linie auf den Begriff und die Definition sozialer Bewegungen nach della Porta.

II.4.2 Die drei Merkmale sozialer Bewegungen nach Tilly und Tarrow

Die drei zentralen Charakteristiken, nach denen Charles Tilly und Sidney Tarrow soziale Bewegungen und deren Einfluss auf die politische Situation untersuchen, sind die sogenannten „Collective action repertoires“, also das Repertoire widerständiger kollektiver Politik, die „Cultural frames of meaning“, das heißt kulturelle Diskurse und die Rolle von Symbolen bei Protesten, und schließlich die Organisationsstrukturen („Mobilizing structures“) (Tarrow 1994, S. 6; Della Porta 2014, S. 20–21; Tilly und Tarrow 2015, S. 13–16). Diese drei Elemente bestimmen den Einfluss sozialer Bewegungen auf politische Veränderungen, bzw. auf Demokratisierungsprozesse. Sie wurden seitdem von vielen Politikwissenschaftler*innen aufgegriffen und weiter elaboriert, so z.B. von Donatella della Porta und Mario Diani.

Die Formen kollektiver widerständiger Politik bezeichnet Charles Tilly auch als *Repertoire*:

„With regard to any particular group, we can think of the whole set of means it has for making claims of different kinds on different individuals or groups as its repertoires of contention.“ (Tilly 1986, S. 4)

Charles Tilly und Sidney Tarrow haben in mehreren Publikationen herausgearbeitet, dass sich die Ausdrucksweisen widerständiger Politik mit der Zeit und den politischen, wie auch wirtschaftlichen Rahmenbedingungen weiterentwickelt haben. Demnach können die Aktivitäten des Anti-Slavery-movements im England des 18. Jahrhundert als Wegbereiter der Protestform der Demonstration betrachtet werden, vor allem im 19. Jahrhundert änderten sich mit dem Übergang zu nationalstaatlich organisierten Gesellschaften auch die Formen des Protests: Petitionen, Streiks, Wahlkundgebungen, Boykotte, öffentliche Kundgebungen, Demonstrationzüge, Aufstände, Besetzungen von öffentlichen Gebäuden erweiterten das Repertoire kollektiver widerständiger Politik. Zusätzlich zur Nationalstaatsbewegung beeinflusste das Aufkommen des Kapitalismus als dominantes Wirtschaftssystem sowie die Etablierung von Printmedien und neuen Kommunikationsmitteln, wie widerständige Politik transportiert wurde (Tilly und Tarrow 2015, S. 14–17; Della Porta und Diani 2011, S. 168–170).

Die modernen Repertoires zivilen Ungehorsams verbreiteten sich vor allem im 20. Jahrhundert weltweit und sind in ihrer Eigenschaft *modular*. Das bedeutet, dass sie unabhängig von Ursache, Charakter und Forderungen der Proteste adaptierbar sind auf eine breite Spanne kollektiver widerständiger Politik, sowie dass sie autonom sind von Ort und Akteursstrukturen. Mit dem Aufkommen des Internets und vor allem der sozialen Medien ist die Mobilisierung sehr vieler Menschen in sehr kurzer Zeit möglich geworden. Die Kommunikationskapazität der sozialen Bewegungen ist größer geworden (Tilly und Tarrow 2015, S. 16–17; Della Porta und Diani 2011, S. 170). Dass soziale Medien neben der dezentralen Mobilisierung andere relevante Funktionen übernehmen kann, arbeitet Natalia Wächter heraus. Sie konstatiert am Beispiel der Proteste des Arabischen

Frühlings, dass Menschen in sozialen Medien politische Ereignisse kommentieren, über Protestereignisse informiert werden und dadurch daran teilnehmen, sowie politische Ereignisse durch soziale Medien organisiert werden (Wächter 2019, S. 233–234).

Weiterhin geht sie der Frage nach, ob durch Facebook und andere Netzwerke eine niederschwellige politische Partizipation insbesondere für junge Menschen, die ausgeschlossen sind von Teilhabe an konventionell ausgetragener Politik, möglich ist. Sie konstatiert im Falle des Arabischen Frühlings:

„It leads to the conclusion that, under specific circumstances, social media may foster political participation and political power of socially and politically disadvantaged groups [...]“ (Wächter 2019, S. 234).

Als zweites Charakteristikum sozialer Bewegungen untersuchen Tilly und Tarrow die Rolle von kulturellen Symbolen, Diskursen und Bedeutungszusammenhängen. Im Englischen wird dies als „Cultural frames of meaning“ bezeichnet, als kulturelle Bedeutungszuschreibungen. Symbole und die Mobilisierung der Massen mithilfe dieser sind ein Merkmal jeder sozialen Bewegung. Wie Sidney Tarrow festhält, ist es unabdingbar für eine soziale Bewegung, eine „Gegenerzählung“ zur politischen Situation anzubieten, um erfolgreich Menschen mobilisieren und bestehende Ungerechtigkeiten aufzeigen zu können (Tarrow 1998, S. 106–107).

Dabei wird aus einer konstruktivistischen Perspektive argumentiert. Es wird davon ausgegangen, dass Bedeutungen bestimmten Ereignissen zugeschrieben, sie also *gesellschaftlich konstruiert* werden. Jedoch stellt sich nach Tarrow die Frage, wie sich in Protestkontexten ein symbolischer Diskurs entwickelt und wie dieser Menschen mobilisieren kann. Wie verhalten sich die Botschaften einer sozialen Bewegung zu dem Kontext der Interessen und vorherrschenden Konflikte? - Um diese Fragen beantworten zu können, entwirft er das Konzept des *Framings* kollektiver widerständiger Politik.

Ein Aspekt dessen ist das Anpassen von Symbolen an den gesellschaftlichen Kontext, an das „Setting“ in welchem die soziale Bewegung existiert. Tarrow beschreibt dies wie folgt: „The symbols of collective action cannot be simply read like a “text”, independent of the conditions in which they struggle“ (Tarrow 1998, S. 109).

Im Gegenteil sollen die Symbole kontextualisiert sein anhand kultureller Muster, auf die sich Gruppen beziehen können, deren Überzeugungen und Vorstellungen, sowie den vorherrschenden gesellschaftlichen Konflikten. Es findet ein Prozess statt, im Zuge dessen gesellschaftliche Themen aufgegriffen und zu „Collective action frames“ transformiert werden. Das geschieht durch das Interpretieren, Benennen und Definieren der gesellschaftlichen Um- und Missstände. Der Vorgang wird nach dem Konzept des Soziologen David Snow als *Frames* benannt: als Interpretationsmuster, mithilfe derer Menschen Situationen und Sachverhalte lokalisieren, einordnen und wahrnehmen (Tarrow 1998, S. 109–110; Della Porta 2014, S. 20). Akteure sozialer Bewegungen müssen die

vorhandenen *Frames* bestimmter sozialer Probleme adaptieren, um Menschen zu mobilisieren. Daraus entsteht schließlich kollektive widerständig Politik. Donatella della Porta und Mario Diani dazu:

„Action is facilitated by “frame alignment”, in other words, by the convergence of models of interpretation of reality adopted by movement activists and those of the population which they intend to mobilize.” (Della Porta und Diani 2011, S. 87)

Ein *Framing*, das immer wieder von sozialen Bewegungen adaptiert wird, ist das der gesellschaftlichen Ungerechtigkeit. Oftmals werden gesellschaftliche Missstände nicht als solche wahrgenommen, sondern als Probleme Einzelner identifiziert. Soziale Bewegungen können Menschen mobilisieren, indem sie gesellschaftliche Ungerechtigkeit als strukturelles- und nicht individuelles Problem diagnostizieren. Es entwickelt sich ein kollektives Bewusstsein für strukturelle Probleme, soziale Bewegungen können diesen Diskurs zur Mobilisierung betroffener Gruppen der Gesellschaft nutzen und in Partizipation umwandeln (Tarrow 1998, S. 111). Durch das Thematisieren von Ungerechtigkeiten, sowie das Appellieren an Emotionen werden Menschen „getriggert“, politisch zu partizipieren. Weiterhin bedarf es bestimmter Vermittler*innen, kulturelle Symbole zu mobilisierenden, widerständigen *Frames* umzudeuten. Es reicht nicht, lediglich kulturelle Traditionen und Symbole aufzugreifen, sondern es bedarf einer Neuausrichtung für die Anliegen der Bewegung. Als Beispiel spricht Sidney Tarrow die Solidarność-Bewegung an: Aktivist*innen adaptierten christliche Symbole und Traditionen. So konnten sie außerhalb der Gruppe der streikenden Arbeiter*innen mehr und mehr Menschen erreichen, die sich durch den Appel an ihre Religiosität angesprochen fühlten (Tarrow 1998, S. 122).

Eine dritte Voraussetzung zur Bildung sozialer Bewegungen nach Tilly und Tarrow ist das Zusammenbringen vieler Menschen. Die Organisations- und Mobilisierungsstrukturen unterscheiden sich von Fall zu Fall. Sie bestimmen, wie widerständige Politik organisiert wird: Durch das Bilden von Allianzen, das Einbinden von Netzwerken, das Konfrontieren der politischen Gegenspieler*innen, sowie das Erhalten der Bewegung auch nach dem Höhepunkt der Mobilisierung. Sidney Tarrow verdeutlicht, dass die Organisation sozialer Bewegungen gekennzeichnet ist durch verschiedene Wege, dass Heterogenität und Interdependenz eine Rolle spielen.

Demnach entwickeln sich manche sozialen Bewegungen ohne die Organisation einer festen Gruppe oder Person und es entsteht erst im Laufe der politischen Kämpfe eine Führungsrolle, welche die Handlungen der Bewegung organisiert. Andere Bewegungen wiederum bilden sich erst durch den Aktivismus einer Führungspersönlichkeit oder -Gruppe, welche die lose vernetzten Protestaktionen zu einer Bewegung umbaut und den politischen Konflikt mit Gegenspieler*innen aufrechterhält und dem standhält (Tarrow 1998, S. 123).

II.5 Demokratisierung von unten

Donatella della Porta entwickelt ein theoretisches Konzept der *Demokratisierung von unten*. Sie baut auf theoretischen Prämissen Tillys und Tarrow, sowie anderer Vertreter*innen der *Contentious Politics*-Forschung, auf. Sie weist dem Begriff „von unten“ dabei drei Bedeutungsebenen zu: Zum einen bezieht sich der Begriff auf die Macht bestimmter Akteure, welche als *Insider und Outsider* bezeichnet werden. Tilly und Tarrow umschreiben die Macht der Akteure auch mit „Ressourcen“, um partizipieren zu können. Daran anschließend wird die Ebene der „sozialen Herkunft“ von Individuen genannt: Es wird unterschieden zwischen *niedrigeren und höheren* gesellschaftlichen Schichten. Die dritte Bedeutungsebene bezieht sich auf den Austragungsort von Politik. Dabei wird unterschieden zwischen *institutionellem und außer-institutionellem Rahmen*. Letztere werden auch als „Protest-Arenen“ bezeichnet (Della Porta 2014, S. 15).

Des Weiteren identifiziert Della Porta verschiedene Demokratisierungspfade. Diese untergliedert sie in vier Idealtypen: *Pacted Transitions*, *Participatory Pacts*, *Disruptive Coup d'Etats* und schließlich *Eventful Democracy*. Drei dieser möglichen Wege bezeichnen Fälle einer Demokratisierung von unten, in denen soziale Bewegungen und Protestereignisse eine relevante Rolle einnehmen: *Eventful Democratization*, *Participatory Pacts*, sowie *Disruptive Coup d'Etats*. Die Option der *Pacted Transition* hingegen kann nicht als Weg einer Transformation von unten gesehen werden (Della Porta 2014).

Der erste Pfad (*Pacted Transition*) beschreibt Demokratisierungsprozesse, bei denen die Bevölkerung nicht mobilisiert wird und die Transformation vonseiten der politischen Elite ausgeht. In diesem Szenario spielen soziale Bewegungen oder Protest keine Rolle für die Transformation zu einem demokratischen Gemeinwesen.

Im Gegensatz dazu besitzen soziale Bewegungen in *Participatory pacts* genügend Ressourcen und Mobilisierungskraft, um eine Demokratisierung anzustoßen. Reformen werden durch Verhandlungen zwischen sozialen Bewegungen und der politischen Elite erzielt.

Im dritten Pfad, dem *Disruptive coup d'etats*, werden Protestbewegungen von Eliten manipuliert. Letztere zielen darauf ab, konservative Gruppen in *Participatory pacts* zu überstimmen und ihren Einfluss innerhalb der politischen Elite auszuweiten.

Der Idealtyp der *Eventful Democratization* schließlich steht für Demokratisierungsepisoden, die durch Protestereignisse zustande kommen. Dieser Protest wird von der Bevölkerung, von „Außenseiter*innen“ des politischen Systems getragen (Della Porta 2014, S. 15). Die Politikwissenschaftlerin stellt in ihrer Publikation vor allem den Idealtyp der *Eventful Democratization* in das Zentrum der Analyse.

Die von ihr entwickelte Typologie der Mobilisierung von Demokratisierungsepisoden „von unten“ bezeichnet auf der einen Ebene den Grad der Beteiligung durch die Zivilgesellschaft, die zweite Ebene bezeichnet die Partizipationsformen (siehe Abbildung 1). Es gibt nach dem Schema Mobilisierungen,

die von der Bevölkerung ausgehen und solche, die „elitengefördert“ sind. Della Porta bezeichnet diese zwei Gruppen als „Insider“ und „Outsider“ des politischen Geschehens. Bei den Formen wird zwischen „Moderation“ und „Contestation“, also konfliktärmeren Formen und solchen, die politische Auseinandersetzungen offener austragen, abgestuft (Della Porta 2014, S. 15–16).

Als elitengeförderter, moderater Transformationspfad wird die *Pacted Transition* identifiziert. In *Participatory Pacts* gehen reformierende Tendenzen von der Bevölkerung aus, jedoch laufen diese ohne Konflikte ab. Die Mobilisierung endet in Verhandlungen mit der bestehenden politischen Elite, mit der gemeinsam Demokratisierungsphasen eingeleitet werden.

Konfliktreichere Demokratisierungsformen sind *Disruptive Coup d'états* sowie *Eventful Democratization*. Erstere von beiden ist elitengefördert, letzterer Pfad geht von der Bevölkerung aus. Bei dem Pfad der *Eventful Democratization* ist der zivilgesellschaftliche Protest die entscheidende Variable, die Demokratisierungsprozesse auslöst.

	Elite driven	Mass driven
Moderation	[pacted transition]	Participatory pact
Contestation	Disruptive coup d'état	Eventful democratization

Abbildung 1: Typologie der Mobilisierung von Demokratisierungsepisoden; Eigene Grafik nach Donatella della Porta 2014, S.16.

Das theoretische Modell della Portas besteht aus verschiedenen Elementen, die sich gegenseitig beeinflussen (siehe Abbildung 2). Sie determinieren, ob es zu Episoden einer demokratischen Transformation kommt oder nicht. Dabei ist relevant, dass die Strukturen und Veränderungen in Rahmenbedingungen auf der einen Seite und die Handlungsfähigkeit, die Kapazität „von unten“ zu partizipieren, auf der anderen Seite zusammenspielen (Della Porta 2014, S. 14).

Ein Element ist das Aufkommen und Nutzen der Veränderungen in politischen Rahmenbedingungen durch die Protestbewegung: Auf nationaler oder transnationaler Ebene verändert sich die politische Situation, es entstehen Anreize für soziale Bewegungen. Ein Beispiel dafür ist eine Spaltung in der politischen Elite. Diese Veränderungen der politischen Situation beeinflussen die Mobilisierung von „Ressourcen“. Letztere können z.B. eine aktive Zivilgesellschaft sein, deren Gruppierungen untereinander vernetzt sind und potenzielle widerständige Aktionen koordinieren können. Weiterhin können unter „Ressourcen“ auch Diskurse, Vorstellungen und Frames zu Demokratie, sowie Demokratieverständnisse gefasst sein. Als Folge des Zusammenspiels der Elemente (Aufkommen politischer Veränderungen, Ressourcen-Mobilisierung) kommt es zu Episoden einer Demokratisierung von unten, oder jene Demokratisierungsprozesse werden verhindert.

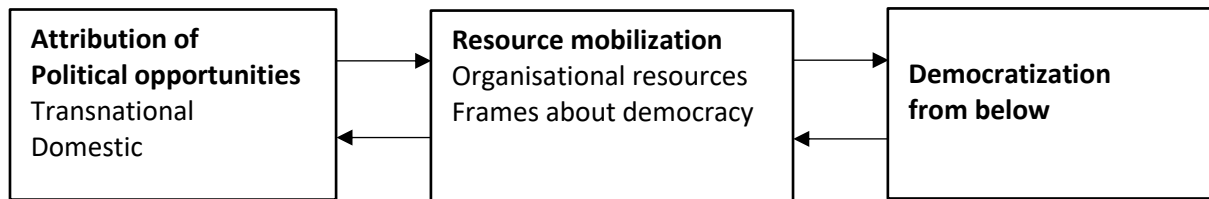


Abbildung 2: Demokratisierung von unten – Theoretisches Modell; Eigene Grafik nach Donatella della Porta 2014, S.15.

Ein zentrales Element in der Untersuchung von Demokratisierungsprozessen macht della Porta in der Wirkmächtigkeit, bzw. Handlungsmacht („agency“) aus. Sie stellt die These auf, dass Handlungsmacht der Entstehung von Strukturen inhärent ist, letztere beeinflussen wiederum die Handlungen von Menschen. Es existiert folglich ein Kreislauf aus sich gegenseitig bedingenden Faktoren. In diesem Zusammenhang konstatiert sie, dass soziale Bewegungen durch vorherrschende politische und ökonomische Strukturen begrenzt und beeinflusst sind, sie andererseits auch selbst *strukturierend* wirken: „They are, that is, both constrained in their action by the context in which they move, but also able, through their action, to change relations among and between actors“ (Della Porta 2014, S. 16–17).

Damit bezieht sich Donatella della Porta auf Sidney Tarrow's Konzeption widerständiger Politik. Tarrow konstatiert, dass soziale Bewegungen eher durch kurzfristige Veränderungen in politischen Rahmenbedingungen entstehen, als durch konstant vorherrschende Missstände, welchen starre soziale und wirtschaftliche Strukturen zugrunde liegen. Er verneint damit nicht den Einfluss struktureller Faktoren auf widerständige Politik an sich. Jedoch sieht er die Stabilität eines Staates, Repressionen durch den Staat, die Art des Parteiensystems und andere strukturelle Elemente als einige unter mehreren Faktoren, die kollektive widerständige Politik bedingen. Das Hauptaugenmerk legt Tarrow auf Veränderungen in politischen Rahmenbedingungen, welche Anreize zu Protestpolitik schaffen. Soziale Bewegungen wiederum, so argumentiert er, *gestalten* Möglichkeiten einer Veränderung:

„Movements create opportunities for themselves or others. They do this by diffusing collective action through social networks and by forming coalitions of social actors; by creating political space for kindred movements and countermovements; and by creating incentives for elites to respond.“ (Tarrow 1994, S. 82)

Die soziale Bewegung fungiert demnach als strukturierendes Element. Weiterhin spricht die Politikwissenschaftlerin della Porta die relationale, die Beziehungsebene an: Sie hält fest, dass soziale Bewegungen durch ihre Handlungen die Beziehungen und Kommunikation zwischen verschiedenen Akteursgruppen verändern.

Die Protestereignisse an sich haben einen Effekt auf die soziale Bewegung. Dies bezeichnet sie als „Eventful protest“, also Protest, der sich durch transformierende Ereignisse auszeichnet.

Bestimmte Ereignisse verändern Strukturen und politische Rahmenbedingungen. Della Porta stellt die These auf, dass zufällige und einprägsame Ereignisse während der Proteste die Situation maßgeblich beeinflussen. Mechanismen eines sozialen Wandels werden losgetreten: Organisationsnetzwerke entstehen, persönliche Beziehungen, Interaktionen und Solidaritäten entwickeln sich, es entsteht gegenseitiges Vertrauen zwischen verschiedenen Teilnehmer*innen und Gruppen. Durch die Ereignisse wird ein Prozess angestoßen, im Laufe dessen sich durch Interaktionen verschiedener Gruppen kollektive Erfahrungen bilden. Die Vorkommnisse haben also eine transformierende Wirkung: Die Rahmenbedingungen werden verändert, neue Gruppen mobilisiert, Bedeutungszusammenhänge neu hergestellt (Della Porta 2014, S. 17).

Um Demokratisierungsprozesse von unten analysieren zu können, müssen Proteste und soziale Bewegungen hinsichtlich ihrer Entstehung, der Charakteristiken, sowie der kurzfristigen Effekte auf das politische System, die Regierung, und die Gesellschaft untersucht werden. Die vorliegende Arbeit folgt dem Ansatz Donatella della Portas, welche den *entstehenden Charakter* widerständiger Politik beleuchtet. Die internen Dynamiken innerhalb der sozialen Bewegungen sind von Bedeutung, wie auch die transformierende Kapazität von Protestereignissen. Sie stellt die These auf, dass Protestereignisse neben der Wirkung auf die politische Situation und die Gesamtgesellschaft auch die Individuen und Gruppen, welche an den Ereignissen beteiligt sind, auf kognitiver, emotionaler sowie der Beziehungsebene beeinflussen (Della Porta 2014, S. 32). Durch diese drei Mechanismen (kognitive, emotionale, relationale) lässt sich bestimmen, ob sich eine Protestbewegung nachhaltig entwickelt und in einer Demokratisierungsepisode resultiert.

Auf *kognitiver* Ebene werden zwei Mechanismen herausgearbeitet. Der erste ist die Entwicklung der Forderungen hin zu allgemeineren Forderungen im Laufe der Proteste. Der zweite Mechanismus spricht von einer zunehmenden Politisierung des Diskurses. Bei einer Verallgemeinerung der Forderungen beginnen die Proteste mit sehr spezifischen, kleinteiligen Forderungen. Diese werden immer allgemeiner, um weitere Bevölkerungsgruppen anzusprechen und die inhaltlichen Differenzen zwischen Gruppen zu überbrücken (Della Porta 2014, S. 32). Die Politisierung des Protestdiskurses beschreibt einen Vorgang, bei dem Protestierende zuerst konkrete Missstände aufzeigen, z.B. Hate-speech, oder korrupte Handlungen. Schließlich werden Zusammenhänge zwischen den Missständen und der Politik der Regierung gezogen. Es kommt zu einem Verantwortlich-halten der Regierung durch die Protestbewegung und damit zu einer Politisierung.

Das zweite Set an Mechanismen beschreibt die *emotionale Ebene*. Negative wie positive Gefühle können helfen, die internen Dynamiken einer Protestbewegung zu untersuchen. Zum einen spielen

„moralische Schocks“ eine Rolle: Bestimmte Handlungen, die ethisch nicht zu legitimieren sind, ziehen Emotionen wie Wut nach sich. Ein Beispiel sind Folterhandlungen durch autoritäre Regierungen und die zornige Reaktion der Bürger*innen darauf, die sich in Demonstrationen zeigt (Della Porta 2014, S. 33). Positive Gefühle können ebenfalls mobilisierend wirken. Durch die Teilnahme an Protestereignissen stellen sich bei Beteiligten Gefühle kollektiver Ermächtigung ein. Die Menschen werden sich durch Zugehörigkeitsgefühle zur Protestgruppe und Solidarität zueinander ihrer Wirkmächtigkeit als politisch Partizipierende bewusst.

Die *relationalen Mechanismen* entwickeln sich im Laufe von Demokratisierungsprozessen von unten. Die Hemmschwelle zu partizipieren wird durch Koordination verringert. Das heißt, dass Menschen durch verschiedene Logiken besser angesprochen werden, an Protesten teilzunehmen. Einerseits geschieht dies durch Vernetzung verschiedener kollektiver Akteursgruppen, andererseits durch Versammeln von Individuen an verabredeten Orten, also das Treffen auf öffentlichen Plätzen (Della Porta 2014, S. 33–34).

Ein nachhaltiger Demokratisierungsprozess beinhaltet vor allem einen Paradigmenwandel innerhalb der Gesellschaft. Jasmin Mujanović argumentiert, dass dieser Wandel ausgeht von Brüchen, Protesten und Momenten kollektiver Handlungsmacht. Nur durch das disruptive Element des zivilen Ungehorsams und der Protestereignisse, kann ein Paradigmenwandel und somit die Entwicklung demokratischer Institutionen entstehen:

„In order to establish in the first place, and to preserve thereafter, parliamentary and institutional forms of democracy, a society must develop and maintain a culture of civic participation, engagement, and protest. When these are absent, democratic institutions either fail to develop or begin to fail.“
(Mujanović 2018, S. 132)

Für einen Wandel hin zu einem demokratischen Gemeinwesen ist nach Mujanović also eine aktive, engagierte Zivilgesellschaft (Zum Begriff der Zivilgesellschaft siehe oben, Kapitel II.4.1) notwendig. Ohne sie seien demokratische Institutionen und Prozesse „hohl“ und zum Scheitern verurteilt. Diese Einschätzung knüpft an den Demokratisierungspfad der *Eventful Democracy* an, den Donatella della Porta beschreibt. Die Bevölkerung nimmt in diesem Transformationspfad eine zentrale Rolle ein, es existiert eine aktive Zivilgesellschaft, die Transformationsprozesse anstößt und maßgeblich gestaltet. Innerhalb dieser herrscht ein gewisses Maß an Koordinierung vor, die einzelnen Gruppen sind untereinander vernetzt und organisieren die Aktivitäten der Bewegung. Weiterhin beziehen sie sich auf kulturelle Symbole und auf demokratische *Frames*. In diesem Demokratisierungsweg trifft die Zivilgesellschaft auf eine geschlossene politische Situation, d.h. es herrscht ein autoritäres System vor, in dem es kaum Möglichkeiten für Liberalisierungen, politische Partizipation und Kritik gibt. Durch Veränderungen in der politischen Situation öffnen sich die Möglichkeiten kollektiver widerständiger Politik. Dies können z.B. Repressionsversuche durch das Regime sein, oder Spaltungen innerhalb der

politischen Elite (Della Porta 2014, S. 296–297). Dadurch ergeben sich Anreize zu kollektiven widerständigen Handlungen. Trotz der äußeren Anreize zu zivilgesellschaftlichem Protest verdeutlicht della Porta, dass die entscheidenden Dynamiken und Ereignisse der Bewegung erst im Laufe der Protestaktionen entstehen. Erst mit der Mobilisierung der Menschen für kollektiven Widerstand treten die transformierenden Ereignisse und Dynamiken zutage, die schließlich zu einem Wandel der politischen Situation führen (Della Porta 2014, S. 299–300).

Der Aspekt der Handlungsmacht ist an diesem Punkt zentral. Die Bevölkerung ergreift zwar Gelegenheiten, um Protest auszuüben. Jedoch kristallisiert sich widerständige Politik nicht nur durch äußere Rahmenbedingungen heraus, sondern durch die Entscheidungen der beteiligten Individuen. Die soziale Bewegung entsteht durch Handlungen vieler, und diese treffen Entscheidungen zu aktivem Widerstand (Della Porta 2014, S. 64–65). Protest ist demnach ein Ermächtigungsprozess der Zivilgesellschaft, und nicht lediglich ein Ergreifen der günstigen Situation.

Sowohl della Porta wie auch Mujanović vertreten somit ein partizipatorisches Verständnis von Demokratisierungsprozessen, welches sich auf die Handlungsmacht der Bevölkerung konzentriert. Der Politikwissenschaftler Jasmin Mujanović stellt die These auf, dass:

„[...] unless “regime change” is a local, bottom-up exercise, driven by organic social mobilizations, it is unlikely to be decisive or lasting, or to occur at all.” (Mujanović 2018, S. 3)

Zusammenfassend lässt sich sagen, dass in Donatella della Portas theoretischem Konzept Proteste und die Zivilgesellschaft eine zentrale Rolle in Demokratisierungsepisoden einnehmen. Sie baut auf den Erkenntnissen der *Contentious Politics*-Forschung auf, die das Ergreifen von politischen Veränderungen durch soziale Bewegungen erörtern. Della Porta unterscheidet vier Demokratisierungspfade und konzentriert sich v.a. auf die *Eventful Democratization*. In diesem Pfad nutzen Protestbewegungen „Political Opportunity Structures“ und demokratisieren durch Protestaktionen die Gesellschaft. Dabei wirken transformierende Ereignisse sowohl auf die vorherrschenden Strukturen, die Gesamtgesellschaft, als auch auf die soziale Bewegung an sich.

III. Methodischer Zugang

III.1 Operationalisierung der Forschungsfrage und Fallauswahl

Der Ausgangspunkt der vorliegenden Arbeit liegt in den Protesten gegen die serbische Regierung der Jahre 2018 und 2019. Die Forschungsfrage lautet: Inwiefern tragen Proteste, insbesondere die „1od5miliona“-Bewegung, zu einer demokratischen Transformation Serbiens bei?

Ziel der Arbeit ist es somit, einen Beitrag zu den Demokratisierungsstudien am Beispiel Serbiens zu leisten und die „1od5miliona“-Proteste zu dokumentieren und zu analysieren.

Zu den Protestbewegungen seit den 1990er Jahren (insbes. 1991, 1992, 1996 bis 1997, 1999 bis 2000, 2016, 2017) wurde bereits umfassend geforscht. Diese Proteste werden deshalb mithilfe einer Literaturanalyse von Sekundärliteratur untersucht. Schwerpunktmäßig wird dann die „1od5miliona“-Protestbewegung untersucht, da es aufgrund der zeitlichen Nähe bis dato nur wenig wissenschaftliche Literatur dazu gibt. Aus diesem Grund wurden zu diesem Themenkomplex auch von der Verfasserin offene, teilstrukturierte Interviews geführt, die mit der Methode der qualitativen Inhaltsanalyse nach Philipp Mayring analysiert werden. Zusätzlich fließen auch nicht eigens erhobene Quellen, z.B. Medienberichte, in die Analyse der „1od5miliona“-Bewegung ein. Die Gegenüberstellung der bisherigen Proteste mit den aktuellen Protesten soll eine Einordnung ermöglichen und dabei helfen, die Forschungsfrage nach dem Beitrag der Proteste zur Demokratisierung Serbiens in vergleichender Weise zu beantworten.

Der Untersuchungszeitraum der aktuellen „1od5miliona“-Proteste erstreckt sich vom Entstehen der Demonstrationen im Dezember 2018 bis Herbst 2019. Diese Auswahl umfasst die Entstehung und den Höhepunkt der Proteste (April 2019). Im Juli bis August kam es zu einem Dialog zwischen Opposition und Regierungsvertreter*innen, jedoch waren die Proteste zu diesem Zeitpunkt schon abgeflaut. Die Demonstrationen, die danach stattfanden, sind nicht mehr Teil der Analyse.

III.2 Literaturanalyse

Wie bereits im theoretischen Teil dargestellt, stützt sich die Arbeit insbesondere auf die breit gefächerte Sekundärliteratur aus den Bereichen der Transformationsforschung und der Social Movement Studies. Dazu zählen auch zahlreiche Publikationen, die sich mit Fragen der Medienfreiheit, Justiz, politischen Kultur, etc. in Serbien auseinandersetzen. Auch repräsentative Meinungsumfragen, sofern öffentlich verfügbar, fließen in die Analyse mit ein.

Zu den verwendeten Primärquellen zählen insbesondere Zeitungsberichte und der Internetauftritt der Protestbewegung, sowie ausgewählte amtliche Dokumente, so z.B. der Länderbericht Serbien der EU-Kommission. Die Medienberichte dienen v.a. dazu, gewisse Ereignisse aufzuzeigen und nachvollziehbar zu machen.

III.3 Qualitative Inhaltsanalyse

III.3.1 Methode nach Mayring

Die qualitative Inhaltsanalyse, die im empirischen Teil der Arbeit zur Anwendung kommt, hat zum Ziel, Material zu untersuchen, das aus „irgendeiner Art von Kommunikation stammt“ (Mayring 2015, S. 11). Bei der Untersuchung des Materials soll neben dem Text an sich auch der Kontext einbezogen und Bedeutungszusammenhänge herausgearbeitet werden.

Die qualitative Inhaltsanalyse beruht laut Philipp Mayring auf folgenden fünf Leitsätzen, die das „Grundgerüst qualitativen Denkens“ darstellen:

- Subjektbezogenheit: Menschen sind Forschungsgrund *und* Ziel wissenschaftlicher Studien.
- Der Analyse wird eine genaue Beschreibung des Untersuchungsgegenstands und -Bereiches vorangestellt.
- Das zu erforschende Thema muss durch ein offenes Interpretationsverfahren erschlossen werden.
- Das Postulat möglichst großer Alltagsnähe: Das Forschungssubjekt muss wenn möglich in seinem natürlichen Umfeld untersucht werden.
- Die schrittweise Begründung der Verallgemeinerung der Ergebnisse (Mayring 1999, S. 19–24).

Die genannten Grundsätze werden im Folgenden auch für das methodische Vorgehen der vorliegenden Arbeit gelten. Die qualitative Inhaltsanalyse hat zum Ziel, (Text-)Material und dessen Kontext systematisch und methodisch zu analysieren. Der Vorgang ist dabei folgender: Es wird in mehreren Stufen vorgegangen. Das Material wird in Einheiten gegliedert und zerlegt, diese werden schrittweise bearbeitet und interpretiert. Dazu wird ein theoriegeleitetes Kategoriensystem anhand des Materials erstellt. Das Kategoriensystem setzt somit die Aspekte fest, die aus dem Material gewonnen werden sollen (Mayring 1999, S. 114). Den einzelnen Kategorien werden Codes zugeordnet, die bei der Kodierung des Materials entstehen.

Es gibt sechs Spezifika, welche die qualitative Inhaltsanalyse näher eingrenzen und greifbar machen. Demnach ist das Ziel der Methode: 1. Formen von Kommunikation analysieren; 2. Diese Kommunikation muss in einer Form protokolliert sein, z.B. durch Bilder oder Texte; 3. Die Methode muss systematisch vorgehen; 4. Die Systematik wird durch die Regelgeleitetheit der Vorgangsweise sichtbar; 5. Die Inhaltsanalyse erfolgt theoriegeleitet. Die gesamte Interpretation des Materials vollzieht sich anhand der theoretischen Konzepte und Fragestellungen, die vorher ausgearbeitet wurden; 6. Die Methode hat zum Ziel, Rückschlüsse auf bestimmte Aspekte der Kommunikation zu ziehen (Mayring 2015, S. 12–13).

Weiterhin zeigt sich die gewählte Methode in drei Formen, der zusammenfassenden, der explizierenden und der strukturierenden Inhaltsanalyse. Erstere reduziert das vorhandene Material so weit, bis lediglich die wesentlichen Inhalte übrigbleiben. Die explizierende Methode geht so vor, dass

zu bestimmten Teilen des Materials weiteres hinzugefügt wird. Das zusätzliche Material erklärt oder deutet die Textstelle und schafft somit ein umfassenderes Verständnis des Ausschnittes. Bei der strukturierenden Untersuchung sollen bestimmte Aspekte herausgefiltert werden. Auch kann es Ziel sein, einen Querschnitt durch das Material darzustellen – nach festgelegten Ordnungskriterien; sowie die zu untersuchenden Materialien nach bestimmten Kriterien zu deuten (Mayring 1999, S. 115 ff).

In der vorliegenden Arbeit wird mit der strukturierenden Inhaltsanalyse gearbeitet, da die Kategorien aus den Theoriekonzepten (siehe Kapitel II.) auf das Material hin entwickelt wurden und sich dafür die strukturierende Analyse anbietet (Mayring 2015, S. 85).

Die Forschungsfrage legt das Research Design der vorliegenden Arbeit als vergleichende Fallstudie nahe. Für diese Ausdrucksform wissenschaftlicher Studien eignet sich nach Mayring die Methode der qualitativen Inhaltsanalyse besonders aufgrund ihrer „eher offenen, eher deskriptiven, eher interpretativen Methodik“ (Mayring 2015, S. 23).

III.3.2 Die Durchführung der Interviews

Wie bereits erwähnt, gibt es aufgrund der Aktualität der Ereignisse zu den Demonstrationen 2018 bis 2019 wenig wissenschaftliche Forschung und v.a. Medienberichte. Aus diesem Grund wurden im Zeitraum vom 31. Mai bis 03. Juni, sowie nochmals im Juli 2019 insgesamt zehn Interviews durchgeführt.

Als Erhebungsverfahren zum gewählten Forschungsgegenstand wurden problemzentrierte qualitative Interviews gewählt. Diese konzentrieren sich auf eine vorher festgelegte und analysierte Problemstellung. Das Interview ist „teilstrukturiert“, wenn die interviewende Person nach einem vorher ausgearbeiteten Fragenkatalog vorgeht und das Gespräch somit zu einem gewissen Grad „vorstrukturiert“. Bei „unstrukturierten“ Gesprächen dagegen werden vorab keine Fragen formuliert, sondern in der Interviewsituation frei gestellt. Der Grad der Offenheit besagt, ob die befragten Personen nach Antwortvorgaben („geschlossenes Interview“) oder frei („offenes Interview“) antworten können (Mayring 1999, 67 ff.).

Neun von zehn Gesprächen wurden persönlich vor Ort abgehalten, während eines via Video-Anruf ausgeführt wurde. Alle Interviews sind teilstrukturiert und basieren auf einem vorab ausgearbeiteten Interviewleitfaden². Es gab keine vorgegebenen Antwortoptionen, die Befragten konnten frei antworten und die Dinge ansprechen, denen sie persönlich Bedeutung zumessen.

Die Interviewsprache ist in neun von zehn Fällen Englisch, ein Gespräch wurde auf Serbisch gehalten. Die Interviews wurden in dem Wissen und mit dem Einverständnis der Teilnehmer*innen als Tonbandaufnahmen aufgenommen, anschließend vollständig transkribiert, kategorisiert und kodiert.

² Der Interviewleitfaden ist in englischer Sprache formuliert und im Anhang der vorliegenden Arbeit zu finden.

Über das Thema und die Ziele der vorliegenden Arbeit wurden die Interviewten ausreichend und vor Beginn der Gespräche informiert.

Da das Forschungsziel die Herausarbeitung des Einflusses der „1od5milion“ -Bewegung auf die Demokratisierung Serbiens ist, wurden gezielt Personen ausgewählt, die in einem direkten Zusammenhang zu den Protesten stehen. Damit können zum einen die Dynamiken, Organisationsstrukturen, Ziele und Werte der sozialen Bewegung abgebildet werden. Zum anderen werden die Einschätzungen zur politischen Situation Serbiens, zur Transformation des Staates, sowie zu den Effekten und Konsequenzen auf die Politik durch die Protestereignisse abgefragt und untersucht.

Die insgesamt 13 interviewten Personen sind Protestteilnehmer*innen, Aktivist*innen sowie eine Journalistin. Sie sind im Alter von 20 bis 50 Jahren und bilden sowohl Berufstätige wie auch Studierende, und somit verschiedene Alters- sowie sozioökonomische Gruppen ab.

Es wurden sowohl männliche (9) wie auch weibliche (4) Personen befragt. Teilweise fanden Interviews mit zwei Personen gleichzeitig statt, teilweise war nur eine interviewte Person zugegen.

Die Kontaktaufnahme erfolgte vorab über soziale Medien, zum Teil direkt über Homepages von teilnehmenden Gruppen und über Zeitungsredaktionen. Vor Ort konnten weitere Interviewteilnehmer*innen durch den persönlichen Kontakt bei einer Demonstration, sowie nach dem „Schneeballsampling“ durch Kontakte bereits interviewter Personen gewonnen werden. Die Daten der Interviewpartner*innen sind anonymisiert, bei verwendeten Zitaten werden lediglich die Interview-Nummern angegeben.

III.3.3 Die Analyse der Interviews

Die Kategorisierung sowie Kodierung wurde mithilfe der Vorgehensweise der qualitativen Inhaltsanalyse nach Philipp Mayring vorgenommen. Die Interviews sind Zeile für Zeile kodiert.

Bis zu einem gewissen Grad waren die Kategorien durch den vorab erstellten Interviewleitfaden schon vorgegeben und basieren auf den oben besprochenen Theoriekonzepten (siehe Kapitel II). Bei der Auswertung der Interviews haben sich dann zusätzliche Aspekte herauskristallisiert, auf denen die Gliederung in drei Kategorien und untergeordnete Codes basieren.

Die Kategorien und Codes wurden im Datenanalyseprozess in mehreren Schritten erstellt. Sie binden die theoretischen Annahmen der vorliegenden Arbeit ein.

Die Kategorien sind folgende:

- Hauptforderungen aus Sicht der Teilnehmer*innen
- Organisation, Akteure sowie Potenzial der Proteste aus Sicht der Teilnehmer*innen
- Die politische Situation aus Sicht der Teilnehmer*innen.

In den Kapiteln IV.3.4.1 bis IV.3.4.3 werden die Kategorien sowie Codes als einzelne Unterkapitel bearbeitet und analysiert.

IV. Empirischer Teil

Die folgenden Kapitel widmen sich der Untersuchung der Forschungsfrage, inwiefern Proteste, insbesondere die „1od5miliona“-Bewegung, zu einer demokratischen Transformation Serbiens beitragen.

Der empirische Teil besteht aus vier Abschnitten.

Im ersten Abschnitt wird die Demokratisierung Serbiens seit dem Ende des staatssozialistischen Systems im Jahr 1990 dargestellt. Dabei wird die Frage aufgeworfen, inwiefern die demokratische Transformation Serbiens seit 2000 erfolgreich war und ob diese abgeschlossen ist.

Im zweiten Abschnitt werden bedeutende Protestbewegungen in Serbien, dazu zählen insbesondere die Protestbewegungen der 1990er Jahre bis 2000, sowie 2016 und 2017, dargestellt und hinsichtlich ihres demokratisierenden Potenzials analysiert.

Im dritten Abschnitt werden die derzeitigen „1od5miliona“-Proteste analysiert. Nach einer Kontextualisierung wird in mehreren Teilkapiteln näher auf die Dynamiken, Organisationsstrukturen und Forderungen der Bewegung eingegangen. Die Wahrnehmung der Proteste und der politischen Situation im Allgemeinen durch die Protestteilnehmer*innen wird in erster Linie mithilfe eigens durchgeführter Interviews analysiert.

Im vierten Abschnitt wird ein Resümee des empirischen Teils gezogen und die Frage nach der Auswirkung von Protesten, insbesondere den „1od5miliona“-Protesten, auf die Demokratisierung in vergleichender Weise beantwortet.

IV.1.1 Demokratisierungsprozesse in Serbien – Chronologie einer verspäteten demokratischen Transformation

IV.1.2 Serbien 1987 bis 2000: Vom Aufstieg bis zum Fall Miloševićs

Slobodan Milošević gelang es 1987, seinen innerparteilichen Gegenspieler Ivan Stambolić abzusetzen und damit die Macht in Serbien zu übernehmen, das damals noch eine Teilrepublik der Sozialistischen Föderativen Republik Jugoslawien war.

Bei den ersten Mehrparteienwahlen in Serbien im Dezember 1990 konnte die Sozialistische Partei Serbiens (SPS) unter Slobodan Milošević die meisten Stimmen gewinnen. Auch bei der Präsidentschaftswahl der Teilrepublik gewann Milošević. Der Wahlkampf verlief jedoch nicht fair und somit nicht demokratisch: Massiver Missbrauch staatlicher Ressourcen für Parteizwecke sowie Propaganda gegen Oppositionelle in staatlichen Medien kennzeichneten die autoritären Praktiken der Sozialistischen Partei Serbiens (Vladislavjević 2016, S. 40–41). Das autoritäre System gab sich mit der Einführung von Mehrparteienwahlen einen Anschein demokratischer Legitimation. Zwar wurden demokratische Prozesse und Institutionen formal eingehalten. Jedoch wurden diese von der Regierung

systematisch unterlaufen und durch Missbrauch von staatlichen Ressourcen ad absurdum geführt. Steven Levitsky und Lucan A. Way halten zur Funktionsweise kompetitiv-autoritärer Systeme fest:

„Such regimes are competitive in that opposition parties use democratic institutions to contest seriously for power, but they are not democratic because the playing field is heavily skewed in favor of incumbents. Competition is thus real but unfair.“ (Levitsky und Way 2010, S. 5)

Die Oppositionsparteien hatten keinerlei Zugang zu staatlichen Medien und somit keine Sichtbarkeit und Reichweite. Milošević sorgte mit der Kontrolle über jegliche Medien für eine Situation, in der nur er und seine sozialistische Partei als mögliche politische Option dargestellt wurden. Oppositionelle erschienen in den von der SPS-kontrollierten Medien lediglich, wenn letztere sie als „Verräter Serbiens“, als korrupt und unpatriotisch diskreditierten (Vladislavjević 2016, S. 41).

Um den Wahlerfolg der SPS – und somit den Vertreter*innen des „niedergehenden“ sozialistischen Systems zu erklären, muss außerdem der aufkommende Nationalismus in Teilrepubliken der SFRJ der 1980er Jahre einbezogen werden. Mladen Lazić konstatiert zur aufgepeitschten Stimmung in der gesamten Föderation:

„This movement elicited immediate reaction from other republican leaderships, which just as easily [...] mobilized the national movements of their own ethnic groups. Incited and manipulated by the ruling circles, all these national movements channelled the accumulated dissatisfaction of the population – caused by the long, drawn-out economic crisis of the 1980s- in a direction that could only sharpen the social and state crises instead of resolving it.“ (Lazić 1999, S. 6)

Die sozialistische Elite konnte sich durch ethnonationalistische Mobilisierung der serbischen Bevölkerung an der Macht halten und präsentierte sich als reformorientierte Kraft. Lazić argumentiert, dass diese Selbstdarstellung lediglich „Window-dressing“ war, da die SPS nur minimale Veränderungen des politischen Systems vornahm und gleichzeitig den autoritären Führungsstil beibehielt (Lazić 1999, S. 7). Bereits Mitte der 1980er eigneten sich Politiker*innen der Teilrepubliken die nationalistische Ideologie an, um von der Wirtschaftskrise der Föderation abzulenken und nicht Verantwortung dafür übernehmen zu müssen. Slobodan Milošević nutzte dies aus und unterstützte die Bewegung der Kosovo-Serb*innen, die sich 1985 entwickelt hatte und gegen die „Diskriminierung von Nicht-Albaner*innen“ im Kosovo protestierte. Die Bewegung und die nationalistische Logik dahinter gewann an Popularität – maßgeblich durch Milošević, der sich als Beschützer aller Serb*innen inszenierte (Daniel P. Ritter 2018, S. 150–151).

Daniel Ritter erklärt die Entwicklungen im Folgenden:

„From his position of immense power, Milošević employed the full capacity of Serbia’s media, educational, and cultural establishments, as well as its armed forces, “in the service of Serbian national homogenization and supremacy“. Put differently, Milošević unleashed and appropriated nationalism. At the same time, other more benign currents within civil society were quickly marginalized to make way for the expected protection of Serbs throughout Yugoslavia.“ (Daniel P. Ritter 2018, S. 151)

Einerseits lässt sich an den Entwicklungen erkennen, dass die politische Elite – in diesem Fall die SPS unter Milošević – sich zivilgesellschaftliche Bewegungen und Ziele aneignete und für den eigenen Machterhalt nutzte. Andererseits illustriert das Beispiel Jugoslawien der 1980er Jahre, wie im Kontext der wirtschaftlichen Krisensituation und dem Wegbrechen der Identifikationsfigur durch den Tod Josip Broz Titos eine aufkeimende liberale Zivilgesellschaft aufgerieben und verdrängt wurde von nationalistischen zivilgesellschaftlichen Kräften. So zeigte sich, dass Bewegungen in Serbien, die ursprünglich als Menschenrechtsorganisationen gegründet wurden, im Laufe der nationalistischen Mobilisierung durch Milošević eine Transformation zu ultranationalistischen Gruppierungen durchliefen und ihre Agenda ablegten: Die Priorisierung der nationalen serbischen Frage bedeutete auch eine Abwertung der gleichen Rechte für Angehörige anderer Ethnien (Bieber 2002, S. 22).

Am Beispiel des Nationalismus in der serbischen Gesellschaft, der auch durch zivilgesellschaftliche Bewegungen transportiert wurde, wird die Schwierigkeit, die Zivilgesellschaft nur auf progressive, pro-demokratische Strömungen zu beschränken, deutlich: Wie die Bewegung der Kosovo-Serb*innen zeigt, gibt es auch nationalistische, exkludierende Tendenzen in einer Zivilgesellschaft. Timothy Edmunds argumentiert am Beispiel Serbiens, dass Zivilgesellschaft ein „Spiegel des Staates und der Gesellschaft“ sei, sie ergo nationalistische Tendenzen des Staates reflektiere (Edmunds 2009, S. 139). Wenn sich also im Staat selbst nationalistische Komponenten erhalten haben, werden sie in Teilen der Zivilgesellschaft widergespiegelt. Das wird deutlich an der oben erwähnten Bewegung der Kosovo-Serb*innen: Diese war serbisch-nationalistisch ausgerichtet und stellte die Situation im Kosovo ab Mitte der 1980er als Diskriminierung von Serb*innen dar. Die Gruppierung sprach von einer „Albanisierung“ Kosovos. Milošević instrumentalisierte die Bewegung (wie auch die Arbeiter*innenbewegung in Serbien) und entfachte eine extrem nationalistische, aufgeheizte Stimmung in der Föderation. Bieber verdeutlicht, dass diese Bewegungen eine zentrale Rolle bei Miloševićs Machtkonsolidierung einnahmen (Bieber 2002, 25, 33-34).

Zusammengefasst setzte Milošević auf folgende Methoden, um sich an der Macht zu halten:

„Key components [...] involved mass mobilization through fervent nationalism, the use of mythical, historical, and political symbols to prevent political change, control of media outlets, the reliance of force (including police, the Ministry of the Interior, and army) to repress opponents of the regime, the stifling of economic reform, and the creation of constant crises, often involving outside “enemies” of the state in order to keep the population loyal.“ (Pavlaković 2007, S. 15)

Vor allem zur Kontrolle und Repression der Bevölkerung entstand ein umfassender Machtapparat unter Milošević, der neben der Sozialistischen Partei (SPS), dem Innenministerium, Militär und Polizei auch aus Gruppierungen des organisierten Verbrechens bestand. Dieses Netzwerk sorgte in den Krisenjahren des Regimes für Stabilität des autoritären Systems (Sundhaussen 2012, S. 451–452).

Gegen Ende des Jahrzehnts ging das Regime dazu über, selbst die Wahlergebnisse zu fälschen, es fand eine Verschiebung zu einem „Personal dictatorship“ statt. Zusätzlich zur Frage der Repräsentation in den Medien missbrauchte die SPS unter Slobodan Milošević staatliche Ressourcen und verwendete sie für Parteizwecke. Auch nahm der Präsident im Jahr 2000 eigenmächtig Verfassungsänderungen vor, um seine Machtstellung zu zementieren. Fortan konnte der Präsident der Föderativen Republik Jugoslawiens direkt gewählt werden. Es herrschte seit Beginn der 1990er eine asymmetrische Ausgangslage vor, Oppositionskandidaten und -Parteien hatten zwar die Möglichkeit, gegen Milošević und die SPS zu kandidieren, waren jedoch in mehrfacher Hinsicht schlechtergestellt (Nikolayenko 2013, S. 142–143; Vladislavljević 2016, S. 41).

Den Wendepunkt des Milošević-Regimes stellten die gefälschten Präsidentschaftswahlen im September 2000 dar: Milošević weigerte sich, den Wahlsieg des Oppositionskandidaten Vojislav Koštunica anzuerkennen. Letzterer war als Kandidat des Bündnisses DOS (Demokratische Opposition Serbiens) aus insgesamt 18 Parteien der Opposition ins Rennen gegangen und hatte 51,7 Prozent der Stimmen erreicht. Daraufhin kam es zu tagelangen Massenprotesten, bis Slobodan Milošević schließlich am fünften Oktober 2000 entmachtet wurde (Sundhaussen 2012, S. 458–459). Die Demonstration des fünften Oktober mobilisierte mehrere hunderttausend Menschen aus ganz Serbien, welche schließlich das Parlamentsgebäude erstürmten. Sie waren auch deshalb erfolgreich, weil Polizei und Militär nicht eingriffen und die Entmachtung Miloševićs duldeten (Vladislavljević 2016, S. 46). Damit brachen dessen totalitäre Repressions- und Machtstrukturen zusammen. Vojislav Koštunica, der vom Parteienbündnis DOS unterstützt wurde, übernahm schließlich das Präsidentenamt.

IV.1.3 Serbien nach 2000 – Eine Transformation mit vielen Hindernissen

IV.1.3.1 Die serbischen Regierungen zwischen EU, Kosovo und ICTY

Mit der ersten Regierung des DOS-Bündnisses unter dem Ministerpräsidenten Zoran Đinđić begann eine Phase der Transformation und der politischen wie wirtschaftlichen Neuausrichtung.

Đinđić lieferte im Juni 2001 Milošević an den internationalen Strafgerichtshof in Den Haag aus und leitete eine Politik der demokratischen Reformen und der EU-Annäherung ein. Jedoch gab es innerhalb der DOS-Regierung maßgebliche Konflikte: Das Bündnis bestand aus mehreren Parteien, die sich ideologisch z.T. sehr unterschieden. So war z.B. die Demokratische Partei (DS) des Ministerpräsidenten pro-westlich, pro-europäisch und demokratisch-sozialstaatlich ausgerichtet, während die Demokratische Partei Serbiens (DSS) unter Präsident Koštunica konservativ und nationalistisch in ihrer Ausrichtung war (Sundhaussen 2012, S. 460–461). Die Unterschiede mündeten schließlich im Bruch und dem Ausscheiden der DSS aus der Regierungskoalition: Die weitreichenden Reformversuche

Đinđićs, vor allem die Auslieferung serbischer Kriegsverbrecher*innen an Den Haag gingen Vojislav Koštunica zu weit, der serbische Staatsbürger*innen keinesfalls an andere Staaten ausliefern wollte. Zusätzlich stellten Milošević-Anhänger*innen sowie eine Gruppe des durch den Krieg an Macht gewonnenen organisierten Verbrechens dem pro-europäischen Ministerpräsidenten Đinđić bei seinen Reformbemühungen Hindernisse in den Weg (Sundhaussen 2012, S. 461).

Die Differenzen der ersten Regierung nach Milošević traten auch bei anderen grundlegenden Themen zutage und hinderten so den eingeschlagenen Weg der Demokratisierung und Europäisierung. Der Ministerpräsident agierte in Bezug auf die Statusfrage des Kosovo pragmatisch: Er stellte Demokratisierungsbemühungen und eine stärkere Anbindung an die EU in den Fokus seiner Politik und akzeptierte Kosovo de facto als unabhängig von Serbien. Für den konservativ-nationalistischen Präsidenten Koštunica hingegen war die Provinz ein zentraler Teil des Staates Serbien, er akzeptierte keine Lösung, die eine Abspaltung des Kosovo beinhaltete (Radeljić 2014, S. 245–246). Weiterhin verhindert politische Mobilisierung mithilfe nationalistischer Politik bis heute eine Lösung in der Statusfrage des Kosovo. Auch nach Ende des Kosovokonfliktes kam es immer wieder zu Spannungen im Nordkosovo, so z.B. in den Jahren 2004 und 2011. Dieter Segert und Vedran Džihic stellen fest, dass die Konflikte zwischen politischen „Blöcken“ nach 2003 einen Stillstand in Serbien verursachten: Auf der einen Seite stand der nationalistisch-konservative Block unter Koštunica (DSS), auf der anderen der Flügel von Tomislav Nikolić. Durch ethnisch-nationalistische Rhetorik und das Aufgreifen v.a. der Kosovo-Frage wurden soziale und wirtschaftliche Probleme des Staates von der politischen Elite vernachlässigt. Die Regierung, so die beiden Politikwissenschaftler, war nicht mehr in der Lage, wirtschaftliche, politische und soziale Themen, welche die gesamte Bevölkerung Serbiens betrafen, zu lösen (Džihic und Segert 2012, S. 247).

Vonseiten der EU wurde ein Prozess der Europäisierung und Demokratisierung in den Westbalkanstaaten auf Basis der EU-Konditionalität vorangetrieben. Mit der demokratisch gewählten DOS-Regierung ergab sich nach dem autoritären Regime Miloševićs nun die Beitrittsperspektive zur Europäischen Union. Die Wirtschaftssanktionen gegen Serbien wurden eingestellt, Serbien wurde 2000 Teil des Stabilisierungs- und Assoziierungsprozesses (SAP) der EU. Dieser Prozess bekräftigte die Beitrittsperspektive der Staaten des ehemaligen Jugoslawien. Die Europäische Union stellte Serbien und Montenegro im Zuge dessen im Rahmen der Europäischen Agentur für Wiederaufbau finanzielle Unterstützung zur Verfügung und vereinbarte Handelsvereinbarungen, sogenannte *Autonomous Trade Measures* (ATM). Die Handelsvereinbarungen erleichterten den Import von Waren aus Serbien und Montenegro in die EU (Europäische Kommission 2005, S. 4-6).

Nach der Ermordung Zoran Đinđićs im März 2003 stagnierten demokratische Reformen und der Europäisierungsprozess. Es zeichnete sich eine politische Krise ab, die Hoffnungen der Bevölkerung auf

eine demokratische Wende nach autoritärer Herrschaft waren getrübt: Noch immer waren Teile der alten politischen Elite in einflussreichen Positionen oder übten versteckt Macht aus, Korruption und soziale Ungleichheit waren weiterhin hoch (Segert 2017, S. 275).

Im Dezember 2003 fanden vorgezogene Parlamentswahlen statt, da das DOS-Bündnis unter Ministerpräsident Zoran Živković in internen Krisen steckte und mehrere Skandale öffentlich wurden. So gab es u.a. Indizien dafür, dass Verbindungen zwischen Regierungsmitgliedern und Vertreter*innen des organisierten Verbrechens bestanden. Weiterhin wurde Kritik an dem nach dem Attentat auf Đinđić ausgerufenen nationalen Notstand laut, wonach dieser Eingriffe in persönliche Freiheitsrechte zur Folge hatte (Kesić 2007, S. 115). Das Vertrauen der Bevölkerung in die Regierung nahm ab und wich einer Frustration über die politische Stagnation.

Die neue Regierung bildete sich im März 2004 als Minderheitsregierung aus DSS, der pro-europäischen G17 Plus, Serbischer Erneuerungsbewegung (SPO) und Neues Serbien (NS), Vojislav Koštunica wurde Ministerpräsident. Stimmenmäßig stärkste Partei wurde die Serbische Radikale Partei (SRS), welche in die Opposition ging (Sundhaussen 2012, S. 461–462).

Die Regierung unter Koštunica war geprägt von einem Stocken in den Bemühungen um Demokratisierung und Europäisierung. Marija Stambolieva hält fest:

„[...] [t]he minority Koštunica government slowed down the overall process of reform, partly as a result of the more “conservative” approach of Koštunica and partly because the government was often blocked by the many coalition partners, which treated the respective ministries as political spoils.“ (Stambolieva 2013, S. 153–154)

Seine nationalistisch-konservative Haltung zeigte sich u.a. in der mangelnden Kooperation mit dem ICTY und der Ablehnung, serbische Kriegsverbrecher an diesen auszuliefern. Diese Einstellung zeigte sich auch, als durch die Plattform Wikileaks bekannt wurde, dass die serbische Regierung unter Ministerpräsident Koštunica seit 2006 von dem Aufenthaltsort des serbischen Kriegsverbrechers Ratko Mladić wusste und der Premier selbst dessen Verhaftung verweigerte (Der Standard 2011).

Auch wurde die oben bereits erwähnte Statusfrage des Kosovo von der amtierenden Regierung unter Koštunica instrumentalisiert: Der Kern der Politik war das Festhalten an Kosovo als integralem Teil Serbiens. Diese Rhetorik übertrug sich auch auf den Präsidenten Boris Tadić, der eigentlich Teil der pragmatischeren Đinđić-Linie und Mitglied der moderateren, sozialdemokratischen DS war. Tadić änderte schließlich seine Rhetorik mit Aussagen, wonach er keinesfalls die Unabhängigkeit des Kosovo akzeptieren und unterzeichnen würde (Radeljić 2014, S. 247–248).

Branislav Radeljić erklärt die Strategie des nationalistischen Hijacking durch die serbische Regierung wie folgt:

„What such an approach did was to manipulate both the Serbs living in Kosovo and the Serbs living elsewhere into believing that Kosovo would continue to belong to Serbia. Therefore, the softening and

misinterpretation of circumstances by the DS representatives explain the widely accepted difference between Đinđić and his successors: while Đinđić was capable of reading the EU's messages between the lines and thus understanding that the preservation of Kosovo within Serbian borders and Serbia's EU future could never go hand in hand, his successors have tried to convince the public that such an arrangement is in fact possible.” (Radeljić 2014, S. 248)

Am siebten November 2005 begannen zwischen der serbischen Regierung und der EU die Verhandlungen zum Stabilisierungs- und Assoziierungsabkommen (SAA). Mit diesem wurde eine engere Bindung Serbiens an die Europäische Union vereinbart und sollte Serbien wirtschaftlich, politisch und gesellschaftlich auf den Beitritt vorbereiten. Als wichtigste Bedingungen für den erfolgreichen Abschluss des SAA definierte die Europäische Kommission die Auslieferung der Kriegsverbrecher Ratko Mladić und Radovan Karadžić, die als Schlüsselpersonen in den Kriegen des ehemaligen Jugoslawien gelten (Euractiv 2005).

Im selben Jahr wurde mit der Zustimmung des UN-Sicherheitsrates der Verhandlungsbeginn über einen zukünftigen Status des Kosovo beschlossen. Dafür wurde der UN-Sonderbotschafter und ehemalige finnische Präsident Martti Ahtisaari entsandt. Die Verhandlungen stellten sich in der Folgezeit als extrem schwierig heraus, da Kosovo die staatliche Unabhängigkeit von Serbien forderte, Serbien wiederum auf der territorialen Integrität seines Staatsgebietes pochte und keine Abspaltung der ehemaligen Provinz hinnehmen wollte.

Auch die zunehmende Distanzierung des montenegrinischen Premiers Milo Đukanović von Serbien verdeutlichte die Abspaltung eines Teils des Staatsgebietes. Im Mai 2006 entschied sich die Mehrheit der Montenegriner und Montenegrinerinnen für eine staatliche Unabhängigkeit. Im Vergleich zu dem Zerfall Jugoslawiens der 1990er Jahre verlief die Trennung Montenegros und Serbiens konsensuell und friedlich.

Die neu erarbeitete Verfassung Serbiens enthielt eine Passage, in der Kosovo als „integraler Teil“ Serbiens („sastavni deo Srbije“) definiert wurde. Diese Formulierung spiegelt die nationalistische Politik der Regierung, die auch aus der demokratischen, westlich orientierten DS bestand wider. Mit dem Festschreiben Kosovos als einem „integralen Bestandteil“ Serbiens wurde diese Position als Grundpfeiler des Staates Serbien zementiert und als Teil serbischer nationaler Identität verfestigt. Weiterhin instrumentalisierten Regierungsvertreter*innen das emotional aufgeladene Thema des Kosovo, um die Zustimmung großer Teile der Bevölkerung zu erhalten. Trotz dieser Passage erhofften sie ein Einlenken der EU in der Kosovo-Frage zu ihren Gunsten. (Radeljić 2014, S. 247–248; Sundhaussen 2012, S. 465). Wie sich zeigen sollte, war das Beharren auf Kosovo innerhalb Serbiens erfolglos und ein großes Hemmnis im Normalisierungsprozess zwischen Belgrad und Prishtina, wie auch dem Beitrittsprozess zur Europäischen Union. Ungeachtet dessen wurde die Statusfrage von

nahezu jeder Regierung seit 2000 zur Instrumentalisierung der Bevölkerung und als Anreiz, bestimmte Parteien zu wählen, aufgegriffen.

Schon im Mai 2006 wurden die Verhandlungen zwischen EU und Serbien über das Stabilisierungs- und Assoziierungsabkommen gestoppt. Grund war die fehlende Zusammenarbeit mit dem ICTY in Den Haag und die aktive Deckung und Nicht-Auslieferung serbischer Kriegsverbrecher*innen durch die Regierung unter Koštunica. Erst nach den Parlamentswahlen wurden im Juni 2007 die Verhandlungen wieder aufgenommen (Radeljić 2014, S. 248). Die EU-Annäherung wie auch innenpolitische Reformen stagnierten. Bei den Wahlen im Januar 2007 wurde die rechtsextreme, ultranationalistische Radikale Partei (SRS) unter Vojislav Šešelj mit 28,7 Prozent stärkste Partei. Der Parteichef war zu dem Zeitpunkt Angeklagter des Internationalen Strafgerichtshofs in Den Haag wegen Kriegsverbrechen und Verbrechen gegen die Menschlichkeit und wurde aus diesem Grund von Tomislav Nikolić vertreten. Die zweitstärkste Partei wurde mit 22,9 Prozent die Demokratische Partei (DS) unter Tadić, gefolgt von Koštunicas DSS mit 16,7 Prozent (Euractiv 2007). Die sozialdemokratische DS, die konservativ-nationalistische DSS und die pro-europäische G 17 Plus wollten eine Regierung der ultranationalistischen Radikalen Partei Serbiens (SRS) verhindern, und bildeten eine Regierung aus den drei Parteien. Die G 17 Plus ging 2002 aus einer NGO hervor, die durch eine wissenschaftlichen Publikation bekannt wurde, welche die Herrschaft Miloševićs kritisierte. G17 Plus war für eine EU-Annäherung Serbiens und forderte eine Abkehr von nationalistischer Politik (Sundhaussen 2012, 453-454, 461).

Der Demokratie-Index der NGO Freedom House bewertete Serbien für das Jahr 2007 in der Kategorie „National Democratic Governance“ schlechter als im Vorjahr: Für das Jahr 2007 wurde Serbien mit 4.00 bewertet, im Vorjahr mit 3.75. Dabei ist 1 die beste zu erreichende Zahl, 7 die schlechteste. Freedom House konstatiert, dass sich die demokratische Führung der serbischen Regierung 2007 verschlechtert hat, da letztere den Status des Kosovo als wichtigstes Thema priorisiert und damit wichtige demokratische Reformen vernachlässigt hat (Freedom House, Nations in Transit: Serbia 2008).

Schon ein Jahr darauf wurden abermals Parlamentwahlen vorgezogen: Nach der unilateralen Unabhängigkeitserklärung des Kosovo am 17. Februar zerbrach die ungleiche Regierungskoalition an der Frage nach dem Umgang mit dem neuen Faktum. Die neue Regierung bestand nun aus einem Parteienbündnis unter der DS und Boris Tadić, sowie der Sozialistischen Partei Serbiens (SPS), der ehemaligen Partei Slobodan Miloševićs. Mirko Cvetković von der DS wurde Ministerpräsident, Ivica Dačić von der SPS sein Stellvertreter und Innenminister (Sundhaussen 2012, S. 467).

Zum ersten mal seit 2000 war die DSS nicht an der Regierung beteiligt. Die neue Regierung wirkte nun entschlossener, Reformen anzugehen und sich in Richtung EU zu öffnen. So wurde Radovan Karadžić im Jahr der Regierungsbildung verhaftet und an Den Haag ausgeliefert. Unter Präsident Boris Tadić

vollzog die Regierung nach Jahren eine Kehrtwende: Verhinderte in den Vorgängerregierungen v.a. die konservative DSS Auslieferungen, wurden solche nun unter pro-europäischen Parteien wie der G17 Plus und DS durchgeführt, in dem Wissen, damit den Beitrittsprozess zur Europäischen Union zu beschleunigen und für die EU-Institutionen als glaubwürdige Partner mit dem Ziel der Europäisierung und demokratischen Reformen zu fungieren. Die Zurückhaltung verschiedener Regierungsparteien seit 2000 bezüglich Auslieferungen mutmaßlicher Kriegsverbrecher*innen war jedoch nicht nur eine ideologische, sondern auch durch wahlstrategische Überlegungen motiviert, da große Teile der serbischen Bevölkerung die Personen nicht als Kriegsverbrecher*innen, sondern oftmals als Kriegsheld*innen wahrnahm. Sie fürchteten bei einer Auslieferung um Wähler*innenstimmen (Steflja 2018, S. 1681).

Mit Ratko Mladić und Goran Hadžić wurden 2011 die letzten vom UN-Kriegsverbrechertribunal gesuchten mutmaßlichen Kriegsverbrecher verhaftet und in die Niederlande überstellt. Damit wurde ein entscheidendes Signal im Beitrittsprozess gesendet, und ein zentrales Hemmnis bezüglich EU-Annäherung und Demokratisierung „aufgelöst“. Jedoch fanden die Verhaftungen von Mladić und Hadžić sehr spät und auf steigenden internationalen Druck hin statt. So wurde Ratko Mladić erst dann verhaftet, nachdem der Chefankläger des Internationalen Strafgerichtshofes, Serge Brammertz, die Veröffentlichung eines Berichts über die fehlende Kooperation Serbiens mit dem ICTY ankündigte (The New York Times 2011).

Der Umgang mit mutmaßlichen Kriegsverbrechern wie Mladić durch Regierungsparteien (auch reformorientierte, pro-europäische) ist symptomatisch für den verschleppten Demokratisierungsprozess in Serbien. Oftmals wurden wichtige politische und wirtschaftliche Reformen nicht umgesetzt, stattdessen wurde auf emotionale Themen gesetzt, um die Wählerschaft zu halten. Gleichzeitig präsentierten sich die Regierungen nach 2000 als kooperativ und proaktiv gegenüber EU-Staatsspitzen, auch in Bezug auf die juristische und gesellschaftliche Aufarbeitung der Jugoslawienkriege. Die Politikwissenschaftlerin Izabela Steflja schätzt diese Politik des Lavierens wie folgt ein:

„In this situation, pro-reform politicians in Serbia were more concerned with reducing backlash from the electorate while avoiding marginalisation from donors and the international community than with implementing democratic reforms required for the political transition.“ (Steflja 2018, S. 1680)

2008 wurde das Stabilisierungs- und Assoziationsabkommen zusammen mit dem Interimsabkommen über Handel von den EU-Mitgliedsstaaten und Serbien unterzeichnet. Die Ratifizierung wurde jedoch vonseiten der EU-Kommission abhängig gemacht von der weiteren Unterstützung des ICTY. Die serbische Regierung begann im Januar 2009 mit der Umsetzung des Interimabkommens und im Juni 2010 begannen die EU-Mitgliedsstaaten, das SAA zu ratifizieren (Europäische Kommission 2011, S. 4).

In der serbischen Parteienlandschaft entstand im Jahr 2008 mit der Spaltung der ultranationalistischen Radikalen Partei (SRS) ein neuer „Player“: Die Serbische Fortschrittspartei (SNS). Sie wurde 2008 von Tomislav Nikolić gegründet und vertrat eine nationalistische Politik, welche jedoch ideologisch moderater war als die SRS Vojislav Šešelj's und sich nach außen pro-europäisch darstellte – trotz Vertreter*innen, die vormals der rechtsextremistischen und nationalistischen Radikalen Partei angehört hatten und z.T. unter Milošević Ministerposten innehatten – so z.B. Aleksandar Vučić, der bis 2000 serbischer Informationsminister war. Die SNS unterstützt eine EU-Mitgliederschaft Serbiens, konstatiert jedoch, dass eine Unabhängigkeit Kosovos keine Bedingung für einen Beitritt zur Union und dass Kosovo eine autonome Provinz innerhalb Serbiens sei. Die Gründung einer eigenen Partei kann als eine strategische Entscheidung angesehen werden, da die SNS in vielen Bereichen zwar moderater auftritt als die SRS, jedoch ähnliche Standpunkte vertritt. Die Fortschrittspartei präsentiert sich als moderne, pro-europäische, nationalistische Partei und versucht, die rechtsextremen Standpunkte aus der Zeit der Zugehörigkeit zur Radikalen Partei „abzulegen“. Der Politikwissenschaftler Marko Stojić argumentiert, dass in diesem Zusammenhang auch die Einstellung der Fortschrittspartei gegenüber eines EU-Beitritts maßgeblich als pragmatisch einzuordnen ist (Stojić 2017, S. 30–31).

IV.1.3.2 Weitere strukturelle Probleme der Transformation

Das maßgebliche Problem der Transformationsprozesse in Serbien seit 2000 ist, dass bestimmte strukturelle Missstände der 1990er „geerbt“ wurden und der neue Staat diese zusätzlich zu den Schwierigkeiten politischer, sozialer und wirtschaftlicher Transformation tragen musste. Hinzu kommen die politischen Blockaden der vielen Regierungskoalitionen, und die Auswirkungen der Finanzkrise seit 2008. Wie Marija Stambolieva herausgearbeitet hat, gab es unter der ersten Regierung seit 2000 einerseits ein wirtschaftsliberales Umstrukturierungsprogramm, was mit sozialstaatlichen Reformen verknüpft wurde. Der Arbeitsmarkt wurde liberalisiert, was Einsparungen und Kündigungen bedeutete. Jedoch wurde ein Fonds eingerichtet, der Abfindungszahlungen und andere Leistungen für Angestellte bereitstellte, die im Zuge der Umstrukturierungen arbeitslos wurden. Zusätzlich wurde das Pensionssystem reformiert, eine Privatisierung des Pensionsystems, wie vom Internationalen Währungs-Fonds (IWF) vorgeschlagen, wurde nicht durchgeführt, was Altersarmut verhinderte. Es wurden Fonds eingerichtet, die auf kommunaler Ebene die Bereitstellung sozialstaatlicher Leistungen sichern sollten. All diese Maßnahmen waren zwar erfolgreich, so Stambolieva. Jedoch wurden sie nicht langwierig umgesetzt, und nach 2003 stockte die Implementierung vieler angestoßener Reformen durch Blockaden innerhalb der folgenden Regierungskoalitionen (Stambolieva 2013, S. 153).

Die 1990er Jahre brachten Serbien einen Zusammenbruch der Volkswirtschaft und des Sozialsystems, es entwickelte sich ein System einer „Elite-captured economy“: Die politische Elite, sowie Akteursgruppen des organisierten Verbrechens bereicherten sich massiv an staatlichen Ressourcen.

Die Konsequenzen all dessen waren stark reduzierte Reallöhne, niedrige Lebensstandards der Bevölkerung, hohe Arbeitslosigkeit, Immigration und eine katastrophale soziale Situation der Bevölkerung (Džihic et al. 2012, S. 102). Auch in der Transformationsphase nach 2000 konnte Serbien die geerbten Missstände nicht beheben. Džihic, Segert und Wieser resultieren:

„Thus, the complex transition process in Serbia remained overloaded with specific problems of the past decades, such as large-scale corruption, non-transparent political and economic sectors, as well as establishment of oligarchic economic structures personalized in new mega-rich tycoons [...]“ (Džihic et al. 2012, S. 102–103)

Auch in einer Studie von Jovanka Matić wird die schlechte wirtschaftliche und soziale Lage der serbischen Bevölkerung hervorgehoben und mit der Unzufriedenheit der Serb*innen mit der politischen Situation, politischen Parteien und Institutionen verknüpft. Es kommt zu einem Vertrauensverlust der Bürger*innen in demokratische Institutionen, Prozesse und politische Akteur*innen. Die Konsequenz ist eine politische Apathie und geringe politische Partizipation. Für das Jahr 2010 fasste Matić die wirtschaftliche und soziale Bilanz Serbiens zusammen: Die Arbeitslosenrate betrug 26 Prozent, die Inflation 11,5 Prozent. Beide waren 2010 die höchsten der südosteuropäischen Staaten. Gleichzeitig hatte Serbien das niedrigste monatliche Durchschnittseinkommen (329 Euro). Auch das Bruttosozialprodukt war niedrig und erreichte 2008 nur 80 Prozent des Bruttosozialproduktes des Jahres 1990. 8,8 Prozent der Bevölkerung wurden 2010 als arm eingestuft, während 17,7 Prozent zu diesem Zeitpunkt armutsgefährdet waren (Matić 2012, S. 24–25). Anhand verschiedener Meinungsumfragen arbeiten Vedran Džihic, Dieter Segert und Angela Wieser heraus, dass die Befragten die sozioökonomische Unsicherheit und den niedrigen Lebensstandard als zentrales Problem definieren. Die neuen, demokratisch legitimierten Regierungen seit 2000 waren nicht fähig, die Grundbedürfnisse der Bürger*innen zu befriedigen und es fehlte ihnen somit an Glaubwürdigkeit. Das überträgt sich auch auf Unzufriedenheit mit dem demokratischen System an sich. Demnach waren laut einer Umfrage der serbischen NGO „Center for Free Elections and Democracy“ (CeSID) aus dem Jahr 2005 63 Prozent der Befragten unzufrieden mit dem Funktionieren der Demokratie, lediglich 39 Prozent waren der Meinung, dass die Demokratie das beste Regierungssystem darstellt (Džihic et al. 2012, S. 94, 100).

Die repräsentative Demokratie, so die These der drei Wissenschaftler*innen, steckt demnach in einer Krise, da die Bürger*innen das Vertrauen in politische Entscheidungsträger*innen, Parteien und Institutionen verloren haben. Das wird verstärkt durch den Umstand, dass der serbische Staat Grundbedürfnisse der Menschen nicht „versorgen“ kann, seine Verteilungsaufgaben nicht wahrnimmt und die soziale Ungleichheit hoch ist (Džihic et al. 2012, S. 106).

Die Praktiken des State Capture der politischen wie auch wirtschaftlichen Elite verstärkt diese Situation der stehengebliebenen Transformation seit 2000.

Zusammenfassend kann also festgehalten werden, dass im Vergleich zu anderen postsozialistischen Staaten die Transformationsprozesse Serbiens mit einer Verzögerung von zehn Jahren ihren Anfang nahmen und erst die Machtstrukturen der 13-jährigen autoritären Herrschaft Slobodan Miloševićs abgelegt werden mussten. Der Prozess gestaltete sich v.a. aufgrund folgender Aspekte schwierig:

- Der ungelösten Frage des Status des Kosovo
- Der bevorstehenden Abspaltung Montenegros von Serbien aus dem gemeinsamen „Überbleibsel“ des Staates Serbien und Montenegro³
- Der katastrophalen wirtschaftlichen Lage des Staates nach den Kriegen im ehemaligen Jugoslawien und den darauffolgenden internationalen Wirtschaftssanktionen
- Struktureller, flächendeckender Korruption
- Der Frage nach der außenpolitischen Ausrichtung Serbiens und damit zusammenhängend der Frage nach einer Annäherung an die EU
- Des Erbes der Kriege in den ehemaligen Teilrepubliken der SFRJ und damit zusammenhängend der Frage nach dem Umgang mit Kriegsverbrecher*innen und der Zusammenarbeit mit dem Internationalen Strafgerichtshof für das ehemalige Jugoslawien (ICTY), sowie der gesellschaftlichen Aufarbeitung von Kriegsverbrechen (Matić 2012, S. 24; Sundhaussen 2012, S. 460–461; Džihic und Segert 2012, S. 245).

All diese Faktoren bedingten einen beschwerlichen Demokratisierungsprozess.

IV.1.4 Serbien seit 2012 – Demokratie oder kompetitiv autoritäres System?

Im Jahr 2012 war die vergleichsweise junge Fortschrittspartei zum ersten Mal an einer Regierung beteiligt und stellte gleichzeitig den Präsidenten des Staates, Tomislav Nikolić. Wie Dieter Segert feststellt, konnte dies auch deshalb gelingen, da nach dem Wahlkampf 2008 nicht das Thema Kosovo im Wahlkampf priorisiert wurde, sondern sich die SNS v.a. auf soziale Themen und somit Probleme der breiten Bevölkerung konzentrierte (Segert 2017, S. 276).

Seit 2012 war die Serbische Fortschrittspartei in jeder Regierung, ab 2014 stellte sie den Ministerpräsidenten Aleksandar Vučić, der 2017 zum Präsidenten gewählt wurde. Dieser galt zu Beginn seiner Amtszeit als pragmatischer, pro-europäischer Reformpolitiker, der auch durch die EU politisch unterstützt wurde. In den folgenden Jahren konnte er seine Macht weiter ausbauen und durch mehrmalige vorgezogene Neuwahlen festigen. Dabei zeigte sich mehr und mehr, dass die Demokratisierung des Staates Rückschritte machte, obwohl die EU-Integration gleichzeitig voranschritt.

³ Die Abspaltung Montenegros von Serbien tritt schließlich nach einem Referendum, bei dem sich 55,5 Prozent der Montenegriner*innen für die Unabhängigkeit aussprachen, im Juni 2006 ein.

Es wird argumentiert, dass Serbien sich seit den SNS-Regierungen unter Aleksandar Vučić zu einem kompetitiv-autoritären System entwickelt hat. Dabei stützten sich die Regierungen auf mehrere Instrumente zur Absicherung ihrer Macht: Auf eine umfassende Kontrolle der Medien, Praktiken des State Capture, sowie eine Aushöhlung demokratischer Institutionen. Mit der Definition des kompetitiven Autoritarismus von Steven Levitsky und Lucan A. Way wird argumentiert, dass in Serbien zwar demokratische Prozesse und Institutionen *formal* eingehalten werden. Jedoch werden diese konterkariert durch autoritäre Praktiken, die die Regierungskoalition nutzt, um die Chancen der parlamentarischen Opposition, in Regierungsverantwortung zu kommen, stark zu verringern. Sie verfälschen damit die Startchancen auf dem „Spielfeld“ des politischen Wettbewerbs, um ihre Macht zu erhalten und auszuweiten (Levitsky und Way 2010, S. 5).

Eines der wichtigsten Instrumente des Machterhalts besteht für Aleksandar Vučić und seine Fortschrittspartei in einer Kontrolle der – und Druck auf – Medien. Das geschieht durch Medienprivatisierung, Aufkaufen von Medienunternehmen durch regierungsnahe Personen, finanziellen Druck, sowie direkten Druck auf Medien und Journalist*innen durch die Regierung.

Im Jahr 2014 wurde ein Gesetz verabschiedet, welches die Privatisierung eines Großteils der serbischen Medienunternehmen vorsah, die noch im Staatsbesitz waren. Bis 2017 wurden weniger als die Hälfte der vorgesehenen 75 Unternehmen privatisiert, obwohl die Frist des Privatisierungsprozesses 2015 endete. Andere Unternehmen wurden geschlossen, woraufhin mehr als 1000 Arbeitnehmer*innen arbeitslos wurden (Reporters Without Borders 2017). Mit dem Privatisierungsprozess bot sich für die Regierung ein *Window of opportunity*: Medienunternehmen wurden an Personen und Firmen veräußert, die der regierenden Fortschrittspartei nahestehen. Zum Großteil, so konstatiert Marko Kmezić, waren dies Personen, die keinerlei Erfahrung im Medienbereich vorzuweisen hatten. Beispiele für diese Praxis sind zum einen der ehemalige Bürgermeister von Kruševac, Radoica Milosavljević, der acht Medien aufkaufte und zuvor wegen Veruntreuung verurteilt wurde, was ihn eigentlich für das Aufkaufen von staatlichen Medien ausgeschlossen hätte (Kmezić 2018, S. 467–468). Auch der Kabelanbieter Kopernikus kaufte mehrere TV-Sender und steht der SNS nah. Damit kam es zu einer Konzentration der Medienbesitzverhältnisse auf wenige Personen bzw. Unternehmen (Reporters Without Borders 2017). Marko Kmezić konkludiert, dass die Privatisierung *auch* ein Instrument der Regierung ist, um ihre Kontrolle auszuweiten:

„With companies and individuals lacking experience in the media business, yet closely associated with ruling political structures in the country as the new proprietors of the Serbian media, political influence and control of the media has survived the ownership transformation, only to reappear in a new shape.“
(Kmezić 2018, S. 468)

Wie der Media Ownership Monitor Serbia recherchiert hat, sind alle nationalen TV-Sender unter Kontrolle der Regierung, bzw. regierungsnaher Personen. Das resultiert in einer regierungsfreundlichen Ausrichtung der Programme bis hin zu offener Regierungspropaganda und Delegitimierungskampagnen gegen Regierungskritiker*innen (Media Ownership Monitor Serbia 2019a).

Neben der starken Konzentration von Medienbesitzverhältnissen auf wenige, regierungsnahe Unternehmen fällt die Intransparenz in Bezug auf Besitzverhältnisse auf. So sind bei der Hälfte der serbischen Medienunternehmen die Besitzstrukturen nicht transparent abrufbar. Auch bei der auflagenstärksten Zeitung „Politika“ ist nicht ausgewiesen, wem sie gehört, effektiv wird sie jedoch vom Staat Serbien geführt (Kmezić 2018, S. 465).

Die Medienlandschaft Serbiens steht unter großem ökonomischem Druck und ist deshalb stark abhängig von staatlichen Fördergeldern und Anzeigenschaltungen. Die öffentlichen Förderungen werden jedoch willkürlich und ohne transparent einsehbare Kriterien vergeben. Das Fehlen jeglicher Kontrolle und Transparenz über die Vergabe staatlicher Gelder für Medien vereinfacht die Vergabe an Medien, die subjektiv, unausgewogen und regierungsfreundlich berichten (Reporters Without Borders 2017). Die Konsequenz dessen ist eine nicht objektive Berichterstattung, Selbstzensur und das fast vollständige Fehlen kritischer Medien. Soeren Keil konstatiert in Bezug auf die Werbeanzeigen der Regierung:

„This has resulted in their reluctance to hold the governments to account and those that did have faced substantial losses in income from advertising revenue as a result. This has further silenced the voice of critical media.“ (Keil 2018, S. 71)

Trotzdem gibt es wenige kritische, unabhängige Medien in Serbien. So z.B. das Centre for Investigative Journalism (CINS), oder den TV-Sender N1, der über Ereignisse in Bosnien-Herzegowina, Kroatien sowie Serbien berichtet und eine Tochtergesellschaft des US-amerikanischen Senders CNN ist. Durch die Besitzstruktur ist der Sender weniger abhängig von dem Einfluss der Regierung als Medien, die nicht an internationale Unternehmen angebunden sind und darüber mitfinanziert werden. Weiterhin berichtet das Balkan Investigative Reporting Network (BIRN), u.a. mit der Website Balkan Insight, unabhängig über Politik in Südosteuropa. BIRN wurde als Zusammenschluss mehrerer NGOs 2004 gegründet und erhält Fördergelder u.a. von der EU-Kommission. Aufgrund seiner Berichterstattung über Korruption in der staatlichen Administration wurde BIRN im Jahr 2015 Ziel einer Delegitimierungskampagne des damaligen Ministerpräsidenten Aleksandar Vučić (Keil 2018, S. 71).

Eine andere Form der Medienkontrolle sind Druck und Repression auf Medien. So werden Herausgeber*innen und Journalist*innen unter Druck gesetzt, in einer gewissen Art und Weise – d.h. regierungsfreundlich - zu berichten, oder bestimmte Personen in ihren Redaktionen einzustellen. Dies

führt auch zu einer Selbstzensur der Redaktionen aus Angst vor Konsequenzen. Weiterhin fährt die Regierung eine Strategie der Einschüchterungen sowie Hetzkampagnen gegen kritische Medien und Journalist*innen. Diese werden von Regierungsvertreter*innen u.a. als „Ausländische Agenten“ und „Staatsfeinde“ bezeichnet sowie beschuldigt, die Regierung grundlos zu attackieren (Vračić und Bino 2017, S. 61). Eine weitere Strategie ist die *Externalisierung* solcher Delegitimierungskampagnen an Boulevardmedien, welche regelrechte Regierungspropaganda betreiben und kritische Journalist*innen attackieren (siehe dazu Kapitel IV.3.4.3.b: Lage der Medien und Medienfreiheit). Obwohl solche Attacken regelmäßig auftreten, sie durch Boulevardmedien wie „Informer“, „Pink“ oder „Alo“, sowie durch Regierungsvertreter*innen direkt ausgetragen werden und eine massive Bedrohung für kritische Medien und Journalist*innen darstellen, hält sich die EU auffallend zurück und ignoriert die Situation. Alida Vračić und Bleriana Bino konstatieren:

„At the same time, the EU remains very tolerant towards the way media in the region have been treated. Media freedoms are not part of the priority package and as long as countries like Serbia deliver some progress in relations with Kosovo, media will always stay in the background.“ (Vračić und Bino 2017, S. 67)

Die verspätete Transformationsphase Serbiens ab 2000 war geprägt von der Einführung des kapitalistischen Wirtschaftssystems, was einherging mit einer neoliberalen Privatisierungspolitik. Der Wandel wurde von dem Aufbauen demokratischer Institutionen und Prozesse begleitet, die jedoch nur schwach ausgebildet blieben. Dadurch entstand ein Vakuum, in dem politische und wirtschaftliche Eliten systematisch und massiv staatliche Ressourcen „kaperten“, d.h. durch großflächigen Klientelismus wurde die Transformation Serbiens politisch und wirtschaftlich torpediert, es entstand ein tiefgehendes System von State Capture auf kommunaler, regionaler und nationaler Ebene (Cvejić 2016, S. 245–246).

Die Regierungen unter Aleksandar Vučić bauten auf der Schwäche der Institutionen und der Kontrollfunktionen des Staates auf und erweiterten die klientelistischen Praktiken. Damit sicherte sich die politische Elite ihre Macht über den Staatsapparat ab. Die Praktiken des State Capture ziehen sich bis auf die untersten Ebenen gesellschaftlicher Beziehungen: Wie im Kapitel IV.3.4.3.c (State Capture) aufgezeigt wird, zeigt sich die klientelistische Aushöhlung des Staates u.a. durch Vergabe von Arbeitsplätzen aufgrund von Beziehungen zu Parteifunktionär*innen, oder die Vergabe von Lizenzen an Unternehmen durch eine Zusicherung elektoraler oder finanzieller Unterstützung zugunsten der regierenden Partei. Weiterhin werden in staatlicher Administration und Institutionen Posten an parteinahe Personen vergeben, was wiederum die Kontrollfunktionen dieser Institutionen stark einschränkt (Bieber 2018, S. 348).

Damit werden nicht nur Gesetze und Regeln systematisch umgangen, auch wird eine Abhängigkeit in allen Bereichen des gesellschaftlichen Lebens geschaffen, welche die Menschen an die Partei bindet.

Slobodan Cvejić fasst State Capture in Serbien wie folgt zusammen:

„Today, a highly competitive political system [...] together with a poor level of economic development (enhanced by economic recession) makes the winning of political power an even more valuable goal that enables parties to control the allocation of public resources in an unconstrained manner. Or, in other words, political parties are the main actors that are capturing various state resources, distributing them either to business elites, or to their own electorate in exchange for different kinds of support [...]. Mechanisms of horizontal accountability like judicial system and regulatory bodies are weak and ineffective.“ (Cvejić 2016, S. 247)

Ein Beispiel für die Umverteilung staatlicher Ressourcen zugunsten eines kleinen loyalen Kreises diagnostizieren Vedran Džihic und Cengiz Günay in dem „Belgrade Waterfront“-Immobilienprojekt der serbischen Regierung. Bei der Ausschreibung sowie der Vertragsschließung und Umsetzung gab es massive Kritik an intransparentem Vorgehen. Mit dem Bau wurden Unternehmen, die der Fortschrittspartei nahestehen, beauftragt und somit staatliche Gelder einer Gruppe an SNS-nahen Personen „zugeschustert“. Zusätzlich scheint der Kronprinz von Abu Dhabi, Mohammed Bin Zayid, als Investor des „Belgrade Waterfront“ und anderen staatlichen Projekten, auf. Das wird erklärt durch die Freundschaft mit Aleksandar Vučić (Günay und Džihic 2016, S. 539).

Anstelle von transparenten Entscheidungsprozessen für den Zuschlag der Projektausführung wurden somit Verträge entlang eines Systems der Vetternwirtschaft und persönlicher Beziehungen zu externen staatlichen Akteuren ausgehandelt. Politische Entscheidungen werden in dieser Weise nicht für das Wohl der Allgemeinheit, sondern für das Wohl der politischen Elite und deren Verbündeter getroffen.

Eine dritte Strategie der SNS-Regierung, ihre Macht gegen Oppositionsparteien abzusichern liegt in einer Aushöhlung der - ohnehin schwach ausgebildeten - demokratischen Strukturen. Das wird durch eine Zentralisierung der Macht in der Person des jetzigen Präsidenten, sowie durch Schwächung der Justiz, aber auch anderer staatlicher Institutionen, vorgenommen.

Wie Soeren Keil argumentiert, existiert in Serbien eine Dominanz der Exekutive gegenüber der Legislative bei gleichzeitigem Fehlen tiefgehender legislativer Kontrollmöglichkeiten (Keil 2018, S. 68). Wie in Kapitel IV.3.4.3.d (Aushöhlung demokratischer Institutionen) aufgezeigt wird, äußert sich das z.B. in einer Missachtung des Parlaments durch die Regierungskoalition. Demnach werden u.a. Gesetze ohne Debatten im Parlament von der Regierung verabschiedet und so die Kontrolle durch das Parlament umgangen. Weiterhin setzt der jetzige Präsident und sein „engerer Kreis“ lediglich loyale Minister*innen ein, die genau seine politische Agenda durchsetzen sollen (Keil 2018, S. 68).

Die Dominanz der Exekutive erschwert es außerdem der Justiz, die politische Elite zu kontrollieren und verantwortlich zu halten. So konstatieren die Politikwissenschaftler Tobias Flessenkemper und Marko Kmezić, dass es in Serbien trotz Anklagen gegen Vertreter*innen ehemaliger und aktueller Regierungen bisher zu keiner einzigen Verurteilung gekommen ist (Flessenkemper und Kmezić 2017, S. 45–46). Eine Unterfinanzierung der Justiz und unabhängiger staatlicher Behörden kommt erschwerend zur prekären Situation hinzu.

Weiterhin wird die Justiz geschwächt durch offene Einmischung vonseiten der Politik. Regierungen unter Aleksandar Vučić griffen mehrmals in Justizverfahren ein, indem sie den zuständigen Behörden Anweisungen ausrichteten, oder öffentlich Verfahrensurteile kritisierten (Siehe dazu Kapitel IV.3.4.3d: Aushöhlung demokratischer Institutionen). Damit wird die Justiz als zentrale Kontrollinstanz angegriffen und in Frage gestellt.

Mit der bereits angesprochenen Installation parteinaher Personen in unabhängigen Behörden wird die Autonomie dieser sowie die Kontrollfähigkeit gegenüber staatlichen Akteuren unterminiert. Der öffentliche Sektor wird durch ein klientelistisches Netzwerk um den Präsidenten infiltriert und arbeitet so nicht im Interesse aller Bürger*innen, sondern lediglich zugunsten eines kleinen, loyalen Kreises um die Fortschrittspartei.

IV.1.5 Die Rolle der Europäischen Union als externer Akteur im Demokratisierungsprozess

In diesem Kapitel wird der Einfluss der Europäischen Union auf die Demokratisierung Serbiens untersucht. Das Hauptaugenmerk liegt auf dem Verhalten der Union gegenüber der serbischen Regierung seit 2012. Insbesondere wird auf den Länderbericht Serbien 2019 der EU-Kommission eingegangen und untersucht, inwiefern die „1od5miliona“-Proteste einen Einfluss auf die Haltung der EU bezüglich der serbischen Regierung haben.

Immer wieder hat die EU auf die serbische Innen- und Außenpolitik Einfluss genommen. Nach dem Sturz Slobodan Miloševićs sorgte die Union mit einer Perspektive auf eine Mitgliedschaft für einen starken Anreiz, demokratische Reformen einzuleiten. Der Begriff der EU-Konditionalität bedeutet, dass weitere Schritte im Integrationsprozess an politische, institutionelle sowie wirtschaftliche Reformen und z.T. empfindliche Zugeständnisse der serbischen Regierung geknüpft sind. Dazu gehörten vor allem die Auslieferung mutmaßlicher Kriegsverbrecher*innen an den Internationalen Strafgerichtshof in Den Haag, sowie die Normalisierung der Beziehungen mit Kosovo. Gleichzeitig wurden auch zahlreiche andere Gesetzesreformen angestoßen, die bezweckten, Serbiens Rechtsordnung an den Aquis communautaire der EU heranzuführen, vielfach aber auch zum Ziel hatten, die Demokratisierung des Landes voranzutreiben.

Maßgebliche Fortschritte im Integrationsprozess – und auch im Demokratisierungsprozess - Serbiens waren z.B. das Inkrafttreten der Visaliberalisierungen im Dezember 2009, sowie die Zuerkennung des Beitrittskandidatenstatus 2012. Die Beitrittsverhandlungen mit der EU begannen schließlich im Januar 2014.

Es war offensichtlich, dass (ultra-)nationalistische Parteien wie die SRS, die am Milošević-Regime beteiligt war, nach 2000 auf Druck der EU nicht in Regierungsverantwortung kommen würden und eine Beitrittsperspektive somit blockiert wäre (Bieber 2018, S. 344).

Dies führte zu einer taktischen „Umorientierung“ innerhalb des rechten Lagers in Form der seit 2008 von der SRS abgespaltenen SNS: Die Fortschrittspartei (SNS) unter Tomislav Nikolić erkannte, dass sie ohne eine pro-europäische Ausrichtung und mit einem weniger radikalen nationalistischen Auftreten mehr Wähler*innen sowie die Billigung der Europäischen Union erreichen würde.

Der spätere Präsident Tomislav Nikolić erklärte die SNS nun zur „pro-europäischen“ Partei und sagte 2011 offen, dass die Auslieferung Mladićs notwendig sei, um im EU-Beitrittsprozess Fortschritte machen zu können (Sundhaussen 2012, S. 471). Die EU sah in der SNS nun einen strategischen, pro-europäischen Partner und unterstützte seit der Regierungsbeteiligung der Partei ab 2012 eine ehemals rechtsradikale Partei. Auch seit Aleksandar Vučić die Partei übernommen hat und 2014 Ministerpräsident geworden ist, stellt er nach außen die Bestrebungen, Mitglied der EU zu werden und die dafür vorgesehenen Reformen umzusetzen, in den Vordergrund. Das zeigt sich z.B. an dem politischen Dialog zwischen Belgrad und Prishtina, der von der SNS mitgetragen wurde. Im Jahr 2017 kündigte Vučić – in dem Wissen, dass ein EU-Beitritt ohne ein Abkommen mit Kosovo zur Lösung der Statusfrage nicht möglich ist - einen internen Dialog über die Lösung der Kosovo-Frage an und argumentierte, man dürfe nicht an etwas festhalten, das schon lange verloren sei (Blic 2017). Damit deutete er eine Anerkennung des Kosovo durch Serbien an. Vučić fährt jedoch in Bezug auf Kosovo eine Doppelstrategie, indem er insbesondere gegenüber der EU signalisiert, eine Statuslösung zu erzielen, den serbischen Bürger*innen gegenüber hingegen behauptet, Serbien würde Kosovo keinesfalls als unabhängig anerkennen. So stockt der EU-moderierte Dialog seit Jahren und wurde im September 2018 schließlich nach erneuten Streitigkeiten zwischen der serbischen und der kosovarischen Staatsführung ausgesetzt (Euractiv 2018).

Eine ähnliche Doppelstrategie lässt sich auch in Bezug auf demokratische Grundprinzipien erkennen. In den Jahren seit 2012 unterstützte die Union die serbische Regierung politisch, ignorierte gleichzeitig jedoch Rückschritte in der Demokratisierung Serbiens. Das zeigt sich an den Aussagen führender EU-Politiker*innen: Der ehemalige EU-Erweiterungskommissar Johannes Hahn reagierte auf Demokratie-Indizes wie Freedom House und World Press Freedom Index, die Serbien in Sachen Pressefreiheit stark abgestuft hatten, mit der Aussage, er wolle erst Belege für Zensur und Einschränkungen der

Medienfreiheit in Serbien sehen, bevor die EU handle (Süddeutsche Zeitung 2015). In den Jahren danach blieb die Kritik des Erweiterungskommissars an Verletzungen der Rechtsstaatlichkeit verhalten, auch der damalige Ratspräsident Donald Tusk lobte 2018 den serbischen Präsidenten (Bieber 2018, S. 350).

Damit einher ging in den Augen mancher Serb*innen auch ein Verlust an demokratischer Glaubwürdigkeit der EU (Zur Wahrnehmung der EU aus Sicht der Protestteilnehmer*innen, siehe Kapitel IV.3.4.3.e). Marko Kmezić konkludiert in einer Publikation wie folgt:

„Moving closer towards the EU, negotiating accession, receiving endless reports and recommendations – none of these steps delivered the promised progress towards democracy. The process of EU approximation has become unrelated to progress in democratization. [...] Democratic institutions, in particular parliaments, remained marginal for day-to-day politics. The EU preferred a leader-oriented approach for its engagement in the region.” (Kmezić et al. 2017, S. 92).

Es wurden demnach zwar nach und nach Kapitel in den Beitrittsverhandlungen eröffnet, jedoch gab es kaum Fortschritte in politischen Fragen, die eine tiefgehende Demokratisierung ermöglichen würden. Das hängt mit den Problemen zusammen, welche die EU als solche beschäftigen: Die Union kämpft in den letzten Jahren mit dem Brexit, einer inneren Legitimationskrise und der Frage einer einheitlichen Asylpolitik angesichts hoher Zahlen an flüchtenden Menschen, die 2015 und 2016 nach Europa kamen. Mit diesen Entwicklungen konzentrierte sich die EU auf Sicherheit und Stabilität in Südosteuropa, und verließ sich auf Regierungen, die innenpolitisch autoritär agieren (Keil 2018, S. 75).

Diese Beziehung, die von Florian Bieber mit dem Konzept der „Stabilitocracy“ umschrieben wird, verstärkt das Außerachtlassen demokratischer Prinzipien vonseiten der Union für eine „Stabilität“, für die Aleksandar Vučić sorgen soll (Bieber 2018). Beispielhaft dafür ist die Kooperation der serbischen Regierung 2015, flüchtende Menschen vor der EU aufzuhalten, sowie die Zusicherungen, den Dialog mit Kosovo fortzuführen.

Die Proteste im Land seit 2016 verdeutlichen, dass die Regierung zwar nach außen die Bereitschaft für demokratische Reformen im Zuge des Beitrittsprozesses signalisiert, innenpolitisch jedoch durch einen autoritären Regierungsstil die Demokratisierung, wie auch EU-Integration Serbiens konterkariert.

Die Union blieb 2016 und 2017 angesichts der Protestbewegungen zurückhaltend und verließ sich weiterhin auf die Zusicherungen Vučićs, einen pro-europäischen Weg einzuschlagen, die geforderten Reformen und den Normalisierungsdialog mit Kosovo weiter zu verfolgen. Mit den Protesten seit 2018 jedoch scheint sich die Haltung der EU gegenüber der serbischen Regierung allmählich zu verändern. Dies wird in einem aktuellen Kommissionsbericht deutlich. Der „Serbia 2019 report“ wurde am 29. Mai 2019 veröffentlicht und dokumentiert die Beobachtungen der Europäischen Kommission hinsichtlich der politischen und ökonomischen Situation des Staates sowie der nachbarschaftlichen Beziehungen v.a. zu Kroatien, Bosnien-Herzegowina und Kosovo. Die Beobachtungen werden jährlich als

„Länderberichte“⁴ erstellt und zeigen den Fortschritt des EU-Beitrittsprozesses der jeweiligen Staaten an, insbesondere die umgesetzten Reformen, aber auch Mängel der Umsetzung.

Zwar wurden mit Mai 2019 16 Kapitel in den Beitrittsverhandlungen Serbiens mit der EU geöffnet und zwei Kapitel vorläufig abgeschlossen. Aber der Länderbericht der EU-Kommission für Serbien 2019 stellt fest, dass in vielen Bereichen kaum Fortschritte gemacht wurden, und sich die Situation in manchen Bereichen sogar verschlechtert hat. Das betrifft vor allem Fragen der Rechtsstaatlichkeit, Medienfreiheit, des Parlamentarismus und der Kontrollfunktion der Justiz.

So spricht die EU-Kommission explizit Praktiken der Regierung an, die den Parlamentarismus schwächen und den daraus resultierenden Boykott einiger Oppositionsparteien:

„There is an urgent need to create more space for genuine cross-party debate, in order to forge a broad pro-European consensus which is vital for the country's progress on its EU path. Several opposition parties started boycotting the Parliament in early 2019. The ruling coalition's parliamentary practices led to a deterioration of legislative debate and scrutiny and undermined the Parliament's oversight of the executive.“ (Europäische Kommission 2019, S.3)

Weiterhin hindere die Regierungskoalition das Parlament in seinen Kontrollfunktionen (Europäische Kommission 2019, S.6). Der Bericht spricht eine polarisierte politische Landschaft an und die negativen Auswirkungen auf demokratische Institutionen. Damit zusammenhängend werden die Wahlbedingungen genannt, die signifikante Mängel haben. Die Kommission konstatiert, dass es keine Transparenz bei Parteien- und Wahlkampffinanzierung gibt, weiterhin eine fehlende Abgrenzung zwischen Regierungspartei und Staat, sowie die unausgewogene Medienberichterstattung über die Regierungsparteien im Vergleich zu Oppositionsparteien (Europäische Kommission 2019, S.5-6).

Es wird außerdem kritisiert, dass Grundrechte wie Meinungsfreiheit nicht gewährleistet sind und Serbien in dieser Hinsicht keine Fortschritte gemacht hat. In diesem Zusammenhang werden die „100.000“-Proteste genannt:

„Weekly anti-government protests started in Belgrade in December 2018 in reaction to an attack on an opposition party leader. The overall peaceful protests, demanding freedom of the media and free and fair elections, grew over time. Several opposition parties have announced their intention to boycott parliamentary elections, unless demands for free and fair elections are met. Serbia needs to fully address all recommendations on the elections, identified by international observers, as a matter of priority.“ (Europäische Kommission 2019, S.3).

Die EU-Kommission nennt zum einen die Proteste wie auch den Parlaments-Boykott explizit im Länderbericht. Weiterhin erkennt sie an mehreren Stellen die Legitimität der Protestbewegung und deren Anliegen an. Der Bericht kritisiert z.T. deutlich den autoritären Regierungsstil, der die

⁴ Die Länderberichte der EU-Kommission hießen zuvor „Fortschrittsberichte“.

Aushöhlung von demokratischen Prozessen, Institutionen und die Repressionen u.a. gegen Medien, Zivilgesellschaft beinhaltet. Bezogen auf die Zivilgesellschaft hält die Kommission fest:

„Civil society organisations (CSOs) and human rights defenders continued to raise awareness about civil and political rights. This takes place in an environment not open to criticism, with the authorities making negative statements, echoed by the media, on civil society in general and on funding of certain associations in particular. Harsh criticism against human rights defenders has continued in tabloid newspapers.“ (Europäische Kommission 2019, S.8)

Hier wird auf die Delegitimierungskampagnen gegen die Zivilgesellschaft durch die Regierung und regierungsnahe Medien eingegangen, und festgestellt, dass das politische Klima in Serbien geprägt ist von Anfeindungen und einem Fehlen von Kritikfähigkeit der regierenden Parteien.

Es kann argumentiert werden, dass die EU mit dem Länderbericht 2019 einen -wenn auch vorsichtigen- Wandel in ihrer Haltung zur serbischen Regierung erkennen lässt. Der Bericht spricht im Vergleich zu vorherigen Berichten offen eklatante Mängel in Fragen der Demokratisierung und Rechtsstaatlichkeit und erkennt die „105 Millionen“-Forderungen als legitim an. Mit der Erwähnung des Parlamentboykotts übt die Union Druck auf die Regierung aus, ihre autoritären Praktiken bezüglich Institutionen zu unterlassen.

IV.2 Proteste in Serbien

Nachdem der vorangegangene Abschnitt die Transformationsprozesse seit dem Jahr 2000 insbesondere hinsichtlich der Regierungen, deren politischen Maßnahmen sowie der EU-Annäherung Serbiens dargestellt hat, werden nun die Demokratisierungsphasen aus einer „bottom-up“-Perspektive beleuchtet. Im Zentrum stehen die Zivilgesellschaft, genauer Protestbewegungen, welche sich seit den 1990er Jahren entwickelt haben, und welchen Einfluss sie auf diese Prozesse hatten und haben.

Der Politikwissenschaftler Marko Kmezić teilt die Protestereignisse und sozialen Bewegungen in Serbien seit 1990 in vier Phasen ein: Friedensbewegungen 1990-1995, Protestbewegungen gegen das Milošević-Regime 1996-2000, pro-europäische Bewegungen 2000-2008 und abschließend neue Grassroots-movements seit 2012 (Kmezić 2017, S. 23–26).

Hier wird diese Einteilung nur teilweise übernommen: Die Proteste 1991 und 1992 werden hier gemeinsam mit den Demonstrationen 1996-1997 unter Protestbewegungen gegen das Milošević-Regime zusammengefasst, obwohl es im Zeitraum von 1991 bis 1995 auch zu Friedensmanifestationen und -Forderungen kam. Im Mittelpunkt der Proteste stand jedoch die Unzufriedenheit über die autoritäre Führung der SPS unter Slobodan Milošević. Die Proteste 1999 und September bis Oktober 2000, welche den Fall des autoritären Präsidenten bewirkten, werden ebenfalls zu dieser Kategorie gezählt. Die Phase der pro-europäischen Bewegungen (2000-2008) wird hier ausgeblendet, da v.a. die

Protestbewegungen 2016, 2017 und insbesondere 2018-2019 relevant für die Analyse sind. Letztere werden von Kmezić als neue Grassroots-Bewegungen bezeichnet. In der vorliegenden Arbeit werden sie als Proteste gegen ein von der SNS etabliertes kompetitiv-autoritäres System untersucht, und somit als Demokratisierungsbewegungen eingestuft, welche sich für ein demokratisches Serbien einsetzen.

IV.2.1 Die Protestbewegungen 1991 und 1992

Milošević baute seine starke Machtstellung auch mithilfe einer autoritären Medienstrategie auf, die einerseits oppositionelle Kräfte in Medien systematisch verunglimpfte und delegitimierte. So wurden Oppositionspolitiker*innen u.a. als „Verräter*innen“ Serbiens“ dargestellt. Andererseits wurde in den staatlichen Medien die Berichterstattung ausschließlich auf die SPS konzentriert, andere Parteien somit ignoriert, sodass erstere als einzig legitime Kraft erschien (Vladislavljević 2016, S. 41).

Maßgeblich die Propaganda der von der SPS gelenkten Medien verursachte im März 1991 die erste Protestwelle gegen das Milošević-Regime. Die Oppositionspartei Serbische Erneuerungsbewegung (SPO) unter Parteiführer Vuk Drašković organisierte am neunten März eine Demonstration, um gegen die Propaganda der staatlichen Radio- und TV-Stationen, RTS (Radio-Televizija Srbije) zu protestieren. Gefordert wurde ein Ende der delegitimierenden Berichterstattung gegen Oppositionsparteien und -Politiker*innen, sowie der Rücktritt der RTS-Geschäftsführung (Nikolayenko 2017, S. 97). Zehntausende Menschen nahmen an den Demonstrationen teil. Nachdem die Lage zwischen Protestierenden auf der einen Seite, regime-treuen Arbeiter*innen auf der Seite der Gegendemonstration, sowie Polizeikräften eskalierte und zwei Menschen starben, sowie über 80 verletzt wurden, reagierte die Regierung mit Repressionen und Gewalt: Panzer fuhren in Belgrad auf, mehrere Oppositionsführer, darunter Drašković, wurden verhaftet (The New York Times 1991). Weiterhin wurde der Betrieb zweier unabhängiger Fernseh- und Radiostationen eingestellt. Die Reaktion darauf waren weitere Demonstrationen, die Besetzung des zentralen Terazije-Platzes, sowie die Blockade wichtiger Straßen im Zentrum Belgrads. Es kam zu einer Verschiebung: Nun wurden die Proteste von Studierenden und Schüler*innen angeführt und gingen somit von der Zivilgesellschaft und nicht von der parlamentarischen Opposition aus. Forderungen waren der Abzug des Militärs, der Rücktritt des Innenministers Radmilo Bogdanović (SPS) und der RTS-Geschäftsführung, die Wiederinbetriebnahme der ausgeschalteten unabhängigen Radio- und Fernsehstationen und die Freilassung der SPO-Führung und anderer Inhaftierter. Nach den mehrere Tage andauernden Besetzungen machte die Regierung Zugeständnisse: Der RTS-Geschäftsführer und der serbische Innenminister traten zurück, die Fernseh- und Radiostationen durften wieder senden (Vladislavljević 2016, S. 41; Nikolayenko 2017, S. 98).

Die Proteste von 1991 waren neben den Erfolgen, die direkt eintraten, auch längerfristig relevant für die serbische Gesellschaft und insbesondere für die zivilgesellschaftliche Opposition gegen das

autoritäre Milošević-Regime: Sie wurden zum Symbol des Widerstands gegen Autoritarismus und für einen demokratischen Wandel, aber auch zum Symbol gegen die Polizeigewalt, die zwei Tote und viele Verletzte forderte. Sowohl Oppositionsparteien als auch Gruppen Studierender hielten in den Folgejahren Gedenkveranstaltungen und weitere Demonstrationen ab zum Zeichen des aktiven Widerstands gegen Milošević und zum Gedenken der Opfer staatlicher Gewalt (Nikolayenko 2017, S. 98). Mit den Protesten 1991 und dem gewaltsamen Zerfall Jugoslawiens durch die darauffolgenden grausamen Kriegen in Kroatien, Bosnien-Herzegowina und später im Kosovo entwickelte sich mit dem „anderen Serbien“ („Druga Srbija“) eine Gegenöffentlichkeit: Diese umfasste Intellektuelle, Aktivist*innen und zivilgesellschaftliche Organisationen wie u.a. den „Belgrader Kreis“ („Beogradski krug“), die „Frauen in Schwarz“ („Žene u crnom“), oder das „Zentrum für Antikriegsaktion“ („Centar za antiratnu akciju“). „Das andere Serbien“ stellte sich gegen den nationalistischen, militaristischen gesellschaftlichen Diskurs und insbesondere gegen das autoritäre Milošević-Regime, sowie die blutigen Kriege in den Nachbarrepubliken (Satjukow 2016, S. 245; Bieber 2003, S. 83). Es kam zu einer Vernetzung verschiedener zivilgesellschaftlicher Gruppen, die gemeinsam gegen die Politik der Regierung Aktionen setzten. Die Aktivitäten des „anderen Serbiens“ schaffte es zwar, eine Gegenerzählung zur „gleichgeschalteten“ nationalistischen Gesellschaft, welche die Politik Miloševićs unterstützte, anzubieten. Jedoch beschränkte sich dieses alternative Narrativ und der Aktivismus dahinter hauptsächlich auf Belgrad. Weiterhin muss festgehalten werden, dass sie eine vergleichsweise kleine Gruppe innerhalb der serbischen Gesellschaft darstellten, die Mehrheit der Bevölkerung unterstützte zu Beginn der 1990er Jahre noch die Politik des Milošević-Regimes (Bieber 2003, S. 83; Satjukow 2016, S. 246–247).

Eine weitere Implikation der Proteste vom März 1991 ist die Legitimation des autoritären, populistischen Milošević-Regimes, wie Nebojša Vladislavljević konstatiert: „[...] [t]he protests undermined the regime’s populist credentials: those who built their public image on support for street rallies in the late 1980s now sent riot police, even tanks, to disperse popular protests“ (Vladislavljević 2016, S. 41–42). Noch in den 1980ern nutzte Slobodan Milošević die Bewegung der Kosovo-Serb*innen, um seinen politischen Aufstieg zu sichern und instrumentalisierte in den folgenden Jahren nationalistische Bewegungen und Protestereignisse. Sein Regime gerierte sich dementsprechend als „Stimme des serbischen Volkes“ und zog ihre Legitimation aus diesen Massenprotesten, die ihre Politik stützten. Wenige Jahre später agierte das Regime repressiv mit Gewalt gegen Bürger*innen, die auf den Straßen protestierten. Damit konterkarierte Milošević die populistische Rhetorik, die er Jahre zuvor aufgebaut hatte.

Bei der Betrachtung der Protestbewegungen der 1990er Jahre gegen das Regime wird deutlich, dass vor allem junge Menschen, zum großen Teil Studierende, die Opposition der Straße anführten. Schon ein Jahr nach den ersten Protesten gegen Milošević organisierten im Juni 1992 Studierende abermals

Demonstrationen gegen das autoritäre Regime. Sie forderten den Rücktritt des Präsidenten, die Auflösung des Parlaments und die Ausrufung von Parlamentswahlen. Ein weiterer Protestgrund war das neue Universitätsgesetz, das auf den Weg gebracht wurde und eine Erweiterung der staatlichen Kontrolle über die Universitäten beinhaltete (Nikolayenko 2017, S. 99). Das geplante Universitätsgesetz kann als „Political Opportunity Structure“, als Veränderung der politischen Rahmenbedingungen betrachtet werden: Durch die Gesetzesänderung wurden insbesondere Studierende mobilisiert, da sie eine umfassende Kontrolle des Regimes auch auf die relativ freien Verhältnisse der universitären Lehre und Diskussion befürchteten. Diese Veränderung spornte die jungen Menschen zu kollektiven widerständigen Protesthandlungen an.

Die Protestwelle dauerte circa einen Monat an, jedoch wurden dieses Mal keine Zugeständnisse vonseiten der Regierung an die Protestbewegung gemacht. Die Formen des kollektiven Widerstands waren breit gefächert, um eine möglichst große Reichweite zu haben und Menschen zu mobilisieren: Die Universität Belgrad streikte und wurde zum „freien Territorium“ ernannt. Auch streikten Studierende auf dem zentralen „Studentenplatz“ („Studentski trg“), Performances wurden auf den Straßen abgehalten. Weitere Formen waren die Herausgabe des Magazins „Dosta!“ („Genug!“) und Radioprogramme im Sender B92, die von Studierenden gestaltet wurden (Nikolayenko 2017, S. 99).

Zusätzlich zu den Studierenden-Aktionen entwickelte sich im selben Jahr ein Bündnis aus Oppositionsparteien, welches von Intellektuellen und kirchlichen Vertretern unterstützt wurde. Die Gründung des DEPOS-Bündnisses (Demokratische Bewegung Serbiens) war eine Reaktion auf die Verabschiedung einer neuen Verfassung durch Milošević im April 1992, die er ohne Begutachtung der anderen Parteien im Parlament einführte und zusätzlich Parlamentswahlen ausrief. Der Politikwissenschaftler Nebojša Vladislavljević erkennt hier einen Lernprozess der Oppositionsparteien aus der Protestphase 1991: Trotz inhaltlicher Unterschiede erkannten die Parteien, dass nur ein gemeinsames Bündnis gegen die SPS eine Chance auf politischen Wandel haben kann. Durch Vernetzung verschiedener Parteien wurde die Opposition gestärkt. DEPOS boykottierte die Wahlen und rief die Bevölkerung zum aktiven Widerstand gegen Milošević auf (Vladislavljević 2016, S. 42).

Obwohl die Proteste 1991 und 1992 viele Menschen mobilisieren konnten, waren sie nicht erfolgreich darin, Milošević zu stürzen. Das lag, so argumentiert Vladislavljević, an der zersplitterten parlamentarischen Opposition, jedoch auch an der noch vorherrschenden Legitimation des Präsidenten in der Bevölkerung, sowie seiner autoritären Machtausübung. Die Zustimmung der Bevölkerung zum Präsidenten schwand jedoch in den folgenden Jahren. Die Oppositionsparteien waren sich einig darin, dass Milošević zurücktreten und es Neuwahlen geben musste. Sie waren jedoch programmatisch und ideologisch uneins in zentralen Themen (wie der Kosovo-Frage und Serbiens Rolle in den Kriegen) und darin, *wofür* sie gemeinsam eintreten wollen (Vladislavljević 2016, S. 42).

Trotzdem waren insbesondere die Studierenden-Proteste 1992 erfolgreich darin, einen alternativen Diskurs gegen die autoritäre Herrschaft der SPS unter dem Präsidenten zu führen. Durch Diskussionsveranstaltungen, Streiks, Vorträge usw. thematisierten sie die aktuelle politische Situation. Sie stellten damit eine Gegenöffentlichkeit, eine Gegenerzählung zum dominanten Diskurs der Regierung her. Der Regime-Diskurs war einer der „nationalen Euphorie, der Angst und der Opferinszenierung“, mit dem die Kriege in den Nachbarrepubliken legitimiert, sowie die Sanktionen gegen Serbien verurteilt wurden (Nikolayenko 2017, S. 99; Fridman 2011, S. 509–510).

IV.2.2 Die Protestbewegungen 1996 bis 1997

Die Proteste von 1996 bis 1997 können - ähnlich wie die vorangegangenen Proteste in den Anfangsjahren der 1990er – eingeteilt werden in Proteste, die einerseits von dem Oppositionsbündnis „Zajedno“ („Zusammen“) angeführt wurden und andererseits in studentische Proteste. Der Auslöser war die Annullierung der Kommunalwahlen in verschiedenen Städten Serbiens durch die SPS im November 1996. Das Oppositionsbündnis „Zajedno“ gewann die Kommunalwahlen, woraufhin lokale Gerichte und Wahlkomitees die Ergebnisse in den Wahlkreisen für nichtig erklärten, in welchen die SPS verloren hatte (Vladislavljević 2016, S. 43).

Obwohl beide Bewegungen den gleichen Auslöser, ähnliche Organisationsstrukturen, teilweise idente, teilweise überlappende Forderungen hatten, unterschieden sie sich in einigen Punkten und agierten unabhängig voneinander. Die Studierendenbewegung betonte die Unabhängigkeit von jeglichen Parteien, die Protestaktionen wurden getrennt von den Bürger*innen-Protesten durchgeführt, und sie forderten zusätzlich zu der Anerkennung der gestohlenen Wahlzettel den Rücktritt des SPS-nahen Rektors der Universität Belgrad Dragutin Veličković (Lazić 1999, S. 1; Nikolayenko 2017, S. 100).

Die Protestformen bestanden aus einer Vielfalt symbolischer Aktionen, welche die Kritik an staatlichen Institutionen wie der Wahlkommission, dem Obersten Gerichtshof, dem Parlamentsgebäude und dem staatlichen Fernseh- und Rundfunkunternehmen RTS zum Ausdruck brachten. So wurden u.a. Gebäude in Toilettenpapier eingehüllt, mit Kreide bemalt und mit Eiern beworfen. Insbesondere die studentischen Proteste griffen auf eine große Bandbreite humorvoller und kreativer Aktionen zurück. Sie ließen auf Demonstrationen Wecker klingeln, um den nahenden Rücktritt Miloševićs darzustellen, es erklangen Pfeifkonzerte auf den Protestmärschen (Nikolayenko 2017, S. 100–101).

Wie schon bei den Protestbewegungen 1991 und 1992 hatten die Aktivist*innen keinen Zugang zu den staatlichen Medien und erschlossen sich aus diesem Grund alternative Informations- und Mobilisierungswege. Dabei spielten studentische Radiokanäle, eigens entworfene Newsletter und Websites, sowie die Übermittlung von Informationen über den Protest via E-mails eine Schlüsselrolle (Nikolayenko 2017, S. 101).

Die Proteste fanden täglich statt. Die vom „Zajedno“-Bündnis angeführten Aktionen hielten ab November 1996 bis Februar 1997 an, die studentischen Proteste waren langlebiger und harrten bis März 1997 aus. Erstere sagten im Februar angesichts der Anerkennung der Wahlergebnisse durch die SPS weitere Demonstrationen ab, während die Bewegung der Studierenden auch nach dem Rücktritt der SPS-nahen Leitung der Universität Belgrad weiter mobilisierte, sowie den Rücktritt Miloševićs forderte (Nikolayenko 2017, S. 103; Vladislavljević 2016, S. 43).

Die Demonstrationen mobilisierten in Belgrad bis zu mehreren hunderttausenden Menschen, in anderen Städten mehrere Zehntausende, und erhöhten somit merklich den Druck auf die autoritäre Regierung. Schließlich wurde der Wahlsieg des Oppositionskandidaten in Belgrad, sowie des „Zajedno“-Bündnisses in 14 von 19 größeren Städten Serbiens von der SPS eingestanden. Die Hauptstadt und andere größere Städte wurden nun von der Opposition regiert. Die Studierenden erreichten ein Treffen mit dem Armeechef, welcher öffentlich verkündete, dass das Militär bei Protesten nicht eingreifen werde (Nikolayenko 2017, S. 102–103; Vladislavljević 2016, S. 43–44).

Daraus lässt sich schlussfolgern, dass die Protestbewegungen sowohl kurzfristige, als auch längerfristige Erfolge erreichten: Einzelne Forderungen (Rücktritt des Universitätsrektors, Anerkennung der Kommunalwahlergebnisse und des Wahlsiegs der „Zajedno“-Opposition) wurden eingelöst. Weiterhin schafften es v.a. die Studierenden, in ihrem Widerstand die Legitimation auch innerhalb anderer gesellschaftlicher Gruppen zu erreichen. Das spiegelt sich u.a. in dem Treffen mit dem Generalstabschef der Jugoslawischen Volksarmee, Momčilo Perišić, wider und seiner Zusicherung, mit den Streitkräften nicht in die Proteste zu intervenieren (Vladislavljević 2016, S. 44).

Auf lange Sicht entwickelte sich die Basis einer aktiven und widerständigen Zivilgesellschaft, die sich gegen die autoritäre Politik Miloševićs stellte. Florian Bieber resultiert die Folgen der Proteste für die weitere Entwicklung der Zivilgesellschaft Serbiens:

„[...] [t]he daily demonstrations in the winter of 1996-97 were of tremendous significance for the development of civil society and the inter-relationship with political parties. The break-up of the opposition coalition Zajedno thoroughly disillusioned most politically active citizens and diminished the already feeble confidence in opposition parties. This effectively strengthened civil society, as citizens chose to be active in NGOs and other civil society movements rather than in parties.“ (Bieber 2003, S. 84)

Es bildeten sich soziale Bewegungen, welche sich untereinander vernetzten und Menschen mobilisierten. Eine tragende Rolle spielten dafür Studierende, die sich in Studierendenverbänden organisierten und letztendlich den Grundstein für die „Otpor“-Bewegung legten, indem sie weiterhin aktiv waren, jedoch neue Strategien und Protestformen entwickelten, um das Regime zu stürzen. Aus dem studentischen Milieu und in der Gruppe junger Menschen kam es zu Re-mobilisierung, Menschen

wurden erneut aktiv in den Protesten, nachdem sie schon Anfang der 1990er Jahre demonstriert hatten.

Trotz der Erfolge konnte sich die geschwächte Regierung halten, 1997 wurde Milošević zum Präsidenten der Bundesrepublik Jugoslawien, das „Zajedno“-Bündnis zerbrach vor den Wahlen an internen Konflikten. Die gescheiterten Anstöße zu politischer Veränderung lagen auch an der Opposition, die die Unzufriedenheit nicht in ein einheitliches, glaubwürdiges Programm gegen die Regierung „übersetzen“ konnte. Das Bündnis gab sich schon mit der Erfüllung der Minimalforderungen, also der Anerkennung der Wahlergebnisse, zufrieden und zeigte wenig Resilienz im Widerstand gegen Milošević (Bieber 2003, S. 83–84). Die Studierendenproteste zeigten sich hingegen resilienter und forderten mehr Zugeständnisse und eine demokratische Wende.

Damit kam es letztendlich zu keinem demokratischen Wandel, der Präsident verstärkte seine autoritären Praktiken und konnte den Einfluss der Oppositionspolitiker*innen, die in den Kommunalwahlen gewonnen hatten, gering halten (Nikolayenko 2017, S. 103–104). Durch die 1996-1997-Protestbewegung schwand neben der Legitimation in Serbien selbst auch Miloševićs internationales Ansehen. Seine ohnehin kompetitiv-autoritäre Führung wurde zunehmend repressiver und entwickelte sich zu einer willkürlichen, auf Milošević zugeschnittenen Diktatur, in der eine kleine, von ihm bestimmte Clique willkürlich Macht ausübte und staatliche Ressourcen sowie Institutionen systematisch missbrauchte (Vladisavljević 2016, S. 44–45).

IV.2.3 Die Proteste 1999 bis 2000 und der Sturz Miloševićs

Eine Konsequenz der gescheiterten Proteste von 1996-1997 war die Gründung der zivilgesellschaftlichen „Otpor“-Bewegung („Widerstand“) im Jahr 1998. Die Gruppe reagierte damit auch auf die verstärkten staatlichen Repressionen, welche u.a. ein Mediengesetz beinhalteten, das die Pressefreiheit einschränkte, sowie ein neues Universitätsgesetz, welches die Autonomie der Universitäten aufhob. Die Regierung verstärkte nach dem zivilen Ungehorsam der Protestierenden der vorherigen Jahre außerdem die Repressionen in Form von systematischer Polizeigewalt gegen Oppositionelle und Aktivist*innen (Kmezić 2017, S. 24).

„Otpor“ bestand im Kern v.a. aus Studierenden und jungen Erwachsenen, schaffte es jedoch, in breiten Bevölkerungsgruppen Menschen für den Widerstand gegen Milošević zu mobilisieren. Sie hatten keine eindeutigen Führungspersonen und organisierten die Protestaktionen horizontal. Damit konnte „Otpor“ zu einer breiten sozialen Bewegung werden, welche ca. 70 000 Mitglieder in zahlreichen Städten Serbiens zählte. Die Bewegung agierte systematischer als die Demonstrierenden 1996-1997. Der Erfolg der Bewegung lässt sich auf mehrere Faktoren zurückführen: Anstatt gegen die autoritären Praktiken des Präsidenten zu protestieren, erkannten die Aktivist*innen, dass sie Milošević selbst als

Ursache der autoritären Politik bekämpfen, ergo die Person an sich als hauptsächliches Ziel des kollektiven Widerstands definieren mussten. Orli Fridman stellt dies im Folgenden dar:

„Otpor based their message on the most common agenda that could bring people together: getting rid of Milošević. [...] For them, Milošević was the question of all questions, and there was therefore an urgent need to get rid of him first. In order to remove Milošević, according to their philosophy, they had to leave everything else aside.“ (Fridman 2011, S. 513)

Um möglichst viele Menschen zu mobilisieren, erkannten die „Otpor“-Aktivist*innen, dass sensible Themen - wie die Kosovo-Frage oder die Verantwortung Serbiens für Kriegshandlungen - ausgeklammert werden mussten. Mit dieser Strategie, sich auf den Widerstand gegen Milošević als autoritären Herrscher zu konzentrieren, vereinten sie viele Menschen mit z.T. sehr unterschiedlichen ideologischen Standpunkten (Fridman 2011, S. 513).

Diesen Punkt greift die Politikwissenschaftlerin Fridman in ihrem Artikel auf. Sie argumentiert, dass letztendlich *nicht* der Widerstand gegen die Kriege in Bosnien-Herzegowina, Kroatien oder später Kosovo ausschlaggebend für die Massenproteste waren, sondern der Widerstand gegen die autoritäre Politik Miloševićs, Repressionen gegen die eigene Bevölkerung, sowie die Misswirtschaft. Erst die katastrophale sozioökonomische Situation mobilisierte die Massen zu Protestaktionen. Die Proteste der 1990er Jahre können also vorrangig als kollektive widerständige Politik gegen das Regime, und nicht als anti-nationalistische oder anti-militaristische Proteste verstanden werden.

Trotzdem nahmen auch Bündnisse teil, die sehr wohl die Kriegsverbrechen Serbiens und die Kriegsbeteiligung an sich kritisierten. Dazu gehörten u.a. die „Frauen in Schwarz“, die schon in den Jahren vor 1996-1997 gegen die Kriege protestierten (Fridman 2011, S. 513–514).

Ein weiteres Merkmal war der explizit pazifistische Charakter der Bewegung. In ihren Aktionen beharrten die „Otpor“-Aktivist*innen darauf, gewaltfrei vorzugehen. Dies erleichterte die Mobilisierung vieler Menschen, weiterhin steigerte es die Legitimation der Gruppe und zeigte auf, dass die Gewalt vonseiten des Regimes gegen Protestierende nicht gerechtfertigt war. Im Vergleich zu 1996-1997 entwickelte „Otpor“ sein Repertoire an Aktionen weiter: Statt täglich auf die Straße zu gehen entschied sich die Bewegung für ausgewählte, humorvolle Straßen-Performances sowie Graffitis und das Verteilen von Stickern und Buttons. Mit den Graffitis erreichte der Protest gegen Milošević Sichtbarkeit im öffentlichen Raum. Die Aktivist*innen erkannten weiterhin, dass sie nicht nur junge Menschen in größeren Städten erreichen mussten um erfolgreich zu sein, sondern sie ihre Aktionen auch auf ländliche Gebiete ausweiten und somit ein ganz Serbien umspannendes Netzwerk an Protestierenden aufbauen mussten. Dadurch, dass die Bewegung zu einem Großteil aus Jugendlichen und jungen Erwachsenen bestand, wurden auch Familienmitglieder für den kollektiven Widerstand „rekrutiert“. Zusätzlich dazu hält Olena Nikolayenko fest, dass v.a. Studierende dafür sorgten, dass die Ideen „Otpors“ ins ganze Land „diffundierten“: Die jungen Menschen kamen aus ganz

Serbien und verbreiteten die Forderungen und Kritik am Regime in ihren Heimatorten (Nikolayenko 2013, S. 146).

Mit ihrer horizontalen Organisationsstruktur entzog sich die Bewegung der Diskreditierung durch staatliche Medien und die Regierung, sowie staatlicher Repression: Es gab keine Führungsperson und die Sprecher*innen des Netzwerks rotierten in regelmäßigen Abständen. Auch achtete die Bewegung auf ihre Unabhängigkeit von jeglichen politischen Parteien. Dafür gab es mehrere Gründe. Zum einen herrschte Enttäuschung über das Zerwürfnis der Opposition im „Zajedno“-Bündnis, sowie über das schnelle Aufgeben der Oppositionsparteien 1997, nachdem Milošević die Minimalforderungen der Protestierenden erfüllt hatte. Weiterhin lernte die Bewegung damit aus der Erfahrung von 1996-1997, von Parteien kooptiert bzw. instrumentalisiert zu werden (Nikolayenko 2017, S. 104ff.; Bieber 2003, S. 84–85).

Die Protestbewegung 1999 war maßgeblich organisiert durch „Otpor“, sowie andere zivilgesellschaftliche Bündnisse und NGOs, die sich nach den 1996-1997-Protesten gegründet hatten. Die Proteste entwickelten sich jedoch erst nach Ende der NATO-Bombardierungen und des Kosovokriegs im Juni 1999. Mit der Eskalation ethnischer Gewalt im Kosovo seit 1998 verlor Milošević endgültig den Rückhalt der westlichen Regierungen, die ihn zuvor als Partner bei der Beendigung des Bosnien-Krieges gesehen hatten. Neben der internationalen Isolation Serbiens und der Wirtschaftssanktionen begannen westliche Regierungen nun, vermehrt zivilgesellschaftliche Gruppierungen finanziell zu unterstützen (Nikolayenko 2013, S. 143).

Neben der finanziellen Unterstützung durch externe Akteure und der innen- wie außenpolitischen Schwächung des Präsidenten taten sich auch andere „Political Opportunity Structures“ (Veränderungen der politischen Rahmenbedingungen) auf. So gelang es lokalen TV- und Radiosendern in der stark zensierten und auf die SPS zugeschnittenen Medienlandschaft, ein Gegengewicht zur staatlichen Propaganda zu etablieren. Diese mobilisierten Bürger*innen zur Teilnahme an den Wahlen im Herbst 2000 und stellten Informationen abseits der staatlichen Meldungen zur Verfügung. Durch die unabhängigen lokalen Sender bekamen Kritiker*innen und Oppositionsparteien die Möglichkeit, sich öffentlich zu äußern – was im staatlichen Rundfunk- und Fernsehanbieter RTS unmöglich war (Vladisavljević 2016, S. 45; Nikolayenko 2013, S. 143). Daran wird deutlich, dass die Protestbewegung sowohl Möglichkeiten im politischen Kontext nützte, als auch selbst Möglichkeiten schaffte. Die lokalen TV- und Radiosender nahmen eine wichtige Funktion in der Mobilisierung ein, und beeinflussten damit auch die Gesamtgesellschaft.

Obwohl die Demonstrationen im Juni bis August 1999 z.T. bis zu 100 000 Menschen auf die Straßen brachten, konnte sich Slobodan Milošević im Amt halten. Das lag auch daran, dass die Folgen des Krieges für die Bevölkerung im Alltag noch stark zu spüren waren. Nebojša Vladisavljević konstatiert:

„People were still suffering from the effects of the war and its devastating consequences for the economy and social life; only the most committed activists were in the mood for anti-regime protest. NATO-bombing in fact helped Milošević consolidate power, at least in the short term. For most people, his removal from power was not a priority during the war, while they subsequently needed time to come to terms with consequences of the intervention.“ (Vladislavljević 2016, S. 45)

Erst ein Jahr später schaffte es die Protestbewegung um „Otpor“, Milošević zu stürzen. Sie mobilisierte die Menschen zu kollektivem Widerstand in Form von Teilnahme an Protestaktionen, sowie zur Partizipation an den vorgezogenen Präsidentschaftswahlen. Dazu organisierten sie zwei Protestkampagnen: „Er ist erledigt!“ („Gotov je!“) und „Es ist Zeit!“ („Vreme je!“). Die Kampagnen zielten auf Milošević als Hauptziel des Protests, sowie auf die Ermutigung möglichst vieler Bürger*innen, selbst durch ihre Stimmabgabe bei der Wahl aktiv zu werden (Nikolayenko 2017, S. 110). Als Veränderung kann ausgemacht werden, dass sich die Oppositionsparteien erst nach der Ausrufung vorgezogener Präsidentschaftswahlen durch Milošević dazu durchringen konnten, ihre ideologischen Standpunkte und Differenzen beiseite zu legen und einen gemeinsamen Präsidentschaftskandidaten aufzustellen. „Otpor“ spielte eine Schlüsselrolle in der Einigung der Oppositionsparteien, sich zu einem Bündnis zusammenzuschließen. Die Aktivist*innen setzten die Parteien damit unter Druck, jede Partei öffentlich verantwortlich zu halten und stark zu kritisieren, die sich vom Bündnis gegen den Präsidenten abspaltet. Die Bewegung sorgte maßgeblich für Einigkeit aller Oppositionskräfte gegen die Regierung (Bieber 2003, S. 86).

Damit entstand das DOS-Bündnis (Demokratische Opposition Serbiens). Es bestand aus 18 Parteien und stellte für die Präsidentschaftswahlen den konservativ-nationalistischen Vojislav Koštunica auf, der am 24. September 2000 die Mehrheit der Stimmen erreichte und somit die Wahlen gewann (Nikolayenko 2013, S. 143). DOS kandidierte auch als vereinigte Allianz bei den Parlamentswahlen und gewann diese.

Wie schon bei den Kommunalwahlen 1996 weigerte sich Milošević, den Wahlsieg des Oppositionskandidaten anzuerkennen, woraufhin die DOS zu Demonstrationen und Streiks aufrief. Mit der Großdemonstration am fünften Oktober 2000 wurde Slobodan Milošević schließlich gestürzt: Hunderttausende Menschen protestierten und nahmen schließlich das Parlamentsgebäude ein, Milošević erkannte seine Niederlage an und trat zurück.

Vor allem die Zivilgesellschaft nahm also 2000 eine wichtige Rolle im Stürzen des Regimes ein, „Otpor“ vereinte die zerstrittenen Oppositionsparteien, mobilisierte die Menschen zum Wählen und zum kollektiven Widerstand und lernte in ihren Strategien aus den vorangegangenen Protestbewegungen der 1990er Jahre. Zusätzlich erhielten NGOs, Oppositionsparteien und andere zivilgesellschaftliche Gruppen finanzielle Unterstützung von westlichen Regierungen, was im Kampf gegen das geschwächte Regime von großer Bedeutung war (Vladislavljević 2016, S. 46).

IV.2.4 Die Protestbewegungen 2016 und 2017

Die Proteste 2016 entstanden als lokale Reaktion gegen das Infrastruktur-Projekt „Belgrade Waterfront“ („Beograd na vodi“) der serbischen Regierung unter SNS-Premierminister Aleksandar Vučić. Mit der Zeit entwickelten sich die Recht-auf-Stadt-Demonstrationen jedoch zu Aktionen, die tiefergehende, strukturelle Missstände im Land thematisierten. Dazu zählen Positionen für eine Demokratisierung des Staates, gegen den neoliberalen Wirtschaftskurs und damit einhergehend der Privatisierungspolitik der Regierung, gegen staatliche Willkür, zunehmende Zentralisierung der Macht in der Hand Vučićs, sowie gegen den autoritären Regierungsstil.

Direkter Auslöser der Demonstrationen waren illegale Abrisse von Wohnhäusern im Belgrader Stadtteil Savamala in der Nacht auf den 25. April 2016. Das Prestige-Projekt „Belgrade Waterfront“ der regierenden Fortschrittspartei SNS war für das Gebiet des rechten Sava-Ufers in diesem Stadtteil geplant, welches zu dem Zeitpunkt noch mit Wohnhäusern besiedelt war.

Die Zerstörung der Hercegovačka-Straße wurde in der Nacht nach den Parlamentswahlen durchgeführt, als die Aufmerksamkeit der Medien und Bevölkerung auf die Stimmenausschüttung der Wahlen gerichtet war. Maskierte Personen mit Baseballschlägern und Bulldozern rissen Wohnhäuser ab, beschlagnahmten die Mobiltelefone der anwesenden Augenzeug*innen und fesselten mehrere Menschen, die gegen die Aktion protestierten. Die Polizei Belgrad reagierte nicht auf die eingegangenen Notrufe der Anwohner*innen (Balkan Insight 2017e). Daraufhin kam es zu einer Protestwelle unter dem Motto „Wir geben Belgrad nicht her“/ „Wir lassen Belgrad nicht untergehen“ („Ne da(vi)mo Beograd“).

Das von den Abrissen betroffene Gebiet sollte einem modernen, „attraktiveren“ Stadtteil und dem Gebäudekomplex „Belgrade Waterfront“ weichen und war ein Prestigeprojekt des serbischen Premierministers Aleksandar Vučić. Es sollte das neue Selbstbewusstsein Serbiens verkörpern (Džihic 2017, S. 6).

Bereits seit 2014 wurden die Bewohner*innen des Savamala-Stadtteils vom Senat der Stadt Belgrad unter Druck gesetzt und teilweise gezwungen, umzuziehen sowie die Rechte an ihren Häusern aufzugeben. Mit mehrmaligen Zerstörungen von Wohnhäusern schon vor April 2016 wurde der Großteil der Bewohner*innen 2014 und 2015 aus ihren Häusern gedrängt, die Stadt begann mit dem Bau des Projekts.

Das Projekt wurde im Rahmen eines Kooperationsabkommens zwischen der Republik Serbien und dem Königreich der Vereinigten Arabischen Emirate 2013 beschlossen, ein wichtiger Investor des Projekts wurde der Kronprinz von Abu Dhabi, Mohammed bin Zayid. Der Deal sah den Bau von Luxus-Wohnungen, Luxus-Hotels, Bürogebäuden und dem bis dato größte Einkaufscenter des Balkans auf insgesamt zwei Millionen Quadratmetern vor. Die geplante Durchführung des Bauprojekts verstieß

gegen städtebauliche Regulierungen, sodass die serbische Regierung die städtebauliche Gesetzgebung mit der Begründung, „Belgrade Waterfront“ sei ein „Projekt von nationaler Bedeutung“, änderte, um den Bau durchzusetzen (Ne da(vi)mo Beograd / Don't let Belgrade D(r)own 2017, S. 56–57). Neben der Kritik an der mit Gewalt durchgesetzten Umsetzung sowie fehlender Transparenz bei Vergabe und Ausschreibung steht auch der Nutzen für Serbien und die serbische Bevölkerung infrage, da v.a. ausländische Investoren von dem Projekt profitieren. Die Bewegung „Ne da(vi)mo Beograd“ („Wir geben Belgrad nicht her/ Wir lassen Belgrad nicht untergehen“, Übers. d. A.) gründete sich als Zusammenschluss von zivilgesellschaftlichen Organisationen und Einzelpersonen, die sich gegen die Durchführung des Bauprojekts stellten, und gegen das Entziehen städtischen Eigentums zugunsten wirtschaftlicher Akteure.

Die Proteste mobilisierten in den Wochen und Monaten nach dem 25. April 2016 zeitweise mehr als 10 000 Menschen in Belgrad, Forderungen waren u.a. Rücktritte von- und Ermittlungen gegen verantwortlich gehaltene Personen aus Politik und Polizei, u.a. des damaligen Belgrader Bürgermeisters Siniša Mali von der Fortschrittspartei SNS, des Innenministers Nebojša Stefanović (SNS), des Belgrader Polizeipräsidenten Vladimir Rebić, sowie des Präsidenten des Belgrader Senats, Nikola Nikodijević. Die Teilnehmer*innen beschuldigten weiters die Medien -staatliche wie private- nicht über die Vorfälle berichtet und diese bewusst ignoriert zu haben (Balkan Insight 2016a). Das Verbreiten von Informationen über das Bauprojekt sowie über die Zerstörungen des Stadtteils Savamala war eine der zentralen Aktivitäten der sozialen Bewegung „Ne da(vi)mo Beograd“. Sie berichtete via social media, Podiumsdiskussionen und Vorträgen, sowie gedruckte Publikationen über das Bauprojekt sowie die Vorgehensweise der Regierung (Ne da(vi)mo Beograd / Don't let Belgrade D(r)own 2017, S. 63–64). Mit ihrer Kritik an den Medien sprach die Bewegung auch strukturelle Probleme an: Die Situation der Medienfreiheit in Serbien. Mehrere Regierungen hatten seit dem demokratischen Umsturz im Jahr 2000 Einfluss auf die Medien genommen – durch Privatisierungen, klientelistische Praktiken und Besetzungen in staatlichen Medienunternehmen, politischen Druck und Investitionen regierungsnaher Unternehmer*innen. Die Regierungen unter Beteiligung der SNS hatten diese Einflussnahme auf Medien noch verstärkt und somit eine zunehmend unkritische, regierungsfreundliche Medienlandschaft aufgebaut (Kmezić 2018). Dagegen sprachen sich die „Ne da(vi)mo Beograd“-Proteste aus und etablierten mit ihren Aktionen und Informationen eine kritische Gegenöffentlichkeit.

Die Zerstörung des Stadtteils Savamala zugunsten eines intransparent und autoritär durchgesetzten Immobilienprojekts war nur *ein* evidentes Zeichen des demokratischen „Rollback“ und fehlender Rechtsstaatlichkeit in Serbien. Der (Nicht-) Umgang der Medien mit den Ereignissen kann als weiteres Anzeichen gewertet werden: Staatliche wie private ignorierten die illegalen Abrisse und reagierten erst

später mit einer Schmutzkampagne gegen die Aktivist*innen (Kmezić 2017, S. 25). Bei einer Pressekonferenz des Ministerpräsidenten im Juni 2016 behaupteten regierungsnahe Medien, Journalist*innen anderer Zeitungen seien von „extremistischen Organisationen“ finanziert und stellten plakativ die Frage, warum diese Vučić über die Savamala-Zerstörungen befragten, und nicht über Verbrechen, die vor Jahren passierten, als Vučić noch in der Opposition war. Der Ministerpräsident antwortete darauf, er wisse das und es interessiere ihn nicht (Balkan Insight 2016b). An diesem Beispiel wird das Zusammenspiel bestimmter Medien und der Regierung deutlich: Regierungsnahe Medien lancieren Gerüchte über Oppositionelle, Aktivist*innen, andere Medien und deren Journalist*innen und fahren Schmutzkampagnen gegen diese. Das Ziel ist die Delegitimierung der Journalist*innen an sich, jedoch insbesondere der unabhängigen Medien, Oppositionsparteien und zivilgesellschaftlicher Gruppen. Die serbische Regierung greift diese Aussagen auf und führt die Kampagne weiter. Beide verstärken damit gegenseitig die Delegitimierung von Personen, Organisationen und Unternehmen.

Die Protestaktionen enthielten Symbole und Parolen, die eine gemeinsame Identität und Verbundenheit der Teilnehmer*innen schafften. So wurde eine überdimensionale aufblasbare Bade-Ente zum Symbol der Bewegung, ebenso wie der Schwimmreifen. Beide symbolisierten den Widerstand der Bürger*innen gegen die autoritäre Durchsetzung des „Belgrade Waterfront“-Projekts, gegen das Wegnehmen öffentlicher Flächen und privater Wohnhäuser durch Investor*innen. Die Bade-Ente und der Schwimmreifen standen weiters für das „Untergehen“ der Stadt Belgrad anhand der Bauprojekte, die den Bürger*innen ihre Stadt und ihr Sava-Ufer entreißen. Die Demonstrationen hatten das Motto „Die Masken sind gefallen“. Damit spielten die Teilnehmenden auf den kriminellen Charakter der Räumungen in Savamala an: Die Personen, die rechtswidrig Wohnhäuser abgerissen hatten, waren verumumt. Zusätzlich zeigten die Demonstrierenden damit auf die Verantwortlichen hinter den Abrissen: Politiker*innen auf kommunaler wie nationaler Ebene, sowie den Belgrader Polizeipräsidenten, die ein Interesse an der freigewordenen Fläche für das Bauprojekt „Belgrade Waterfront“ hatten. Auf Protesten zogen sich Teilnehmer*innen Sturmhauben an. Die Bewegung zeigte die Machtstrukturen der serbischen Regierung unter Ministerpräsident Aleksandar Vučić auf: Die Regierung setzte durch Repression, informelle Praktiken, Klientelismus, und Orchestrierung der Medien ihre Interessen und direkte politische Maßnahmen durch (Kmezić 2017, S. 25). In diesem Fall erzwang sie den Bau des „Belgrade Waterfront“– mit Gewalt, Zwangsräumungen und dem Schweigen regierungsnaher Medien.

Die Protestaktionen flauten nach einigen Wochen ab, jedoch mobilisierten sich in der Folgezeit in anderen Orten des Landes lokale Proteste. Die Zivilgesellschaft Serbiens nutzte mit den nächtlichen Abrissen also Veränderungen in den politischen Rahmenbedingungen und organisierte ihren Widerstand in lokalen Anliegen, aber auch gegen die autoritäre Regierungspolitik.

Die „Nachwehen“ des „Ne da(vi)mo Beograd“-Protests waren u.a. die Gründung der Grassroots-Bewegung „Lokalni front“ („Lokale Front“), sowie der Demonstrationen in Novi Sad gegen die politisch motivierten Kündigungen von Mitarbeiter*innen des lokalen öffentlich-rechtlichen RTS-Senders (Kmezić 2017, S. 25). Die neuen, lokalen sozialen Bewegungen vernetzten sich via Social Media miteinander und unterstützten sich gegenseitig bei Protesten.

Obwohl es kaum unmittelbare, sichtbare Erfolge im Zuge der Protestbewegung „Ne da(vi)mo Beograd“ gab, bewirkte der Druck der Protestierenden zumindest ein Eingeständnis der Regierung: Nach einer Strategie des Ignorierens und schließlich Delegitimierens der Protestbewegung durch die Regierung sowie regierungsnaher Medien fand am achten Juni eine Pressekonferenz des Ministerpräsidenten statt, in welcher Aleksandar Vučić zugab, dass hochrangige Beamte der Stadt für die Abrissaktion in Savamala verantwortlich waren und dass diese die rechtlichen Konsequenzen dafür tragen würden. Trotzdem rechtfertigte er das Vorgehen und nahm seinen Parteikollegen und Belgrader Bürgermeister Siniša Mali in Schutz (2016b). Damit externalisierte Vučić die Verantwortung an Beamte der Stadt, lenkte jedoch von den eigentlichen Anordnungen und Verantwortlichkeiten ab. Mit Ende des Jahres 2016 wurden keine Anzeigen gegen die mutmaßlichen Täter und Auftraggeber verhängt, keiner der politisch Verantwortlichen, sowie derjenigen in der Exekutive, trat zurück (Balkan Insight 2016c). Das Eingeständnis in Vučićs Pressekonferenz zeigt jedoch, dass die Protestbewegung so großen Druck auf die Regierung aufbauen konnte, dass der Ministerpräsident nach wochenlangem Ignorieren des Protests öffentlich Verantwortlichkeiten vonseiten hoher Beamter der Stadt einräumte und seine Nervosität angesichts der Proteste zeigte. Das breite zivilgesellschaftliche Bündnis hatte also kleine Erfolge erreicht.

Die Proteste „Gegen die Diktatur“ („Protiv diktature“) entwickelten sich ebenfalls nach einem konkreten Anlassfall. Sie wurden ausgelöst durch Veränderungen in den politischen Rahmenbedingungen: Bei den Präsidentschaftswahlen am zweiten April 2017 gewann der amtierende Ministerpräsident Serbiens, Aleksandar Vučić, die Wahl mit 55 Prozent der Stimmen und damit weit vor dem unabhängigen Kandidaten Saša Janković, der 16 Prozent erreichte. Schon am Tag darauf organisierten sich über soziale Medien Demonstrationen, welche sich innerhalb weniger Tage auf 15 andere Städte und Ortschaften ausweitete. In größeren Städten wie Belgrad, Niš, Kragujevac sowie Novi Sad kamen mehrere zehntausende Menschen zusammen, darunter viele Studierende und junge Erwachsene. Die Proteste hatten das Motto „Gegen die Diktatur“ („Protiv Diktature“), die Teilnehmer*innen warfen dem neu gewählten Präsidenten Wahlmanipulation, den staatlichen Medien unfaire, unausgewogene Berichterstattung und der Regierung die Etablierung eines autoritären Regimes vor (Bjeloš 2017; Die Zeit 2017). Insbesondere entzündeten sich die

Demonstrationen an der Kritik daran, dass unter dem bis dahin amtierenden Ministerpräsidenten und nun gewählten Präsidenten die Macht in seiner Person zentralisiert werde.

Die Proteste fanden täglich statt. Obwohl v.a. junge Menschen und Studierende die treibende Kraft hinter den lose organisierten Demonstrationen waren, schaffte es die Protestbewegung, verschiedene Gruppen zusammenzubringen, darunter u.a. Pensionist*innen, zivilgesellschaftliche Verbände, Professor*innen, sowie Arbeitnehmer*innen verschiedener Branchen. Auch die Gewerkschaften der Armee und Polizei schlossen sich den Aktionen an. Die Gewerkschaftler*innen forderten bessere Arbeitsbedingungen, höhere Löhne und das Durchsetzen von Rechtsstaatlichkeit in Serbien (Balkan Insight 2017b).

Ein Merkmal der Proteste war die starke öffentliche Ablehnung der Bewegung gegenüber jeglicher Vereinnahmung durch Parteien. Politiker*innen wurde mitgeteilt, dass keinerlei Symbole ihrer Parteien auf den Protestaktionen geduldet würden, und sich die „Protiv Diktature“-Bewegung nicht durch sie kooptieren lasse. Trotzdem nahmen vereinzelt Oppositionsführer an den Demonstrationen teil. Die öffentliche Weigerung, Unterstützung von Politiker*innen anzunehmen zeugt von einem geringen Vertrauen der serbischen Bevölkerung gegenüber Parteien und deren Vertreter*innen.

Die Demonstrierenden entwickelten erst nach und nach Forderungen. Dazu gehörten die Rücktritte der Generaldirektoren des staatlichen Fernseh- und Rundfunkunternehmens RTS/RTV, führender Mitarbeiter*innen der staatlichen Wahlkommission, wie auch den Rücktritt der Parlamentspräsidentin Maja Gojković, die das Parlament vor der Präsidentschaftswahl ausgesetzt hatte. Außerdem wurde hinsichtlich des Ablaufs der Wahlen gefordert, das Wählerverzeichnis zu reformieren, da z.T. bereits Verstorbene als aktive Wähler*innen im Verzeichnis dokumentiert waren.

Schließlich entwickelten sich Forderungen grundsätzlicher Natur heraus: Die nach dem Rücktritt der gesamten Regierung und des Präsidenten, freie und faire Wahlen, eine Dezentralisierung des Staates und stärkere politische Kompetenzen für die Kommunalpolitik (Bjeloš 2017, Balkan Insight 2017c).

Die vorgebrachten Postulate zeugen von einer Vielzahl an Motivationen zur Teilnahme am „Protiv Diktature“-Protest sowie von einer Diversität an Teilnehmer*innen. Die Heterogenität der Bewegung und die Unklarheit bezüglich der Ziele können auch als Gründe dafür gewertet werden, warum die Proteste nach wenigen Wochen an Momentum verloren und im Sand verliefen. Orli Fridman und Srdjan Hercigonja halten die Beobachtungen ihrer Feldstudie fest:

„We noticed many people who chose not to join the demonstrations this time. Some argued they were not sure who was behind the demonstrations; others did not want to march in the same political event as right wing ultra-nationalists.“ (Fridman und Hercigonja 2017, S. 12)

Wie schon in den Protestbewegungen der 1990er Jahre gegen Milošević zeigte sich auch 2017 eine große Bandbreite ideologischer Standpunkte. So nahmen u.a. nationalistische Gruppen daran teil, wie auch der Parteivorsitzende der rechtsextremen „Dveri“-Partei, Boško Obradović. Auch hier war – wie

in den 1990er Jahren - der Minimalkonsens der Demonstrierenden die Frustration über die wirtschaftliche und v.a. politische Situation in Serbien, sowie die konkrete Forderung nach freien und fairen Wahlen.

Der Bewegung „Gegen die Diktatur“ schlossen sich Aktivist*innen der „Ne da(vi)mo Beograd“-Proteste von 2016 an, es kam also zu Mobilisierungen von Aktivist*innen anderer sozialer Bewegungen. Die „Gegen die Diktatur“- Bewegung konnte also Vernetzungen zwischen den Bewegungen schaffen und den Druck auf die Regierung erhöhen, indem sie ihre Kritik an autoritären Tendenzen gemeinsam bündelten. Weiterhin wurde damit ein *alternativer* Diskurs geschaffen und gezeigt, dass eine kritische Öffentlichkeit in Serbien existiert (Džihic 2017, S. 7).

Ein Kritikpunkt der Proteste war die Kontrolle der Regierung über die Medien. Insbesondere während des Präsidentschaftswahlkampfes zeigte sich die Berichterstattung vieler privater, wie auch der öffentlich-rechtlichen Medien nicht ausgewogen und objektiv, sondern parteiisch. Vielen Medien wurde vorgeworfen, einseitig zugunsten Aleksandar Vučićs zu berichten und den Oppositionskandidaten zu wenig Sendezeit und somit Sichtbarkeit zu gewähren. Das zeigte sich exemplarisch daran, dass am Tag vor Wahlkampfsende alle großen Tageszeitungen auf ihren Titelseiten eine Wahlwerbeanzeige Vučićs abdruckten (Bjeloš 2017).

Die Regierung reagierte teilweise mit Ignorieren der Protestereignisse, teilweise aber auch durch eine Strategie der Delegitimierung. Dabei wurde sie von regierungsnahen Medien unterstützt. Regierungsvertreter*innen nannten die Protestierenden „hooligans“, und vom „Ausland finanzierte Agenten“, die für die CIA oder andere Geheimdienste arbeiteten (Bjeloš 2017).

IV.3 Die „1od5miliona“- Proteste 2018 bis 2019

IV.3.1 Chronologie der Proteste

Im November 2018 wurde Borko Stefanović, ein Politiker der Linkspartei Serbiens („Levica Srbije“) in der Stadt Kruševac von drei Personen angegriffen und verletzt. In einer Pressekonferenz machte er die Regierung unter Ministerpräsidentin Ana Brnabić und Präsident Aleksandar Vučić für den Angriff verantwortlich und zeigte sein vom Angriff blutiges Hemd. Auch andere Oppositionspolitiker äußerten sich öffentlich zu dem Vorfall: Dragan Đilas, Führer der Oppositionskoalition „Allianz für Serbien“ („Savez za Srbiju“, SzS) beschuldigte Vučić, durch seine öffentlichen rhetorischen Attacken eine gewalttätige Atmosphäre zu befördern. Weiterhin handelten, so Đilas, die mutmaßlichen Täter nicht spontan, sondern sie seien instruiert gewesen und hätten auf Stefanović gewartet, der an diesem Abend eine Podiumsdiskussion besuchte. Die mutmaßlichen Angreifer wurden daraufhin festgenommen. Der Innenminister Nebojša Stefanović bezeichnete die drei Personen als Kriminelle

aus dem Ort und wies die Anschuldigungen über die Verantwortlichkeit der Regierung zurück (Independent Balkan News Agency 2018).

Der Angriff löste eine Protestbewegung in ganz Serbien aus. Seit dem achten Dezember 2018 organisierten sich wöchentliche Demonstrationen in großen Städten, nach und nach auch in kleineren Ortschaften. Zu Beginn kamen die Menschen - Bezug nehmend auf die Attacke auf Stefanović- unter dem Slogan „Stopp den blutigen Hemden“ („Stop krvavim košuljama“) zusammen. Sie machten auf das gewalttätige Klima in der serbischen Gesellschaft und damit zusammenhängend auf die voreingenommene und gegen Oppositionelle aufwiegelnde Rhetorik der Medien und Politik aufmerksam (BBC 2018). Neben der Aufklärung der Angriffe auf Journalist*innen sowie Oppositionelle forderten die Demonstrierenden u.a. den Rücktritt Aleksandar Vučićs und der Regierung, unabhängige Medienberichterstattung, eine Reform des Wahlprozesses, faire und freie Wahlen und eine Lösung der Kosovo-Frage. Die Proteste werden lose organisiert von einer Gruppe junger Menschen, die schon die „Gegen die Diktatur“-Proteste 2017 koordiniert und ins Leben gerufen haben. Die Organisationsstrukturen sind horizontal, es gibt kaum sichtbare Führungspersonen.

Schon bei der ersten Demonstration am achten Dezember in Belgrad nahmen mehr als 10 000 Menschen teil. Das Motto der Bewegung änderte sich nach einer Äußerung Vučićs, er werde nicht auf die Forderungen der Protestierenden eingehen, selbst wenn fünf Millionen Menschen auf den Straßen Belgrads seien. Daran angelehnt übernahmen die Aktivist*innen den Namen „1od5miliona“, also „Einer von fünf Millionen“. Die Regierung geriet durch die vergleichsweise lang anhaltenden Proteste unter Druck, und reagierte durch Herunterspielen, aber auch Delegitimieren und rhetorische Angriffe auf die soziale Bewegung. Durch die Provokationen des Präsidenten gewann die Protestbewegung weiter an Momentum, die Menschen reagierten auf Vučićs Äußerung mit einer vermehrten Präsenz auf den Straßen (Brändle 2020, S. 4). Die Proteste weiteten sich in den Wochen nach Beginn auf 50 Ortschaften im ganzen Land aus. Die bisher größte Demonstration fand am 13. April 2019 in Belgrad mit mehr als 25 000 Teilnehmer*innen statt. Bei diesem Protestmarsch zeigten sich die Oppositionsführer der „Allianz für Serbien“ erstmals anstelle der Protestorganisator*innen in der ersten Reihe der Proteste mit Bannern, auf denen „Alle wie einer“ („Svi kao jedan“, Übers. d. A.) stand (Balkan Insight 2019c). Damit wollten sie die Einheit der bis dahin gespaltenen parlamentarischen Opposition beschwören und ihren Führungsanspruch in der Bewegung unterstreichen. Nach dem 13. April nahm das Momentum der wöchentlichen „1od5miliona“-Proteste in Belgrad stark ab, es nahmen nur noch zwischen 1500 und 3000 Menschen daran teil (Brändle 2020, S. 5). Trotz der seitdem sinkenden Teilnehmer*innenzahl finden die Demonstrationen in Belgrad von einer Unterbrechung aufgrund der Corona-Krise abgesehen, wöchentlich statt.

Ab Juli 2019 kam es zu einem Dialog zwischen Oppositionsvertreter*innen der „Allianz für Serbien“, Regierungsvertreter*innen sowie NGOs. Das kann auf den Druck der Proteste, wie auch auf den

Parlamentsboykott des Oppositionsbündnisses zurückgeführt werden, die damit auf die Missachtung der parlamentarischen Debatte durch die Regierung aufmerksam machten. Die Treffen wurden von der „Open Society Foundation“ und der Politikwissenschaftlichen Fakultät der Universität Belgrad ausgerichtet und es sollten in diesem Rahmen die Bedingungen für demokratische Wahlen festgelegt, sowie über Verbesserungen in Sachen Medienfreiheit diskutiert werden (Balkan Insight 2019d). Jedoch stoppte im August 2019 die SzS ihre Teilnahme mit der Begründung, die Regierungsvertreter*innen seien nicht an einem ernsthaften Austausch interessiert. Sie verkündeten weiterhin, dass sie an den für Frühjahr 2020 geplanten Parlamentswahlen unter den jetzigen Bedingungen nicht teilnehmen würden (Brändle 2020, S. 9).

IV.3.2 Teilnehmer*innen, Protestformen und theoretische Einordnung

In einer im Februar 2019 von der Friedrich-Ebert-Stiftung und dem sozialwissenschaftlichen Think-Tank „SeConS Development Initiative Group“ im Februar 2019 durchgeführten repräsentativen Umfrage unter den Protest-Teilnehmer*innen wurde u.a. erhoben, wer die Demonstrierenden sind. Hauptsächlich besuchen junge Menschen zwischen 18 und 30 Jahren die Protestaktionen (43 Prozent). Die mittlere Altersgruppe (31 bis 50 Jahre) macht 37 Prozent aus. Die Demonstrationen werden überdurchschnittlich von Menschen besucht, die einen Universitäts-Abschluss und somit einen hohen Bildungsgrad haben (58 Prozent). Obwohl die Teilnehmer*innen zu einem Großteil jung sind und einen universitären Bildungsweg haben, ist die größte Gruppe die der Arbeitnehmer*innen (29 Prozent), gefolgt von Studierenden (24 Prozent). Der „1od5miliona“-Protest kann demnach nicht als Studierendenbewegung charakterisiert werden. Insgesamt sind 58 Prozent berufstätig. Mit jeweils acht Prozent machen Arbeitslose und Pensionist*innen einen relativ geringen Anteil der Teilnehmer*innen aus (Monitoring Social Situation in Serbia, MONS 2019). Die Studienautor*innen schätzen das Profil der Teilnehmer*innen wie folgt ein:

„Protesters with this socio-economic structure are actors whose interests go beyond pure economics and who might be aware that the promotion of democracy and the rule of law are circumstances beneficial to improving the quality of their lives.“ (Monitoring Social Situation in Serbia, MONS 2019)

Die „1od5miliona“-Bewegung transportiert ihre Anliegen mithilfe verschiedener Protestformen. Wöchentlich finden Samstag abends Demonstrationen statt, in Belgrad folgen sie einer Route, welche die wichtigsten staatlichen Institutionen wie das Parlament, die Präsidentschaftskanzlei, das RTS-Gebäude und das Regierungsgebäude umfasst. Aktivist*innen und Personen des öffentlichen Lebens halten auf den Demonstrationen Reden, es gibt öffentliche Kundgebungen. Eine weitere Protestform ist die Besetzung öffentlicher Institutionen, in dem Fall des RTS-Gebäudes am 17. März 2019. Mit der Besetzung forderten die Demonstrierenden mehr Sendezeit für Oppositionsparteien, sowie eine ausgeglichene und objektive Berichterstattung des staatlichen Fernseh- und

Rundfunkunternehmens RTS ein. Aus Protest gegen die mutmaßlich plagiierte Doktorarbeit des Finanzministers Siniša Mali blockierten Studierende der „1od5miliona“-Bewegung im September 2019 das Büro des Rektors der Universität Belgrad und forderten den Rücktritt des Finanzministers. Sie fertigten für die Besetzung des Büros gefälschte Universitätsdiplome, um auf das mutmaßliche Plagiat des Ministers aufmerksam zu machen (N1 2019c). Weiterhin spielen soziale Medien eine bedeutende Rolle in der Bewegung: Zum einen fungieren sie als dezentraler Mobilisierungskanal. Durch Facebook (u.a.) erhält „1od5miliona“ eine große Reichweite an - insbesondere jungen - Menschen. Die Bewegung informiert über die Protestaktionen, bekommt jedoch auch durch die Niedrigschwelligkeit der Kommunikation Feedback von Protestteilnehmer*innen und tritt in Diskussionen über die Ausrichtung der Bewegung. Auf der Website der Bewegung können sich Protestteilnehmer*innen Aufkleber und Slogans herunterladen, die sie im Protest verwenden können. Darunter sind Slogans wie z.B. „Vučićs Lügen“, „Bojkott“, „Lügner“, „RTS ist gleich Pink“⁵, „Studierende halten nicht den Mund“ (1od5miliona 2018). Mit einer Plakataktion erschließen sich Protestierende zunehmend auch den öffentlichen Raum – vergleichbar mit den Straßen-Performances der „Otpor“-Bewegung 1999 bis 2000. Nachdem im Februar 2019 Protestierende Sticker und Poster mit Aufzählungen von „Vučićs Lügen“ in der Stadt aufgehängt hatten, entfernten kommunale Angestellte diese sofort. Als Reaktion klebten Protestteilnehmer*innen weitere Poster in Belgrad (Balkan Insight 2019b). Damit wurde der „1od5miliona“-Protest zunehmend im öffentlichen Raum sichtbar gemacht.

Im Theorieteil wurde bereits ausgearbeitet, was eine soziale Bewegung ausmacht. Im Folgenden wird kurz dargestellt, warum die „1od5miliona“-Protestbewegung als eine solche klassifiziert werden kann. Donatella della Porta sieht vier Elemente, die bestimmen, ob ein Protest als soziale Bewegung definiert werden kann: Eine soziale Bewegung ist ein (loses) Netzwerk aus Individuen und organisierten Gruppen. Sie gründet sich auf Solidarität sowie gemeinsamen Überzeugungen und Forderungen. Weiterhin mobilisiert eine soziale Bewegung Menschen anhand konfliktbehafteter Themen. Sie verleiht ihren Anliegen durch häufig wiederholte verschieden gestaltete Protestformen Ausdruck (Della Porta 2014, S. 19).

Die „1od5miliona“-Proteste entstanden, nachdem sowohl in sozialen Medien als auch vom oppositionellen Bündnis für Serbien unter dem Motto „Stopp den blutigen Hemden“ zu Demonstrationen aufgerufen wurde. Sie waren gekennzeichnet durch die Mobilisierung auf sozialen Medien, es gab zwar ein Organisationsteam, jedoch eine kaum sichtbare Führung der Protestaktionen. Auf der Website der Bewegung wird festgehalten, dass das Organisationsteam aus jungen

⁵ Der Slogan bezieht sich auf den Staatlichen Sender RTS, und darauf, dass dieser agiere wie der Privatsender Pink. Letzterer ist regierungsnah, berichtet stark einseitig und führt Delegitimierungskampagnen gegen kritische Medien, Oppositionelle und Regierungskritiker*innen.

Aktivist*innen, teilweise Studierenden, Beschäftigten und unbeschäftigten Menschen besteht (1od5milion 2019). Weiterhin werden dort mehrere Organisationen und Verbände genannt, welche die Proteste unterstützen.

Die Demonstrationen werden von Individuen und Gruppen verschiedenster politischer Standpunkte, sozioökonomischer Hintergründe und Anliegen besucht. Darunter sind u.a. Studierende, die schon in der Protestwelle „Protiv diktature“ („Gegen die Diktatur“) im Jahr 2017 die Demonstrationen besucht und organisiert hatten.

Die Teilnehmer*innen gingen zu Beginn auf die Straße, weil sie ihrer Solidarität mit Journalist*innen und Oppositionellen Ausdruck verleihen wollten, die Opfer politisch motivierter Gewalt wurden. Mit den Forderungen, die auf der Website der Protestbewegung veröffentlicht wurden, zeigen sich auch die gemeinsam geteilten Überzeugungen der Teilnehmer*innen. Es gibt demnach trotz der ideologischen Unterschiede der Demonstrierenden eine gemeinsame Agenda und Forderungen.

Der „1od5milion“-Protest wurde durch einen konkreten Anlassfall, den Angriff auf den Oppositionspolitiker Stefanović, ausgelöst. Die dahinter stehenden Gründe sind tiefergehende, strukturelle. Dazu zählen der autoritäre Druck auf Medien, Justiz, Zivilgesellschaft und die Opposition durch die Regierung, die Zentralisierung der Macht in der Person Aleksandar Vučićs und das Beschneiden von Grundrechten (Bjeloš 2019).

Die Protestaktionen finden seit Dezember 2018 wöchentlich statt, in Belgrad sowie zeitweise in über 50 anderen Städten in ganz Serbien. Neben den regelmäßigen Demonstrationen kommen andere Protestformen, wie z.B. Universitätsstreiks, öffentliche Kundgebungen, usw. hinzu. Damit ist auch das letzte Kriterium erfüllt, wonach die „Einer von fünf Millionen“-Proteste als soziale Bewegung eingeordnet werden können.

IV.3.3 Forderungen der „1od5milion“-Protestbewegung

Die „1od5milion“-Bewegung mobilisiert insbesondere durch soziale Medien und ihre Websites „1od5milion“ und „Počelo je“ (Es hat begonnen, Übers. d. A.). Letztere ist nach einem Slogan benannt, der in den Protestaktionen auf Plakaten zu sehen ist. Auf den Websites dokumentieren Aktivist*innen die gesamten Protest-Aktivitäten, rufen zu Demonstrationen auf, nennen alle unterstützenden Organisationen sowie Gruppierungen und informieren über Neuigkeiten (poceloje 2019; 1od5milion 2018). Dort sind auch die Forderungen der Proteste aufgelistet, welche sich jedoch mit dem 13. April 2019 geändert haben und demnach eingeteilt werden müssen in: 1. Forderungen, die bis 13. April 2019 Gültigkeit hatten, sowie 2. aktuelle Forderungen seit dem 13. April 2019.

Die erstmalig formulierten Forderungen der Bewegung lassen sich einteilen in vier zentrale Kategorien:

- Zunehmende Politische Gewalt: Aufklärung tätlicher Angriffe auf Oppositionspolitiker*innen und Journalist*innen, Aufklärung über deren Auftraggeber*innen und Täter*innen

- Medien- und Pressefreiheit
- Der Rücktritt des Gesundheitsministers Zlatibor Lončar
- Die Vorlegung eines Plans zur Lösung der Kosovo-Frage (10.5.2019).

Zu den Forderungen eins und zwei (Zunehmende Politische Gewalt, Medienfreiheit) wurden zusätzlich Unterpunkte genannt, die die Forderungen präzisieren. So fordern die Protestierenden konkret die Aufklärung von - und rechtliche Ermittlungen in - folgenden Fällen politischer Gewalt: dem Angriff auf den lokalen Journalisten Milan Jovanović, dem Mord am nordkosovarischen Kommunalpolitiker Oliver Ivanović, dem Angriff auf Borko Stefanović. Die Bewegung fordert weiters objektive und faire Berichterstattung des staatlichen Rundfunk- und TV-Senders RTS und regierungsnaher Medien über die Proteste, sowie mehr Sendezeit für Oppositionspolitiker*innen auf staatlichen Fernsehsendern (10.5.2019).

Mit dem Protest am 13. April 2019 wurden vor dem Parlamentsgebäude in Serbien neue Forderungen verkündet. Diese sind:

- Die Bildung einer gemeinsamen Kommission aus Opposition und Regierungsvertreter*innen zur Festlegung der Bedingungen für freie und faire Wahlen
- Die Neubestellung der serbischen Aufsichtsbehörde für Elektronische Medien, REM (Regulatorno Telo za Elektronske Medije)
- Die Bestellung eines neuen technischen Managements und der Redaktion des staatlichen Medienunternehmens RTS, welche in der Übergangszeit aus überparteilichen Persönlichkeiten bestehen soll (10.5.2019).

Mit der Aktualisierung der Postulate wurden nun die politischen Rahmenbedingungen und die tiefergehenden Missstände in Serbien angesprochen. Es kam zu einer Entwicklung hin zum Ruf nach geeigneten Rahmenbedingungen für freie und faire Neuwahlen. Damit geht die implizite Forderung nach einem Ende der Regierung unter Ministerpräsidentin Ana Brnabić und Präsident Aleksandar Vučić einher, welche die Protestierenden als autoritär und undemokratisch kritisieren. Auf den Protesten ist die Maximalforderung nach einem Rücktritt des Präsidenten omnipräsent: Auf Postern und Plakaten, wie auch durch Sprechchöre der Protestierenden.

Ebenso wird die Lage der Medien angesprochen: Sowohl eine Neubestellung der Medien-Aufsichtsbehörde REM, als auch ein neues Management des öffentlich-rechtlichen RTS wird verlangt. Damit gehen die Protestierenden auf die Mängel in der Medienfreiheit und -Vielfalt ein. So stuft die NGO „Reporter ohne Grenzen“ Serbien im Ranking „World Press Freedom Index“ für das Jahr 2019 als „unsafe“ auf Platz 90 von insgesamt 180 Staaten weltweit ein, wobei Platz eins der in puncto Pressefreiheit freieste Staat und 180 der unfreieste Staat ist (Reporters Without Borders 2019). Im Vergleich zum Vorjahr ist Serbien somit 14 Plätze abgerutscht, von 76 in 2018 auf Platz 90 in 2019. Reporter ohne Grenzen sprechen in ihrer Einstufung direkt die Regierung und den Präsidenten an:

„Within five years of President Aleksandar Vučić in effect governing the country, Serbia has become a place where practicing journalism is neither safe nor supported by the state. The number of attacks on media is on the rise, [...] and inflammatory rhetoric targeting journalists is increasingly coming from the governing officials.“ (Reporters Without Borders 2019)

Neben den Attacken auf Journalist*innen und der angriffigen Rhetorik der Regierung gegenüber kritischen Medien werden in der Einstufung der NGO auch Diffamierungskampagnen durch regierungsfreundliche Medien gegen kritische Journalist*innen, die Situation der Eigentumsverhältnisse von Medienunternehmen, fehlende juristische Aufarbeitung tätlicher Angriffe auf Medienschaffende, enge Verbindungen zwischen Politik und Medienunternehmer*innen, sowie von der Regierung tolerierte fake-news angesprochen (Reporters Without Borders 2019).

Die neuen Forderungen kamen im Kontext einer größeren Präsenz der oppositionellen „Allianz für Serbien“ (Szs) bei den Demonstrationen zustande. Die Allianz forderte auf dem Protest am 13. April Regierungsvertreter*innen zu einem Dialog auf. Bereits am 17. März 2019 hatten sich Oppositionsführer mit dem Eindringen in das Gebäude des staatlichen TV- und Rundfunkunternehmens RTS in das Zentrum der Aufmerksamkeit gebracht. Boško Obradović der rechtsextremen Partei Dveri, Dragan Đilas der Demokratska Stranka (DS) und andere Protestteilnehmer*innen forderten von RTS eine Live-Übertragung des Protestes, wurden jedoch von der Polizei aus dem Gebäude gebracht. Mit diesem Ereignis forderte die oppositionelle „Allianz für Serbien“ erstmals eine zentrale (Führungs-)Rolle in der „1od5miliona“-Bewegung ein (Brändle 2020, S. 5). Schon bei einer Demonstration im Februar war das Bündnis als politischer Akteur bei den Protesten aufgetreten: Die Oppositionellen teilten an die Teilnehmer*innen ein Dokument aus, welches sie den „Vertrag mit dem Volk“ nannten. Letztere waren aufgefordert, das Dokument zu unterschreiben und in die dafür vorgesehenen Boxen zu werfen. In der Vereinbarung bekennt sich das Bündnis zur Demokratisierung Serbiens, dafür, sich für Medienfreiheit, freie und faire Wahlen einzusetzen und erst dann als gemeinsame Oppositionskoalition an Wahlen teilzunehmen, wenn die Forderungen erfüllt seien. In der Übergangszeit sprechen sie sich für eine unabhängige Expert*innenregierung aus (Balkan Insight 2019a). Die Aktion kann als wachsendes Selbstbewusstsein der Opposition verstanden werden, ihre direkte Beteiligung an den Protesten und ihre zentrale Rolle darin sicherzustellen. In den Wochen und Monaten zuvor waren sie den Aufforderungen der Bewegung, den Protesten als Parteien fernzubleiben, nachgekommen und hatten sich im Hintergrund gehalten. Wie die Umfrage der Friedrich-Ebert-Stiftung und dem sozialwissenschaftlichen Think-Tank „SeConS Development Initiative Group“ zeigt, haben die Protestierenden nur wenig Vertrauen in Oppositionspolitiker*innen und -Parteien. Auf die Frage, welche Partei, politische Bewegung oder einzelne*r Politiker*in ihre politische Präferenz am besten repräsentiere, antworteten 28,8 Prozent der Befragten mit „Keine“, 26,8 Prozent gaben keine Antwort auf die Frage. Damit identifizieren sich 55,6 Prozent der Protestteilnehmer*innen

mit keiner Partei oder wollen sich nicht dazu äußern. Von den genannten Parteien und politischen Bewegungen identifizierten sich 9,1 Prozent der Befragten für die zivilgesellschaftliche „Bewegung freier Bürger“ (Pokret slobodnih građana), 6,7 Prozent für die „Ne da(vi)mo Beograd“-Bewegung, die den Protest gegen das „Belgrade Waterfront“-Immobilienprojekt begründet hatte. Auch das sind keine hohen Zustimmungswerte. Erst dann wurden politische Parteien wie die rechtsradikale Dveri (4,2 Prozent) und die Demokratische Partei DS (3,1 Prozent) genannt (Monitoring Social Situation in Serbia, MONS 2019).

Aus den Forderungen lassen sich die wichtigsten Motivationen der Bewegung schließen: Eine ausgewogene Medienberichterstattung und Pressefreiheit, freie Wahlen und eine Demokratisierung des Systems, eine neue Regierung welche demokratisch agiert. Das deckt sich mit den FES/SeConS-Umfrageergebnissen: Gefragt nach den Hauptgründen für ihre Teilnahme am Protest, antworteten 21 Prozent der Befragten mit der Unzufriedenheit über fehlende Medienfreiheit. Das Thema stellt somit den wichtigsten Mobilisierungsgrund für Teilnehmer*innen dar. Daran anschließend antworteten 20 Prozent der Befragten, dass die derzeitige Regierung wichtige Probleme wie Arbeitslosigkeit, Armut und Emigration junger Serb*innen nicht adressiere. Damit sind auch sozio-ökonomische Gründe ein relevanter Faktor im Protest. Als dritthäufigster Wert wurde Korruption innerhalb der Regierungspolitik genannt. Zusammengefasst sind die wichtigsten Veränderungen, die von den Demonstrierenden eingefordert werden, eine Änderung der Regierung auf demokratischem Weg, Medienfreiheit, Verbesserung der Lebenssituation in Serbien, sowie ein demokratisches Regierungssystem. Es sind nach den Ergebnissen der Umfrage zu urteilen somit vorrangig politische Motivationen, die die Teilnehmer*innen protestieren lassen, sozio-ökonomische Faktoren spielen auch eine Rolle im Protest (Monitoring Social Situation in Serbia, MONS 2019).

IV.3.4 Wahrnehmung der Proteste durch die Teilnehmer*innen

In den folgenden Kapiteln werden nun die „1od5miliona“-Proteste aus Sicht der Teilnehmer*innen anhand von Interviews näher beleuchtet.

Die zehn Interviews wurden im Mai, Juni und Juli 2019 mit insgesamt 13 Personen durchgeführt. Neun Interviews fanden in Belgrad statt, da zu dem Interview-Zeitpunkt die größten Protesthandlungen dort waren und die teilnehmenden Gruppen untereinander gut vernetzt sind. Zudem konzentrierten sich in dieser Phase der Protestereignisse die Demonstrationen vor allem in der serbischen Hauptstadt, in kleineren Städten sind die wöchentlichen Proteste nach Mai 2019 langsam verebbt.

Die Interviews haben zum Ziel, einerseits die Protestbewegung „1od5miliona“ näher zu untersuchen und andererseits die Perspektive der befragten Personen auf die gegenwärtige politische Lage Serbiens darzustellen. Dazu wurde ein Interviewleitfaden erstellt (siehe Anhang), der folgende Themen enthält:

- Motivation für die Teilnahme

- Wesentliche Forderungen der Bewegung
- Organisation, Netzwerke, Allianzen und Rolle der Oppositionsparteien
- Soziodemographische Merkmale der Protestteilnehmer*innen
- Das politische Klima in Serbien, insbesondere Angriffe auf Journalist*innen und Oppositionelle, Zusammenspiel zwischen Regierung und Opposition
- Medienfreiheit in Serbien
- Parallelen zwischen den aktuellen Protesten und vorherigen Protestbewegungen (z.B. 2017, 2016, 1999-2000, 1996-1997, 1992, 1991)
- Potenzial und Erfolge der Proteste
- Bedeutung internationaler Akteure (insbes. der EU).

Die im Analyseprozess herausgearbeiteten Kategorien sind folgende:

- Hauptforderungen aus Sicht der Teilnehmer*innen
- Organisation, Akteure sowie Potenzial der Proteste aus Sicht der Teilnehmer*innen
- Die politische Situation aus Sicht der Teilnehmer*innen.

Jedes der folgenden Kapitel (Kapitel IV.3.4.1 bis IV.3.4.3) behandelt jeweils eine Analysekategorie und die untergeordneten Codes, die in einem Sinnzusammenhang mit der übergeordneten Kategorie stehen.

*IV.3.4.1 Hauptforderungen aus Sicht der Teilnehmer*innen*

Als erste Kategorie wurden die Forderungen der Bewegung aus Perspektive der Teilnehmer*innen festgelegt. Auf die Frage, was aus ihrer Sicht die Hauptforderungen der Proteste sind, waren die meistgenannten Antworten: Der Rücktritt der Regierung, freie und faire Wahlen, ein Ende der politisch motivierten Gewalt sowie Meinungs- und Medienfreiheit. Daraus ergeben sich einige der Codes dieser Kategorie. Die Codes sind folgende: „Persönliche Motivation zum Protest“, „Rücktritt der Regierung und Neuwahlen“, „Ende der politisch motivierten Gewalt“, „Meinungs- und Medienfreiheit“, sowie „Kosovo“.

Auffallend ist, dass mehrere Befragte die Forderungen selbst z.T. kritisch betrachten. So wird festgehalten, dass der Rücktritt der Regierung und des Präsidenten Aleksandar Vučić als „Maximalforderung“ zu hoch gegriffen und nicht leicht realisierbar sei. Weiterhin ist nach Einschätzung der Interviewten keine Konsistenz in den Forderungen der „1od5miliona“-Bewegung vorhanden: Die Postulate wechselten mehrmals, dadurch herrsche innerhalb der Gruppe der Protestierenden Unklarheit darüber, was nun wirklich von der Bewegung gefordert wird und was nicht. Die Identifikation von Teilnehmer*innen mit den Anliegen der Bewegung wird dadurch erschwert, es

herrscht keine klare Linie. Außerdem seien die meisten Forderungen nicht spezifisch genug und zu allgemein gehalten.

IV.3.4.1.a Persönliche Motivation zum Protest

Die persönlichen Motivationen, am „100.000“-Protest teilzunehmen, variieren unter den befragten Personen. Eine Motivation, die ein Großteil der Interviewten als Hauptgrund ihrer Mobilisierung nennen, ist die zunehmend autoritäre Regierungspolitik unter Aleksandar Vučić und die Motivation, die Regierung zum Rücktritt zu bewegen. Ein Befragter spricht insbesondere von dem Verhalten Aleksandar Vučićs gegenüber Oppositionellen und Bürger*innen. Der Präsident benehme sich wie ein „Zar“, ein „König“ oder „Gott“ (Interview 10). Es sei seine Motivation gewesen, dem Präsidenten zu zeigen, dass das autoritäre Verhalten nicht in Ordnung sei, und er mit der derzeitigen politischen Situation in Serbien nicht zufrieden ist.

Die Interviewpartner*innen sehen ihre Teilnahme am Protest als Möglichkeit, Druck auf die Regierung auszuüben und auch, die autoritäre Gangart aufzuzeigen. Eine interviewte Person hält fest:

„For me this position to go was because I saw it as the only possibility at the moment to make some kind of pressure on the government, [...] which in my opinion is problematic on so many levels. To start with the way of governing, which is quite undemocratic, they are getting more and more authoritarian with the time. The way that they are acting towards the institutions: They have a complete majority and they are trying to destabilize the institutions, and actually trying to make them [the institutions] obsolete. [...] So, you have this whole process of slowly- actually, not that slowly- shifting towards authoritarianism. That's lasting for seven years now, and that is a first reason why I was on the streets, because you had a feeling at some point, that the public, the critical public of Serbia, was getting completely apathetic.“
(Interview 2)

Hier wird einerseits auf den Regierungsstil der amtierenden Regierung eingegangen, welcher als zunehmend autoritär eingestuft wird. Zusätzlich wird die Rolle der Zivilgesellschaft angesprochen: Die interviewte Person konstatiert eine Teilnahmslosigkeit der kritischen Bevölkerung angesichts der Verschiebungen der politischen Lage Serbiens und sieht in der Protestbewegung ein Erstarken der Zivilgesellschaft, sowie die Chance, Druck auf die Regierung auszuüben. Die meisten Befragten äußern sich ähnlich: Mehrmals wurde festgehalten, dass der Rücktritt der Regierung die wichtigste Motivation zur Protestpartizipation sei, in Kombination mit der Absicht, durch Präsenz der Protestierenden Druck auf den Präsidenten auszuüben. So kamen die Formulierungen „ihn [den Präsidenten] nervös machen“, „unbequem sein“, „ihn nerven mit unserer Anwesenheit“ vor, verbunden mit der Motivation, zu zeigen, „dass es genug ist, dass es nicht okay ist“, „dass wir dem Ganzen nicht zustimmen, nichts von dem“ (Interview 3, 4, 10). Der Ausdruck des Widerstands gegen die aktuelle Politik ist ein häufiges Muster in den Äußerungen, es wurde von Befragten gesagt, eine ihrer Motivationen sei es, ihre Unzufriedenheit mit der Regierungspolitik zu zeigen. Eine andere starke Motivation ist die

Mobilisierung durch Freund*innen, sowie Partizipation in früheren Protesten (in den Protesten 1999, 2000, 2016, 2017). Ein Studierender gibt an, bei den Demonstrationen „Gegen die Diktatur“ nach der Präsidentschaftswahl 2017 aktiv gewesen zu sein. Mit dem Angriff auf Borko Stefanović wurde er wieder mobilisiert und ist seitdem an der Protestorganisation beteiligt, weil er mit anderen ein Zeichen gegen die politische Gewalt in Serbien setzen und in einem „freien, funktionierenden Staat, nicht in einer Diktatur“ leben wolle. Ein anderer junger Mann konstatiert, dass er durch Freund*innen in der Bewegung mobilisiert wurde. Anfangs sei seine Motivation gewesen, etwas an den Lebensumständen der serbischen Bevölkerung ändern zu wollen, da große Teile seiner Familie zum Arbeiten ins Ausland gegangen sind. Er jedoch wolle in Serbien leben und arbeiten. Mit seiner Partizipation bei „1od5miliona“ habe sich seine Motivation jedoch geändert. Die Aktivist*innen seien zu seiner Familie geworden, für sie partizipiere er am Protest, für die Zukunft v.a. junger Serb*innen im eigenen Land (Beides Interview 5).

In Aussagen mehrerer Interviewter wird die freie Meinungsäußerung sowie das Ausüben von Kritik am System, als Motivation genannt. Sie sagen, dass sie an den Demonstrationen teilnehmen, um für eine „bessere Demokratie“ und für Meinungsfreiheit einzustehen. Ein Aktivist konstatiert, dass die Menschen in der jetzigen politischen Situation Angst davor haben, ihre Meinung zu sagen (Interview 6). Eine befragte Person hält in diesem Zusammenhang fest, dass sie die Atmosphäre der Proteste 2017 und 2018 bis 2019 schätzt, da „viele Menschen, die an die eine Sache glauben, zusammenkommen, ohne Angst haben zu müssen“ (Interview 7).

IV.3.4.1.b Rücktritt der Regierung und Neuwahlen

Der Rücktritt der Regierung wie auch freie und faire Wahlen wurden in neun von zehn Interviews als eine der wichtigsten Forderungen identifiziert. Dabei schätzen die Interviewten die Chancen für einen baldigen Rücktritt der Regierung, sowie des Präsidenten, als gering ein: Ein Befragter, der schon bei den Protesten 2000 gegen Slobodan Milošević aktiv war, bezeichnet es als „utopisch“, einen Rücktritt Aleksandar Vučićs zu erwarten und räumt ein, dass er dies trotzdem für die wichtigste Forderung der Bewegung hält. Seine Schlussfolgerung ist, dass erst die Rahmenbedingungen für freie und faire Wahlen geschaffen werden müssen und erst dann durch demokratische Wahlen ein Regierungswechsel zustande kommen kann (Interview 1). Ein anderer Interviewter unterstützt die Wahrnehmung, dass Rücktritte als „Maximalziel“ gelten, dies jedoch eine „unrealistische“ Forderung und in naher Zukunft kaum durchsetzbar sei (Interview 2). Er kritisiert, dass die Protestbewegung mit Rücktrittsforderungen schwer einlösbare Postulate gesetzt habe und aufgrund dessen die Teilnehmer*innen ihre Motivation verlieren. Die Einschätzung wird von vielen der befragten Personen geteilt: Die Rücktrittsforderung sei zu generisch und werde voraussichtlich so bald nicht eingelöst (Interview 1, 2, 3, 4, 7, 8, 9). Obwohl die Interviewten einen Regierungswechsel befürworten, sprachen

mehrere an, dass eine Voraussetzung die Schaffung der Bedingungen für freie und faire Neuwahlen sei. Eine Person sieht eine Übergangsphase nach dem Rücktritt der Regierung als unabdingbar an:

„So, there are two things that need to be done, one thing is to say: This regime must go. Why? -because! Not like: Well we will see... No! It's not negotiable! And the second thing is to have, I don't know, one year, two years, ten year periods when people who are in charge of the courts, or in charge of militia, etc. are going to put things according to the law. And then are going to be elections. Because here we say: We don't just need change in the names, we don't want Vučić to be some other name, because that's what happened, you know.” (Interview 3)

Die Forderung nach freien und fairen Wahlen wird in fast allen Interviews betont. In diesem Zusammenhang schildern mehrere Interviewpartner*innen, dass die Wahlen der letzten Jahre nicht unter demokratischen Bedingungen abgelaufen seien. Die Interviewten sehen sie demnach als unfrei, nicht gerecht an. Ein Aktivist hält fest: „We need change. And they [opposition parties] should unite for one idea, for basic stuff: Free elections, freedom of speech, free media that we don't have here.” (Interview 6)

IV.3.4.1.c Ende der politisch motivierten Gewalt

Das Thema politisch motivierter Gewalt wird von mehreren Interviewpartner*innen angesprochen. Teilweise werden die Fälle gewalttätiger Angriffe auf Oppositionelle, Journalist*innen als Auslöser der „1od5milion“¹-Proteste thematisiert, die zu Beginn unter dem Slogan „Stopp den blutigen Hemden“ in Referenz auf einen tätlichen Angriff auf einen Oppositionspolitiker liefen. Auf einer anderen Ebene wird über die Atmosphäre gesprochen, in der solche Angriffe möglich sind, sowie die Forderung aufgestellt, dass sich das politische Klima ändern sowie politisch motivierte Gewalt aufhören müsse. Darin stimmen alle Interviewten mit der „offiziellen“ Forderung der Protestbewegung überein, die auf deren Website veröffentlicht wurde: Ein Ende der politischen Gewalt, die Aufklärung über die Angriffe selbst und der Täter*innen sowie Auftraggeber*innen (Interview 1 bis 10).

In drei Interviews wird die Wahrnehmung geteilt, dass Fälle politisch motivierter Gewalt teilweise auf Politiker*innen zurückgehen. Andere Angriffe wiederum seien nicht direkt durch politische Akteure „orchestriert“ (Interview 1, 3, 4), sondern gingen von Menschen aus, die sich durch die Rhetorik der Politiker*innen zu Straftaten ermutigt fühlten (Interview 1, 3, 4). Ein Befragter nennt solche Vorfälle „Fehler des Systems“, die ausgelöst werden durch die feindselige Sprache der Regierung sowie regierungsnaher Medien (Interview 1). Eine Interviewte beschreibt die Situation wie folgt:

„Well, up to date more in smaller towns, yeah. And I don't even think they were all the time orchestrated. That somebody says: Okay, this guy is going to be here, go and knock him in the head!- But you know that wording and that talking to your emotions [...] And this black-and-white-thinking and this "us and them" gives you the idea that it's okay. To beat somebody else. Because everything else what happened

was not finished on trials. It was nobody's responsibility. Nobody got sentenced for knocking down the buildings [in Savamala], for any kind of violence [...]." (Interview 3)

Sie stellt die tätlichen Angriffe in einen Zusammenhang mit der Medienberichterstattung und insbesondere mit den Delegitimierungskampagnen von Regierungsmitgliedern gegen Journalist*innen, Oppositionelle, Kritiker*innen. Diese Kampagnen beruhen auf einem „Othering“, auf einem Diskurs des „wir gegen die“. Politisch motivierte Gewalt kann somit als Konsequenz des vorherrschenden (Regierungs-)Diskurses betrachtet werden.

Weiterhin wird eine Straflosigkeit von Täter*innen thematisiert, die politische Gewalt weiter fördere. Als Beispiel wird der illegale Abriss des Savamala-Stadtteils in Belgrad zugunsten des Immobilienprojekts „Belgrade Waterfront“ im Jahr 2016 genannt. In dem Fall gab es keine substanzielle juristische Aufklärung, lediglich ein an den Zerstörungen beteiligter Polizist traf mit der Staatsanwaltschaft eine Vereinbarung über die Verantwortlichkeiten in der Causa. Die mutmaßlichen Auftraggeber, hochrangige Beamte der Stadt Belgrad sowie Politiker, wurden juristisch nicht verantwortlich gehalten (Balkan Insight 2018a). Dieses Klima der Straflosigkeit sprechen Interviewte in weiteren Beispielen an, worauf in Kapitel IV.3.4.3.a näher eingegangen wird. Eine Protestteilnehmerin schließt sich der Beobachtung an. Sie konstatiert, dass Täter*innen straffrei bleiben und von höheren politischen Ebenen geschützt werden: „[...] [A]nd now we have a situation where local sheriffs are free to do everything: because he knows that somebody will protect him“ (Interview 4).

Zwei Aktivisten der Bewegung bezeichnen Attacken auf Journalist*innen und Oppositionelle als „politische Methode der Regierung“, die einer Einschüchterungsstrategie folge (Interview 5). Dazu gehöre der Mord am nordkosovarischen Oppositionspolitiker Oliver Ivanović im Januar 2018 und der Brandanschlag auf das Haus eines Lokaljournalisten in Grozka (Interview 5).

Die Attacke auf den Politiker Borko Stefanović im November 2018 war für Aktivist*innen und viele Menschen „der Tropfen, der alles zum Überlaufen brachte“ (Interview 5). Daraufhin begann der Protest, der sich anfangs maßgeblich gegen das politische Klima und politisch motivierte Gewalt richtete. Die befragten Personen sprechen von einer Atmosphäre, die auf Druck basiert: Druck auf Aktivist*innen, Menschen, die sich der Regierungspolitik gegenüber kritisch äußern, auf Oppositionelle, Medien. Insbesondere vor den Wahlen seien Repressionen enorm, es komme zu Einschüchterungen, damit Menschen die gewünschte Partei wählen, auf lokaler Ebene komme es auch zu tätlichen Angriffen (Interview 9). In diesem Klima der Angst sei es gefährlich, politisch aktiv zu sein. Ein Interviewter bezeichnet hinsichtlich der Ermordung Oliver Ivanovićs politisch motivierte Gewalt als eines der größten Probleme der serbischen Gesellschaft:

„If opposition leaders are killed that easily, and without any investigation, it becomes really dangerous to become active and to try to change something, because you are not sure if they are going to attack

you, kill you. Maybe that's why the best people are not active in our politics. They are scared of stuff like that [...] And that's why the situation is as bad as it is." (Interview 10)

Insgesamt sprechen alle Interviewten von einer politischen Atmosphäre die auf Repressionen, Einschüchterung, politischer Gewalt und delegitimierender Rhetorik beruht (Interview 1 bis 10). Politisch motivierte Gewalt wird von den Gesprächspartner*innen als Problem identifiziert, welches indirekt mit der aktuellen Regierungspolitik und insbesondere deren Rhetorik zusammenhängt.

Die Befragten generieren daraus die Forderung, dass die Situation sich ändern, dass politisch motivierte Gewalt in Serbien aufhören müsse.

IV.3.4.1.d Meinungs- und Medienfreiheit

Auf der Website der „1od5miliona“-Bewegung ist die Forderung nach objektiver Berichterstattung des staatlichen RTS sowie generell nach Medienfreiheit zu finden. Auf die Frage, was die Befragten als wichtigste Forderungen der Bewegung halten, nennen ca. die Hälfte der insgesamt 13 Interviewpartner*innen Meinungs- und Medienfreiheit als eines der wichtigsten Anliegen der Bewegung. Auch die übrigen Befragten thematisieren die derzeitige Situation der Medien sowie den autoritären Umgang der Regierung mit kritischen Medien und Journalist*innen, wenn auch nicht als wichtigste Forderung.

In einigen Aussagen wird die Forderung nach Meinungs- und Medienfreiheit mit der nach fairen, freien Wahlen verbunden: Objektive, vielfältige, unabhängige Berichterstattung sei eine Bedingung für einen fairen Wahlkampf und ergo für faire Wahlen (Interview 4, 10). Ein junger Mann konstatiert:

„I think the most important ones [demands] are to provide freedom of media, that everybody can say what he thinks and also [...] the opposition. Because now, they just don't have a space to say something. In the most-viewed political emissions [shows], they are not there, they don't call them [the opposition]. They just call our president, they call our prime minister, and they are talking for about an hour just alone, without anybody who would say something against it." (Interview 10)

Hier wird die ungleiche Berichterstattung der öffentlich-rechtlichen wie privaten Fernsehsender angesprochen: Regierungsvertreter*innen erhalten mehr Sendezeit als Oppositionspolitiker*innen. Damit sei ein ausgewogener Wahlkampf nicht möglich: Die Opposition erhalte weniger Reichweite durch Fernsehen und Radio. Ein Aktivist der Protestbewegung hält Meinungs- und Medienfreiheit ebenfalls für die zentrale Forderung des Protests. Er argumentiert, dass Meinungsfreiheit in Serbien nicht existiert, dass nur bestimmte Gruppen und Menschen gehört werden, *eine Stimme haben*. Weiterhin beschreibt er, dass Menschen Angst davor haben ihre Meinung zu äußern (Interview 6). In dieser Aussage kommt ein repressives Verhältnis der Regierung zu kritischen Medien und einer kritischen Bevölkerung zum Vorschein. Eine Journalistin konstatiert, dass sich trotz der Heterogenität der Bewegung alle Protestteilnehmer*innen auf das Anliegen der Medienfreiheit einigen könnten. Die

Forderung sei jedoch zu unspezifisch gehalten, es sei eine „allgemein bekannte Tatsache“, dass in Serbien keine Medienfreiheit herrsche. Lediglich die Forderung nach dem Rücktritt des RTS-Vorstands sei eine spezifischere Forderung (Interview 9).

In den Gesprächen wird deutlich, dass alle Interviewten die derzeitige Situation der Medien als nicht demokratisch, nicht frei und unabhängig wahrnehmen. In einem Gespräch wird die Kontrolle der Regierung über Medien als „unerträgliche Situation“ bezeichnet (Interview 2). Im Gegenteil beschreiben die Protestteilnehmer*innen sehr detailliert die Missstände der Medienlandschaft und Einschränkungen der freien Meinungsäußerung.

IV.3.4.1.e Kosovo

Die Statusfrage des Kosovo ist auch nach der unilateralen Unabhängigkeitserklärung der ehemaligen serbischen Provinz im Jahr 2008 in der serbischen Gesellschaft polarisierend, die Debatte wird in der Politik seit Jahren emotional und nationalistisch aufgeheizt geführt. Die „1od5miliona“-Bewegung veröffentlichte in ihrem ersten Forderungskatalog die Aufforderung an die serbische Regierung, einen Plan zur Lösung der Kosovo-Frage vorzulegen. Auch in den durchgeführten Interviews wird die Sensibilität des Themas deutlich. Die meisten Befragten sind pragmatisch in der Frage, ob Serbien nach mehr als zehn Jahren die Unabhängigkeit des kosovarischen Staates anerkennen soll. Sie halten die Proteste nicht für den richtigen Ort für dieses Anliegen, und argumentieren, dass eine Lösung im Parlament gefunden werden muss. Manche antworten, es sei besser, dass Serbien und Kosovo getrennt sind (Interview 1, 3), oder dass Belgrad im Dialog mit Prishtina das Normalisierungsabkommen unterschrieben habe, nun die Verhältnisse im Kosovo faktisch geklärt seien, und Serbien die Abtrennung akzeptieren müsse (Interview 4). Andere wiederum sind gegen eine Anerkennung der staatlichen Souveränität Kosovos durch Serbien, weil sie darin einen Verlust nationaler Identität und des kulturellen Erbes sehen. Eine Studentin beschreibt ihre Sichtweise:

„For me it's very sad, because I feel that part of the country is very important for our history, and we have a lot of cultural heritage in Kosovo, and for me that would be very, very sad, because after it nobody will care about our heritage.“ (Interview 7)

Sie argumentiert im Gespräch einerseits, dass die pragmatische Lösung eine Anerkennung vonseiten Serbiens sei, um in die EU aufgenommen werden zu können, und dass sie als Studierende davon profitieren würde. Trotzdem sieht sie in der Souveränität des Kosovo einen Verlust serbischer nationaler Identität (Interview 7).

Eine mehrmals getätigte Aussage der Interviewten ist die, dass die Protestteilnehmer*innen in der Kosovo-Frage gespalten sind, dass die politische Heterogenität der „1od5miliona“-Bewegung insbesondere bei diesem Thema deutlich wird: Einerseits sind konservative und nationalistische Gruppen im Protest vertreten, die Kosovo „niemals aufgeben würden, nie“ (Interview 10), andererseits

partizipieren dort Gruppen, die demgegenüber pragmatisch eingestellt sind. Sie sehen die Loslösung Kosovos von Serbien als nicht relevant für die Proteste an (Interview 9, 10). Darin zeigt sich die Schwierigkeit der Heterogenität der Proteste, die zu einer Fragmentierung der Bewegung entlang ideologischer Linien führen könnte. So wird der gesellschaftliche Umgang mit der Statusfrage von einem Interviewten folgendermaßen beschrieben: „But in Serbia, it’s on the level of some *holy idea*, like Jerusalem, like a crusade, something like that. Totally illogical. So, whoever signs that, it would be political- and physical- suicide” (Interview 1). Eine andere Interviewte kommt zu dem Schluss, dass in der Kosovo-Frage die Position der rechtsextremen Partei Dveri übernommen wurde:

„So, they are not demanding the solving of the Kosovo issue, they’re demanding – I would say Status Quo for Kosovo, so that the Serbian government should not continue going into the direction of recognizing Kosovo’s independence. And I could see that Kosovo-part was where the right-wing ideology prevailed, that it was leading that part of demands. I could say that’s Dveri’s policy.” (Interview 9).

Im Gespräch argumentiert sie, dass die verschiedenen politischen Perspektiven in die einzelnen Forderungen der Bewegung „einfließen“, es also unterschiedliche ideologische Gewichtungen im Forderungskatalog gebe.

Daraus lassen sich zwei Möglichkeiten ableiten: Die politische Heterogenität der Protestbewegung könnte einerseits zu Fragmentierung der Bewegung führen, andererseits birgt sie das Potenzial, eine größere Breite an gesellschaftlichen Gruppen für die Demonstrationen zu mobilisieren.

*IV.3.4.2 Organisation, Akteure sowie Potenzial der Proteste aus Sicht der Teilnehmer*innen*

In diesem Kapitel wird die „1od5miliona“-Bewegung aus Perspektive der Teilnehmer*innen näher beleuchtet und verbunden mit der Einschätzung, welche Rolle vor allem die Zivilgesellschaft Serbiens in Protestereignissen und in Transformationsprozessen einnimmt. Beim Kodiervorgang wurden folgende Bedeutungsmuster herausgestellt, die als Codes in Unterkapiteln bearbeitet werden: „Organisation und Dynamik der Proteste“, „Erfolge, Schwächen und Einfluss der Bewegung“, „die Rolle der Zivilgesellschaft“, „die Rolle der Opposition“ sowie „Vergleich mit früheren Protesten“.

IV.3.4.2.a Organisation und Dynamik der Proteste

In den Gesprächen wurden mehrere Faktoren angesprochen, die hier unter „Organisation und Dynamik der Proteste“ zusammengefasst sind. Darunter soll die Art und Weise beschrieben werden, wie die Proteste organisiert sind, die Organisations- und Mobilisierungsstrukturen der „1od5miliona“-Bewegung werden herausgearbeitet. Der zweite Aspekt wird mit „Dynamik“ der Proteste umschrieben. Damit ist die Art und Weise gemeint, wie Teilnehmer*innen die Proteste erleben, welche Dynamik und Stimmung die Protesthandlungen erzeugen.

Angesprochen auf die „1od5milion“-Protestbewegung und die Organisation der kollektiven widerständigen Politik, bezeichnen manche Befragte die Organisation als „chaotisch“, „wenig koordiniert“ und „spontan“ (Interview 2, 4). Sie thematisieren damit zum einen den unerwarteten Beginn der Bewegung als *Reaktion* auf einen tätlichen Angriff im November 2018. Zum anderen sind die Organisations- und Mobilisierungsstrukturen der Bewegung an sich gemeint. Das Vorgehen der Aktivist*innen wird von einigen Interviewten als nicht sehr strukturiert oder koordiniert wahrgenommen. Ein Student sagt dazu:

„On the other hand, it was very difficult, because citizens, that's not like a political body, it's very difficult to create some kind of demands. There's not even citizens' organizations behind it who could create this narrative. It was very spontaneous, depending on who steps up on the truck that was the stage for the protests. People would say different stuff, so it was very confusing sometimes, because: Do you want this - or do you want that? – So, it was very democratic in the essence, but also at the same time chaotic. It was a pre-state-era of democracy, where you have like: Okay, let's do this! - No, let's do that! (Interview 2)

Der zivile, horizontal organisierte Charakter zu Beginn der Proteste hat einerseits den Vorteil der niederschweligen Partizipationsmöglichkeiten, flacher Entscheidungshierarchien und einer Glaubwürdigkeit unter den Teilnehmer*innen, da die Organisierenden eben *nicht* aus der Politik kommen. Andererseits bringt der geringe Grad an Koordination, wie von Gesprächspartner*innen beschrieben wird, auch Nachteile. Im obigen Zitat wird die Schwierigkeit einer konsistenten Linie der Bewegung beschrieben: Dass es komplizierter sei, gemeinsame Prinzipien und Forderungen zu bestimmen, wenn kein „political body“, keine Organisation oder sichtbare Führungsgruppe existiert. Auch andere Interviewte sprechen das Fehlen politischer Akteure an und einheitlicher, nachhaltig bestehender Forderungen (Interview 2, 3, 4). Damit sind die Änderungen der Anliegen nach dem 13. April auf der Website der Bewegung gemeint.

Wie Sidney Tarrow festgehalten hat, gibt es eine Diversität an Organisationsrollen in sozialen Bewegungen. Im Fall der „1od5milion“-Bewegung entwickelte sich kollektive widerständige Politik zu Beginn *ohne* eine Gruppe oder Person, welche öffentlich als „Führung“ identifizierbar ist. Wie Tarrow konstatiert, kommt es in solchen Fällen oftmals zur Herausbildung von Führungsrollen im Prozess der kollektiven widerständigen Politik, welche die Aktionen koordinieren (Tarrow 1998, S. 123).

Nach den Wahrnehmungen der Interviewpartner*innen kam es im Laufe der „1od5milion“-Proteste nach und nach zu einer größeren Sichtbarkeit der Führungsgruppe – die sich jedoch mittlerweile in einer „Kooptation“ der Bewegung durch die „Allianz für Serbien“, einem Bündnis von neun Oppositionsparteien, äußerte. Das Organisationsteam in Belgrad bleibt eher im Hintergrund. So wird von den Interviewten beschrieben, dass wenig bekannt ist über die Aktivist*innen hinter der Bewegung. Diese seien Studierende verschiedener Fakultäten, die sich zusammengetan haben, um die

Protestaktionen zu organisieren. Das „Gesicht“ der Bewegung wurde die Studentin Jelena Anasonović, die mit Medien kommunizierte und die „1od5miliona“-Aktionen nach außen präsentierte. Eine interviewte Journalistin konstatiert:

„[T]he first face of the protests was Jelena Anasonović, she was presented as a student of political sciences. And she was the one who was giving statements, communicating with media. And then you could see that switch of politicians making comments about the protests and showing up at the protests, so then media, journalists were more interested in speaking with politicians, and then, at that most massive protest, you could actually see politicians carrying banners, like you know, in the front row. That was that crucial moment when it switched from a civic [movement] to politicians. So that was like, I think, the turning point.“ (Interview 9)

Trotz der anfänglichen Sichtbarkeit Jelena Anasonovićs blieb die Organisationsgruppe weitgehend unbekannt. Die Entscheidung, wenig über die Gruppe an sich preiszugeben ist vergleichbar mit der Taktik „Otpors“: Auch dort gab es keine sichtbaren Führungspersönlichkeiten, Aktivist*innen, die für Kommunikation mit der Öffentlichkeit zuständig waren, wechselten regelmäßig (Nikolayenko 2013, S. 151). In beiden Fällen wird mit dieser horizontalen Organisationsstruktur das Prinzip verdeutlicht, dass jede*r Teilnehmer*in sich in die Bewegung einbringen und sie mitgestalten kann, sowie, dass es - anders als bei Parteistrukturen - flache Hierarchien gibt.

Die Studentin Jelena Anasonović zog sich später jedoch vom Protest zurück und mutmaßte, das oppositionelle Parteienbündnis „Allianz für Serbien“ habe die Bewegung nach und nach übernommen (N1 2019d). Die Vermutung wird auch im obigen Zitat geäußert, sowie von weiteren Gesprächspartner*innen unterstützt: Sie haben die Wahrnehmung, dass der Protest anfangs sehr horizontal, demokratisch organisiert und Feedback durch die Teilnehmer*innen ernstgenommen wurde. Die lose Koordination und Vernetzung jedoch werden als ein Grund dafür gesehen, dass Oppositionsparteien mehr Einfluss im Protest gewinnen konnten und es schließlich zu einer „Übernahme“ durch Parteien gekommen sei. Eine Interviewte konstatiert:

„The organization was loosely. And there were some situations where they made some wrong choices and then [...] they had feedback from people on facebook, on twitter. [...] And as the time went by, they were more and more politically influenced. And that was more or less obvious. In the first three months there were no political exposed persons who were talking on the protests. Most of the people who held speeches were from public life, or some people were in some kind of an initiative [...] But by the time we came to the situation that the protests became very politically coopted. Let's say they [political parties] took over. They took over, and it was expected.“ (Interview 4)

Hier wird festgestellt, dass es zu einem Wechsel hin zu einem Oppositions-Protest kam, und der zivile Charakter der Bewegung damit in den Hintergrund getreten ist.

Von Interviewten wird weiterhin die Entscheidungsfindung innerhalb der Organisationsgruppe angesprochen. Sie beschreiben, dass unklar sei, wer die Entscheidungen über die Gestaltung der Proteste trifft, und wie diese getroffen werden. Die Kommunikation über soziale Medien wird als wichtiger Kanal für Feedback wahrgenommen, zwei Gesprächspartner*innen konstatieren, dass Debatten teilweise über soziale Medien laufen und Kritik von Teilnehmer*innen berücksichtigt wird (Interview 2, 4). Ein „1od5miliona“-Aktivist sieht das Selbstverständnis der Organisationsgruppe darin, dass sie Menschen zusammenbringt im Protest gegen die Regierung, dass sie eine Plattform bietet. Er konstatiert:

„We are the initiators and the people that make it possible. [...] So, we are communicating with everybody. And mostly we are communicating with political organizations and public persons. So that's how it started in certain places: We had like three communications [talks] at the same time. So, we tried to include more people in the protest, but most of the things we do, is: We make it possible, and we communicate with others, and we do the logistics. [...] We are the ones that think, talk and then execute [things].“ (Interview 6)

Die Bewegung mobilisiert und vernetzt also heterogene Gruppen im Protest und erreicht durch die Unterstützung von Personen des öffentlichen Lebens Legitimität innerhalb der Bevölkerung. In zwei Interviews wird der Schauspieler Sergej Trifunović als Unterstützer der „1od5miliona“-Proteste genannt (Interview 7, 10). Er ist Präsident der liberalen, pro-europäisch ausgerichteten politischen Bewegung „Pokret slobodnih građana“ (Bewegung freier Bürger), die sich 2017 nach den Präsidentschaftswahlen als Gegenpol der SNS-Politik gegründet hat.

Ein wichtiger Aspekt sozialer Bewegungen ist die Frage, welche Allianzen sich bilden, um kollektive widerständige Politik zu organisieren und eine große Breite an Bevölkerungsgruppen zu mobilisieren. Relevant sind hier die Unterschiede in den teilnehmenden Städten und Ortschaften: Ein Interviewter beschreibt die Diversität der Organisation in verschiedenen Städten. In manchen Ortschaften seien die Proteste durch lokale Parteiverbände, oder politisch aktive Einzelpersonen organisiert worden. In anderen Ortschaften wiederum organisierten Bürger*innen, die keine Erfahrung mit politischem Aktivismus haben, die lokalen Proteste. Innerhalb der ersten Wochen der Proteste bildete sich, so der Gesprächspartner, eine „Homogenisierung“ der Proteste heraus, indem überall die Slogans „1von5Millionen“ zu lesen waren und die einzelnen Protestbewegungen ihre Banner und Anliegen vereinheitlichten (Interview 2). Der Befragte spricht von sich herausbildenden Netzwerken, indem Sprecher*innen in anderen Städten die Proteste besuchen:

„ [...] [A]nd also people who were speaking in the local places were [...] going from one place to others. So, you had a prominent singer, or let's say an actor, somebody who is culturally influential in society, who goes from one place to another, from Kruševac to Valjevo, to Novi Sad. And then you have all these people creating networks, like: Okay, let's bring somebody next week here, and then after that there. So,

you had a loose organization I would say, and definitely cooperation between the places.” (Interview 2)

Zusätzlich werden in den Protesten auch lokale Anliegen thematisiert und somit Menschen mobilisiert, die sich zwar nicht mit den Hauptzielen der Bewegung identifizieren können, jedoch Forderungen auf lokaler politischer Ebene haben (Interview 2).

In den Gesprächen wird angesprochen, dass es zu Kooperation mit lokalen Initiativen und Grassroots-Bewegungen kommt. So unterstützen lokale Bewegungen wie „Lokalni front“, „Ne da(vi)mo Beograd“ oder „Stara Planina“ die Proteste (Interview 4, 5, 6). Letztere ist Teil einer zivilgesellschaftlichen Initiative, die sich gegen den Bau von Wasserkraftwerken in geschützten Gebieten am Balkan, wie dem Stara Planina-Gebirge, einsetzt. Ein Aktivist hält fest, dass im Falle der „Ne da(vi)mo Beograd“-Bewegung („Wir geben Belgrad nicht her/Wir lassen Belgrad nicht untergehen“, Übers. d. A.) zwar eine Einbindung von Grassroots-Bewegungen in die Proteste existiert, die Unterstützung jedoch lose ist. So unterstütze „Ne da(vi)mo Beograd“ zwar „1od5miliona“, jedoch wolle die Belgrader Initiative keine Reden auf den Demonstrationen halten (Interview 6). Auf der ersten Website der „1od5miliona“-Bewegung sind unter der Rubrik „Unterstützung“ („Podrška“) alle Vereine, Institutionen und soziale Bewegungen aufgeführt, die „1od5miliona“ ihre Unterstützung aussprechen. Darunter sind u.a. Gewerkschaften, politische Organisationen und Parteien wie die „Bewegung freier Bürger“, Universitätsinstitute, und wie bereits erwähnt, Bewegungen wie „Ne da(vi)mo Beograd“ und „Lokalni Front“ aufgelistet (Počelo je/Podrška protestima 2019). Die verschiedenen zivilgesellschaftlichen Bewegungen vernetzen sich demnach untereinander und erreichen so eine größere Reichweite.

Was Aktivisten aufzeigen, ist eine „Remobilisierung“ von Gruppierungen, Individuen und Strategien im Protest: Sie erzählen, dass sie schon im „Gegen die Diktatur“-Protest 2017 als Aktivisten und Teilnehmer aktiv waren (Interview 5, 6). Ein Teil der damals aktiven Studierenden-Gruppierung wurde, so ein Aktivist, wieder mobilisiert für die „1od5miliona“-Bewegung. Er hält fest:

„Actually, my first protest where I met most people who are organizing the protests, was 2017 after the presidential elections. [I]t was a spontaneous protest where we met each other, young people mostly came to the streets, they came through social media. So, it was a facebook-post when one person said to a guy: Okay, stop talking, do something! – And he made this event. And all the young people got on the street. [...] And that’s where we met. And actually, what happened now was: We saw all the flaws from the past time, so J. [Name of an activist] called us and said: Okay, I think it’s time that we make a protest [...]. And that’s how the first protest against the bloody shirts [Stopp krvavim košuljama] started. And then we realized it’s much bigger than it was, [...] it was more than we expected. We started by connecting people and calling everybody, that’s how we started: The whole week we were calling everybody.” (Interview 6)

Die Organisation und Mobilisierung der Demonstrationen laufen insbesondere über soziale Medien (Facebook, Twitter) und die Website der Bewegung. Viele der befragten Personen teilen die

Wahrnehmung, dass soziale Medien den wichtigsten Organisations- und Mobilisierungskanal darstellen. Die Proteste werden über soziale Medien wie Facebook angekündigt, dort findet auch ein Austausch zwischen Organisierenden und Teilnehmer*innen statt. Durch die dezentrale Mobilisierungsstrategie wird eine große Reichweite an Personen erreicht, da insbesondere jüngere Menschen im Alltag soziale Medien nutzen. Auch ist es durch die Mobilisierung via Internet möglich, zu verschiedenen Protesthandlungen an verschiedenen Orten Menschen zu versammeln. Insbesondere in den ersten Monaten der „1od5miliona“-Bewegung fanden Protestaktionen in bis zu 50 Ortschaften teilweise gleichzeitig statt.

Von den Interviewpartner*innen haben sowohl Studierende und jüngere Menschen bis 25 Jahre angegeben, durch soziale Medien mobilisiert worden, bzw. über die Proteste informiert zu sein. Auch Befragte mittleren Alters (ab 35 Jahren) geben an, dass die Mobilisierung über soziale Medien läuft, sie u.a. dadurch informiert werden.

Auf die Frage, wer für die Proteste mobilisiert wird, kommt es zu unterschiedlichen Einschätzungen der Interviewten. Der Großteil der Befragten teilt die Wahrnehmung, dass insbesondere Menschen mittleren Alters vertreten sind, sowie Menschen die der „Mittelklasse“ angehören. Eine Gesprächspartnerin hält fest, dass v.a. Menschen mittleren Alters am Protest teilnehmen, die nicht in schlechten ökonomischen Verhältnissen leben. Die Menschen, die von Armut betroffen seien, gingen nicht zu den Demonstrationen. Viele von ihnen hätten Angst und seien leicht manipulierbar, teilweise durch die Androhung, bei Protestteilnahme ihren Arbeitsplatz zu verlieren, da sie oder Angehörige in staatlichen Betrieben arbeiteten. Arbeitslose nehmen ihrer Aussage nach nicht teil, weil sie „in Erwartung der Einlösung von Versprechen“ durch die Regierung lebten (Interview 4).

Ihr Bekannter fasst seine Wahrnehmung wie folgt zusammen:

„These protests are – as I read on twitter in one phrase - The scream of the middle class. These are people who live okay, who are economically okay, they can travel, but they are not satisfied with this hijacking of institutions. They are frustrated because the people who are in power are not competent, with false diplomas. And those people who are in the protests are witnessing the fraud of institutions, and that's bothering them the most.“ (Interview 4)

Die Wahrnehmung von Teilnehmer*innen, die wirtschaftlich nicht schlecht gestellt sind und aus einer Unzufriedenheit mit der politischen Situation auf die Straße gehen, wird von anderen geteilt. Es wird weiterhin festgehalten, dass der Bildungsgrad ein hoher ist, dass die Protestierenden oftmals hochqualifizierte Jobs wie Professor*innen, Ärzt*innen, Ingenieur*innen, etc. ausüben:

„The people who I know are going there are actually not poor people, like middle class, usually with jobs like professors, ingenieurs, doctors [...]. So, I have the feeling that mostly educated and well-being people are going to the protests. That's my personal Belgrade-based experience.“ (Interview 1)

Die Interviewpartner*innen, die diese Einschätzung der Teilnehmer*innen bezüglich Alter teilen, konstatieren auch eine eher geringe Anzahl an jungen Menschen und Studierenden im Protest (Interview 2, 3, 4, 10). Die Gründe dafür sehen sie darin, dass viele junge, gut qualifizierte Menschen nach dem Studium aus Serbien abwandern und ihre Zukunft nicht im Heimatland sehen. Teilweise sehen die Befragten den Grund darin, dass eine „Solidarität“ mit der Gesellschaft fehle, dass Studierende sich oftmals nicht mit Politik beschäftigen würden (Interview 3, 4). Auch ein junger Student aus Niš teilt die Wahrnehmung, er beschreibt, dass er „enttäuscht“ sei, dass so wenig junge Menschen auf den Protesten zu sehen seien, und dass er kaum Studienkolleg*innen und Freund*innen dort antreffe (Interview 10). Eine Interviewte widerspricht in dieser Hinsicht: Sie hält fest, dass viele junge Menschen an Demonstrationen partizipieren, dass sie viele Studienkolleg*innen sehe, von denen sie nicht wusste, dass sie auch protestieren (Interview 7). In weiteren Gesprächen wird festgehalten, dass Menschen aller Altersgruppen gleichsam partizipieren (Interview 1, 9).

Zusammenfassend kann festgehalten werden, dass die Wahrnehmung der Interviewten, welche Personengruppen an den Protesten teilnehmen, unterschiedlich ist. Für eine repräsentative Einordnung siehe die Ergebnisse einer Befragung der Friedrich-Ebert-Stiftung und des Think Tanks „SeConS“ in Kapitel IV.3.2 (Teilnehmer*innen, Protestformen und theoretische Einordnung).

Ein Aspekt, der mehrfach angesprochen wird, ist die Heterogenität der Bewegung. So beobachten Interviewpartner*innen, dass Menschen unterschiedlicher politischer Standpunkte im „1od5miliona“-Protest partizipieren. Einerseits kann das als Organisations- und Mobilisierungsstrategie der Bewegung gesehen werden, um eine große Reichweite unter der Bevölkerung zu erreichen und zu zeigen, dass verschiedenste Gruppen der Gesellschaft die Anliegen der Bewegung unterstützen. Ein junger Mann sagt dazu:

„So, in order to attract people, to bring people together, you have to make it “all inclusive”, you have to make something for everybody. If you want to attract somebody who is right-wing, and somebody who is very pro-European and also marching for LGBTIQ-rights -if you want to bring these people together, you have to make it very loose and very kind of: free floating of ideas, and not taking sides.” (Interview 2)

Drei Aktivist*innen betonen, dass die „1od5miliona“-Proteste aus einer heterogenen Gruppe bestehen, dass Menschen die Demonstrationen unterstützen, die politisch liberal, links, vom rechten Spektrum, oder apolitisch sind. Der gemeinsame Nenner sei der Protest gegen die Regierung, und dass sie in Serbien „normal leben wollen“ (Interview 5, 6). Ein Aktivist fügt hinzu, dass sie sich gegen die mediale Darstellung, eine „Seite“ zu unterstützen, wehren. Er konstatiert, dass die „1od5miliona“-Bewegung ein Protest für alle Bürger*innen sei, dass sie alle gegen das Gleiche demonstrieren würden, gegen die aktuelle Regierungspolitik (Interview 6).

Fast alle Gesprächspartner*innen haben die Einschätzung, dass die „1od5milion“ -Protestbewegung nur dann genügend Druck auf die Regierung aufbauen kann, wenn verschiedene Gruppen zusammen agieren – unabhängig von der politischen Ausrichtung (Interview 1, 2, 3, 4, 5, 6, 9, 10). Man müsse einen „Kompromiss“ eingehen und ideologische Prinzipien beiseitelassen, um die Demonstrationen unterstützen zu können (Interview 2). Die Notwendigkeit von pragmatischen Allianzen wird also aus Sicht der Teilnehmer*innen geteilt.

Eine Journalistin fügt hinzu, dass verschiedene Verbände und zivilgesellschaftliche Gruppen den „1od5milion“-Protest als Plattform für eigene Anliegen nutzen. Demnach partizipieren Veteranenverbände, LGBTQ-Gruppen, sowie der Verein „Roditelji nestalih beba“ (Eltern verschwundener Babies) an den Demonstrationen (Interview 9). Letzterer ist ein Zusammenschluss aus Eltern, die ihre Neugeborenen als vermisst gemeldet haben und vermuten, sie seien ihnen gestohlen worden. Der Grund dafür ist der, dass Ärzt*innen ihnen nach der Geburt den Tod der Kinder mitteilten, die Eltern jedoch die Kinder nicht identifizieren bzw. verabschieden durften. Die schätzungsweise 1500 in Serbien betroffenen Familien vermuten darin Fälle organisierten Verbrechens (Balkan Insight 2017a).

Die „1od5milion“-Proteste schließen demnach eine große Bandbreite verschiedener Gruppen ein, welche die Demonstrationen *auch* für ihre eigenen Forderungen nutzen.

Die Protestteilnehmer*innen gehen in den Gesprächen auch auf die Stimmung, die Dynamik der „1od5milion“-Proteste ein. So beschreiben zwei Personen, dass die Demonstrationen keine „Energie“ haben, dass keine optimistische, gute Atmosphäre vorherrscht (Interview 2, 4). Teilweise wird die Stimmung mit der vorheriger Protestbewegungen verglichen. So beobachtet ein Interviewter, dass die Protestierenden der „Ne da(vi)mo Beograd“-Proteste seit 2016 „lauter, passionierter“ in ihren Aktionen waren, und nun die Teilnehmer*innen ruhiger, weniger ausgelassen wirken (Interview 2). Eine Frau, die schon in den 1990er Jahren gegen das Milošević-Regime aktiv war, bezeichnet die Protest-Dynamik wie folgt:

„But from the beginning it was visible: The lack of energy. There was no energy. We were all going like we have a duty to go. Okay, I have a duty to show that I do not agree with this [...]. It's quiet, Yes, it's quiet. People are going just to show: Okay we are here. And that's it.“ (Interview 4)

Sie bezeichnet die Protest-Partizipation als „Pflicht“, die man als Teilnehmer*in erfülle und spricht ein fehlendes Zusammengehörigkeitsgefühl an. Ein Aktivist hingegen nimmt die Stimmung der Bewegung anders wahr. Er bezeichnet das Organisationsteam als „Familie“, und hält fest, dass sowohl Aktivist*innen, als auch die Protestierenden zu einer „Familie“ zusammengewachsen seien (Interview 5).

Ein weiterer Aspekt ist das Gefühl, sich in seiner Kritik an der Regierungspolitik bestätigt zu fühlen durch Menschen, die ebenfalls an den Protestaktionen partizipieren. Eine Teilnehmerin konstatiert:

„And you know, that is a personal relief when you say: Okay, I’m not crazy, because all the things you are hearing from the media is rubbish. [...] For example, when I talk to my husband, we say: Okay, we agree but I don’t know if it’s just the two psychos and everybody else is like: everything is fine. So, you know, going to the streets and seeing that there are plenty of people saying: it’s not okay, somehow gives you the idea that you are not crazy. That you see the same reality as they do.“ (Interview 3)

In dieser Aussage werden die emotionalen Mechanismen deutlich, die bei Protestereignissen greifen. Wie Donatella della Porta argumentiert, sorgt die Partizipation an Protestereignissen bei Teilnehmer*innen für Gefühle kollektiver Ermächtigung. Die interviewte Person hält fest, dass das Wissen um die geteilten Ansichten mit anderen Menschen sie bestärkt, gegen die Regierung zu demonstrieren. Der junge Aktivist findet in den Protestierenden eine „Familie“, und entwickelt durch die Demonstrationen Solidarität und ein Zusammengehörigkeitsgefühl zur Gruppe. Daraus entstehen Gefühle der Wirkmächtigkeit als politisch Partizipierende.

IV.3.4.2.b Erfolge, Schwächen und Einfluss der Bewegung

Die Interviewpartner*innen beschreiben in den Gesprächen ihre Einschätzungen zu den „Ergebnissen“ der „1od5miliona“-Proteste. Diese fallen z.T. sehr unterschiedlich aus. Als Erfolge werden vor allem Rücktritte lokaler SNS-Politiker genannt, sowie der Einfluss, den die Protestbewegung auf die Bevölkerung hat. Es werden jedoch auch schwere Fehler der Bewegung identifiziert, die nach Wahrnehmung der Interviewten zu Enttäuschung und Frustration unter den Partizipierenden geführt haben.

Auf die Frage, ob die Befragten die „1od5miliona“-Proteste als erfolgreich erachten und inwiefern, variieren die Wahrnehmungen. Viele sehen kaum langfristige, „größere“ Erfolge. Sie beobachten den Einfluss der Bewegung eher auf die Gesellschaft an sich: Die Demonstrationen bestärken ihrer Meinung nach, die Bevölkerung darin, Kritik an der Regierung zu üben. Es komme zu einer Ermächtigung der Zivilgesellschaft. Diese zeigt sich in Zusammenschlüssen lokaler Grassroots-Initiativen wie der „Bürgerfront“ („Građanski front“), die eine Wirkmächtigkeit sozialer Bewegungen nahelegen. Von den Gesprächspartner*innen wird hier ein Wiedererstarken einer aktiven Zivilgesellschaft ausgemacht, welche an die kritische Öffentlichkeit Serbiens der 1990er Jahre anknüpft.

Ein baldiger Rücktritt der Regierung aufgrund der Proteste wird als nicht realistisch eingeschätzt, auch die Einlösung der Hauptforderungen wie Medienfreiheit, freie und faire Wahlen, eine Besserung des politischen Klimas wird von den meisten Gesprächspartner*innen durch die jetzigen Protestaktionen

nicht erwartet (Interview 1, 2, 3, 4, 6, 7, 8, 9, 10). Sie sehen den Einfluss der Bewegung eher als *langfristig* an: Dass innerhalb der nächsten Jahre ein Paradigmenwandel passiert, der durch widerständige kollektive Politik angestoßen wird.

Gleichzeitig beschreiben Teilnehmer*innen, dass sie trotzdem -aus einem Pflichtgefühl und Solidarität- an den „1od5miliona“-Aktionen partizipieren:

„I don't believe that it will be [successful]. But it doesn't change my mind to support the protests. So, it's just not my priority. As I told you, I'm well-situated, I'm traveling abroad, I want to have change, but it's an ongoing process. And it's my honour, and due to moral reasons, I have to go to the protests. I don't believe there will be changes soon, but anyway.“ (Interview 1)

In anderen Interviews zeigt sich eine Frustration darüber, dass die mehrmonatigen Proteste bisher kaum Auswirkungen auf die Regierungspolitik haben. Dennoch bekennen sich die Befragten zum Großteil zu einer weiteren Teilnahme an den Aktionen, teilweise aus pragmatischen, teilweise aus idealistischen Gründen. Drei Interviewte geben jedoch an, die Demonstrationen nicht mehr zu besuchen (Interview 4, 8, 10).

Einig sind sich die Gesprächspartner*innen in der Einschätzung, dass die Protestbewegung erfolgreich darin ist, Druck insbesondere auf kommunaler politischer Ebene aufzubauen, sowie „kleinere“ Zugeständnisse zu erwirken. Das wird deutlich anhand zweier Fälle, in denen Lokalpolitiker als Reaktion auf die Protestaktionen und der dadurch generierten medialen Aufmerksamkeit von ihrem Amt zurückgetreten sind.

Im Dezember 2018 wurde in der Belgrader Vorortgemeinde Grocka das Haus des Lokaljournalisten Milan Jovanović angezündet, anschließend wurden Schüsse auf die Haustür abgegeben. Der Journalist und seine Frau retteten sich durch ein Fenster aus dem brennenden Haus und blieben unverletzt. Jovanović berichtete zuvor über Korruption innerhalb des Gemeinderats und die Verwicklung des Bürgermeisters Dragoljub Simonović, welcher der Serbischen Fortschrittspartei angehört, in korrupte Handlungen. Die „1od5miliona“-Bewegung griff daraufhin die Attacke in den wöchentlichen Protesten auf. Im Januar 2019 schließlich wurde Simonović aufgrund des Verdachts, den Angriff auf den Journalisten in Auftrag gegeben zu haben, festgenommen und angeklagt. Präsident Aleksandar Vučić bestätigte in einem öffentlichen Statement aufgrund der großen öffentlichen Aufmerksamkeit durch die „1od5miliona“-Bewegung die Festnahme des SNS-Funktionärs Simonović und den Verdacht des Brandanschlags sowie versuchten Mordes. Der Prozess gegen den Bürgermeister begann im Mai 2019 (N1 2019a, VOA 2019). In einem zweiten Fall beschuldigen Marija Lukić und weitere Frauen den Bürgermeister der Stadt Brus, Milutin Jeličić, der sexuellen Belästigung. Lukić war die Sekretärin des Politikers, der der Serbischen Fortschrittspartei angehört. Jeličić dementiert die Vorwürfe und

behauptet, sie seien politisch motiviert, um dem serbischen Präsidenten und der SNS-Partei zu schaden. Der Prozess begann im Februar 2019, im März trat er als Bürgermeister zurück (CNN 2019). Auch in diesem Fall übten die „1od5miliona“-Proteste Druck aus, den Fall strafrechtlich aufzuklären und traten gegen sexuelle Gewalt ein. Es kam zu umfassender medialer Berichterstattung und einer Kampagne gegen Marija Lukić. Zu den Prozessterminen kamen Unterstützer*innen des Angeklagten, um ihm zuzujubeln, die persönlichen Daten Lukićs wurden in sozialen Medien veröffentlicht und sie wurde eingeschüchtert. Kurz vor der Ausstrahlung einer Live-Sendung, in der das mutmaßliche Opfer über den sexuellen Missbrauch reden sollte, wurde das Signal unterbrochen, und die Fernsehsendung somit nicht ausgestrahlt (CNN 2019, Balkan Insight 2019b). Marija Lukić sprach auch in Belgrad auf den „1od5miliona“-Protesten über den sexuellen Missbrauch und erreichte somit eine große Reichweite an Unterstützer*innen für ihr Anliegen.

In mehreren Interviews gehen die Gesprächspartner*innen auf die beiden Fälle ein und nennen sie als Beispiele für das politische Klima, in dem Anschläge und Delegitimierungskampagnen gegen Menschen keine Einzelfälle sind, und andererseits für Erfolge der Protestbewegung (Interview 1, 2, 3, 4, 5, 7, 8, 9, 10). Auch durch den öffentlichen Druck, den die „1od5miliona“-Bewegung mit aufgebaut hat, kam es in Brus und Grocka zu Rücktritten von SNS-Parteifunktionären, sowie strafrechtlichen Prozessen. Eine Interviewte konstatiert dazu:

„I mean, they made some progress. I saw the panic between SNS-members. They made some small changes [...]. You know, there were two cases: There was an attack on a local journalist, Mr. Jovanović in Grocka. So, the people behind the protests pressured for that case to be solved. And also, there was a case of sexual violence in Brus. So those cases popped up as “light spots”, as something that was actually the result [success] of the protests. But in a way that it could be done more, it could have been done more.“ (Interview 9)

Eine Formulierung, die mehrmals verwendet wird, ist die des „Befreiens von der Angst“ durch die Partizipation am Protest (Interview 2, 3, 4, 6, 9). Das gemeinsame Auftreten einer heterogenen Menschenmenge die solidarisch auftritt, öffentlich ihren Widerstand präsentiert und gegen die autoritäre Regierungspolitik protestiert, ermächtigt nach Meinung der interviewten Personen einerseits die Teilnehmer*innen, und die Bewegung an sich. Zusätzlich werden Menschen ermutigt, die sich anhand der staatlichen Repressionen bisher nicht getraut haben, Kritik zu üben. Die Proteste haben demnach einen strukturierenden Charakter, sie können die Verhältnisse, die politischen Rahmenbedingungen, und die Gesellschaft verändern.

Eine Protestteilnehmerin dazu:

„They were successful in the way of [...] liberating from the fear. Especially in smaller cities, because the protests were not only held in Belgrade, it was like 40, 50 cities in Serbia, some very small cities, and it takes a lot of courage to go to the streets [...]. Because those people are exposed to a lot more pressure than here, when we go in Belgrade [...]. And I think the success of the protests were on that level: People

saw that it's possible to go out on the streets and to say: I do not agree with this, I don't want to live like this. And it's not just the people who came to the streets; There were a lot of people watching, you know, behind the curtains, and say: Okay, it's possible." (Interview 4)

Auch ein junger Student sieht in den Protesten ein „befreiendes Element“ die Zivilgesellschaft: Er argumentiert, dass durch die Demonstrationen insbesondere in kleineren Städten Individuen und Gruppen „ermutigt“ werden, zu partizipieren, Kritik zu äußern (Interview 2).

In diesem Zusammenhang erzählen Interviewpartner*innen von einer Passivität innerhalb der serbischen Bevölkerung: Die Menschen seien in den letzten Jahren zunehmend apathisch geworden und hätten sich von der Politik abgewandt. Der Protest sei demnach erfolgreich darin, die (Zivil-) Gesellschaft zu aktivieren, zu stärken (Interview 1, 2, 3, 4). Ein positiver Effekt der sozialen Bewegung sei weiterhin eine stärkere Vernetzung lokaler Initiativen. Als Beispiel dafür wird die „Bürgerfront“ (Građanski front) genannt, ein Zusammenschluss aus 12 lokalen Grassroots-Bewegungen, darunter auch „Ne da(vi)mo Beograd“, welche sich gegen das Infrastrukturprojekt „Belgrade Waterfront“ richten und 2016 eigens Demonstrationen organisiert haben.

Naturgemäß schätzen die befragten Aktivisten die Erfolge der „1od5miliona“-Bewegung optimistischer ein als andere Protestteilnehmer*innen. Ein Aktivist beschreibt:

„Oh well, we did many amazing things. First, we made the entire opposition sit down at one table: We, the students, the citizens. And those are people who are far-left and far-right, so they wouldn't be sitting together in any other way. And after that we made them sign the "Contract with the people", which is the greatest success because they are proving that they will work and go forward with the people. And then we created an atmosphere, that the protests are good. That everybody should start their own protests for their own problems. [...] And I think that's one of the most important things: Encouraging the people that they should fight for their rights. For their rights given by the constitution [...] And that's their right as citizens to fight on the streets when they see that their parliament [government] is failing them." (Interview 5)

Hier wird eingegangen auf die ideologisch teilweise weit auseinanderstehenden Oppositionsparteien der „Allianz für Serbien“ sowie deren Einigung, sich zu einem Bündnis zu vereinen, und für ein „demokratisches Serbien“ einzustehen. Weiterhin wird der symbolische „Vertrag mit dem Volk“ genannt, den die Allianz den Protestierenden am 16. Februar 2019 in Belgrad vorstellte. Darin bekennen sich die Oppositionsparteien dazu, nicht an Wahlen teilzunehmen, solange diese nicht unter fairen und freien Bedingungen ablaufen. Weiterhin bekennen sie sich zu Medienfreiheit, zu einer substantiellen Demokratisierung Serbiens, einer gemeinsamen Wahlliste für kommende freie Wahlen, sowie der Unterstützung einer Expert*innenregierung, die in einer Übergangsphase bis zu den nächsten Wahlen bestehen soll (Balkan Insight 2019a). Der „Vertrag mit dem Volk“ muss jedoch lediglich als symbolisch angesehen werden und kann als Zeichen einer stärkeren Involvierung der Oppositionsparteien im Protest gewertet werden. Manche Protestteilnehmer*innen sehen einen

Erfolg der Protestbewegung darin, dass Teile der parlamentarischen Opposition sich zusammenschließen und versuchen, eine glaubwürdige politische Alternative anzubieten nach Jahren, in denen manche Oppositionsparteien in Regierungsverantwortung enttäuscht wurden (Interview 3, 9).

Neben den Erfolgen und dem Einfluss der „1od5miliona“-Proteste nennen die Teilnehmer*innen auch einige Schwächen und Fehler der sozialen Bewegung.

Wie schon in Kapitel IV.3.4.1 (Hauptforderungen aus Sicht der Teilnehmer*innen) angesprochen, sehen die Gesprächsteilnehmer*innen eine Schwierigkeit der Proteste in der Unklarheit über die Forderungen der Bewegung. So seien diese immer wieder geändert worden, und die Teilnehmer*innen haben sich aus einer Frustration darüber von den Protesten zurückgezogen. Weiterhin sehen sie ein zentrales Problem darin, dass mit dem Rücktritt der Regierung „unrealistische Maximalforderungen“ gestellt und somit eine hohe Erwartungshaltung bei den Demonstrierenden evoziert würde. Ein baldiger Rücktritt ist nach Ansicht der Befragten nicht realistisch und die Konsequenz dieser Erwartungshaltung sei die Demotivierung vieler Protestteilnehmer*innen und somit das Abflauen der Proteste nach Mai 2019 (Interview 2, 4, 9).

Eine interviewte Person sieht eine Schwäche der Bewegung darin, dass sie nicht genügend Zugkraft habe, um Veränderung in der politischen Situation herbeizuführen oder eine politische Alternative zur Regierung darzustellen. Sie argumentiert, dass das Organisationsteam nicht beharrlich genug sei und in bestimmten Situationen das Momentum nicht ergriffen, sowie schlechte strategische Entscheidungen getroffen habe. Sie beschreibt dies wie folgt:

„I don't see the purpose anymore. [...] We are not asking for anything- Why are we on the streets?! [...] We are not making any pressure. We had the opportunity to make pressure, when the president was in the presidency in his office, and there were protesters all around the building. And I thought that was the moment when you say to the people: Okay, now we are going to stay here. Until we have some answers. Make some statements, put some requests for him, say: We are not leaving before we get answers. -But no: We had the situation that they said: Okay, now let's go home, see you next Saturday. So, we didn't -the opposition did not use the chance they had to make some real pressure. And I don't know if they really want to make some pressure.“ (Interview 4)

Darin wird sie von anderen Interviewten unterstützt, die ebenfalls die Frustration der Protestierenden wahrnehmen: Sie argumentieren, dass Menschen „gelangweilt“ sind, jeden Samstag an Demonstrationen zu partizipieren, wenn ohnehin keine Reaktion von der Regierung kommt und nach sechs Monaten Protesten keine Zugeständnisse sichtbar sind (Interview 2, 8, 9).

Von vielen Gesprächspartner*innen wird die Einschätzung geteilt, dass die „1od5miliona“-Bewegung zwar eine Plattform für den Widerstand gegen die Regierungspolitik bietet. Jedoch fehlt es nach Meinung der Interviewpartner*innen an einem starken Organisationsteam, das den Protest zu einer

substanziellen Veränderung der politischen Situation umdeutet. Zusätzlich wird die politische Opposition in Form der „Allianz für Serbien“ als keine glaubwürdige Alternative gesehen. Eine Journalistin spricht das fehlende Vertrauen innerhalb der serbischen Bevölkerung gegenüber politischen Parteien im Allgemeinen an, und dass die neun Oppositionsparteien, die den „1od5miliona“-Protest unterstützen, ebenfalls geringes Vertrauen genießen. Sie hält fest:

„I think that's one of the reasons the people are not showing up anymore. Because when they started gathering, I think it was presented to people as civic-protest, and then you could see more and more politicians coming, and then people in Serbia have really low trust in political parties, in general. So, they were disappointed to see -you know- politicians taking over protests.“ (Interview 9)

Auch andere Protestteilnehmer*innen bestätigen den Eindruck eines Misstrauens gegenüber einiger Oppositionsparteien innerhalb der serbischen Bevölkerung (Interviews 1, 2, 3, 4, 7, 8, 9).

Eine junge Frau sagt über die Opposition im Protest:

„I think they aren't very popular. Because people don't believe some of them, they had their chance to show how good they are in the past and they weren't sympathetic, so I don't know why they believe now that they can win elections. It evokes frustration, you know.“ (Interview 7)

Die Kooptation des Protests durch die „Allianz für Serbien“ wird insbesondere hinsichtlich der Frustration mit einigen beteiligten Parteien negativ gesehen: Teilweise aus ideologischen Gründen, da unter den Oppositionsparteien die rechtsextreme Partei Dveri vertreten ist, teilweise aus Ernüchterung über ehemalige Regierungsbeteiligungen wie der Demokratska Stranka (DS). So beschreibt eine interviewte Person, dass die Teilnehmer*innen sich einem *zivilgesellschaftlichen Protest*, nicht einem Protest von Parteien angeschlossen haben, und enttäuscht über die Beteiligung der Opposition sind. Sie konstatiert, dass die Menschen sich von Politik abgewandt haben aufgrund der enttäuschenden Regierungsarbeit mancher Oppositionsparteien:

„Or those people in the opposition used to be in power, and somehow they led to this [government]. You know, like Obama led to Trump: Our opposition led to Vučić. How did they lead to this? They paved these processes the way, all the corruption: They paved the road.“ (Interview 3)

Die Aussagen werden bekräftigt durch die Ergebnisse des „Balkan Barometer“ 2018, einer Meinungsumfrage des „Regional Cooperation Council“. Auf die Frage, wieviel Vertrauen die Menschen in Serbien in das Parlament haben, antworten 27 Prozent, sie misstrauen dem Parlament stark, 40 Prozent geben an, dem Parlament nicht oder kaum zu vertrauen. Lediglich 21 („tendiere dazu, dem Parlament zu vertrauen“), und drei Prozent („vertraue dem Parlament vollkommen“) der Befragten geben an, der Institution zu vertrauen (Regional Cooperation Council 2018, S.118). Daraus erschließt sich, dass die Menschen in Serbien kaum Vertrauen in das Parlament als Institution haben, sowie den dort vertretenen Parteien misstrauen.

Die bereits thematisierte Heterogenität der „1od5miliona“-Proteste hat neben dem positiven Effekt, dass mehr Menschen mobilisiert werden und somit ein größerer Druck auf die Regierung aufgebaut werden kann, auch negative Aspekte. So wird von Gesprächspartner*innen festgehalten, dass sich insbesondere junge Menschen gegen die Teilnahme am Protest entscheiden. Der Grund dafür ist u.a., dass sie nicht mit anwesenden Rechtsextremen (u.a. Anhänger*innen der Partei Dveri) in Verbindung gebracht werden wollen, da sie deren politische Haltung ablehnen (Interview 2, 3, 4). Ein Student sagt bezüglich der Heterogenität der Proteste folgendes:

„So, this was the only way to unite all these voices, which are very contrasted in some points: Especially the Kosovo-issue or the EU, LGBTIQ-rights, many issues. You get to become an ally with somebody you oppose probably -from a philosophical view- even more with than with the government itself.“
(Interview 2)

Für viele stelle die Protestteilnahme ein Zugeständnis an ideologisch nicht vertretbare Positionen dar, man müsse Kompromisse eingehen, um partizipieren zu können (Interview 2). Andere sehen die Heterogenität der Bewegung als einen Grund, warum die Demonstrationen nach und nach abgeflaut sind. Demnach läuft die Bewegung Gefahr, fragmentiert zu werden durch die zu starken politischen Unterschiede der verschiedenen Gruppen. So berichtet eine Journalistin von einem Vorfall während der Proteste: Zu Beginn seien in Belgrad auch LGBTIQ-Gruppen Teil der Demonstrationen gewesen. Diese hätten jedoch den Protest boykottiert, da sie aufgefordert wurden, ohne sichtbare Zeichen wie die Regenbogenflagge zu partizipieren. Das Organisationsteam in Belgrad habe ihnen das Tragen der Regenbogenflagge verboten. Die Konsequenz war, dass sich die LGBTIQ-Gruppen vom „1od5miliona“-Protest zurückzogen (Interview 9). Das Beispiel verdeutlicht zum einen die Schwierigkeit, möglichst viele heterogene Gruppen zu *einer* Bewegung zu vereinen. Zum anderen zeigt es illiberale Tendenzen und organisatorische Fehler innerhalb der sozialen Bewegung und wirft die Frage auf, wie inklusiv eine Bewegung ist, die sich selbst als Plattform aller unzufriedener Bürger*innen sieht, gleichzeitig jedoch Gruppen aus dem Protest exkludiert und aus der Bewegung ausgrenzt.

IV.3.4.2.c Die Rolle der Zivilgesellschaft

Mehrere Interviewpartner*innen sprechen eine Vernetzung verschiedener lokaler zivilgesellschaftlicher Bewegungen an, die durch die Proteste begünstigt wird. Sie teilen die Einschätzung, dass die kollektive widerständige Politik der „1od5miliona“-Bewegung die serbische Zivilgesellschaft „aufgeweckt“ habe, dass durch die Aktionen Menschen ermutigt wurden, wieder politisch aktiv zu werden.

Ein Ergebnis der Vernetzung lokaler Initiativen ist die „Građanski front“, die Bürgerfront. Sie wird von Gesprächspartner*innen als „direktdemokratischer, linker“ Zusammenschluss beschrieben, der eine „politische Alternative“ mit lokalen Schwerpunkten, Umwelt- und Nachhaltigkeitsthemen bieten

möchte (Interview 2, 4). Sie hat sich 2019 aus neun Bewegungen, u.a. „Ne da(vi)mo Beograd“, „Lokalni front“, gegründet (Građanski front 2019). Manche Interviewpartner*innen nehmen die „Bürgerfront“ als Hoffnung für eine neue politische Kraft wahr (Interview 4, 6):

“Those are grassroots-movements who are trying to unite and to give a political alternative. To bring new topics to the spotlights, green energy and sustainable politics, environmental topics. But that’s only the beginning of the process, so they are weak at the moment, but we hope, that they get more strength and develop to a new political alternative. Some of those local initiatives have already participated in local elections and have their representatives in local parliaments, like Lokalni front.” (Interview 4)

Andere sehen die Vernetzung lokaler, zivilgesellschaftlicher Organisationen zwar positiv, jedoch räumen sie der „Bürgerfront“ kaum Chancen auf langfristige politische Erfolge ein: Die Bewegung habe kaum Reichweite, nur wenige Menschen wüssten über die Bewegung und deren Aktivismus Bescheid. Weiterhin wird argumentiert, dass „Građanski front“ nicht genügend mobilisiere, ergo kaum sichtbar sei in der Öffentlichkeit (Interview 2, 9).

Eine Journalistin konstatiert, dass sich in den letzten Jahren immer wieder soziale Bewegungen und NGOs entwickelt haben, die jedoch nach kurzer Zeit an Einfluss verloren. Am Beispiel der „Ne da(vi)mo Beograd“-Bewegung hält sie fest:

„Ne da(vi)mo Beograd: They participated [in elections], but on the local level. [...] I think they have some MPs in the local parliament, but they don’t ... they are not influential anymore, and they started massive protests which died. Basically, everything is repeating.” (Interview 9)

Sie sieht ein wiederkehrendes Muster in aufkeimenden sozialen Bewegungen und zivilgesellschaftlichen Vereinigungen, die jedoch keinen nachhaltigen politischen Erfolg erzielen können und wieder abflauen.

Trotz der Wahrnehmung, dass sich mithilfe der „1od5miliona“-Proteste eine aktivere Zivilgesellschaft entwickelt hat, sehen viele Gesprächspartner*innen eine Passivität der Bevölkerung in Bezug auf Politik. Sie beschreiben, dass Menschen in Serbien desillusioniert sind von Politik und gesellschaftlichen Themen, dass sie politischen Entwicklungen apathisch begegnen (Interview 1, 2, 3, 4). Ein Interviewpartner argumentiert, dass die serbische Bevölkerung „Angst hat“, zu protestieren und öffentlich politische Maßnahmen zu kritisieren. Noch vor Jahrzehnten seien hunderttausende Menschen auf die Straßen gegangen, um gegen die Kriege zu demonstrieren. Er sieht einen Wandel zu einer Apathie der Bevölkerung: „Now the attitude changed towards: It could be much worse“ (Interview 1). Auch andere Teilnehmer*innen nehmen eine Frustration und Passivität innerhalb der Bevölkerung – und auch innerhalb der Zivilgesellschaft wahr. Die Interviewten sehen die Gründe dafür in der nicht abgeschlossenen Transitionsphase von 2000 bis 2012 und den ernüchternden Erfahrungen mit Regierungen, die vor der SNS im Amt waren (Interview 1, 2, 3, 4, 9). Die Konsequenz dessen sei die Teilnahmslosigkeit eines Großteils der Bevölkerung und die Schwierigkeit, Menschen nachhaltig für Proteste mobilisieren zu können.

IV.3.4.2.d Die Rolle der Opposition

Die aus neun ideologisch z.T. stark unterschiedlichen Parteien bestehende „Allianz für Serbien“ hat sich zu Beginn der Demonstrationen noch zurückgehalten. Mit der Erstürmung des RTS-Gebäudes am 17. März 2019 hat die Allianz jedoch ihre Präsenz in den „1od5miliona“-Protesten verdeutlicht.

Die befragten Personen schildern einerseits einhellig das Misstrauen und die Frustration der Protest-Teilnehmer*innen gegenüber der Opposition. Mehrere Befragte sehen zwar die Notwendigkeit, dass sich nun „alle Kräfte“ im Widerstand gegen die Regierungspolitik vereinen und erst nach einem Rücktritt durch Wahlen über die Oppositionsparteien entschieden werden soll. Trotzdem sprechen fast alle die fehlende Glaubwürdigkeit der Oppositionsparteien an – auch angesichts der Demokratska Stranka, die vor den SNS-Regierungskoalitionen als Regierungspartei abgewählt wurde. So beschreibt eine Interviewte das Misstrauen der Bevölkerung gegenüber einiger Oppositionsparteien:

„And when they [the opposition parties] appear, the people are like: But guys, I remember your corruption, I remember what you did! – So, that’s why people don’t support them, some don’t even want to see them there [in the protests].“ (Interview 3)

Insbesondere die stärkere Einbindung oppositioneller Parteien in den Protestaktionen wird stark kritisiert. Demnach habe das Organisationsteam am Anfang der Proteste klar kommuniziert, dass Oppositionspolitiker*innen als Privatpersonen an den Demonstrationen teilnehmen dürfen. Jedoch sollten sie keine Parteisymbole zeigen, und sich nicht aus parteipolitischen Gründen in den Vordergrund stellen (Interview 2). Aus diesem Grund hat das Organisationsteam nach dem Protest am 22. Januar 2019 die Oppositionsführer dazu aufgerufen, einen konkreten Plan für ein demokratisches Serbien vorzulegen. Die Opposition präsentierte daraufhin im Februar den „Vertrag mit dem Volk“, in dem sie sich für eine Übergangsphase unter einer Expert*innenregierung aussprechen, in der die Bedingungen für freie, faire Wahlen geschaffen werden. Weiterhin boykottiert die „Allianz für Serbien“ seitdem das Parlament aus Protest vor der Missachtung des Parlamentarismus durch die SNS-Regierung (Bjeloš 2019).

Einige Gesprächspartner*innen sehen in der „Kooptation“ der Proteste durch das Oppositionsbündnis einen der Hauptgründe für das starke Abflauen der Proteste (Interview 2, 3, 4, 7, 8, 9). So wird von der Friedrich-Ebert-Stiftung geschätzt, dass bei der vermutlich größten „1od5miliona“-Demonstration am 13. April 2019 in Belgrad über 25 000 Menschen partizipierten, in den Wochen danach die Teilnehmer*innenzahl jedoch auf 1500 bis 3000 sanken. Wie die Interviewten sieht auch die FES-Publikation einen Grund dafür in der Präsenz und dem „Führungsanspruch“ der „Allianz für Serbien“ (Brändle 2020, S. 5). Eine Teilnehmerin konstatiert, dass die „Kooptation“ der Protestbewegung v.a. durch die Einträge der Bewegung in sozialen Medien sichtbar wurde:

„They took over, and it was expected. It was pretty much obvious on social networks that they are going to do that. Because at some point, they were starting to make some equalization between the protests

and the opposition: If you attack the opposition, you're attacking the protests. If you're criticizing the opposition, you're attacking the protests. – So, they were making this equation, yes. And it was pretty much obvious that they are going to take it over, and in the end they did it.” (Interview 4)

Demnach sei ein stetiger Wandel von einem zivilgesellschaftlichen zu einem von Parteien dominierten Protest passiert, der sich auch in der Verteidigung der Oppositionsparteien durch das „1od5milion“-Organisationsteam in sozialen Medien äußere (Interview 4).

IV.3.4.2.e Vergleich mit früheren Protesten

Auf die Frage nach Parallelen und Unterschieden zu vorherigen Protesten gehen viele Interviewteilnehmer*innen auf die Proteste gegen Milošević in den 1990er Jahren bis 2000 sowie die „Ne da(vi)mo Beograd“-Proteste 2016 und die „Protiv Diktature“-Proteste 2017 ein.

Dabei wird insbesondere von den jüngeren Interviewpartner*innen die „Gegen die Diktatur“-Protestbewegung 2017 mit den jetzigen Protesten verglichen (Interview 6, 7, 10). Alle drei waren 2017 bei den Protesten aktiv und wurden nun remobilisiert. Sie halten fest, dass die Motivation und Gründe dieselben sind: Druck auf kritische Medien und Propaganda durch regierungsnahe Medien, das politische Klima sowie die Zentralisierung der Macht in der Person Vučićs.

Ein Aktivist erzählt, dass die Proteste 2017 unstrukturierter waren und durch einen Facebook-Aufruf viele junge Menschen zur Demonstration kamen. Weiters hätten er und die Organisator*innen aus Fehlern damals gelernt, und nun versucht, die „1od5milion“-Proteste besser zu koordinieren, sodass sie länger anhalten als die „Gegen die Diktatur“-Bewegung 2017 (Interview 6). Eine Studentin beobachtet, dass an den Protesten 2017 vor allem junge Menschen, darunter viele Studierende partizipierten. Die „1od5milion“-Proteste hingegen seien ihrer Wahrnehmung nach heterogener, sie sehe neben jungen Menschen auch viele Ältere, und Familien mit Kindern auf den Demonstrationen (Interview 7).

Die Proteste gegen das Belgrade-Waterfront Immobilienprojekt 2016 sind ein weiterer Anknüpfungspunkt für die derzeitigen Demonstrationen: Obwohl diese ursprünglich als Recht-auf-Stadt-Proteste initiiert wurden, gibt es Parallelen in den Protestgründen. Auch in den Protesten 2016 wurden Gewalt, fehlende Rechtsstaatlichkeit und autoritäre Politik angeprangert, nachdem für ein Bauprojekt Straßenzüge illegal abgerissen, Zeug*innen gefesselt und eingeschüchtert wurden. Ein Interviewter argumentiert, dass die Demonstrationen 2016 um einiges dynamischer, lebendiger und kreativer waren als 2018, und mehr junge, linksgerichtete Menschen partizipierten. Trotzdem, so der Mann, dauern die „1od5milion“-Proteste länger an und scheinen resilienter zu sein (Interview 2).

Als Gemeinsamkeit der Proteste der 1990er Jahren bis 2000 und der jetzigen Bewegung erachten manche die autoritäre Regierungspolitik, insbesondere Druck auf Medien, Korruption und Repressionen der Bevölkerung (Interview 1, 4). Andere Gesprächspartner*innen sehen die

Ausgangslage der 1990er Jahre als eine andere an: So sei das Milošević- Regime autoritärer, gegen Ende sogar totalitär, und die Repressionen stärker gewesen. Weiterhin war damals der Protest-Anlass Wahlbetrug, im Vergleich dazu seien die Gründe für die jetzigen Proteste allgemeiner: Medienfreiheit, politische Gewalt, sozioökonomische Gründe (Interview 2, 10). Eine Kontinuität machen Teilnehmer*innen in den Politiker*innen aus, die sowohl unter Milošević - wie auch jetzt aktiv seien und Ämter innehaben (Interview 1, 4, 5). Das prominenteste Beispiel dafür ist der damalige Informationsminister und jetzige Präsident Aleksandar Vučić. Ein Protestteilnehmer beschreibt die Kontinuität politischer Akteure aus dem Milošević-Regime wie folgt:

“Yes, he [Slobodan Milošević] was kicked out, but it’s not just Milošević, it’s the same people changing the dresses. You know, before Vučić, a typical example: He is always saying that the previous democratic ruling party [DS] is guilty for everything. But most of his partners actually changed the dresses and are coming from that system. So, what about them?! Who was doing these wrongdoings if you accept them again in your party?” (Interview 1)

Es wird kritisiert, dass Politiker*innen, die in der Vergangenheit in Regierungen eine schlechte Politik betrieben haben, wieder Posten in der Spitzenpolitik bekommen und nochmals Regierungsverantwortung innehaben.

Die Interviewpartner*innen sehen Unterschiede in der zivilgesellschaftlichen Mobilisierung der Proteste. Sie konstatieren, dass die Protestbewegungen der 1990er Jahre bis 2000 mehr Menschen mobilisieren konnten, dass die Zivilgesellschaft aktiver war und *vereinter* im kollektiven Widerstand. Auch sei der Druck auf die Regierung größer gewesen, da die Demonstrationen z.T. täglich stattfanden, und nicht nur einmal die Woche (Interview 2, 3, 4, 9). Ein Journalistin nennt in diesem Zusammenhang die „1od5miliona“-Proteste eine Bewegung „der Eliten“: Die Repressionen und Missstände seien nicht groß genug, dass es einen genuinen Druck verschiedenster Bevölkerungsgruppen auf die Regierung gebe. Das sei 2000 anders gewesen, die Menschen waren täglich auf den Straßen, bis Milošević zurücktrat (Interview 9).

*IV.3.4.3 Die politische Situation aus Sicht der Teilnehmer*innen*

Nachdem die „1od5miliona“-Bewegung und deren Forderungen dargestellt wurde, wird im folgenden Teil die politische Situation in Serbien erörtert, hinsichtlich der Frage, ob der Staat aus Sicht der Protestteilnehmer*innen als Demokratie einzustufen ist. Dabei werden folgende Bereiche analysiert: „Politisches Klima und Repressionen“, „Lage der Medien und Medienfreiheit“, „State Capture“, „Aushöhlung demokratischer Institutionen“, sowie „Die Rolle der Europäischen Union“.

IV.3.4.3.a Politisches Klima und Repressionen

In mehreren Interviews wird ein sich verschärfendes feindseliges politisches Klima in Serbien angesprochen. Zum Teil gehe dieses von der Rhetorik der Regierung, teilweise von regierungsnahen Medien aus, welche Delegitimierungskampagnen gegen Kritiker*innen der Regierung führen (Interview 1, 2, 3, 4, 5, 6, 7, 8, 9, 10). Insbesondere werden in diesem Zusammenhang die TV-Sender „Pink“, „Happy TV“, oder das Boulevardmedium „Informer“ genannt, die nicht nur Oppositionelle verunglimpfen, sondern auch Personen in hohen Funktionen, die sich gegen Regierungsvorhaben stellen. Ein Beispiel ist das eines Richters, der öffentlich Kritik an einer Gesetzesänderung übte: Die Regierung verabschiedete demnach ein Gesetz, wonach Sexualstraftäter*innen, die sexuellen Missbrauch an Minderjährigen begehen, eine lebenslange Strafe ohne die Möglichkeit zur Strafmilderung bekommen. Der Richter kritisierte, dass es keine Debatte im Parlament dazu gegeben habe, und dass der Boykott der Opposition dazu genutzt wurde, das Gesetz schnell durchzubringen. Daraufhin sei eine Hetzkampagne in Boulevardmedien gegen den Richter persönlich ausgebrochen, um ihn und seine Kritik zu delegitimieren (Interview 1, 2). Mehrere Interviewte teilen die Auffassung, dass sowohl Regierungsmitglieder, aber vor allem regierungsnahe Medien systematische Delegitimierungskampagnen gegen Kritiker*innen fahren. Eine Studentin konstatiert, dass es rhetorische Attacken gegen Oppositionelle und Kritiker*innen schon vor den SNS-Regierungen gegeben habe. Jedoch haben sie unter den SNS-beteiligten Regierungen seit 2012 stark zugenommen und seien offensiver geworden (Interview 7). Eine andere Protestteilnehmerin spricht von „Mobbing“-sowohl gegen Oppositionelle als auch gegen Wähler*innen und eigene Parteimitglieder. Sie konstatiert, dass unter Präsident Vučić Menschen Angst gemacht wird, sie unter Druck gesetzt werden, um seine Macht zu demonstrieren, wie in einem „Master and servant game“ (Interview 3). Die Wahrnehmung, dass die SNS-Regierung mit Repressionen und einer Politik der Angst agiert, teilen mehrere Gesprächspartner*innen. Insbesondere sozial schwache Menschen würden die SNS wählen – aus Angst, aber auch aufgrund der „Hoffnungen und Versprechen“, die Vučić ihnen mache (Interview 4). So wird das Paradox beschrieben, dass unter Aleksandar Vučić Sozialleistungen und Pensionen gekürzt wurden. Trotzdem schaffe er es, sozial Schwache und von Kürzungen betroffene Menschen anzusprechen und für sich zu mobilisieren:

„And somehow Vučić managed to gather them and give them hope that he’s going to take care of them. But he won’t, he cut off their pensions, he’s giving less and less money for social benefits, for kids, for unemployed people. And he’s basically always pointing [on them]: You’re not working enough, you’re lazy! [...]. So, the amount of people who are in that position, deprived of rights and any economic future, is huge. And he’s somehow addressing them very successfully. He’s manipulating them, and he’s even threatening them and making their life miserable, and they’re still supporting him. Somehow he gave them the idea that when he’s in power, it’s not that good, ...he’s always saying: it’s going to be better,

but on the other hand, if I'm not in power: these other guys, Oh, then it would be much worse. And somehow they're buying that." (Interview 4)

Die Mobilisierung v.a. exkludierter Gruppen und Menschen aus finanziell schwierigen Verhältnissen kann auf die Rhetorik des amtierenden Präsidenten und seiner Partei zurückgeführt werden, wie Vedran Džihic und Cengiz Günay argumentieren:

„In Serbia, the SNS has been able to establish itself on the one hand as a voice and champion of the interests of those who felt excluded by the system and on the other hand it could position itself as a pro-EU reform party.” (Günay und Džihic 2016, S. 540)

Trotz einer Wirtschafts- und Sozialpolitik, die sich nicht für sozial Schwache einsetzt, kann die SNS durch ihre Rhetorik genau solche Gruppen für sich gewinnen, mit einem Narrativ des Einstehens für die „kleinen Leute“, für „echte Serben“.

In dem Zusammenhang wird in mehreren Interviews dargestellt, dass die regierende SNS v.a. auf kommunaler Ebene Menschen, die in staatlichen Unternehmen und der Verwaltung arbeiten, unter Druck setzt, die Partei zu wählen und an pro-Regierungs-Kundgebungen teilzunehmen. Lokale Politiker*innen und Arbeitgeber*innen drohen demnach bei fehlender Unterstützung der Partei mit dem Verlust des Arbeitsplatzes (Interview 2, 4, 6, 7, 9):

„When you see that people are threatened, [...] and you know that you can lose your job, or if you want to find a job, you must be okay with the governing party. And you have strong government-owned companies [State-owned enterprises]. Many people are actually working there [...].” (Interview 6)

„So, mostly they put you on employment agreements that change after two, three months. And they put usually their people in positions, people get employed by them and they can tell them: Okay, if you want to prolong your agreement, you must go to our [party-] meetings. So, they put them under pressure. They threaten the people in the local municipalities. The workers from the local municipalities and the people who work in public administration, must go there [to party meetings, manifestations].” (Interview 6)

Druck auf Angestellte im staatlichen Sektor wird als Instrument zum Machterhalt, zum „Voting and supporting“ der Regierungspartei eingesetzt (Interview 2, 4, 6, 7, 9). In Serbien macht der staatliche Sektor einen großen Anteil der Gesamtbeschäftigung aus, 14 Prozent aller Arbeitnehmer*innen arbeiten in staatlichen Unternehmen (IMF 2019, S.51). Im staatlichen Sektor Serbiens existiert kein unabhängiger und von der Leistung der Bewerber*innen geprägter Einstellungsprozess, sondern ein klientelistisches System, das Menschen einstellt abhängig von der Unterstützung zur regierenden Fortschrittspartei.

Die Repressionen gegenüber Arbeitnehmer*innen wird verdeutlicht durch Aussagen, welche die erzwungene Teilnahme vieler Angestellter an einer von der SNS organisierten Pro-Vučić-Demonstration am 19. April 2019 in Belgrad schildern. Mehrere Busse mit Menschen aus dem ganzen Land sind wenige Tage nach der bis dato größten „1od5miliona“-Demonstration im April in Belgrad

angekommen, die Innenstadt wurde größtenteils abgesperrt. Es wurde ein Protest für die Regierung abgehalten. Die Interviewten sprechen von einer von der SNS „gestellten“ Demonstration, die die Popularität der Regierung zeigen sollte (Interview 1, 2, 4, 6, 7, 9). Eine Journalistin dazu:

“It was an organized event. People came in an organized way, with the buses paid by progressives or public institutions. So, it’s a really staged performance we see since 2012. There were not really many people coming because they wanted. That’s the thing I told you: They are probably employees in public institutions and they really had to come. Because they had a list. Every head of public institutions has a list of his/her employees, so then you just go by the list: These are the names that have to be on the bus.”
(Interview 9).

Neben den Einschüchterungen von Arbeitnehmer*innen kommt in diesem Vorfall ein weiteres Element hinzu: Die missbräuchliche Verwendung von Steuergeldern für Parteizwecke. Ein weiterer Interviewpartner kritisiert die durch die SNS organisierte Demonstration vom 19. April und wirft der Regierungspartei vor, dass sie Busunternehmen gechartert hätte und diese durch öffentliche Gelder bezahlt wurden (Interview 1).

Ein weiterer Aspekt, der das politische Klima in Serbien beschreibt, ist der politische Diskurs, der gegenüber Kritiker*innen durch die Regierung verwendet wird. Neben direkten Angriffen auf Einzelpersonen wird eine feindselige Rhetorik allgemein gegen Gruppen angewandt. So wird von einer „gewalttätigen“, „wir gegen die“, einer „Schwarz-weiß“-Rhetorik gesprochen (Interview 2, 3). Auf der anderen Seite stelle sich die Regierung, insbesondere Präsident Vučić selbst als hart arbeitend dar, als Gruppe, die nie schläft und stets für das Wohlergehen Serbiens und seiner Bürger*innen arbeite (Interview 3). Ein Aktivist beschreibt den Diskurs der Regierung wie folgt: „We are all the same for them. Everybody that doesn’t have the same opinion as they have, is their enemy. And these [people] are for them *enemies of the state*“ (Interview 6). Regierungsmitglieder delegitimieren Gruppen, die sich ihnen gegenüber kritisch äußern und stellen gleichzeitig eine Solidarität mit „echten Serb*innen“ her, die sie unterscheiden von „Feind*innen“, von Menschen, die „unserbisch“ sind. Durch den nationalistischen Diskurs der Protestbewegung als „Feinde und Feindinnen“ werden nicht nur die Gruppen an sich, sondern auch deren Anliegen als nicht ernstzunehmend deklassiert. Dieses Muster haben die Autoren Džihic und Günay bereits bei den „Ne da(vi)mo Beograd“-Protesten 2016 identifiziert: Die Proteste wurden durch die Regierung als ideologisch motiviert dargestellt, als feindlich eingestellt gegenüber Serbien und der SNS-Regierung, sowie als durch ausländische Kräfte finanziert (Günay und Džihic 2016, S. 541).

Von mehreren Interviewpartner*innen wird eine zunehmende Kultur der Straflosigkeit in Serbien beobachtet, die das politische Klima prägt. Sie sprechen die Ermordung des nordkosovarischen Oppositionsführers der Partei „Sloboda, Demokratija, Pravda“ (Freiheit, Demokratie, Gerechtigkeit), Oliver Ivanović an (Interview 2, 4, 5, 6, 8, 10). Er kritisierte in der Vergangenheit die serbische

Regierung, wie auch die Belgrad-treue kommunalregierende Partei Srpska Lista (Serbische Liste) im Nordkosovo angesichts deren Kosovo-Politik. Im Januar 2018 wurde er vor seinem Parteibüro in Kosovska Mitrovica aus einem fahrenden Auto erschossen. Ein Student konstatiert, dass die Ermittlungen im Mordfall stagnieren, und dass eine „echte“ Aufklärung über Auftraggeber*innen und Täter*innen von der serbischen Regierung nicht gewollt sei:

„For example the murder of Oliver Ivanović. And nobody talks about it. [...] But we didn't have some real investigation, and nobody knows when we will have the results of the investigation of that murder in Kosovo. And he was one of the biggest opposition leaders in Kosovo. Yeah, we have tried to talk more about it, but it seems like nobody hears us, because we just don't have some news in that investigation. He is killed, and that's the end of the story. It's really sad, but I think that nobody wants the investigation: Not Serbian leaders, neither Kosovar leaders. So, it will just stay like that maybe for about 10 years, like they did with Zoran Đinđić. And in the end, something will happen, but in that moment that will not be important. It's sad.” (Interview 10)

Der Fall erregte in Serbien viel Aufmerksamkeit, da der Politiker von 2008 bis 2012 Staatssekretär des serbischen Ministeriums für Kosovo und Metochien war und sich in der Folge für ein friedliches Zusammenleben im Kosovo und eine für beide Seiten akzeptable Lösung im Konflikt um die ehemalige Provinz einsetzte. In Interviews sprechen Protestteilnehmer*innen von einer mutmaßlichen Beteiligung Milan Radoičićs, der wenige Monate nach dem Mord zum Vizepräsidenten der Belgrad-nahen Serbischen Liste ernannt wurde und schon zuvor Verbindungen zu Aleksandar Vučić hatte.⁶ Eine Interviewte argumentiert, dass Aleksandar Vučić Radoičić schütze, und dass es zu keiner Verurteilung kommen werde, da der serbische Präsident das als Druckmittel nutzen könne für die Durchsetzung einer Lösung in der Kosovo-Frage (Interview 4). Im November 2018 scheiterte ein Versuch der kosovarischen Polizei, Radoičić wegen Mordverdachts festzunehmen, da er nach Serbien geflohen war und die serbische Regierung ihn schützte. Präsident Vučić sagte RTS gegenüber:

„Milan Radoičić is not Oliver's killer... Kosovo Police special units wanted to kill him in an arrest operation in order to assign responsibility for the murder of Oliver Ivanović to Belgrade. Such accusations would weaken the negotiating position of Serbia [in the ongoing Brussels talks with Kosovo to normalise relations].” (Balkan Insight 2018b)

Die Anklage hingegen, die im Dezember 2019 im Kosovo gegen mehrere Personen erhoben wurde, sieht Radoičićs mit Zvonko Veselinović als Anführer einer kriminellen Gruppe, die den Mord an Oliver Ivanović verantworten (Balkan Insight 2019e). Das bekräftigt die Vermutung der Interviewten, dass der serbische Präsident aus einem politischen Kalkül heraus den Vizepräsidenten der Belgrad-treuen Serbischen Liste schützte und ihm in Serbien Asyl gewährte. Dieser Fall reiht sich - so die

⁶ Die Interviews fanden im Mai 2019 statt. Die Anklage gegen Milan Radoičić wurde erst später, im Dezember 2019 erhoben.

Gesprächspartner*innen - ein in andere Straftaten, die aus politischen Gründen keine Verurteilungen zur Folge hatten, wie z.B. die illegalen Abrisse in Savamala, oder der Brandanschlag auf den Journalisten Jovanović in Grocka (Interview 2, 3, 4, 5, 6, 10). Die Protestteilnehmer*innen sehen hier eine Kultur der Straflosigkeit, die von der regierenden SNS etabliert wird und Personen schützt, die ein Naheverhältnis zur Fortschrittspartei haben und politisch motivierte Straftaten begehen.

IV.3.4.3.b Lage der Medien und Medienfreiheit

Die mangelnde Medienfreiheit in Serbien wird von allen Interviewten thematisiert (Interview 1 bis 10). In den Gesprächen zeigt sich das Bild einer weitreichenden Beeinflussung und Kontrolle der (Print, TV- und Radio-) Medien durch die aktuelle Regierung bzw. ihr nahestehende Personen. Ein Großteil der Interviewpartner*innen sieht die Medienfreiheit in Serbien stark eingeschränkt, zwei sehen sie gar als nicht existent an (Interview 4, 9). Es gebe wenige kritische, unabhängige Medien, diese seien Hetzkampagnen ausgesetzt – durch regierungsnahe Medien wie auch durch Regierungsvertreter*innen selbst (Interview 2, 3, 9, 10).

Fernsehen ist in Serbien das am meisten genutzte Medium. Laut dem Media-Ownership Monitor des Balkan Investigative Reporting Network (BIRN) und Reporters Without Borders (RSF) informieren sich 6,1 Millionen Menschen in Serbien über Nachrichten via Fernsehen (Media Ownership Monitor Serbia 2019b). Es existieren über 200 Fernsehsender, von denen fünf nationale Sender, ca. 100 regionale und lokale, sowie über 100 Kabel-TV Sender sind. Die Lizenzen für die „nationalen Frequenzen“ und somit die nationalen Sender werden über die Medienaufsichtsbehörde REM vergeben (Media Landscapes 2020). Zu den fünf nationalen Sendern zählen: Der öffentlich-rechtliche Sender RTS⁷, sowie die privaten Prva, O2, Pink und Happy TV. Die Interviewpartner*innen beschreiben mehrheitlich die stark einseitige, z.T. regierungsfreundliche Berichterstattung sowohl des öffentlich-rechtlichen RTS, als auch der privaten Sender, wobei sie insbesondere Pink und Happy TV als „vulgär“, „unhöflich“, „derb“ und extrem parteiisch, „offen regierungsfreundlich“ bezeichnen (Interview 3, 6, 7, 10). Den beiden Privatsendern komme eine Schlüsselrolle bei Regierungspropaganda zu: Pink und Happy TV führen regelrechte Delegitimierungskampagnen gegen die „1od5miliona“-Proteste, gegen Kritiker*innen der Regierung, unabhängige Medien und Oppositionelle. Dabei arbeiten - so die Gesprächspartner*innen und der Media Ownership Monitor Serbia - die Sender mit Regierungspropaganda und Fake News. Ein Interviewter beschreibt, dass seine Großmutter Pink konsumiere. Sie bekomme durch den Sender das Bild, dass die „1od5miliona“-Protestierenden eine „Gruppe gewalttätiger Krimineller“ seien. Diese Vorstellung werde durch die falsche und hetzende Berichterstattung des Senders transportiert, und viele Bürger*innen würden den Sender konsumieren (Interview 2, 4). Dazu eine Protestteilnehmerin:

⁷ Unter den öffentlich-rechtlichen RTS fallen die Sender RTS1, RTS2, RTS3, sowie RTV.

„They use every single chance to make the protesters look like enemies, not enemies of the government, but enemies of the state. And enemies of the common welfare.“ (Interview 4). Die zwei Privatsender verbreiteten nicht nur falsche Informationen und Propaganda, sondern jagten den Menschen gezielt Angst ein mit „Horror-Szenarien“ einer Regierung ohne die Beteiligung der SNS (Interview 4). Andere Interviewpartner*innen bestätigen die Einschätzung, sie bezeichnen Pink (und Happy TV) als die „schlimmsten Sender“, die offen ihre Meinung zugunsten der Regierung propagieren und gegen Journalist*innen und unabhängige TV-Sender hetzen würden (Interview 3, 4, 6, 7, 10). Eine Gesprächspartnerin stellt die Delegitimierungskampagnen gegen unabhängige Medien und die Opposition durch die genannten Sender dar:

„And then on those TV-stations which are servant to his [Vučićs] regime, they would call, let's say two to three persons to speak about somebody not present: Look what he has written, it's all lies, he's working for some foreign agencies, he's spying, somebody from abroad is paying you!“ (Interview 3)

„Information is not the key thing. It's creating this image, let's say about the opposition who are "thieves, corrupted, traitors"- stuff like that. Or all these other persons. Whoever steps out from anonymity and says: This is not okay! [...] – That person is going to have in the media a program all for him- or herself...“ (Interview 3)

Die Berichterstattung regierungsnaher Medien gleiche einer systematischen Vorgehensweise, um Regierungskritiker*innen und andere Medien zu diskreditieren. Als Beispiel nennen Teilnehmer*innen Pink-Sendungen. Der Oligarch und Besitzer der Pink Media Group, Željko Mitrović, lässt demnach in (Nachrichten-)Sendungen seines Senders Journalist*innen seine „offenen Briefe“ vorlesen. Diese enthalten neben Regierungspropaganda auch Lügen über Oppositionelle. So wurde er 2019 zu Entschädigungszahlungen an Dragan Đilas verurteilt, weil er Lügen über den Oppositionspolitiker in einem „offenen Brief“ verbreitet hatte (N1 2019b). Eine Studentin sagt dazu:

„He [Željko Mitrović] was always with the government, with the important people. [...] And of course, he is the owner of the TV station, so it's stupid: That's not the purpose of your TV station to show your own opinion, your personal opinion! But that's how it works.“ (Interview 7)

Im Media Ownership Monitor Serbia wird argumentiert, dass die SNS-Regierung die Medienlandschaft seit Jahren umstrukturiert und somit umfassend kontrolliert. Das geschieht auch durch das Aufkaufen privater Medienunternehmen durch regierungsnahe Unternehmer*innen. Die Plattform konstatiert:

„During the last two years, television stations with a national frequency have been fully placed under the control of those in power or people linked to them. Aside from pro-government televisions Pink and Happy, which have opened their space for spreading government propaganda and attacking critics of the regime since the beginning of Aleksandar Vučić's rule, towards the end of last year the former B92 and Prva televisions also gained new owners close to the ruling SNS.“ (Media Ownership Monitor Serbia 2019a)

Druck auf die Medienlandschaft wird neben dem Aufkaufen von Medienunternehmen durch regierungsnahe Personen auch mithilfe *direkter* Attacken durch Regierungsvertreter*innen, insbesondere durch den serbischen Präsidenten, ausgeübt. Eine Interviewpartnerin beschreibt, dass Aleksandar Vučić in Pressekonferenzen und anderen öffentlichen Gelegenheiten unabhängige Medien attackiere und delegitimiere (Interview 3). Die Praktiken werden von weiteren Befragten bestätigt (Interview 2, 9, 6).

Auch der öffentlich-rechtliche RTS berichte nicht objektiv, so die Interviewten (Interview 1 bis 10). Demnach veröffentliche der Sender Pressemeldungen der Regierung anstelle eigens recherchierter Fakten. Weiterhin berichte er verfälscht oder gar nicht über für die Regierung unliebsame Ereignisse, wie z.B. die „1od5miliona“-Proteste (Interview 2, 3, 4, 6, 9, 10). Die einseitige Berichterstattung zeige sich auch darin, dass die parlamentarische Opposition wesentlich weniger Sendezeit zugestanden bekomme, die Regierung hingegen unproportional viel. So würden Oppositionelle nicht zu Fernsehdiskussionen eingeladen, deren Aktivitäten und Statements kommen in den RTS-Sendungen nicht bzw. nur marginal vor (Interview 2, 3, 4, 6, 9, 10). Ein junger Protestteilnehmer stellt fest:

„I think it's one of the most important requests to have a discussion on our public broadcaster RTS, because in fact we pay them monthly around five euros, and what do we get? -We get only lies from our president and his political friends. They just have a lot of time [on TV] to tell everything they want, and the opposition doesn't have any chance to say something. [...] People in Serbia, most of them [...] they watch that channel, RTS. So, if they just listen to our president, they will start to think as he does. And in the end, nothing is going to be changed.“ (Interview 10)

Es wird von mehreren Protestteilnehmer*innen kritisiert, dass die Bevölkerung dadurch nur einseitige Informationen und kein Bewusstsein über eine „Gegenseite“ – die Sichtweise von Kritiker*innen, der Zivilgesellschaft, der Opposition – vermittelt bekomme. Die Taktiken der zunehmenden Medienkontrolle gleichen, so eine Journalistin, der Vorgehensweise autoritärer Regierungen in Ungarn und Polen: das Aufkaufen von Medienunternehmen, direkter und indirekter Druck auf Redaktionen und Journalist*innen, sowie Medienförderungen ausschließlich für loyale Medien (Interview 9).

IV.3.4.3.c State Capture

Wie in Kapitel II.2 dargestellt, bezieht sich das Konzept des State Capture auf die Aneignung staatlicher Ressourcen durch die politische Elite für ihren eigenen - privaten oder politischen - Vorteil. Das beinhaltet u.a. das Gestalten von Gesetzen und anderen Regelwerken, oder die Vergabe öffentlicher Aufträge.

In Interviews wird insbesondere auf parteipolitische Postenbesetzungen in staatlichen Institutionen, sowie korrupte Handlungen auf kommunaler Ebene durch SNS-Politiker*innen eingegangen (Interview 1, 2, 3, 4, 6, 9). Ein Gesprächspartner beschreibt, dass auf kommunaler Ebene SNS-Funktionär*innen

Unternehmer*innen unter Druck setzen, die Partei zu unterstützen - finanziell oder durch „Gefälligkeitsdienste“:

„No, it's not democratic [Serbia]. For me, it's like mafia. We are doing each other services, and then we are like "Cosa Nostra" [...]. So, imagine: You have a private company, you are doing business. And you are not a member of any political movement. You are just a businessman. Of a small or mid-sized company. Then somebody from the ruling party- from a municipality or just a member of the party, or a person from a bigger company, like the brother of Vučić- comes to your company and says: Hello, nice business... you know, we need some budget for our party, are you willing to voluntarily give some money? We would prefer this amount...- And they [the businessmen] are giving money. Do you recognize that? It's like some Al-Capone protection-money. Nothing official, they are just sitting there like you and me. And people are paying that [money]!” (Interview 1)

Ein Aktivist bestätigt diese Wahrnehmung und konstatiert, dass vor allem auf kommunaler Ebene enormer Druck auf Unternehmen ausgeübt wird, um der Fortschrittspartei politische Vorteile zu gewähren. Es entsteht, so der Interviewte, ein korruptes Zusammenspiel zwischen organisierter Kriminalität, Unternehmen und der Regierungspartei. Er bezeichnet die Situation wie folgt: „They [SNS-members, government members] are so deeply inside these companies that are not owned by the state, they are so deeply in the country, in every part” (Interview 6). Vor allem neue Unternehmen, so der Aktivist, müssten sich mit der SNS arrangieren, um bestehen zu können.

Es herrschten tiefgreifende korrupte und klientelistische Strukturen auf allen Ebenen, die der Fortschrittspartei einen politischen Vorteil verschaffen und so die Bedingungen des politischen Wettbewerbs verzerren würden (Interview 1, 2, 6).

Wie mehrere Interviewte festhalten, werden durch die Serbische Fortschrittspartei systematisch Posten in staatlicher Administration und unabhängigen Institutionen mit Parteimitgliedern oder der Partei nahestehenden Personen besetzt (Interview 2, 3, 4, 9). Eine Journalistin beschreibt das System parteipolitischer Postenbesetzungen:

„So, institutions are not independent. There is high-level corruption and institutions depend on the Progressive party. So, we are not a finished democracy in that sense to have strong, independent institutions that politicians can't kill. But the problem is, whenever some party comes to power, it hires people from the party to run institutions [...]. So basically, you have a safe home for party-members in each institution. And they're hiring people no matter if they're competent or not competent: We have a minister of defence that didn't serve in the army. Ever. But he's the minister of defence. Vulin, he never served the army. [...] You know, he's not competent in reality to be minister of defence. But he is. That's the most ridiculous example, but in every institution, I could give you examples: E.g. people without faculty [degree] running secret services, or people not having any relations to secret services running secret services. You know, it's really ridiculous, but that's the way for the Serbian president to control everything. Because everyone has to ask him.” (Interview 9)

Sie hält fest, dass das System politischer Besetzungen in Institutionen schon vor der Regierungsbeteiligung der SNS bestanden habe und dass Serbien in dieser Hinsicht noch nicht demokratisiert sei. Die SNS unter Aleksandar Vučić habe diese Praxis jedoch maßgeblich ausgebaut, und teilweise inkompetente, ihm loyale Personen auf hochrangige Posten berufen (Interview 3, 4, 9). Sie argumentiert, dass es der Fortschrittspartei um eine umfassende Kontrolle des Staates gehe. Das stimmt überein mit den Thesen Florian Biebers, der in solchen Praktiken eine Strategie autoritärer Regierungen sieht, ihre Kontrolle über den Staatsapparat auszuweiten. Er argumentiert:

„This re-assertion of party control is articulated through the erosion of independent institutions, the penetration of state administration by party members and the use of informal mechanisms to secure control.“ (Bieber 2018, S. 348)

Durch State Capture werden somit demokratische Kontrollmechanismen und Prozesse ausgehöhlt, um die Macht der Regierungspartei zu erhalten sowie auszuweiten.

IV.3.4.3.d Aushöhlung demokratischer Institutionen

Die Protestbewegung „1od5miliona“ hat u.a. das Ziel, die Regierung zum Rücktritt zu bewegen, die sie für ihre undemokratische, autoritäre Politik kritisieren. So bezeichnen Teilnehmer*innen das derzeitige Regierungssystem u.a. als „autoritär“ (Interview 1, 4), „demokratisch mit vielen autoritären Elementen“ (Interview 10), „unfertige Demokratie“ (Interview 9), manche sogar als „Diktatur“ (Interview 5, 6). Sie sprechen von einem autoritären Regierungsstil, der sich in der Zentralisierung der Macht in der Person Vučićs, einer Aushöhlung staatlicher Institutionen und einer Missachtung des Parlaments zeigt.

In mehreren Interviews wird dargestellt, dass Aleksandar Vučić ausschließlich loyale Minister*innen und Mitarbeiter*innen „dulde“, die Regierung nicht auf Dialog, sondern ausschließlich auf Repression sowie eine Art Message Control setze, sowie alle Entscheidungsmacht in der Person des Präsidenten liege (Interview 1, 2, 3, 4, 5, 6, 8, 9, 10). Eine Gesprächspartnerin beschreibt, dass in Vučićs ersten Regierungskoalition Kabinettsmitglieder waren, die ihre eigene Agenda verfolgten und ihm auch widersprachen. Die Reaktion waren Rücktritte der betreffenden Personen. Sie konstatiert:

„You know, in his first government, there were few people who objected, because they had the idea that they were in that ministry for the purpose of working there and making good decisions [...]. And he immediately removed them. He doesn't want any other voice, you cannot have a voice on your own. And especially you cannot have a voice which confronts his. [...] Like no, it's just repression! No dialogue, no discussion, nothing. That's the only thing: The government sees something they don't like, they [the people] are going to be pressed, they are not going to be called for a dialogue.“ (Interview 3)

Damit gehe einher, dass eine Zentralisierung der Macht in der Person des Präsidenten stattfindet. Es wird festgehalten, dass alle Entscheidungen, die innerhalb der Regierung getroffen werden, dem

„Willen des Präsidenten“ entsprechen. Die parteilose Ministerpräsidentin Ana Brnabić z.B. sei jemand, die nur nach außen das Amt präsentiere, in Wirklichkeit führe sie aus, was Aleksandar Vučić entscheide (Interview 3, 4, 5, 6). Es komme dementsprechend zu einer Verschiebung von Kompetenzen. Die Aussagen werden unterstützt durch die Einschätzung des deutschen Auswärtigen Amtes über das politische System Serbiens. Darin wird festgestellt, dass obwohl die Exekutive in Serbien eigentlich bei dem Amt der Premierministerin liegt, Aleksandar Vučić nach seiner Wahl 2017 zum Präsidenten seine Kompetenzen gegenüber Parlament und Regierung ausgeweitet und de facto ein Präsidialsystem geschaffen hat (Auswärtiges Amt 2020). Zusätzlich werde, so die Protestteilnehmer*innen, von der Regierung genau kontrolliert, was *wie* in welchen Medien kommuniziert werde. Die Regierungsmitglieder würden von unabhängigen Fernsehsendern zu Polit-Talkshows zusammen mit Oppositionellen eingeladen, weigerten sich jedoch zu kommen, so ein Aktivist. Er konstatiert, dass sie lediglich in regierungsfreundlichen Sendern auftreten und sich so einem Dialog mit anderen Parteien entziehen (Interview 6, sowie Interview 10).

Ein weiterer Aspekt des autoritären Regierungsstils besteht in der Missachtung des Parlamentarismus. Mehrere Interviewpartner*innen kritisieren, dass keine parlamentarische Debatte stattfinde und das Parlament degradiert werde zum „Abnicken von Gesetzesvorschlägen der Regierungsparteien“ (Interview 2, 3, 4, 5, 6, 10). Die Regierungskoalition behindert nach Wahrnehmung der Interviewten die Arbeit des Parlaments mithilfe dreier Taktiken. Zum einen werde der Großteil der Gesetze im Eilverfahren durch das Parlament „gepeitscht“ (Interview 3). Damit wird die für parlamentarische Debatten und Änderungsvorschläge vorgesehene Zeit massiv verkürzt und ein Paket aus mehreren Gesetzesentwürfen kann verabschiedet werden. Wie in einer Publikation der Friedrich-Ebert-Stiftung von 2020 dargestellt, wurden in der laufenden Legislaturperiode 70 Prozent der Gesetzesentwürfe im Eilverfahren verabschiedet (Brändle 2020, S. 2). Im Zuge der parlamentarischen Debatte bringt die Opposition Änderungsanträge zu den Gesetzesentwürfen der Regierung ein. Jedoch, so die Interviewpartner*innen, bringt die aktuelle Regierungskoalition die Oppositionsvertreter*innen systematisch um ihre Redezeit, indem Regierungsvertreter*innen der Reihe nach, eigene Änderungsanträge einbringen. In den Redebeiträgen bringen sie dann identische Änderungsanträge ein, loben die Arbeit der Regierung, oder kritisieren nichtige Dinge an Oppositionsanträgen- z.B. fehlende Kommata (Interview 2, 3, 4, 6). Ein Protestteilnehmer hält seine Beobachtung fest:

„This is what they do: [They] gonna make thousands of amendments from the governmental side, the ruling parties' members of parliament. You gonna have thousands of them [of amendments], that will last for hours. And they will not be substantial. They will be like: I have an amendment, but before I have the amendment, I have to discuss how great this government is! President Vučić did this...and this... and this...! – And then they have the same thing – and I'm not imagining this- same 100 sentences, that every one of them says.“ (Interview 2)

Die beschriebene Praxis wird auch in der bereits erwähnten Publikation der Ebert-Stiftung festgestellt, die darin die Verhinderung der Kontrollmöglichkeiten des Parlaments über die Regierung sowie der parlamentarischen Debatte sieht (Brändle 2020, S. 2). Als dritte Taktik der Regierung wird das Verhalten von Maja Gojković in ihrer Funktion als Parlamentspräsidentin genannt. Sie unterbreche Oppositionspolitiker*innen in ihren Redebeiträgen und erteile dafür einem Mitglied der Regierungsparteien das Wort (Interview 3). Das Verhalten wird von Freedom House bestätigt: Gojković, Mitglied der regierenden SNS, erteile unproportional oft Ordnungsrufe an Oppositionsmitglieder und stoppe deren Redebeiträge. Sie agiere parteiisch und es liegt die Vermutung nahe, dass sie damit Kritik an der Regierungskoalition unterbinden wolle (Freedom House 2018).

Zusätzlich zu parteipolitischen Postenbesetzungen in staatlichen Institutionen kommt es laut Interviewpartner*innen zu einer Aushöhlung der Justiz und weiteren von der Politik unabhängigen Institutionen. Die Regierungen unter der Fortschrittspartei arbeiten demnach aktiv daran, die ohnehin schwach ausgebildeten Institutionen in Serbien auszuhöhlen und somit deren Kontrollfunktion zu untergraben (Interview 1, 2, 3, 6, 9).

Dazu gehöre z.B. die Anti-Korruptionsbehörde. Eine Journalistin kritisiert, dass das Parlament Einfluss nehme auf die Arbeit der Behörde, indem es den Vorsitz der Institution ernennt. Sie konstatiert: „So how can you expect from the agency to be an independent body, when actually the Serbian parliament is the one to appoint the head of the agency [...]?!“ (Interview 9). Dies sei nur eines von mehreren Beispielen, wie die Regierung *aktiv* unabhängige Institutionen beeinflusse (Interview 2, 9). Auch die Justiz als zentrale Kontrollinstanz wird von Gesprächspartner*innen als gefährdet angesehen durch versuchte politische Beeinflussung der Regierung (Interview 2, 3, 6, 9). Das wird bestätigt durch Berichterstattung des Online-Mediums Balkan Insight: So interveniert der serbische Präsident wiederholt in Justizverfahren mit öffentlichen Aussagen und Attacken gegen Urteile der Justiz. Auch andere Regierungsvertreter*innen äußern sich demnach öffentlich zu laufenden Verfahren und untergraben so die Unabhängigkeit der Justiz (Balkan Insight 2017d).

IV.3.4.3.e Die Rolle der Europäischen Union

Die Europäische Union wird von einer Mehrheit der interviewten Personen als wichtiger Akteur im Demokratisierungsprozess Serbiens gesehen. Jedoch beobachten die Gesprächspartner*innen ein „Wegschauen“ der EU bei der politischen Situation im Land. Dazu gehöre das Ignorieren von Korruption, der Missachtung von Institutionen und anderer rechtsstaatlicher Defizite, insbesondere der Delegitimierung von und Attacken auf Kritiker*innen, Zivilgesellschaft, Medien sowie Oppositionsparteien (Interview 1, 2, 3, 4, 5, 6, 8, 9, 10). Sie sehen darin die Priorität Brüssels, durch Kooperation mit der SNS-Regierung Stabilität in der Region sowie vor allem eine baldige Lösung des

Kosovo-Status zu erreichen. Dafür, so die Befragten, sei die Union bereit, vor den zunehmend autoritären Praktiken „die Augen zu verschließen“ (Interview 1, 2, 3, 4, 5, 6, 9, 10). Dieses Nicht-Handeln sei eine Doppelmoral angesichts der Werte, welche die EU für sich beansprucht. Ein Protestteilnehmer hält fest:

„It's a perception that is supported by the EU, so he finishes [solves] the problem with Kosovo as they agreed on. And that's why he stays in power, they allow him to do with media what he wants to do. They allow him to do with the economy what he wants to, they allow him to do criminal activities...they are just like: We're blind, just finish that [the Kosovo-status] and be stable. And that's why we don't have stability here, this blocking of stability is created by the EU and the main party [...].“ (Interview 6)

Der Aktivist kritisiert, dass sich durch die Passivität der EU und deren Unterstützung für die Regierung Serbien immer weiter zu einem autoritären Staat entwickelt. Die Konsequenz dieser Haltung sei die *Verhinderung* einer Stabilität der Region, argumentiert er (Interview 6).

Ein Student argumentiert, dass die Interessen der Union darin liegen, den Einfluss in der Region zu halten und nicht gegen andere Player wie China oder Russland einzubüßen. Weiterhin wolle die EU Stabilität in Südosteuropa erhalten, ihr Ziel sei es nicht, die Westbalkanstaaten in naher Zukunft als Mitgliedsstaaten aufzunehmen. Für die Ziele kooperiere Brüssel mit Regierungen, die augenscheinlich autoritär agieren. Er konstatiert:

„And for them, the easiest way to do this is by supporting the current leaders, current [governing] parties. No matter how authoritarian they are, they are willing to close their eyes towards this. To close their eyes towards the very clear non-European practices in the institutions, in media [...].“ (Interview 2)

Florian Bieber erklärt mit dem Konzept der „Stabilitocracy“ die Wechselwirkung zwischen mächtigen externen Akteuren wie der EU und der Regierungen vor Ort in Demokratisierungsprozessen. Demnach verstärkt das fehlende Engagement der EU für demokratische Standards autoritäre Regierungen und deren undemokratische Praktiken. Die Regierungen – in diesem Fall die Vučić-Regierung – beziehen ihre externe Legitimation durch das Erhalten von *Stabilität*, nicht durch das Sicherstellen von Demokratie (Bieber 2018, S. 338). Andere Teilnehmer*innen teilen die Einschätzung, dass die EU nicht die Absicht hat, innerhalb der nächsten Jahre neue Mitgliedsstaaten des Westbalkans aufzunehmen. Die Union habe mit dem Brexit, aber auch mit Rechtsstaatlichkeits-Defiziten in Staaten wie Polen und Ungarn eigene Probleme, die sie lösen müsse (Interview 1, 2, 3, 9). Die Konsequenz dieser Haltung durch die EU zeigt sich nach Einschätzung der Interviewten in einer zunehmenden Frustration und Enttäuschung eigentlich pro-europäischer Gruppen der serbischen Bevölkerung (Interview 1, 2, 4, 5, 6, 10). Diese seien Großteils junge Menschen, die progressiv eingestellt sind und sich mit dem Beitritt eine tiefgreifende Demokratisierung, sowie höhere Lebensstandards erhoffen. Andere Gruppen seien solche, die schon in den 1990er und 2000er Jahren für ein pro-europäisches Serbien eingestanden und nun frustriert sind von der Zurückhaltung der Union gegenüber der autoritären Regierung sowie der fehlenden Zusage zu einem baldigen Beitritt.

Positiv hingegen wird von Gesprächspartner*innen der Länderbericht der EU-Kommission gewertet, der im Mai 2019 veröffentlicht wurde. Dieser spricht einige Kritikpunkte an, welche die „1od5miliona“-Protestbewegung vorbringt und erkennt den Oppositionsboykott des Parlaments, sowie die Protestforderungen als legitim an. Manche bezeichnen den Kommissionsbericht als „Wendepunkt“ in der Demokratisierung Serbiens und den Protestereignissen, sie sind „hoffnungsvoll“, dass durch den „Druck der EU“ nun eine politische Wende eingeleitet werde (Interview 2, 4, 5). Andere sind vorsichtiger in ihrer Einschätzung des Länderberichts. Sie sehen zwar keinen „Wendepunkt“ für die politische Situation Serbiens, jedoch erkennen sie den Bericht als „großen Erfolg“ für die Zivilgesellschaft und die „1od5miliona“-Protestbewegung im Besonderen an (Interview 6). Die Opposition habe, so ein Protestteilnehmer, mit ihrem Parlamentsboykott die Aufmerksamkeit der EU auf Serbien und die autoritäre Regierungspolitik gelenkt. Das sei - trotz allen Fehlern der „Allianz für Serbien“ - ein Erfolg, der sich im Kommissionsbericht niedergeschlagen und auch dafür gesorgt habe, dass die Regierung sich zu einem Dialog mit der Opposition bereiterklärte (Interview 2).

Ein Student fasst die Kritik der Kommission wie folgt zusammen:

„And you can read it in this EU-Commission paper: [...] The critique is still mild, it's not as radical to say: This is complete chaos [...]. There are very diplomatically chosen words. But for the first time you have some kind of a critical tone towards the government. In [...] this paper you can read about the protests, you can read about the suppression of media, you can read about the boycotting of parliament, you can read about all these things. Even though no matter how diplomatic the words were chosen, you can see this kind of pressure. And I think you can see the cracks here, so maybe the biggest chance of change happening is actually the pressure from the EU.“ (Interview 2)

Die Rolle der EU wird von den Protestteilnehmer*innen ambivalent eingeschätzt: Trotz einer Frustration über die Zurückhaltung der Union wird von vielen Gesprächspartner*innen die Kritik im Kommissions-Länderbericht 2019 anerkannt und als Hoffnung für einen politischen Wandel gesehen.

IV.4 Proteste in Serbien: Resümee des empirischen Teils

Im empirischen Teil der Arbeit wurden die wichtigsten Protestbewegungen Serbiens seit 1991 und deren Einfluss auf eine demokratische Transformation des Staates untersucht. Der Fokus lag dabei auf der aktuellen „1od5miliona“-Bewegung, die seit 2018 bis zum Beginn der Corona-Krise 2020 wöchentliche Demonstrationen organisierte.

Die analysierten Protestbewegungen unterscheiden sich in vielerlei Hinsicht, z.B. in Bezug auf die Teilnehmer*innen, ihre Ziele oder ihre Effekte. Andererseits lassen sich gemeinsame Muster bzw. ein „roter Faden“ feststellen, der sich durch die sozialen Bewegungen und Protestaktionen der 1990er Jahre bis 2000 sowie 2016 bis 2019 zieht, nämlich die Proteste als Gegenreaktion auf autoritäre Entwicklungen in Serbien. Die Demonstrationswellen hatten zwar auf den ersten Blick unterschiedliche

Anlässe, bei näherer Betrachtung wird jedoch deutlich, dass dann eine Mobilisierung zu kollektiver widerständiger Politik zustande kam, wenn die jeweilige Regierung stark autoritär agierte. Zu solchen autoritären Verhaltensweisen zählen einerseits die Repressionen in Form von Polizeigewalt oder Angriffen auf Einzelne, die der Regierung zugeschrieben wurden und andererseits der Versuch, den Autoritarismus durch Gesetze, gefälschte Wahlen, Einschränkung von Medien o.ä. weiter zu konsolidieren. Die Reaktion war in diesen Fällen ein Aufleben der Zivilgesellschaft – nicht nur, aber auch in Form von Demonstrationen für einen demokratischeren Staat. Für die Proteste 1991 war die Regierungspropaganda gegen Oppositionsparteien der direkte Auslöser. Ein Jahr später mobilisierten v.a. Studierende gegen ein geplantes Universitätsgesetz, das die Kontrolle des Milošević-Regimes über die Autonomie der universitären Lehre und -Institutionen ausweitete. 1996 und 1997 sorgte die Annullierung der Kommunalwahlen in größeren Städten durch die Regierung für massive Proteste. Mit der Repression in Form massiver Polizeigewalt gegen die Bevölkerung und einem neuerlich geplanten Universitätsgesetz entstand 1999 eine neue Protestbewegung, die maßgeblich von der zivilgesellschaftlichen „Otpor“-Gruppe angeführt wurde. Aufgrund des Wahlbetrugs bei den Präsidentschaftswahlen 2000 schließlich bildete sich eine so resiliente und breit gestützte Protestbewegung, dass das Milošević-Regime gestürzt werden konnte. Die Proteste 2016 wurden durch die illegalen Abrisse im Belgrader Savamala-Stadtteil ausgelöst, und 2017 trieb der Wahlsieg des bisherigen Ministerpräsidenten Aleksandar Vučić die Menschen auf die Straßen. In den aktuellen „1od5miliona“-Protesten ging den Demonstrationen ein tätlicher Angriff auf einen Oppositionspolitiker voraus, die zusätzlich durch das demonstrative Ignorieren der Proteste durch Aleksandar Vučić angeheizt wurden. In allen Fällen gab es somit Veränderungen in den politischen Rahmenbedingungen, welche die Mobilisierung zu Protestbewegungen auslöste. Das beschreibt Sidney Tarrow mit seinem Konzept der „Political Opportunity Structures“: Demzufolge sorgen bestimmte Ereignisse und Veränderungen für eine Situation, in der die Zivilgesellschaft eine Möglichkeit zur Partizipation nutzt und sich zu kollektiver widerständiger Politik organisiert.

Die „1od5miliona“-Proteste ab 2018 mobilisierten viele junge Menschen. Jedoch sind sie nicht in erster Linie studentisch geprägt, im Gegensatz zu den Protestbewegungen 1991, 1992, 1996-1997, in denen die Studierenden eine treibende Kraft der Protestorganisation waren, und sich Protestaktionen auch auf das universitäre Umfeld erweiterten. Die Rolle der Universitäten war in den 1990er Jahren eine aktivere, das akademische Umfeld stärker involviert in den kollektiven Widerstand gegen die Milošević-Regierung. Die aktuellen Proteste hingegen werden zwar von einer Gruppe Studierender organisiert. Trotzdem bilden junge Arbeitnehmer*innen die größte mobilisierte Gruppe auf den Demonstrationen, und erst auf dem zweiten Rang folgt die Gruppe der Studierenden.

Die Dauer der „1od5miliona“-Proteste ist - verglichen mit den sozialen Bewegungen „Ne da(vi)mo Beograd“ (2016) und „Gegen die Diktatur“ (2017) - lang. Letztere hielten jeweils nur mehrere Wochen

an, konnten für einige große Demonstrationen mobilisieren und verebbten schließlich. Die „1od5milionā“-Bewegung zeigte sich resilienter, sie begann im Dezember 2018, die wöchentlichen Proteste jäherten sich 2019 zum ersten Mal. Jedoch verlor die Bewegung nach einigen stark besuchten Großdemonstrationen im Dezember 2018, Januar, Februar und April 2019 an Momentum und konnte danach nur noch einige hundert bis tausend Teilnehmer*innen mobilisieren. Trotzdem schaffte es die „1od5milionā“-Bewegung, einen anhaltenden Protest zu organisieren und viele Menschen – z.T. auch in kleineren Städten des Landes – zu mobilisieren. Die lange Dauer und der landesweite Anklang könnten auf die Rahmenbedingungen zurückzuführen sein, die sich weiter verschärft haben. So hat sich die Lage der Medien laut Reporter ohne Grenzen in den letzten Jahren weiter verschlechtert. Die autoritäre Politik der Regierung, insbesondere des Präsidenten, baut zunehmend auf der Delegitimierung politischer Gegenspieler*innen, Journalist*innen und der Zivilgesellschaft sowie auf einer Zentralisierung der Macht in der Person Vučićs und der Aushebelung demokratischer Prozesse und Institutionen auf.

Waren bei den Protesten 1999 und 2000 die Demonstrierenden täglich auf der Straße, um Miloševićs Rücktritt zu erzwingen, fanden die Proteste ab 2018 einmal wöchentlich statt. Eine Interviewpartnerin erklärt das damit, dass die Regierung noch nicht so offen repressiv und autoritär agiert, dass der Großteil der serbischen Bevölkerung sich in seiner Freiheit eingeschränkt sehen würde. Es handle sich um einen „Elitenprotest“, an dem marginalisierte Menschen kaum teilnehmen würden, so die Interviewte. Das stimmt überein mit den Ergebnissen der Umfrage der FES und „SeCONS Development Initiative Group“ unter den Demonstrierenden: Demnach haben 58 Prozent einen Universitätsabschluss, ebenfalls 58 Prozent sind berufstätig, lediglich acht Prozent der Teilnehmer*innen arbeitslos (Monitoring Social Situation in Serbia, MONS 2019). Die Protestteilnehmer*innen sind also, so die Umfrage, v.a. Menschen die ökonomisch abgesichert sind, einen hohen Bildungsgrad haben und politisch interessiert sind. Menschen mit geringem Einkommen sowie arbeitslose Menschen sind hingegen kaum vertreten.

Eine Kontinuität zwischen den Protestwellen 2016, 2017 und 2018 bis 2019 liegt darin, dass sich zivilgesellschaftliche Gruppen, die an vorherigen Demonstrationswellen teilgenommen haben, vernetzen und erneut mobilisiert werden. So unterstützte „Ne da(vi)mo Beograd“ die „Protiv diktature“-Bewegung nach der Präsidentschaftswahl 2017, und 2018 bestand das Organisationsteam der „1od5milionā“-Proteste aus den „Protiv diktature“-Aktivist*innen. Das trifft so auch auf die Proteste der 1990er Jahre zu: So hat sich die „Otpor“-Bewegung insbesondere aus Studierenden und jungen Menschen gegründet, die bei den Protesten 1996-1997 partizipiert hatten und remobilisiert wurden für die Demonstrationen 1999 und 2000.

Die Bewegung „1od5milionā“ bedient sich verschiedener Protestformen, so z.B. Demonstrationen, aber auch Universitätsbesetzungen sowie Flyer und Sticker mit verschiedenen kreativen Slogans

darauf. Dabei werden Anleihen bei Protesten gegen das Milošević-Regime genommen. Diese haben kreative Formen angewandt und sich auch den öffentlichen Raum zueigen gemacht, z.B. durch Graffitis des Symbols der geballten Faust (das Symbol der „Otpor“-Bewegung) und Straßenperformances. Insbesondere die Proteste 2017 verwendeten ähnliche Slogans wie die der 1990er Jahre und stellten so eine Verbindung zwischen der autoritären Herrschaft Miloševićs und der Aleksandar Vučićs her⁸. Mit einem Universitäts-Institutsstreik wollten 2019 „1od5miliona“-Aktivist*innen auf das gefälschte Universitätsdiplom des Finanzministers Siniša Mali aufmerksam machen. Damit stellten sie einen Bezugspunkt zu den Universitätsstreiks der 1990er-Jahre-Proteste her und lehnten sich auch mit der Besetzung des RTS an die Formen früherer sozialer Bewegungen an.

Die Rolle von Oppositionsparteien ist bei den „1od5miliona“-Protesten eine andere als noch 1999 und 2000. Unter dem Milošević-Regime gelang es der „Otpor“-Bewegung, alle Oppositionsparteien zu vereinen und schließlich in Wahlen Milošević zu besiegen. Die Oppositionsparteien haben auch 1991 und 1996 eine wichtige Rolle in den Protesten gegen die Regierung gespielt. Sie konnten damals Menschen glaubwürdig für kollektiven Widerstand mobilisieren. In der aktuellen Situation hingegen werden Oppositionsparteien von Protestteilnehmer*innen negativ wahrgenommen, da manche (wie z.B. die Demokratische Partei) in der Vergangenheit schon an Regierungen beteiligt waren und keine positive Veränderung für die Gesellschaft erzielen konnten. Umfragen zufolge hat die Bevölkerung geringes Vertrauen in politische Parteien. So sorgte im Laufe der „1od5miliona“-Proteste die stärkere Einbindung der oppositionellen „Allianz für Serbien“ für Frustration unter den Teilnehmer*innen, da sie die Oppositionsparteien für politische Skandale und eine Entwicklung weg von der Demokratisierung Serbiens verantwortlich halten. Manche sehen in der Kooptation des Protests durch die oppositionelle SzS einen Grund für das Abschwellen der wöchentlichen Proteste ab Mai 2019.

Durch die Darstellung des Verlaufs der Demokratisierung sowie der Erscheinungsformen und Forderungen der Proteste in Serbien seit den 1990er Jahren kann nun die Forschungsfrage nach dem Zusammenhang zwischen diesen zwei Phänomenen im Abschnitt V. beantwortet werden.

⁸ Zu der Relevanz von Symbolen in Protestbewegungen und dem Aufgreifen der „Otpor“-Symbole und Slogans in den „Protiv diktature“-Demonstrationen siehe Fridman, Orli; Hercigonja Srdjan (2017): An analysis of the #protivdiktature Protests in the Context of Memory Politics of the 1990s in Serbia.

V. Conclusio und Ausblick

Die vorliegende Arbeit behandelt die Frage, inwiefern Protestbewegungen, insbesondere die aktuelle „1od5miona“-Bewegung, zu einer demokratischen Transformation Serbiens beitragen.

Es wurde dargestellt, dass klassische Demokratisierungstheorien den Einfluss sozialer Bewegungen bzw. die Frage einer Demokratisierung von unten kaum einbeziehen. Gerade das Beispiel Serbien zeigt, dass dem Einfluss von Protestbewegungen mehr Aufmerksamkeit geschenkt werden sollte.

In den Protestbewegungen der 1990er Jahre bis 2000 stand eine aktive Zivilgesellschaft einem kompetitiv autoritären Regime unter Präsident Slobodan Milošević gegenüber. Zwar gab es einzelne Erfolge, wie die Rücktritte des RTS-Generaldirektors sowie des Innenministers 1991, oder die Anerkennung der Kommunalwahlergebnisse durch die Milošević-Partei SPS im Jahr 1997.

Insgesamt mussten die Protestierenden jedoch viele Rückschläge einstecken und sahen sich mit einem zunehmend repressiven und autoritären Regime konfrontiert. Die langfristigen Erfolge der Bewegungen lagen in der Bildung einer „Gegenöffentlichkeit“, die dem Regierungsdiskurs entgegenstand, sowie einer Re-mobilisierung vieler Gruppen für die folgenden Proteste und somit dem Aktivieren der Zivilgesellschaft, die sich im Laufe der Jahre immer weiter vernetzte, organisierte und mobilisierte. Die Bewegungen, insbesondere „Otpor“, setzten auf die Erfahrungen der vorherigen Demonstrationen, und entwickelten so bessere Strategien, um ihre Ziele zu erreichen. Das Aufbauen auf früheren Protesten kann als eine stetige *Demokratisierung von unten* gewertet werden. Diese dauerte mehrere Jahre an und fand mit dem Sturz Slobodan Miloševićs im Oktober 2000 und dem darauffolgenden Regimewechsel ihren Höhepunkt.

Wie im Kapitel IV.1.3 gezeigt, schafften es die in den 2000er Jahren folgenden Regierungen jedoch nicht, die Demokratisierung substanziell voranzutreiben. Die Folge der unvollständigen Transformation war eine Frustration in der Bevölkerung mit den gewählten Regierungen, welche die Versprechen eines demokratischen, pro-europäischen Serbiens nicht einlösen konnten. Die Zivilgesellschaft, die 1991 bis 2000 eine starke, aktive Kraft war und letztendlich über Jahre die Ablösung des autoritären Regimes erreichte, zeigte sich nach 2000 apathisch und viele Serb*innen wandten sich frustriert von der Politik ab.

Mit der neugegründeten SNS kam ab 2012 eine Partei in die Regierung, die sich - trotz einer personellen und zum Großteil programmatischen Kontinuität mit der ultranationalistischen SRS - als proeuropäische Reformbewegung inszenierte. In den darauffolgenden Jahren entwickelte sich Serbien daher nicht in Richtung einer konsolidierten Demokratie, sondern zu einem „hybriden Regime“ zwischen Demokratie und Autoritarismus.

Der kompetitive Autoritarismus Aleksandar Vučićs setzt auf verschiedene Strategien, um demokratische Prozesse und Institutionen zu unterwandern. Dazu gehören Kontrolle über Medien, Praktiken des State Capture sowie die Schwächung von Institutionen.

Mit den Protesten der „Ne da(vi)mo Beograd“-Bewegung 2016 gab die Zivilgesellschaft angesichts der illegalen Abrisse in Savamala ein deutliches Lebenszeichen von sich, wenn auch lokal auf Belgrad beschränkt.

In den Jahren 2016, 2017 und schließlich ab 2018 kam es durch die verschiedenen sozialen Bewegungen innerhalb der Bevölkerung zur Schärfung des Bewusstseins für demokratische Defizite, wie z.B. der prekären Lage der Medien, die sich durch Hetzkampagnen und andere Formen der Beeinflussung durch die Regierung äußert, oder der fehlenden Rechtsstaatlichkeit im Land.

Die „1od5miliona“-Bewegung konnte zum ersten Mal seit vielen Jahren eine langanhaltende, große Protestwelle mobilisieren. Ein Erfolgsfaktor dabei war die Re-mobilisierung vieler Menschen, die bereits 2016 und 2017 an Protesten teilgenommen hatten. Die Auswirkungen der Bewegung sind einerseits in kleinen Zugeständnissen zu finden. Dazu zählen Rücktritte kommunaler SNS-Politiker und deren strafrechtliche Verfolgung. Weiterhin willigte die Regierung ein, mit Oppositionsvertreter*innen und NGOs in einen von der „Open Society Foundation“ und dem Institut für Politikwissenschaft der Universität Belgrad organisierten Dialog zu treten. Obwohl die Opposition kritisierte, dass die Einwilligung lediglich zum Schein erfolgte, lässt sich daran erkennen, dass die Regierung ihre (externe) Legitimität angesichts der wöchentlichen Großdemonstrationen in Gefahr sah und sich so nach außen kooperativ und als Dialogpartner präsentieren wollte.

Die wichtigsten, langfristigen Erfolge der „1od5miliona“-Bewegung können jedoch in zwei anderen Entwicklungen gesehen werden:

Nachdem die Europäische Union jahrelang kompromisslos hinter Aleksandar Vučić gestanden und keinerlei Kritik am *democratic backsliding* der Regierung geübt hatte, ist im Länderbericht der EU-Kommission 2019 eine vorsichtige Wende zu erkennen. Zum ersten Mal wird explizit die Legitimität von Demonstrationen gegen die SNS-geführte Regierung anerkannt. Der Bericht kritisiert weiterhin schärfer als noch 2018 und 2016 die autoritären Entwicklungen in Serbien. Unter anderem wird darin die Missachtung des Parlaments und anderer Institutionen durch die Regierungskoalition angesprochen, wie auch die fehlenden demokratischen Bedingungen der anstehenden Parlamentswahlen.

Der zweite langfristige Erfolg der Bewegung ist der Effekt der Protestaktionen auf die Zivilgesellschaft selbst. Die „1od5miliona“-Bewegung hat zu einer Aktivierung der zuletzt in den 90er Jahren lebendigen serbischen Zivilgesellschaft geführt. Nach Jahren, in denen die Bevölkerung politischen Veränderungen desinteressiert gegenüberstand, sorgten die immer autoritäreren Praktiken für einen Wendepunkt ab 2016. Die Zivilgesellschaft organisierte sich und konnte 2018 schließlich einen langanhaltenden Protest bilden, der Druck auf die aktuelle Regierung ausübt.

Die „1od5miliona“-Demonstrationen haben neben der Gesamtgesellschaft auch die am Protest beteiligten Gruppen und Individuen beeinflusst. In den durchgeführten Interviews sprechen mehrere

Teilnehmer*innen von einem „Befreien von der Angst“ durch die Proteste. Die Bewegung hat die Wirkmächtigkeit der Zivilgesellschaft demonstriert: Die Teilnehmer*innen haben zum einen – wenn auch kleine – Zugeständnisse erreicht und somit erfahren, dass ihre Partizipation am Protest politisch wirksam ist. Sie haben gezeigt, dass es auch in kompetitiv autoritären Systemen möglich ist, Kritik durch Protest zu artikulieren. Zum anderen hat sich durch die Demonstrationen ein Gefühl der Zusammengehörigkeit und Solidarität innerhalb der Bewegung entwickelt. Die „1od5miliona“-Proteste können also als Episode einer *Eventful Democratization* eingeordnet werden.

Für die weitere Entwicklung sind zumindest zwei Szenarien denkbar.

Schon seit Sommer 2019 sind die „1od5miliona“-Proteste abgeflaut und aufgrund der Corona-Krise waren Demonstrationen zeitweise gar nicht möglich. In absehbarer Zeit könnten sich die Proteste daher verlaufen, was das Ende der „1od5miliona“-Bewegung bedeuten würde. Schon 2019 haben sich einige Protestteilnehmer*innen wegen des Ausbleibens sichtbarer Erfolge frustriert von der Bewegung abgewandt, was auch in den oben analysierten Interviews zum Ausdruck kam. Einige Interviewpartner*innen zeigten sich skeptisch gegenüber der zunehmenden Vereinnahmung der Proteste durch den oppositionellen Zusammenschluss der „Allianz für Serbien“. Ein Ende der Proteste und die dadurch wahrgenommene Machtlosigkeit gegen die zunehmende Aushöhlung demokratischer Prozesse und Institutionen könnte zu einer andauernden Passivität der Zivilgesellschaft führen.

Andererseits lässt sich die Entwicklung der letzten Jahre mit der Periode in den 1990er Jahren vergleichen. Die zivilgesellschaftliche Mobilisierung, die letztlich im Jahr 2000 zum Sturz Miloševićs führte, beruhte nicht auf einem einzigen Ereignis, sondern auf einer Reihe verschiedenartiger Bewegungen und Proteste, die sich im Laufe der 1990er Jahre bildeten. In einem zweiten Szenario könnte man daher die Entwicklung seit dem Jahr 2016 als Beginn einer ebensolchen zivilgesellschaftlichen Mobilisierung deuten, die letztendlich zu einem Regimewechsel führen könnte. Natürlich dürfen dabei Unterschiede zwischen diesen Perioden nicht übersehen werden, die gegen ein solches Szenario sprechen.

Aus der obigen Analyse wurde deutlich, dass das Milošević-Regime sichtbarer Repressionen setzte als die aktuelle Regierung und damit weniger Anlässe bietet, an denen sich Proteste entzünden können. Hinzu kommt, dass die internationale Gemeinschaft inklusive der EU geeint gegen Milošević auftrat und die Zivilgesellschaft sowie die Opposition politisch unterstützte, während die Union heute demokratische Defizite ignoriert und Präsident Vučić im Wesentlichen unterstützt.

Bei den kürzlich abgehaltenen Parlamentswahlen zeigte sich, dass die Zustimmungswerte für die Regierungspartei SNS mit 63 Prozent höher als je zuvor sind. Dabei ist jedoch zu berücksichtigen, dass große Teile der Opposition die Wahl boykottierten und schon allein aufgrund der stark

eingeschränkten Medienfreiheit der scheinbar hohe Zuspruch der Bevölkerung nicht überbewertet werden sollte.

Eine weitere Schwäche der „1od5milion“-Bewegung liegt in ihrer Heterogenität. Die „Otpor“-Bewegung in den 1990er Jahren konnte die notwendige Geschlossenheit erst durch eine Fokussierung auf das gemeinsame Feindbild Slobodan Milošević erreichen.

Zwar ist eine Prognose, welches dieser zwei Szenarien eintreten wird, nicht möglich. Jedoch hat die Arbeit gezeigt, dass die Basis für eine zivilgesellschaftliche Mobilisierung, die auch politische Auswirkungen haben könnte, in Serbien vorhanden ist.

Literaturverzeichnis

Bieber, Florian (2002): The other civil society in Serbia. Non-governmental nationalism - the case of the Serbian resistance movement. In: Cas Mudde und Petr Kopecky (Hg.): *Uncivil society. Democracy and extremism in postcommunist societies*. New York, London: Routledge, S. 18–34.

Bieber, Florian (2003): The Serbian Opposition and Civil Society: Roots of the Delayed Transition in Serbia. In: *International Journal of Politics, Culture, and Society* 17 (1), S. 73–90.

Bieber, Florian (2018): Patterns of competitive authoritarianism in the Western Balkans. In: *East European Politics* 34 (3), S. 337–354.

Brändle, Max (2020): Serbien vor den Wahlen. In: *Southeast Europe in Focus* (01), S. 1–11.

Bruff, Ian (2014): The Rise of Authoritarian Neoliberalism. In: *Rethinking Marxism* 26 (1), S. 113–129.

Burnell, Peter J.; Calvert, Peter (2004): *Civil society in democratization*. London: Frank Cass.

Carothers, Thomas (2002): The End of the Transition Paradigm. In: *Journal of Democracy* 13 (1), S. 5–21.

Chipkin, Ivor; Swilling, Mark (Hg.) (2018): *Shadow State. The Politics of State Capture*. Johannesburg: Wits University Press.

Cvejić, Slobodan (2016): On Inevitability of Political Clientelism in Contemporary Serbia. In: *Sociologija* 58 (2), S. 239–252.

Daniel P. Ritter (2018): Yugoslavia. From social movement to state movement to civil war. In: Donatella Della Porta, Teije Hidde Donker, Bogumila Hall, Emin Poljarevic und Daniel P. Ritter (Hg.): *Social movements and civil war. When protests for democratization fail*. London, New York: Routledge Taylor & Francis Group, S. 136–163.

Della Porta, Donatella (2014): *Mobilizing for democracy. Comparing 1989 and 2011*. Oxford: Oxford University Press.

Della Porta, Donatella; Diani, Mario (2011): *Social movements. An introduction*. 2. ed., Malden, Mass.: Blackwell.

Diamond, Larry (2008): The Democratic Rollback: The Resurgence of the Predatory State. In: *Foreign Affairs* 87 (2), S. 36–48.

Džihic, Vedran (2017): Sicherheitsgefahr oder Demokratieelixier: Protestbewegungen am Balkan in Zeiten von Krisen und neuen Autoritarismen. Kurzanalyse. Österreichisches Institut für Internationale Politik.

Džihic, Vedran; Segert, Dieter (2012): Lessons from "Post-Yugoslav" Democratization: Functional Problems of Stateness and the Limits of Democracy. In: *East European Politics & Societies* 26 (2), S. 239–253.

Džihic, Vedran; Segert, Dieter; Wieser, Angela (2012): The Crisis of Representative Democracy in the Post-Yugoslav Region. Discrepancies of Elite Policies and Citizens' Expectations. In: *Southeastern Europe* 36 (1), S. 87–110.

Edmunds, Timothy (2009): Illiberal Resilience in Serbia. In: *Journal of Democracy* 20 (1), S. 128–142.

Flessenkemper, Tobias; Kmezić, Marko (2017): Checks and Balances. In: Marko Kmezić und Florian Bieber (Hg.): The Crisis of Democracy in the Western Balkans. An Anatomy of Stabilitocracy and the Limits of EU Democracy Promotion. Balkans in Europe Policy Advisory Group, S. 33–54.

Fridman, Orli (2011): 'It was like fighting a war with our own people': anti-war activism in Serbia during the 1990s. In: *Nationalities Papers* 39 (4), S. 507–522.

Fridman, Orli; Hercigonja, Srdjan (2017): Protiv Nenormalnog: An analysis of the #protivdiktature Protests in the Context of Memory Politics of the 1990s in Serbia. In: *Contemporary Southeastern Europe* 4 (1), S. 12–25.

Fukuyama, Francis (1989): The End of History? In: *The National Interest* (16), S. 3–18.

Grzymala-Busse, Anna (2008): Beyond Clientelism. In: *Comparative Political Studies* 41 (4-5), S. 638–673.

Günay, Cengiz; Džihic, Vedran (2016): Decoding the authoritarian code: exercising 'legitimate' power politics through the ruling parties in Turkey, Macedonia and Serbia. In: *Southeast European and Black Sea Studies* 16 (4), S. 529–549.

Hellman, Joel; Kaufmann Daniel (2001): Confronting the challenge of state capture in Transition economies. In: *Finance & Development, September 2001 - Confronting the Challenge of State Capture in Transition Economies* 38 (3).

Howard, Marc Morjé (2006): Liberalizing Electoral Outcomes in Competitive Authoritarian Regimes. In: *American Journal of Political Science* 50 (2), S. 365–381.

Huntington, Samuel P. (1991): How Countries Democratize. In: *Political Science Quarterly* 106 (4), S. 579–616.

Keil, Soeren (2018): The Business of State Capture and the Rise of Authoritarianism in Kosovo, Macedonia, Montenegro and Serbia. In: *Southeastern Europe* 42 (1), S. 59–82.

Kesić, Obrad (2007): An Airplane with Eighteen Pilots: Serbia after Milošević. In: Sabrina P. Ramet und Vjeran Pavlaković (Hg.): *Serbia since 1989. Politics and society under Milošević and after*. Seattle: University of Washington Press, S. 95–121.

Klíma, Michal (2019): *Informal Politics in Post-Communist Europe*. Abingdon, Oxon, New York, NY: Routledge.

Kmezić, Marko (2017): Social Movements and Democratization in Serbia since Milošević. In: *The Democratic Potential of Emerging Social Movements in Southeastern Europe*. Friedrich-Ebert-Stiftung Dialogue Southeast Europe. Sarajevo, S. 23–26.

Kmezić, Marko (2018): Captured Media: Limitations and Structural Hindrances to Media Freedom in Serbia. In: *Review of Central and East European Law* 43 (4), S. 457–482.

Kmezić, Marko; Bieber, Florian; Džihic, Vedran (2017): *The Crisis of Democracy in the Western Balkans. An Anatomy of Stabilitocracy and the Limits of EU Democracy Promotion*. Hg. v. Marko Kmezić und Florian Bieber. Balkans in Europe Policy Advisory Group.

Kopecký, Petr (2002): Civil Society, uncivil society and contentious politics in post-communist Europe. In: Cas Mudde und Petr Kopecky (Hg.): *Uncivil society. Democracy and extremism in postcommunist societies*. New York, London: Routledge, S. 1–17.

Krastev, Ivan (2011): Paradoxes of the New Authoritarianism. In: *Journal of Democracy* 22 (2), S. 5–16.

Lazić, Mladen (1999): Introduction: The Emergence of a Democratic Order in Serbia. In: Mladen Lazić (Hg.): *Protest in Belgrade. Winter of discontent*. Budapest: Central European University Press, S. 1–30.

Levitsky, Steven; Way, Lucan A. (2002): The rise of competitive authoritarianism. In: *Journal of Democracy* 13 (2), S. 51–65.

Levitsky, Steven; Way, Lucan A. (2010): *Competitive Authoritarianism. Hybrid Regimes after the Cold War*. Cambridge: Cambridge University Press.

Linz, Juan J.; Stepan, Alfred C. (1996): *Problems of democratic transition and consolidation. Southern Europe, South America, and Post-communist Europe*. Baltimore, Md.: Johns Hopkins University Press.

Matić, Jovanka (2012): Was erwarten die Serben von der Demokratie? Interpretation der Resultate einer empirischen Analyse. In: *Der Donauraum* 52 (1), S. 21–44.

Mayring, Philipp (1999): *Einführung in die qualitative Sozialforschung. Eine Anleitung zu qualitativem Denken*. 4. Aufl. Weinheim: Beltz.

Mayring, Philipp (2015): *Qualitative Inhaltsanalyse. Grundlagen und Techniken*. 12., überarb. Aufl. Weinheim: Beltz.

Merkel, Wolfgang (1999): *Systemtransformation. Eine Einführung in die Theorie und Empirie der Transformationsforschung*. Opladen: Leske + Budrich.

Merkel, Wolfgang (2004): Embedded and defective democracies. In: *Democratization* 11 (5), S. 33–58.

Mujanović, Jasmin (2018): *Hunger and fury. The crisis of democracy in the Balkans*. London: Hurst & Company.

Ne da(vi)mo Beograd / Don't let Belgrade D(r)own (2017): *Savamala: The Belgrade Waterfront Project and Citizens' Protests*. In: *Südosteuropa Mitteilungen* (04-05), S. 54–67.

Nikolayenko, Olena (2013): Origins of the movement's strategy: The case of the Serbian youth movement Otpor. In: *International Political Science Review* 34 (2), S. 140–158.

Nikolayenko, Olena (2017): *Youth Movements and Elections in Eastern Europe*. Cambridge: Cambridge University Press.

O'Donnell, Guillermo A.; Schmitter, Philippe C. (1986): *Transitions from authoritarian rule: Tentative conclusions about uncertain democracies*. Baltimore, Md.: The Johns Hopkins University Press.

Offe, Claus; Adler, Pierre (1991): Capitalism by Democratic Design? Democratic Theory Facing the Triple Transition in East Central Europe. In: *Social Research* 58 (4), S. 865–892.

Pavlaković, Vjeran (2007): Serbia Transformed? Political Dynamics in the Milošević Era and After. In: Sabrina P. Ramet und Vjeran Pavlaković (Hg.): Serbia since 1989. Politics and society under Milošević and after. Seattle: University of Washington Press, S. 13–54.

Przeworski, Adam (1991): Democracy and the market. Political and economic reforms in Eastern Europe and Latin America. Cambridge: Cambridge University Press.

Radeljić, Branislav (2014): The Politics of (No) Alternatives in Post-Milošević Serbia. In: *Journal of Balkan and Near Eastern Studies* 16 (2), S. 243–259.

Satjukow, Elisa (2016): „Between NATO’s Hammer and Regime’s Anvil“. Das „andere Serbien“ und die NATO-Bombardierung 1999. In: *Südost-Forschungen* 75 (1), S. 241–264.

Segert, Dieter (2017): Stabil in der ‚Grauzone‘? Ein Vergleich über den postsozialistischen Wandel in den Subregionen Osteuropas. In: Aurel Croissant, Sascha Kneip und Alexander Petring (Hg.): Demokratie, Diktatur, Gerechtigkeit. Festschrift für Wolfgang Merkel. Unter Mitarbeit von Wolfgang Merkel. Wiesbaden: Springer VS, S. 263–281.

Stambolieva, Marija (2013): Welfare and Democratization - Comparing Croatia, Serbia and Macedonia. In: Social Policy & Administration. Welfare and Democratization - Comparing Croatia, Serbia and Macedonia (47), S. 142–160.

Steflja, Izabela (2018): Internationalised justice and democratisation: how international tribunals can empower non-reformists. In: *Third World Quarterly* 39 (9), S. 1675–1691.

Stojić, Marko (2017): The Changing Nature of Serbian Political Parties’ Attitudes Towards Serbian EU Membership. SEI Working Paper No. 122. Sussex European Institute, University of Sussex.

Sundhaussen, Holm (2012): Jugoslawien und seine Nachfolgestaaten 1943 - 2011: Eine ungewöhnliche Geschichte des Gewöhnlichen: Wien: Böhlau.

Tarrow, Sidney G. (1994): Power in movement. Social movements, collective action, and politics. Cambridge: Cambridge University Press.

Tarrow, Sidney G. (1998): Power in movement. Social movements and contentious politics. Second edition. Cambridge: Cambridge University Press.

Tilly, Charles (1986): The Contentious French. Cambridge, Mass.: Harvard University Press.

Tilly, Charles; Tarrow, Sidney G. (2015): *Contentious politics*. 2. Aufl. New York, NY: Oxford University Press.

Vladisavljević, Nebojša (2014): Popular protest in authoritarian regimes: evidence from communist and post-communist states. In: *Southeast European and Black Sea Studies* 14 (2), S. 139–157.

Vladisavljević, Nebojša (2016): Competitive authoritarianism and popular protest: Evidence from Serbia under Milošević. In: *International Political Science Review* 37 (1), S. 36–50.

Vračić, Alida; Bino, Bleriana (2017): Media. In: Marko Kmezić und Florian Bieber (Hg.): *The Crisis of Democracy in the Western Balkans. An Anatomy of Stabilitocracy and the Limits of EU Democracy Promotion*. Balkans in Europe Policy Advisory Group, S. 55–72.

Wächter, Natalia (2019): The participative role of social media for the disadvantaged young generation in the Arab Spring. In: *Österreichische Zeitschrift für Soziologie* 44 (S1), S. 217–236.

Primärquellen

1od5milion (2018): Verfügbar unter: <https://1od5milion.rs/> [03.03.2020].

Auswärtiges Amt (2020): Serbien: Politisches Porträt, 23.04.2020. Verfügbar unter: <https://www.auswaertiges-amt.de/de/aussenpolitik/laender/serbien-node/politisches-portraet/207554> [02.06.2020].

Balkan Insight (2016a): Serbia Waterfront Protesters Push for Resignations, 26.05.2016. Verfügbar unter: <https://balkaninsight.com/2016/05/26/serbian-protesters-again-called-for-resignations-for-nocturnal-demolitions-05-26-2016/> [08.03.2020].

Balkan Insight (2016b): Serbian PM Blames Belgrade Officials for Demolitions, 08.06.2016. Verfügbar unter: <https://balkaninsight.com/2016/06/08/belgrade-s-officials-involved-in-savamala-demolitions-vucic-says-06-08-2016/> [08.03.2020].

Balkan Insight (2016c): Serbia Activists Stonewalled Over Wiretap Request, 07.12.2016. Verfügbar unter: <https://balkaninsight.com/2016/12/07/let-s-not-drown-belgrade-activists-won-t-give-up-on-discovering-their-possible-wiretapping-12-06-2016/> [15.03.2020].

Balkan Insight (2017a): Missing Babies Mystery Still Haunts Serbia, 30.01.2017. Verfügbar unter: <https://balkaninsight.com/2017/01/30/parents-of-missing-babies-accuse-serbia-for-pushing-problem-under-carpet-01-26-2017/> [18.05.2020].

Balkan Insight (2017b): Thousands Gather in New Anti-Govt Rally in Belgrade, 08.04.2017. Verfügbar unter: <https://balkaninsight.com/2017/04/08/thousands-gather-in-anti-govt-belgrade-rally-04-08-2017/> [07.03.2020].

Balkan Insight (2017c): Serbia Protests: Thousands Demand Vucic's Resignation, 10.04.2017. Verfügbar unter: <https://balkaninsight.com/2017/04/10/new-anti-govt-protests-starting-in-serbia-04-10-2017/> [07.03.2020].

Balkan Insight (2017d): Serbian President Accused of Pressuring Court Over Miskovic, 29.09.2017. Verfügbar unter: <https://balkaninsight.com/2017/09/29/political-comments-of-verdicts-in-serbia-remain-issue-09-28-2017/#gsc.tab=0>. [12.06.2020].

Balkan Insight (2017e): Serbia Protesters Mark Savamala Anniversary, 25.10.2017. Verfügbar unter: <https://balkaninsight.com/2017/04/25/thousands-march-in-belgrade-on-savamala-demolitions-anniversary-04-25-2017-1/> [05.03.2020].

Balkan Insight (2018a): Policeman's Plea Bargain Angers Serbia's Waterfront Protesters, 09.05.2018. Verfügbar unter: <https://balkaninsight.com/2018/05/09/serbian-activists-slam-savamala-policeman-s-plea-bargain-05-09-2018/> [03.05.2020].

Balkan Insight (2018b): Oliver Ivanovic's Murder: The Arrests So Far, 27.11.2018. Verfügbar unter: <https://balkaninsight.com/2018/11/27/oliver-ivanovic-s-murder-the-arrests-so-far-11-27-2018/> [02.06.2020].

Balkan Insight (2019a): Serbia Opposition Offers Protest Movement "Agreement With People", 16.02.2019. Verfügbar unter: <https://balkaninsight.com/2019/02/16/serbia-opposition-offers-protest-movement-agreement-with-people/> [29.03.2020].

Balkan Insight (2019b): Serbian Protesters Challenge Govt in Poster War, 02.03.2019. Verfügbar unter: <https://balkaninsight.com/2019/03/02/serbian-protesters-challenge-govt-in-poster-war/> [21.05.2020].

Balkan Insight (2019c): Tens of Thousands join "Biggest Rally Yet" Against Serbia's Vucic, 13.04.2019. Verfügbar unter: <https://balkaninsight.com/2019/04/13/tens-of-thousands-join-biggest-rally-yet-against-serbias-vucic/> [05.05.2020].

Balkan Insight (2019d): Serbian Ruling Party and Opposition Meet for First Time, 30.07.2019. Verfügbar unter: <https://balkaninsight.com/2019/07/30/serbian-ruling-party-and-opposition-meet-for-first-time/> [05.05.2020].

Balkan Insight (2019e): Oliver Ivanovic Murder: Indictment Names Kosovo Serb "Crime Gang", 10.12.2019. Verfügbar unter: <https://balkaninsight.com/2019/12/10/oliver-ivanovic-murder-indictment-names-kosovo-serb-crime-gang/> [02.06.2020].

BBC (2018): Beograd: Protestna šetnja „Stop krvavim košuljama“ („Belgrad: Protestspaziergang „Stopp den blutigen Hemden“, Übers. d. A.), 08.12.2018. Verfügbar unter: <https://www.bbc.com/serbian/lat/srbija-46495200> [19.03.2020].

Bjeloš, Maja (2017): Who are the protesters in Serbia, and what do they really want? The London School of Economics and Political Science Blog, 18.04.2017. Verfügbar unter: <https://blogs.lse.ac.uk/euoppblog/2017/04/18/who-are-the-protesters-in-serbia-and-what-do-they-really-want/> [07.03.2020].

Bjeloš, Maja (2019): Two months of protests in Serbia – what's next? The London School of Economics and Political Science Blog, 15.02.2019. Verfügbar unter: <https://blogs.lse.ac.uk/euoppblog/2019/02/15/two-months-of-protests-in-serbia-whats-next/> [08.04.2020].

Blic (2017): EKSKLUZIVNO Autorski tekst predsednika Aleksandra Vučića za "Blic": Zašto nam je potreban unutrašnji dijalog o Kosovu („Exklusiv: Kommentar des Präsidenten Aleksandar Vučić: Warum wir einen internen Dialog über Kosovo brauchen“, Übers. d. A.), 24.07.2017. Verfügbar unter: <https://www.blic.rs/vesti/politika/ekskluzivno-autorski-tekst-predsednika-aleksandra-vucica-za-blic-zasto-nam-je/v7xgl6q> [15.06.2020].

CNN (2019): Serbia's #MeToo moment as alleged harassment victim fights lonely battle for justice, 30.06.2019. Verfügbar unter: <https://edition.cnn.com/2019/06/30/europe/serbia-metoo-trial-intl/index.html> [21.05.2020].

Der Standard (2011): Staatsspitze schützte Mladic jahrelang, 29.05.2011. Verfügbar unter: <https://www.derstandard.at/story/1304553141133/wikileaks-staatsspitze-schuetzte-mladic-jahrelang> [31.01.2020].

Die Zeit (2017): Tausende protestieren gegen Regierungschef Aleksandar Vučić, 08.04.2017.
Verfügbar unter: <https://www.zeit.de/politik/ausland/2017-04/wahl-serbien-aleksander-vucic-praesident-regierungssitz-proteste> [07.03.2020].

Euractiv (2005): Serbia-Montenegro starts talks with EU, 08.11.2005. Verfügbar unter:
<https://www.euractiv.com/section/central-europe/news/serbia-montenegro-starts-talks-with-eu/>
[02.02.2020].

Euractiv (2007): Ultras win Serbias election, 22.01.2007. Verfügbar unter:
<https://www.euractiv.com/section/elections/news/ultras-win-serbian-election/797276/>
[01.02.2020].

Euractiv (2018): Dämpfer für die Serbien-Kosovo Gespräche, 10.09.2018. Verfügbar unter:
<https://www.euractiv.de/section/eu-aussenpolitik/news/daempfer-fuer-die-serbien-kosovo-gespraechе/> [15.06.2020].

Europäische Kommission (2005): Serbia and Montenegro – Progress Report, {COM (2005) 561 final}.
Verfügbar unter: http://aei.pitt.edu/44763/1/serbia_sec_1428_2005.pdf [31.01.2020].

Europäische Kommission (2011): Mitteilung der Kommission an das Europäische Parlament und den Rat, 12.10.2011: Stellungnahme der Kommission zum Antrag Serbiens auf Beitritt zur Europäischen Union, {SEK(2011) 1208 endgültig}. Verfügbar unter:
[http://www.europarl.europa.eu/meetdocs/2009_2014/documents/com/com_com\(2011\)0668_/com_com\(2011\)0668_de.pdf](http://www.europarl.europa.eu/meetdocs/2009_2014/documents/com/com_com(2011)0668_/com_com(2011)0668_de.pdf) [06.02.2020].

Europäische Kommission (2019): Serbia 2019 Report (Länderbericht Serbien 2019), {COM(2019) 260 final}. Verfügbar unter:
<https://www.google.com/url?sa=t&rct=j&q=&esrc=s&source=web&cd=&cad=rja&uact=8&ved=2ahUKewjMyPecyYbqAhWFqIsKHWMOClwQFjAAegQIBhAB&url=https%3A%2F%2Fec.europa.eu%2Fneighbourhood-enlargement%2Fsites%2Fnear%2Ffiles%2F20190529-serbia-report.pdf&usg=AOvVaw0GrCW4bxuz-L1KuGCDregH> [15.06.2020].

Europäisches Parlament: Europarl.europa (2016): Serbia and Kosovo – Normalisation of Relations. Briefing. Verfügbar unter:
http://www.europarl.europa.eu/RegData/etudes/ATAG/2016/579079/EPRS_ATA%282016%29579079_EN.pdf [17.02.2020].

Freedom House (2008): Nations in Transit: Serbia 2008. Verfügbar unter:
<https://freedomhouse.org/report/nations-transit/2008/serbia> [03.02.2020].

Freedom House (2018): Nations in Transit: Serbia 2018. Verfügbar unter:
<https://freedomhouse.org/country/serbia/nations-transit/2018> [03.06.2020].

Građanski front (2019): Website. Verfügbar unter: <http://www.gradjanskifront.rs/gradjanski-front/>
[20.05.2020].

Independent Balkan News Agency (2018): Vucic “responsible” for an assault against opposition leader, 26.11.2018. Verfügbar unter: <https://balkaneu.com/vucic-responsible-for-an-assault-against-opposition-leader/> [19.03.2020].

IMF (International Monetary Fund) (2019): IMF Country Report No. 19/283 -Republic of Serbia, July 2019. Verfügbar unter:
<https://www.google.com/url?sa=t&rct=j&q=&esrc=s&source=web&cd=&ved=2ahUKEwj7v9y37ODpAhWa7aYKHeSMCMIQFjABegQIBhAB&url=https%3A%2F%2Fwww.imf.org%2F~%2Fmedia%2FFiles%2FPublications%2FCR%2F2019%2F1SRBEA2019001.ashx&usg=AOvVaw0FOSa0ayhSK8wF3otNcEsi>
[30.05.2020].

Media Landscapes (2020): Serbia. Verfügbar unter:
<https://medialandscapes.org/country/serbia/media/television> [06.06.2020].

Media Ownership Monitor Serbia (2019a): National Television Stations in the Service of the Government, 02.07.2019. Verfügbar unter: <http://serbia.mom-rsf.org/en/findings/local-media-concentrations-below-the-radar/> [04.06.2020].

Media Ownership Monitor Serbia (2019b): TV Market, 11.07.2019. Verfügbar unter:
<http://serbia.mom-rsf.org/en/media/tv/> [06.06.2020].

Monitoring Social Situation in Serbia (MONS) (2019): Democracy against Stabilitocracy: Who are the “One in Five Million” protesters and what is it that they want?, 05.04.2019. Verfügbar unter:
<https://mons.rs/democracy-against-stabilitocracy> [01.04.2020].

N1 (2019a): Prosecutors ask for mayor to remain in detention over attack on journalist, 27.01.2019. Verfügbar unter: <http://rs.n1info.com/English/NEWS/a455369/Prosecutors-ask-for-mayor-to-remain-in-detention-over-attack-on-journalist.html> [21.05.2020].

N1 (2019b): Court orders TV Pink owner to damages to Serbian opposition leader, 23.08.2019.
Verfügbar unter: <http://rs.n1info.com/English/NEWS/a509903/Court-orders-TV-Pink-owner-to-pay-damages-to-Serbian-opposition-leader.html> [04.06.2020].

N1 (2019c): Studenti iz "1 od 5 miliona" blokirali Rektorat u Beogradu (Studierende der „1von5Millionen“-Bewegung besetzen das Universitätsrektorat in Belgrad, Übers. d. A.), 13.09.2019.
Verfügbar unter: <http://rs.n1info.com/Vesti/a525481/Studenti-iz-1-od-5-miliona-blokiraju-Rektorat-u-Beogradu.html> [14.05.2020].

N1 (2019d): Jelena Anasonović optužuje opoziciju da je preuzela proteste "1 od 5 miliona" (Jelena Anasonović beschuldigt die Opposition, die „1von5Millionen“-Protesten übernommen zu haben, Übers. d. A.), 24.11.2019. Verfügbar unter: <http://rs.n1info.com/Vesti/a546518/Jelena-Anasonovic-optuзуje-opoziciju-da-je-preuzela-proteste-1-od-5-miliona.html> [10.05.2020].

Počelo je (2019): Podrška (Unterstützung, Übers. d. A.). Verfügbar unter: <https://poceloje.rs/podrskaprotestima/> [18.05.2020].

Regional Cooperation Council (2018): Balkan Barometer 2018 – Public Opinion Survey. Verfügbar unter: <https://www.rcc.int/download/docs/PUBLIC%20OPINION%20-%20RCC%20Balkan%20Barometar%202018.pdf/b56d30eb1af53ab00d6eb30cfcbad304.pdf> [25.06.2020].

Reporters Without Borders (2019): Serbia. Verfügbar unter: <https://rsf.org/en/serbia> [31.03.2020].

Reporters Without Borders (2017): Who owns the Media in Serbia?, 21.06.2017. Verfügbar unter: <https://rsf.org/en/news/who-owns-media-serbia> [15.06.2020].

Süddeutsche Zeitung (2015): Kontrolle nach der Kontrolle, 05.07.2015. Verfügbar unter: <https://www.sueddeutsche.de/politik/serbien-kontrolle-nach-der-kontrolle-1.2551563> [15.06.2020].

The New York Times (1991): Protest by the Serbs Widen in Belgrade, 12.03.1991. Verfügbar unter: <https://www.nytimes.com/1991/03/12/world/protests-by-the-serbs-widen-in-belgrade.html> [19.02.2020].

The New York Times (2011): Serbia Says Jailed Mladic Will Face War Crimes Trial, 26.05.2011. Verfügbar unter: <https://www.nytimes.com/2011/05/27/world/europe/27ratko-mladic.html> [07.02.2020].

VOA (Voice of America) (2019): Serbia Leader Announces Arrest of Mayor Over Attack on Journalist, 25.01.2019. Verfügbar unter: <https://www.voanews.com/europe/serbia-leader-announces-arrest-mayor-over-attack-journalist> [21.05.2020].

Anhang

Interviewleitfaden

Leitfrage (Erzählaufforderung)	Check (Wurde das erwähnt?)	Konkrete Fragen (an passender Stelle)
<u>Participation in the protests:</u> Do you participate in the 1od5miliona-protests? What is your motivation to go to the protests? Please tell me about your reasons/motivations to join the protests.	What groups of people participate in the protests? → Age, → Social Stratum (Class), → Occupation (employment) → Educational level? Which group would you say is the biggest group in the protests?	Beziehungsweise: Which groups are not presented in the protests?
<u>Demands:</u> What are the demands from the 1od5miliona protests? Which demands do you think are the ones every protest-participant can agree on (from the different groups)? <u>Kosovo:</u> How do you evaluate the Kosovo-topic in the protests? Since it is one of the demands on the website of the protests.	Are there new demands coming up (since the big anti-govt rally in April)? How much importance is given to the Kosovo-issue by the protesters?	Which demands are most important to you personally? Why?

Do you think there is unity among the protesters concerning the Kosovo-question?		
<u>Protest-Organisation:</u> Who organizes the protest? Is it the same alliance/movement which organised the “Protiv diktature” Protests of 2017? Please tell me more about that. Which alliances emerged during the protests? Is there a fragmentation of the protests? Is there a strong divide between right-wing groups and left-wing groups? <u>Parties:</u> What role do opposition-parties have? Like Boško Obradović’s Dveri movement? Is there an institutionalization of the movement?	What is the role of workers unions (Sindikat) in the protests? Are these groups a strong mobiliser? What is the role of the “Ne davimo Beograd”-group/movement in the protests? Does the movement allow parties to take a strong role in the demonstrations? If so, can you tell me about the opposition’s parties “Alliance for Serbia”? Does the movement get coopted by Party-politics?	What role do social movements like Facebook play in the protests? How do you evaluate the Role of <i>Dveri-movement</i> and its leader Boško Obradović? Do you think that a new party could emerge from this Protest-movement?
<u>Political Climate in Serbia:</u>		

How would you describe the political climate in Serbia? How would you evaluate the government's way of treating other (opposition-)Parties? What do you think is bad about the political situation in your country? Would you describe the governance of Vučić as democratic or authoritarian? Why?	Concerning rule of law, democratic procedures and processes, dealing with opposition,...? Please tell me more about the attacks on opposition-politicians (like Borko Stefanović), protest-activists, other political activists. Please tell me about the incidents of political violence in Serbia. How would you evaluate the situation in Serbia for people who openly show dissent with the government? Would you consider those to be safe in Serbia?	On the 1od5miliona-FB page, there is the hashtag #Stop bloody shirts (Stop Krvavim Košuljama). Can you please tell me more about the topic, about the attacks? Who is responsible for those attacks?
---	--	---

<u>Media and Press freedom in Serbia:</u> How do you see the situation of media-and press-freedom in Serbia? Please tell me something about that. Please describe the Governments involvement in media-outlets. How would you describe Vučić's way of treating critical media outlets and journalists? Please tell me about his narratives of journalists as "traitors" or "foreign agents". What is his strategy?	Please tell me about the situation for journalists who are critical concerning Vučićs politics?	
<u>Continuities/Parallels to prior protests:</u> Do you see any parallels and continuities to protests from the 1990s and 2000s against Milošević? Do you see any parallels to protests like the "Ne davimo Beograd"-protests or the protests from 2017? Please tell me about that.		

<u>The Future of the Protests:</u> How do you think will the protests continue? Will they fade away and become more and more unimportant, or will they get bigger? Do you think, there will – or should- be some kind of an Institutionalization of the movement? Through parties (like <i>Obradovićs´Dveri</i> movement)? Or maybe there will be a founding of a new party? Would you see a possibility of a dialogue with the opposition parties or the government?	What do you think is needed for the protests to stay popular and to mobilize a big group of people? How is your evaluation concerning the continuation of the protests? What would happen in the best scenario? At which point would you classify the protests as <i>successful</i>?	
<u>Pro-Government Rally in April 19th:</u> Please tell me your evaluation of the pro-Vucic demonstration which took part shortly after the big 1od5milion-a-protest in April? How would you analyse this? Do you think the rally was staged?		

<u>International reactions/</u> <u>International actors:</u> How do you see the role of International actors in the inner-political Situation in Serbia? Actors like: the EU? USA? UN? Do you have other topics or questions that you would like to talk about?	Did/ Do you notice international actors (eg. EU) reacting to the protests against the Vučić-government?	Would you wish more pressure on the Vučić-gov. from the EU? What exactly would you expect? Thanks a lot for your time! Would you like me to send you the transcription of this interview?
---	--	---

Abstract

Deutsch

Diese Arbeit untersucht Protestbewegungen in Serbien seit 1991 und deren Einfluss auf die Demokratisierung. Die Forschungsfrage lautet daher: Inwiefern tragen Proteste, insbesondere die „1od5miliona“-Bewegung, zu einer demokratischen Transformation Serbiens bei?

Im Fokus der Analyse steht die aktuelle „1od5miliona“-Protestbewegung gegen die Regierung und Präsident Aleksandar Vučić. Sie wird verglichen mit vorherigen Protestwellen der 1990er Jahre bis 2000, sowie 2016 und 2017.

Für die Beantwortung der Frage dienen Theoriekonzepte aus der Transformationsforschung und den Social Movement Studies. Die Untersuchung basiert auf der Annahme, dass Protestbewegungen Demokratisierungsphasen *von unten* einleiten können. Zur Erörterung der politischen Situation der 1990er Jahre bis 2000, sowie seit 2012 wird das Konzept des kompetitiven Autoritarismus herangezogen.

Um die Demonstrationen, sowie die Demokratisierung Serbiens analysieren zu können, stützt sich die Arbeit zum einen auf relevante Sekundärliteratur sowie Primärquellen, wie z.B. Medienberichte und Dokumente der EU-Kommission. Zusätzlich wurden mit der Durchführung von zehn teilstrukturierten, qualitativen Interviews im Jahr 2019 selbst Daten generiert, welche die aktuellen „1od5miliona“-Proteste abbilden können.

Englisch

This thesis examines protest movements in Serbia since 1991 and the influence they exert on democratization. The thesis therefore poses the question in which way protest movements – especially the latest “1od5miliona” social movement – contribute to the democratic transformation of Serbia.

The focus of the analysis is on the “1od5miliona” movement and its protest actions against the current government and particularly the actions of President Aleksandar Vučić. The latest „1od5miliona” movement will be set in comparison to former protest movements of the 1990s, 2000, as well as 2016 and 2017.

It is argued that protest movements can facilitate periods of Democratization *from below*. In order to answer the stated research question, the thesis works with theories from Democratization studies and Social Movement studies, as well as publications on competitive authoritarianism.

The analysis is based on relevant publications, media reports and other primary sources such as documents of the European Commission. In addition to that, ten qualitative interviews were held with activists, protest-participants and a journalist in the summer of 2019. The interviews provide insights

into the “1od5milionā” protest movement and the political situation in Serbia under President Aleksandar Vučić.

Eidesstattliche Erklärung

Ich erkläre eidesstattlich, dass ich die vorliegende schriftliche Arbeit selbstständig angefertigt, keine anderen als die angegebenen Hilfsmittel benutzt und alle aus ungedruckten Quellen, gedruckter Literatur oder aus dem Internet im Wortlaut oder im wesentlichen Inhalt übernommenen Formulierungen und Konzepte gemäß den Richtlinien wissenschaftlicher Arbeiten zitiert, durch Fußnoten gekennzeichnet bzw. mit genauer Quellenangabe kenntlich gemacht habe. Mir ist bewusst, dass ich bei einem Verstoß gegen diese Regeln mit Konsequenzen zu rechnen habe.

17.07.2020

Datum



Unterschrift der Studierenden